

2014

band 2, heft 3

www.zeitschrift-suburban.de

# sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

## stadt und migration

### aufsätze

Politiken der Bürgerschaft

*Sabine Hess, Henrik Lebuhn*

Migration ist in dieser  
Stadt eine Tatsache

*Mathias Rodatz*

Homonationalismus und *new  
metropolitan mainstream*

*Vassilis S. Tsianos*

### debatte

Städtische Diskurse um  
Migration im Wandel

*Natalie Bayer, Andrej Holm,  
Henrik Lebuhn*

Für eine Soziologie aus  
Fleisch und Blut

*Loïc Wacquant*

### magazin

Was ist das X im  
Postmigrantischen?

*Paul Mecheril*

Zwischen *citizenship* und  
*commoning*

*Noel David Nicolaus*

---

# Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2014, Band 2, Heft 3  
Stadt und Migration – Neue Forschungsansätze zu *citizenship*, Macht und *agency*  
ISSN 2197-2567

## Redaktion

Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Yuca Meubrink, Boris Michel, Kristine Müller, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

## Gastherausgeber\_innen

Sabine Hess, Henrik Lebuhn

## Heftkoordination für diese Ausgabe

Jan Hutta, Kristine Müller

## Autor\_innen dieser Ausgabe

Natalie Bayer, Sabine Hess, Andrej Holm, Jan Hutta, Henrik Lebuhn, Paul Mecheril, Kristine Müller, Noel David Nicolaus, Mathias Rodatz, Vassilis Tsianos, Loïc Wacquant

## Lektorat, Gestaltung, Satz

Sarah Lempp, Leipzig (Lektorat)

Robert Hänsch [signtific@jpberlin.de](mailto:signtific@jpberlin.de) (Satz, Websatz), Redaktion (Gestaltung, Websatz)

## Titelbild

Mélina Germes

## Förderung

Diese Ausgabe wurde durch die  
Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.



## Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h. alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor\_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nichtkommerzielle Verbreitung. Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor\_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de).

## Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Fördermitgliedsbeiträge: 12 Euro, 60 Euro, 120 Euro, jeweils jährlich. Informationen dazu finden sich auf [www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de)

## Kontoverbindung

Kontoinhaberin: Laura Calbet i Elias

Bank: GLS Bank

IBAN: DE65 4306 0967 1145 9204 00

BIC: GENODEM1GL

## Kontakt

[www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de) – [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de)

# Inhaltsverzeichnis

	Editorial	5
<b>Aufsätze</b>	Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und <i>citizenship</i> <i>Sabine Hess, Henrik Lebuhn</i>	11
	Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. <i>Urban politics of citizenship</i> in der neoliberalen Stadt <i>Mathias Rodatz</i>	35
	Homonationalismus und <i>new metropolitan mainstream</i> . Gentrifizierungsdynamiken zwischen sexuellen und postsäkularen Politiken der Zugehörigkeit <i>Vassilis S. Tsianos</i>	59
<b>Debatte</b>	Städtische Diskurse um Migration im Wandel. Integration, <i>diversity</i> und soziale Bewegungen in München und Berlin <i>Natalie Bayer, Andrej Holm, Henrik Lebuhn</i>	81
	Für eine Soziologie aus Fleisch und Blut <i>Loïc Wacquant</i>	93
<b>Magazin</b>	Was ist das X im Postmigrantischen? <i>Paul Mecheril</i>	107
	Zwischen <i>citizenship</i> und <i>commoning</i> . Recht auf Stadt in Zeiten der Eurokrise <i>Noel David Nicolaus</i>	113



# Editorial

Stadt und Migration – Neue Forschungsansätze zu *citizenship*, Macht und *agency*

Liebe Leser\_innen,

*mit diesem Themenheft präsentiert s u b \ u r b a n erstmalig eine Ausgabe, die in Zusammenarbeit zwischen der Redaktion und Gastherausgeber\_innen entstanden ist. Die Inhalte und Beiträge des Themenheftes wurden gemeinsam mit Sabine Hess und Henrik Lebuhn diskutiert und zu einem Heft zusammengestellt, das hoffentlich für viele Leser\_innen spannend ist. Die Herstellung des Heftes hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziell unterstützt.*

## **1. Stadt und Migration in der Stadtforschung**

s u b \ u r b a n nimmt sich mit dem Schwerpunktheft ‚Stadt und Migration‘, das von Sabine Hess, Henrik Lebuhn und den Redaktionsmitgliedern Jan Hutta und Kristine Müller herausgegeben wird, eines Themas an, das sich in der öffentlichen Debatte zu einem Dauerbrenner entwickelt hat. Auch in der Stadtpolitik haben wir es in diesem Feld derzeit mit einem widersprüchlichen Nebeneinander von Maßnahmen zu tun, deren weitere Entwicklung bislang kaum abschätzbar ist. Denn obgleich Migrationen als komplexe Prozesse die unterschiedlichen Maßstabsebenen von Staaten bis hin zu konkreten Orten miteinander verbinden, sind es doch vor allem städtische Kontexte, in denen sichtbare und wirkungsvolle Kämpfe um Zuweisungen und Aneignungen von Chancen und Rechten ausgetragen werden.[1] Dabei lässt sich in den aktuellen Auseinandersetzungen um Zugangsrechte und Partizipationschancen auf vielen Handlungsebenen einerseits eine Kontinuität von klassischen (des-) integrationspolitischen Positionen und Ansätzen beobachten. Andererseits bringen diese Entwicklungen aber auch Neuformierungen mit sich, wie es die diversitätspolitischen Diskurse und Programme deutlich machen.

Wie stark das Thema Migration auf städtischer Ebene verhandelt wird, zeigt sich in Deutschland derzeit am Umgang mit innereuropäischen Mobilitäten. Hier verschränkt sich die Stigmatisierung und Delegitimierung spezifischer Wanderungsbewegungen (wie zum Beispiel einer sogenannten

Armutsmigration aus südosteuropäischen EU-Beitrittsländern durch den Deutschen Städtetag) mit einer medialen Politik ‚überforderter Quartiere‘ und den bundespolitischen Angriffen auf das EU-Recht auf Binnenfreizügigkeit. Auch im Bereich der Flüchtlingspolitik werden Kämpfe um Zuweisungen, Aneignungen und Teilhabe auf städtischem Terrain ausgetragen. So trugen Flüchtlinge in den vergangenen Jahren verstärkt ihre Forderungen nach Bleiberecht und einer Abschaffung der Residenzpflicht mit Demonstrationen, Hunger- und Durststreiks sowie Besetzungen in den (urbanen und medialen) öffentlichen Raum, zum Beispiel in Hamburg, München und Berlin, aber auch in vielen kleineren Städten. Durch den Druck des Flüchtlingscamps auf dem Berliner Oranienplatz und der besetzten Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße wurden Berliner Politiker\_innen zu Verhandlungen gedrängt. Gleichzeitig wird auf dem Rücken der Flüchtlingsbewegungen nach Europa mit reißerischen Bildern überfüllter Aufnahmeeinrichtungen und ‚überforderter Städte‘ eine Politik der ‚Versicherlichung‘ und selektiven Abschottung vorangetrieben.

Auch wenn Migration sehr deutlich in der Stadt ausgetragen wurde und wird, scheint uns der Zusammenhang von Migration und Stadt in der Forschungslandschaft oft erstaunlich untertheoretisiert. So gilt die Bezugnahme auf ‚Stadt‘ in vielen migrationswissenschaftlichen Analysen als implizit gesetzt im Sinne eines gegebenen Forschungshintergrunds, ohne dass dies als spezifischer Kontext reflektiert würde, wie auch Nina Glick Schiller und Ayşe Çağlar in ihren jüngeren Arbeiten feststellen (vgl. etwa Glick Schiller/Çağlar 2010). Darüber hinaus wird ‚Migration‘ in der Stadtforschung in den letzten Jahrzehnten seltsam enggeführt, ganz entgegen des Verständnisses von Migration als immanentem Entwicklungsfaktor von Stadt etwa in den Forschungen der Chicago School (zu dieser Kritik vgl. auch Kaloianov in s u b \ u r b a n 1/2014). Diese Beschränkung der migrationsbezogenen Perspektiven ist nicht zuletzt auf die fortgesetzte epistemologische Dominanz des Integrations- und Ethnizitätsparadigmas zurückzuführen, wie die Beiträge in diesem Themenheft deutlich machen.

Mit dem Ziel der Weiterentwicklung alternativer Forschungsparadigmen ist der Zugang zum Komplex ‚Stadt und Migration‘ angedeutet, den wir im vorliegenden Heft verfolgen. Die Beiträge schließen an die interdisziplinäre Tagung „Stadt und Migration – Kritische Perspektiven auf ein Forschungsfeld in Bewegung“ an, die im Frühjahr 2013 in Göttingen stattfand und sich den international virulenten Debatten um *urban citizenship* und Postmigration widmete. Anknüpfend an die Diskussionen, die dort geführt wurden, stellt das vorliegende Heft konzeptionelle Ansätze in der Stadt- und Migrationsforschung vor, die die widersprüchlichen Dynamiken um Migration und Stadt theoretisch und empirisch in den Blick nehmen. Sie thematisieren „migrantische Akteure, migrantische *agency* und Handlungsmacht jenseits ethnisierender und kulturalistischer Paradigmen“, wie Sabine Hess und Henrik Lebuhn in ihrem einführenden Beitrag formulieren. Die Auseinandersetzungen mit der vor allem im angloamerikanischen Raum geführten Debatte um Fragen der Bürgerschaft (*citizenship*), und spezifisch um *urban citizenship*, scheint uns in diesem Kontext besonders fruchtbar, weil sie explizit auf die Verzahnung des Politischen mit Fragen veränderter Staatlichkeit sowie mit der Debatte um unterschiedliche

Maßstabsebenen und um die Formierung neuer Subjektivitäten abstellt, wobei sie zugleich die Handlungsmacht verschiedener Akteure berücksichtigt.

## 2. Praktiken und Akte der *urban citizenship*

Insbesondere James Holstons Arbeiten zu *insurgent citizenship* (2007) und Engin Isins Konzept der *acts of citizenship* (2008) haben wichtige Impulse für die internationale Debatte gegeben. Sie haben die Fragen zu *citizenship* um eine Auseinandersetzung mit (politischen) Praktiken – Isin spricht von ‚Akten‘ – ihrer Herstellung und Überschreitung erweitert: einerseits in Bezug auf den rechtlichen Status, andererseits bezüglich der praktischen Wahrnehmung von zivilen, politischen und sozialen Rechten. Eine weitere wichtige Perspektiverweiterung besteht darin, dass nicht nur Praktiken und Akte be-rechtigter Staatsbürger\_innen wissenschaftlich in den Blick genommen werden, sondern nun auch eine Reihe von Subjekten, deren Zugehörigkeit zu Staat und Nation und somit zu Rechten und Verantwortlichkeiten wiederholt in Frage gestellt wird – wie Migrant\_innen und selbsterklärte ‚non-citizens‘.

Das englische Konzept der *citizenship* eignet sich – ähnlich wie etwa die spanischen und portugiesischen Konzepte *ciudadanía* bzw. *ciudadania* – besonders gut für eine Perspektivierung derartiger politischer Möglichkeitsbedingungen, verweist es doch etymologisch auf das mit *civitas* gemeinte multiskalar verräumlichte Politische. Um des breiteren diskursiven Hintergrunds gewahr zu werden, vor dem sich eine solche Perspektive auf umkämpfte *citizenship*, also auf Kämpfe um Rechte, Teilhabe und Verantwortlichkeit, konturiert hat, können gerade auch die lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse der 1990er Jahre in den Blick genommen werden, im Zuge derer *ciudadanía/ciudadania* zu einem normativen Leitkonzept des Politischen wurde (siehe etwa Dagnino 2005). Auch feministische und queere Diskussionen um *sexual citizenship*, *embodied citizenship* oder *the perverse citizen* (vgl. Andrijasevic 2010, Bell 1995, Billig 1995, Bell/Binnie 2000, Isin/Lister 2003, Santos 2013) haben, mit Fokus auf Geschlecht, Körper und Begehren, konsequent die Bedingungen politischer und be-rechtigter Subjektivitäten infrage gestellt, wie sie sich mit Bezug auf Stadt, Staat, Nation und transnationale Verhältnisse konstituieren.

Während Isin (2008) in Bezug auf *citizenship* besonders den einschneidenden, mit dem gewöhnlichen Verlauf brechenden ‚Akt‘ hervorhebt, scheinen uns dabei auch die weniger singulären – und womöglich in oppositionellen Kontexten bereits habitualisierten – ‚Praxen‘ von umkämpfter *citizenship* bedeutsam, mit welchen institutionell verfestigte Zuordnungen von Rechten hinterfragt, umkämpft und umgangen werden können (vgl. Dickinson et al. 2008). Vor diesem Hintergrund diskutiert in diesem Heft der Magazinbeitrag von Noel Nicolaus veränderte Dynamiken von Migration und *citizenship* im Kontext der Krise in Europa. Am Beispiel Berlin wird dieses Spannungsfeld ausgelotet: zwischen europäischer Austeritätspolitik und dem Abbau sozialer Rechte, den ‚Recht-auf-Stadt‘-Strategien der Migrant\_innen aus den südeuropäischen Ländern und den Abwehrpolitiken der vermeintlich kosmopolitischen deutschen Städte.

In einem methodologischen Beitrag fokussiert Loïc Wacquant auf ethnografisch-lebensweltlich orientierte Zugänge zum Forschungsfeld, die es

erlauben, neue komplexe Konfliktlinien und Verwerfungen analytisch zu erfassen. In dem von uns für diese Ausgabe übersetzten Essay plädiert er für eine „Sociology of Flesh and Blood“ – so der englische Originaltitel des Textes –, also für eine radikale Konfrontation der Forschenden mit dem ethnografischen Feld, bei der das Verhältnis von *agency*, gesellschaftlicher Struktur und Wissen im Zentrum steht.

### 3. Neue Stadtpolitiken um Migration und *urban citizenship*

Wenn Praktiken und Akte von *citizenship* die politischen und juristischen Möglichkeitsbedingungen von Bürgerschaft in Frage stellen, sind sie zugleich mit einer Reihe aktueller Veränderungen der gesellschaftlichen Politiken konfrontiert, die sie konfigurieren. Dies zeigen die Beiträge dieser Ausgabe in verschiedener Hinsicht. Mathias Rodatz zeichnet die sich verändernden Bedingungen für politische Kämpfe um *citizenship* nach, die im Zusammenhang mit einer Öffnung der Frankfurter Kommunalpolitik hin zu diversitätspolitischen Ansätzen und Diskursen stehen. Hier wird die ‚Andersartigkeit‘ der Migrant\_innen in der Tradition des unternehmerorientierten *diversity management* nicht mehr per se als defizitär, sondern als potenzielle ökonomische Ressource interpretiert. Unter den Bedingungen neoliberaler Standortpolitik gelten Migrant\_innen damit nicht mehr nur als ‚Problemgruppe‘, sondern auch als ‚kulturelles Kapital‘, das es in dieser Logik mit Aktivierungs- und Subjektivierungspolitiken in Wert zu setzen gilt. Rodatz entfaltet dabei die These, „dass der Staat in der Stadt lernt, (Post)Migration mit anderen Augen zu sehen: jenseits der nationalen Norm, als konstitutives Moment der ‚Vielfalt‘ von Stadtgesellschaft“. In der Konsequenz werde dann die Frage nach Zugehörigkeit und Teilhabe im städtischen Kontext von dem in der Bundesrepublik so lange dominanten ‚Blutprinzip‘ (*ius sanguinis*) entkoppelt – zumindest auf der Ebene kommunaler *Policy*-Diskurse.

Um konflikthafte *Citizenship*-Dynamiken geht es auch im Beitrag von Vassilis Tsianos über die Entwicklungen im Hamburger Stadtteil St. Georg. Er untersucht, wie Orts- und Raumsprüche der ‚neuen städtischen Mittelschichten‘ zunehmend Sicherheitsparadigmen und Stadtpolitiken zu neuen, wirksamen Formen von Ausgrenzungsdynamiken gegenüber migrantischen Gruppen verschmelzen. Dies geschieht, da diese Mittelschichten im Stande sind, gekonnt den hegemonialen Integrations-Ghetto-Diskurs affektiv aufzuladen. Für den Konflikt in St. Georg zeigt Tsianos, dass verschiedene Ansprüche auf Bürgerschaft (*citizenship claims*) nicht nur einfach gegeneinander in Stellung gebracht werden. Politiken sexueller Bürgerschaft verweben sich mit antimuslimischen Rassismen und werden gegen migrantische Communitys gerichtet.

Im Zeichen veränderter gesellschaftlicher Dynamiken steht auch Paul Mecherils Intervention bezüglich der Verwendung der Ausdrücke ‚postmigrantisch‘ und ‚Postmigration‘, die seit rund zehn Jahren im bundesdeutschen Kontext floriert. Mit dem Begriff wird versucht, die häufige Zuweisung des ‚Migrantischen‘ an die jüngeren Generationen zu brechen, dabei aber den Migrationskontext nicht aus den Augen zu verlieren. Geprägt wurde er seit den frühen 2000er Jahren unter anderem durch das Berliner Ballhaus

Naunynstraße. Dessen ‚postmigrantisches Theater‘ beschäftigt sich mit den Alltagserfahrungen der in Deutschland aufgewachsenen Nachkommen der sogenannten ‚Gastarbeiter\_innen‘ aus der Türkei und anderen Ländern, was mittlerweile in größerem Stil am Berliner Gorki Theater fortgesetzt wird. Trotz aller politischer Sympathie bezweifelt Mecheril in seinem Essay jedoch die Tragfähigkeit der Vorsilbe ‚post‘, anders als Mathias Rodatz in diesem Heft. Mecheril lädt damit zu einer vertieften Diskussion analytischer Begriffe ein.

Um den widersprüchlichen Wandel stadtpolitischer Prozesse und Diskurse zu Migration geht es auch in dem Gespräch, das Henrik Lebuhn mit Natalie Bayer und Andrej Holm geführt hat. Darin wird anhand von Beispielen aus München und Berlin deutlich, dass Migration zu einem wichtigen Teil städtischer Erzählungen über sich selbst geworden ist, bei der Konstruktion dieser Narrative aber höchst selektiv verfahren wird. Aspekte wie Rassismus werden meist ebenso ausgeblendet wie von Migrant\_innen organisierte Projekte um Partizipation und Bürgerrechte oder migrantischer Widerstand gegen Diskriminierungserfahrungen und Exklusion. Zugleich lassen sich aber auch gegenhegemoniale Erzählungen identifizieren, die im Zuge der Neuformierung des Diskursfeldes ‚Migration‘ wirkmächtig werden. So berichtet Andrej Holm in dem Gespräch, dass sich die Aktiven der Berliner Initiative Kotti & Co „ganz explizit gegenüber den Medien und auch in politischen Auseinandersetzungen als ‚türkische Familien‘ präsentieren, die im Zuge ihrer Einwanderungsgeschichte den Bezirk wie keine andere Gruppe geprägt haben [...]: ‚Wir haben Kreuzberg erst zu dem gemacht, was es heute ist. Und jetzt sollen wir verdrängt werden?“

In der Hoffnung, die Debatten um Stadt, Migration und (*urban*) *citizenship* mit neuen Impulsen zu bereichern, wünschen wir eine anregende Lektüre.

*Abschließen möchten wir dieses Editorial mit einem Dank an Nelly Grotefendt und Manfred Oberländer für ihren Einsatz in den ersten Jahren unseres Bestehens. Wir bedauern, dass sie sich zumindest für den Moment aufgrund anderer Vorhaben aus der Redaktion verabschiedet haben. Schon im Laufe des Jahres sind Johanna Hoerning und Lisa Vollmer tatkräftig eingestiegen. Kürzlich kamen auch Stefan Höhne und Yuca Meubrink hinzu, so dass die Arbeit der Redaktion auch weiterhin auf vielen Füßen steht.*

Sabine Hess und Henrik Lebuhn als Gastherausgeber\_innen  
sowie Jan Hutta und Kristine Müller für die Redaktion von s u b \ u r b a n

## Endnoten

- [1] Konflikte um Migration werden auch in ländlichen Kontexten ausgetragen – von Landarbeiter\_innen in Italien und Spanien bis hin zur Landlosenbewegung in Brasilien –, doch diese Auseinandersetzungen liegen außerhalb des Fokus dieser Ausgabe.

## Literatur

- Andrijasevic, Rutvica (2010): *Migration, Agency, and Citizenship in Sex Trafficking*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Bell, David (1995): *Pleasure and danger. The paradoxical spaces of sexual citizenship*. In: *Political Geography* 14/2, 139-153.
- Bell, David / Binnie, Jon (2000): *The Sexual Citizen. Queer Politics and Beyond*. Cambridge: Polity.
- Billig, Michael (1995): *Banal Nationalism*. London: Sage.
- Dagnino, Evelina (2005): *'We all have rights, but...'*. Contesting concepts of citizenship in Brazil. In: Naila Kabeer (Hg.): *Inclusive Citizenship. Meanings and Expressions*. London/New York: Zed, 149-163.
- Dickinson, Jen / Andrucki, Max / Rawlins, Emma / Hale, Daniel / Cook, Victoria (2008): *Introduction. Geographies of everyday citizenship*. In: *ACME. An International E-Journal for Critical Geographies* 7/2, 100-112.
- Glick Schiller, Nina / Çağlar, Ayşe (Hg.) (2010): *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca: Cornell University Press.
- Holston, James (2007): *Insurgent Citizenship*. Princeton: Princeton University Press.
- Isin, Engin F. (2008): *Theorizing acts of citizenship*. In: ders. / Greg M. Nielsen (Hg.): *Acts of Citizenship*. London: Palgrave Macmillan, 15-43.
- Isin, Engin F. / Lister, Ruth (2003): *Citizenship. Feminist Perspectives*. New York: New York University Press.
- Kaloianov, Radostin (2014): *Migrationstheoretische Gesellschaftskritik. Versuch einer Standortbestimmung*. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2/1, 7-26.
- Santos, Ana Cristina (2013): *Social Movements and Sexual Citizenship in Southern Europe*. Houndmills: Palgrave Macmillan.

# Politiken der Bürgerschaft

Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und *citizenship*

Sabine Hess

Henrik Lebuhn

Der Artikel stellt die vor allem in der angloamerikanischen Literatur virulente *Urban-Citizenship*-Debatte ausführlich vor und diskutiert deren Potenziale für die kritische Stadt- und Migrationsforschung. Der Ansatz wird als besonders innovativ eingeschätzt, da er einerseits die Perspektive des städtischen Regierens der Migration aufwirft und dabei gleichzeitig in der Lage ist, migrantische Akteure und migrantische *agency* jenseits ethnischer und kulturalistischer Paradigmen zu thematisieren. Im Kontext neoliberaler Subjektivierungspolitiken in der Stadt setzt sich der Artikel darüber hinaus mit der Prozess- und Konflikthaftigkeit von *Citizenship*-Dynamiken auseinander sowie mit zunehmenden Fragmentierungsprozessen, die zu neuen städtischen Akteurskonstellationen führen.

*Ersteinreichung: 22. April 2014; Veröffentlichung online: 23. Dezember 2014*  
*An english abstract can be found at the end of the document.*

Wohl kaum ein sozial- und kulturwissenschaftliches Forschungsfeld hat sich in den vergangenen Jahren so dynamisch entwickelt wie das der Migration. Nachdem in den 1990er Jahren globalisierungstheoretische Ansätze und transnationale sowie transkulturelle Konzeptentwicklungen im Vordergrund standen (u. a. Basch et al. 1994, Hess 2004, Pries 1997), werden nun zunehmend (wieder)[1] lokale Dimensionen von Migrationsdynamiken sowie ihre urbanen Aspekte und Effekte in den Blick genommen (Glick Schiller/Çağlar 2010, Hillmann 2011, Lanz 2007, Smith 2001). Speziell die Stadtsoziologie, die bereits zu ihren Anfängen in der Chicago School stark von der Auseinandersetzung mit der europäischen Migration in US-amerikanische Großstädte geprägt war (vgl. etwa Znaniecki/Thomas 1984), beschäftigte sich in den 1990er und 2000er Jahren erneut mit Migrationsphänomenen in der Stadt, allerdings mit dem spezifischen Schwerpunkt auf Segregationsprozesse und Fragen sozialer In- und Exklusion (Häußermann et al. 2004, Kronauer 2002).

Ein historisch informierter Blick auf die ‚Wiederentdeckung‘ der Stadt durch unterschiedliche Forschungsdisziplinen und -ansätze macht deutlich, dass lokale Prozesse stets eine wichtige Rolle für Migrationsdynamiken gespielt haben.[2] Denn während Einreisebestimmungen, die Vergabe eines Aufenthaltsstatus und der Erwerb der Staatsbürgerschaft zentralstaatliche Angelegenheiten sind, werden die Rahmenbedingungen für das alltägliche Leben stark auf der lokalen Ebene mitgeprägt. So waren es in Deutschland

vor allem die Städte, die angesichts der ‚Gastarbeiterproblematik‘ – und lange vor der Bundesregierung – bereits Mitte der 1970er Jahre erste integrationspolitische Schritte unternahmen bzw. sich aufgrund des Drucks migrantischer Proteste und Selbstorganisationen *on the ground* dazu gezwungen sahen, auf migrantische Forderungen nach Wohnraum, Arbeit, Bildung usw. zu reagieren (vgl. Bayer et al. 2009, Hess 2013a). Seit den 1980er Jahren hat die Bedeutung der städtischen Ebene für Migrations- und Verortungsprozesse sowie für Dynamiken der Inklusion und Exklusion im Zuge globaler *Rescaling*-Prozesse (für einen deutschsprachigen Überblick vgl. Wissen 2008) noch weiter zugenommen, wie unter anderem Nina Glick Schiller und Ayşe Çağlar jüngst gezeigt haben (Glick Schiller/Çağlar 2010).

Auch in der öffentlich-politischen Diskussion und in den Medien werden Migrationsprozesse stark als ein städtisches Phänomen konzeptualisiert, wie derzeit in der Debatte um die ‚Armutsmigration‘ bulgarischer und rumänischer EU-Bürger\_innen deutlich zu Tage tritt (vgl. dazu auch das Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, 22.1.2013). In zum Teil kulturpessimistischen Szenarien werden die Effekte der Einwanderungsgesellschaft als ‚Krise der Städte‘ und als urbane ‚Parallelgesellschaften‘ verhandelt (und das durchaus auch wissenschaftlich, etwa bei Heitmeyer et al. 1998; kritisch dazu Pott 2001, Ronneberger/Tsianos 2009). Hierbei wird Migration ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ‚kultureller Differenz‘ bzw. ‚ethnischer Andersheit‘ problematisiert, was Kultur- und Sozialwissenschaftler\_innen weithin als Ethnisierung des Sozialen und kulturalistische Engführung der Thematik kritisieren (vgl. Kaschuba 1995, Tezcan 2011). Fragen sozialer Ungleichheit (Ha 2009) und politische Aspekte der Herstellung sowie der Kontrolle von Mobilitätsbewegungen als ‚Migration‘ werden hierbei weitestgehend ausgeblendet (Hess 2013b). Diese wissenschaftliche Operationalisierung basiert zudem auf einem essentialistischen Kulturbegriff. Wie Levent Tezcan (2011: 358) treffend herausarbeitet, unterstellt dieser eine kausale Beziehung „zwischen der Herkunft einer als kohärent gedachten sozialen Gruppe und dem sozialen Handeln ihrer Mitglieder. Mit dem Verweis auf Kultur wird dabei eine Andersartigkeit als Geschäftsgrundlage vorausgesetzt, die folgerichtig eine Sonderbehandlung der besagten Gruppe auf den Plan ruft.“ Jedoch dominiert auch in vielen stadtforscherischen Untersuchungen weiterhin ein ‚ethnic group research design‘ bzw. eine ‚ethnische Brille‘, wie Glick Schiller in ihren Reflexionen über die Stadt- und Migrationsforschungslandschaft immer wieder kritisch hervorhebt: „Despite the contributions of the constructionist perspectives and the manifold descriptions of diversity within what is being characterized as a culturally uniform group, most migration scholars continue to use ‘ethnic community’ as both the object of study and the unit of analysis in migration research“ (2008: 3).

Die Dominantstellung des Ethnizitätsparadigmas und die damit einhergehende reduktionistische Kulturalisierung des Migrationsphänomens wurden in den letzten Jahren vor allem im Kontext der kritischen Migrationsforschung differenziert kritisiert (vgl. auch Sökefeld 2004, Mecheril et al. 2013). Dabei wird deutlich, dass diese Paradigmen nur wenig Erklärungskraft im Hinblick auf die neuen komplexen sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnisse besitzen, an denen Migrationsbewegungen zum einen aktiv

beteiligt sind – wie an der Herbeiführung postnationaler Gesellschaftlichkeit – und in deren Rahmen sie andererseits auch zum Gegenstand von Kontrolle und ökonomischer Verwertung werden (vgl. u. a. Mezzadra/Neilson 2013).

In diesem Sinn liegt unserem Artikel einerseits ein konstruktivistisches Verständnis von Migration als sozial, politisch und wissenschaftlich hergestelltes Phänomen zugrunde. Andererseits knüpfen wir an neuere Konzeptualisierungen an, die Deutschland wie wohl die meisten Gesellschaften dieser Welt als postmigrantisch verstehen. Die historischen sowie die gegenwärtigen Migrationsprozesse haben Deutschland unumkehrbar zu einem Einwanderungsland gemacht und die Erfahrungen und Dynamiken der Migration wirken auch jenseits konkreter Subjekte mit Migrationserfahrungen.

Ein international viel diskutiertes Konzept, das es dezidiert möglich macht, Migration und Stadt jenseits des Ethnizitätsparadigmas zusammen zu denken, ist das *Urban-Citizenship*-Konzept, welches auf die Frage nach Teilhabe, nach dem Zugang zu Ressourcen und nach Rechten sowie der Entstehung neuer Rechtsregime auf lokaler Ebene fokussiert. Die Debatte um *urban citizenship* bzw. Stadtbürgerschaft, die – wie wir unten zeigen werden – in der angloamerikanischen Literatur bereits seit Anfang der 1990er Jahre intensiv geführt wird, ist im deutschsprachigen Raum bislang nur wenig rezipiert worden (vgl. Lebuhn 2013). Sie erscheint uns jedoch für die Weiterentwicklung migrationswissenschaftlich-stadtforscherischer Ansätze besonders innovativ, da sie einerseits die Perspektive des städtischen Regierens der Migration aufwirft, dabei gleichzeitig aber in der Lage ist, migrantische Akteure und migrantische Handlungsmacht jenseits ethnizierender und kulturalistischer Paradigmen zu thematisieren (vgl. das Plädoyer von Glick Schiller 2006). Mit dieser doppelten Perspektivierung auf macht- und akteurstheoretische Fragen jenseits von ‚Kultur‘ und ‚Ethnizität‘ als Hauptinterpretamente unterscheidet sich das *Urban-Citizenship*-Konzept auch deutlich von klassischen Arbeiten der Integrations[3]- und Exklusionsforschung sowie von Multikulturalismus- und *Diversity*-Ansätzen, die Migration weiterhin vor allem als kulturell-ethnische Differenzenerfahrung mal im negativen, mal im positiveren, bereichernden Sinne konzeptualisieren.

Im Folgenden werden wir die städtische Dimension von *Citizenship*-Politiken diskutieren und sie zu den konzeptionellen Entwicklungen und Debatten der neueren (kritischen) *Citizenship*-Forschung in Bezug setzen. Dabei interessieren uns insbesondere die im Kontext von migrationspolitischen Fragestellungen relevanten theoretischen Brüche und Weiterentwicklungen. Zunächst diskutieren wir den Übertrag des ursprünglich von T. H. Marshall (1950) geprägten *Citizenship*-Begriffs auf die Ebene der Stadt ab den 1990er Jahren und kommen auf forcierte Fragmentierungsprozesse von *citizenship* zu sprechen. Im Anschluss daran geht es um die Dynamisierungen des (*Urban*-)*Citizenship*-Konzepts, wie es vor allem im Rahmen des stark wachsenden Forschungsfeldes der *critical citizenship studies* im anglophonen Raum praktiziert wird (u. a. Isin 2008a, Rygiel 2010). Diese neueren Ansätze, die aus der Kritik an statischen und staatszentrierten Deutungen heraus entstanden sind, fassen *citizenship* als Prozess und Praxis. Damit rücken verstärkt auch soziale Bewegungen, migrantische Selbstorganisation und städtische Aneignungspraxen ‚von unten‘ in den Blick. Abschließend

stellen wir einige Überlegungen speziell im Kontext neoliberaler Stadtpolitik an, die aus unserer Sicht zu ambivalenten Prozessen der Subjektivierung und Fragmentierung von *citizenship claims* führen. Im Schlussteil werfen wir eine Reihe von Fragen auf, die – wie wir hoffen – zu einer produktiven Debatte um Konzepte und Perspektiven an der Schnittstelle zwischen Stadt, Migration und *citizenship* beitragen können, wie sie in den nachfolgenden Beiträgen dieser s u b \ u r b a n-Ausgabe vertieft am Beispiel unterschiedlicher Themenfelder geführt wird.

### ***Citizenship* als umkämpftes Konzept**

Die *Citizenship*-Debatte wird bis heute stark von T. H. Marshalls 1950 veröffentlichtem Essay „Citizenship and Social Class“ (Marshall 1950) geprägt. Während der Begriff im Deutschen meist (ungenau) mit „Staatsbürgerschaft“ übersetzt wird, bezog Marshall ihn in seinem historischen Essay vor allem auf die Frage gesellschaftlicher Teilhabe. Er unterschied zwischen der formalen Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft einerseits und den damit verbundenen Rechten auf gesellschaftliche Teilhabe andererseits. Dabei wies Marshall darauf hin, dass Bürgerrechte ab dem 18. Jahrhundert erst nach und nach durchgesetzt wurden bzw. werden mussten: „The story of civil rights in their formative period is one of the gradual addition of new rights to a status that already existed“ (Marshall 2006 [1950]: 31).

So war die Konzeption des Staatsbürgers und das damit verbundene Set an Rechten (und Pflichten) von Beginn an umkämpft. Nur zwei Jahre nach der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in der Französischen Revolution 1789 wies Olympe de Gouges mit ihrer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ (1792; Holland Cunz 2003: 18ff.) auf den Kampf von Frauen um eine ebenbürtige politische Anerkennung und gleiche Rechte hin. Köster-Eiserfunke, Reichhold und Schwiertz (2014) zeigen darüber hinaus, wie die westliche Konstitution der Staatsbürgerschaft von Anfang an ebenso durch die Hypothek des Kolonialismus und des Ausschlusses rassifizierter ‚Anderer‘ geprägt ist, wobei bereits Ende des 18. Jahrhunderts mit der haitianischen Revolution ein Zyklus von Kämpfen gegen diesen rechtlichen und politischen Ausschluss begann. Köster-Eiserfunke et al. (2014: 178) folgern: „Citizenship ist aus unserer Perspektive daher von Beginn an mit politischen Kämpfen um Rechte verbunden und ist nach wie vor umfochten.“ Darüber hinaus ist *citizenship*, so wie sie sich als Staatsbürgerschaft des nationalen Staats konstituiert hat, ontologisch eng mit Fragen der Mobilitätskontrolle verbunden und priorisiert bzw. erzwingt ein gewisses Maß an Sesshaftigkeit – ein Zusammenhang, der in den derzeitigen internationalen Protesten von Migrant\_innen und Flüchtenden um Bewegungsfreiheit, Sicherheit und Teilhabe zentral herausgefordert wird (vgl. Nyers/Rygiel 2012: 7, Hindess 2000). Barry Hindess sieht denn auch eine primäre Funktion der Institution der Staatsbürgerschaft darin, im biopolitischen Sinne „international management of populations“ zu betreiben.

In eine ähnliche Richtung weist Marshalls damalige Argumentation. So untersuchte er neben dem Recht auf politische Teilhabe – vor allem dem aktiven und dem passiven Wahlrecht – die historische Durchsetzung von zivilen und sozialen Rechten. Zudem unterschied Marshall systematisch zwischen

den unterschiedlichen Dimensionen von Zugehörigkeiten einerseits und der gesellschaftlichen Teilhabe andererseits und argumentierte, dass die formale (Staats-)Bürgerschaft keinesfalls mit der Vergabe substanzieller Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen einhergehen muss. In diesem Sinne lässt sich auch nur dann von *full citizenship* sprechen, wenn eine umfassende Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen gewährleistet ist. Marshalls Unterscheidung zwischen formalen und substanziellen Rechten hilft somit zum einen bei der Formulierung eines dynamischen und prozessorientierten *Citizenship*-Konzepts, das – wie wir weiter unten zeigen werden – ein wichtiges Fundament für die Perspektive auf *Citizenship*-Kämpfe bildet. Zudem erlaubt seine Unterscheidung, aktuelle Transformationen von *citizenship* im Kontext neoliberaler Regierungslogiken sowie die Aushöhlung sozialstaatlicher und demokratischer Teilhaberechte zu konzeptualisieren.

So stellen etwa Holston und Appadurai (1999: 4) fest, dass formale Staatsangehörigkeit („membership in a nation-state“) heute immer weniger als notwendige oder ausreichende Bedingung dafür gelten kann, dass man auch alle gesellschaftlichen Teilhaberechte („substantive citizenship“) genießt. Diese Dynamik betrifft nicht nur Migrant\_innen, die vielfach in unterschiedlichen Graden bereits aus der (formalen) Staatsbürgerschaft ausgeschlossen sind. Vielmehr ist die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe und dem substanziellen Gehalt von Rechten ebenso zentral für Staatsbürger\_innen, die entlang verschiedener Machtverhältnisse und Kategorisierungs- und Rasterungsprozesse von Rassismus, Sexismus, Ableismus, Homophobie und Transphobie betroffen sind und dadurch von der Nutzung und Inanspruchnahme ihrer formalen Rechte abgehalten werden. So geht es hierbei auch um soziales und Bildungskapital im Bourdieu'schen Sinne, welches zunehmend mitentscheidet, ob Akteure beispielsweise im Dickicht der Bürokratisierung sozialer Rechte diese auch für sich durchsetzen können (bspw. in der Auseinandersetzung mit Arbeits- und Sozialämtern).

Genau diese bereits bei Marshall angelegte Fokussierung jenseits von ethnischen Zuschreibungen – ironischerweise eine migrationspolitische Leerstelle in seiner Arbeit – macht den *Citizenship*-Begriff im heutigen Kontext für die kritische Migrationsforschung besonders produktiv. Denn die Frage nach dem Spannungsfeld zwischen Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft einerseits und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Teilhabe andererseits eignet sich hervorragend dazu, eine Gegenperspektive zum hegemonialen Integrationsdiskurs zu eröffnen. Schließlich identifiziert dieser gerade *nicht* den gesellschaftlichen Ausschluss und die Diskriminierung von Migrant\_innen als Problem, sondern konstruiert vielmehr die Migrant\_innen selbst als Problem für ‚die Gesellschaft‘, wie wir oben ausgeführt haben.

Zugleich hat Marshalls Essay aber auch eine stark historisch-spezifische Dimension und bedarf daher einer Aktualisierung.[4] Migrationspolitische Aspekte oder auch Fragen kultureller oder genderspezifischer Rechte findet man in Marshalls Essay bestenfalls in Ansätzen. Der neoliberale Abbau bzw. die Aushöhlung von Rechten lag vermutlich fernab seiner Vorstellungskraft. Selbst die kapitalistischen Zentren mussten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Konkurrenz zum Ostblock als die besseren, das heißt nicht zuletzt auch die sozialeren Systeme beweisen. Heute hat sich der Kontext und die

Stoßrichtung der *Citizenship*-Debatte daher in mindestens dreierlei Hinsicht geändert: Erstens muss die Frage gesellschaftlicher Teilhabe vor dem Hintergrund der neoliberalen Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates und starker, sozial höchst differenzierter Ausgrenzungsprozesse diskutiert werden – aktuell vor allem auch im Kontext der globalen „Vielfachkrise“ (Demirovic et al. 2011). Zweitens stellen sich mit den aktuellen Dynamiken internationaler bzw. transnationaler Migration auch neue Fragen von post-nationaler Zugehörigkeit und Teilhabe. Drittens verschieben sich im Prozess der ökonomischen und politischen Globalisierung die Ebenen, auf denen politische, soziale und kulturelle Rechte bereitgestellt werden. Es verändern sich die Kompetenzen und Machtverhältnisse zwischen nationalen Regierungen, supranationalen Institutionen/Regimen und der lokalen Ebene: ein Prozess, der vor allem im Zuge der Debatten um *urban neoliberalism* (Brenner/Theodore 2002, Jessop 2002), *urban post-fordism* (Mayer 1994, Roth 1998) und die *politics of scale* (Brenner 1997, Swyngedouw 1997) diskutiert wurde. Vor allem dieser dritte Aspekt – der Bedeutungsgewinn des Städtischen im Zuge des neoliberalen Globalisierungsprozesses – bildet den politischen Kontext, in dem ab den frühen 1990er Jahren eine Neulektüre Marshalls, ein innovativer Übertrag auf die Ebene der Stadt und eine konzeptionelle Weiterentwicklung im Rahmen der *Urban-Citizenship*-Debatte stattfanden (vgl. etwa Garcia 1996, Holston 1999, Lustiger-Thaler 1993, Vertovec 1998).

### ***Urban citizenship* und die Herausforderung der Migration**

Die sich seit einigen Jahren intensivierende Debatte um das *Urban-Citizenship*-Konzept ist insbesondere als Versuch zu verstehen, Konzepte von Bürgerschaft und Teilhabe vor dem Hintergrund eines *downscaling* von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und der neoliberalen Restrukturierung des städtischen Raums neu zu formulieren. Als *scales* werden in diesem Zusammenhang politisch konstruierte, räumliche Maßstabebenen wie Stadt, Nation, Region oder Weltmarkt bezeichnet. Autoren wie Eric Swyngedouw und Neil Brenner argumentieren, dass „das jeweils gültige System räumlicher Maßstabebenen der sozialen Welt das Ergebnis umkämpfter sozialer Prozesse darstellt“ (Belina 2014: 42). Im Zuge des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus haben Strategien der Neoliberalisierung vor allem auch zu einer Verlagerung von ökonomischem Wettbewerb, Konkurrenz und Marktförmigkeit auf die subnationale und lokale Ebene geführt (Brenner 2004). Migrationsdynamiken spielen dabei eine doppelte Rolle, wie Nina Glick Schiller und Ayşe Çağlar in ihren Arbeiten zu Migration und den *politics of scale* bzw. Reskalierungsprozessen zeigen. Denn einerseits haben sich die *policies* und die politischen Rahmenbedingungen verändert, unter denen sowohl städtische Migrationspolitik als auch migrantisches Inkorporation stattfinden. Andererseits sind Migrant\_innen selbst angesichts ihrer transnationalen Netzwerke und ökonomischen Ressourcen wichtige Akteure im *Rescaling*-Prozess und im neoliberalen Wettbewerb der Städte gegeneinander (Glick Schiller/Çağlar 2009, vgl. auch Glick Schiller/Çağlar 2010).

Vor diesem Hintergrund interessieren sich Arbeiten, die sich auf den Spuren von T. H. Marshall auf städtisches Terrain begeben, vor allem für

Fragen nach dem Zugang zu und Konflikten um urbane Ressourcen und Rechte sowie ihrer Anerkennung und Kodifizierung auf der Ebene der Stadt. Oder um es mit den Worten von Marisol García (2006: 754) zu formulieren:

„Urban and regional forms of citizenship develop when: policy instruments are introduced locally and regionally in order to maintain and/or create social entitlements as a result of citizens' demands or as a result of local institutions' innovative practices; and when the mechanisms for political integration provide an open sphere for participation and contestation not only for established citizens, but also for denizens.“

Darüber hinaus wird in der Literatur verstärkt wieder die historische Rolle betont, die Städte für die Entwicklung von Bürgerrechten gespielt haben (Isin 2008a). Die beiden zentralen Figuren in diesem Kontext sind der ‚Stadtbürger‘ des antiken Athens, dessen Status vor allem vom männlichen Geschlecht und von seinem Besitzstand abhing, sowie der ‚freie Stadtbürger‘ im mittelalterlichen Feudalismus, der die Stadt als Bollwerk gegen das Feudalsystem des Adels in Stellung brachte. Die Stadt ist dabei nicht etwa nur der geografische Ort, an dem soziale und politische Auseinandersetzungen stattfinden, sondern wurde zur metaphorischen Figur, „the battleground *through which* groups define their identities, stake their claims, wage their battles and articulate citizenship rights and obligations“ (Isin 2002: 50, zitiert nach Bauböck 2003: 139, kursiv im Original). Stadtbürgerschaft selbst wiederum unterlag im historischen Rückblick ganz unterschiedlichen Konstitutionsbedingungen – vom ökonomischen Erwerb über die räumliche Präsenz bis hin zu diversen rassifizierten, religiösierten Stratifizierungen und Ausschlüssen. Sie ist daher stets als kontingentes Ergebnis von Konflikten um Zugehörigkeit zu bzw. den Ausschluss aus der politischen (städtischen) Gemeinschaft zu verstehen.

Angesichts der voranschreitenden Reskalierungsprozesse kommt den Städten heute ebenfalls eine neue große Bedeutung für soziale Verortungs- und Teilhabeprozesse zu. So demonstrieren Thomas Faist und Hartmut Häußermann in ihrer Studie von 1996 über „Immigration, Social Citizenship and Housing in Germany“, dass viele sozialstaatliche Leistungen auf lokaler oder regionaler Ebene reguliert werden und sich ihre Qualität daher von Ort zu Ort stark unterscheiden kann (Faist/Häußermann 1996). Die Frage nach dem Status als (Stadt-)Bürger\_in und den damit verbundenen bzw. umkämpften Rechten wird nicht zuletzt dann hochrelevant, wenn es um migrantische Praktiken des Rechtforderns und -nehmens und Fragen der Inklusion und Exklusion von Migrant\_innen geht. So unterscheiden etwa Faist und Häußermann in ihrer Forschungsarbeit zwischen sechs verschiedenen migrantischen Statusgruppen. Regina Römhild und Steven Vertovec kommen in ihrer Studie über Vielfaltsprozesse in Frankfurt am Main Ende der 2000er Jahre insgesamt auf 17 verschiedene rechtliche Statusgruppen (vgl. Stadt Frankfurt 2009: 46). Faist und Häußermann (1996) stellen darüber hinaus erhebliche Unterschiede bezüglich des daraus ableitbaren Zugangs zu Einbürgerung, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Kinderbetreuung und sozialem Wohnungsbau fest. So wird auch der Anspruch auf öffentlich subventionierte Integrations- bzw. Sprachkurse oder auf eine staatlich geförderte Kinderbetreuung und viele andere Leistungen kommunal unterschiedlich

gehandhabt. Auch Anträge auf Kinder- und Elterngeld, das Migrant\_innen mit einem gesicherten Aufenthalt beanspruchen können, werden in der Regel auf lokaler Ebene bearbeitet. Die Kommunen haben darüber hinaus einen deutlichen Spielraum bezüglich Duldungs- und Entkriminalisierungspolitiken gegenüber Migrant\_innen ohne Papiere, womit in Deutschland auch in diesem ganz basalen Sinne eine höchst fragmentierte Rechtslandschaft geschaffen und sozial praktizierte Formen ‚irregulärer Bürgerschaft‘ hervorgebracht werden (vgl. u. a. Anderson 2003; vgl. dazu auch Nyers 2008 und 2011 zur Bewegung der *sanctuary cities* in Kanada). In diesem Sinne zeigt die Perspektive auf *urban citizenship* eine allgemein feststellbare Tendenz einer erhöhten Fragmentierung und Hierarchisierung von *Citizenship*-Rechten in aller Deutlichkeit. Darauf wollen wir im Folgenden weiter eingehen.

### **Forcierte Fragmentierung von *citizenship***

Seit geraumer Zeit beobachten Migrationsforscher\_innen eine zunehmende Stratifizierung und Hierarchisierung von Bevölkerungen durch Zuweisung unterschiedlicher Status und Rechte. Lydia Morris (2002) hat in diesem Kontext den Begriff der „civic stratification“ entwickelt, also der (staatlich) intendierten Abstufung von Rechten und der damit einhergehenden Stratifizierung der (nicht nur migrantischen) Bevölkerung. Sandro Mezzadra und Brett Neilson (2013) sprechen von der „differentiellen Inklusion“, um deutlich zu machen, dass selbst ein illegalisierter Status ein Status ist, der zwar weitgehende Entrechtung bedeutet, jedoch nicht die Nichtverwertbarkeit und den totalen Ausschluss der illegalisierten Arbeitskraft intendiert. So demonstrierten zum Beispiel die *sans-papiers*[5] in Frankreich, dass sie über Jahrzehnte hinweg zwar in Frankreich lebten und arbeiteten und ihre Kinder auf Schulen gingen, dass sie in gewissem Sinne also durchaus inkludiert waren, dies jedoch im Zustand der Rechtlosigkeit. Neuere Studien zu Migration und Staatsbürgerschaftspraktiken wie die von Sandro Mezzadra und Brett Neilson (2013) weisen in diesem Kontext auf eine Tendenz zur Ökonomisierung von Staatsbürgerschaftsrechten hin, beispielsweise im Rahmen von Punkteverfahren (wie es das multikulturelle ‚Vorzeigeland‘ Kanada praktiziert). Die Arbeiten von Aihwa Ong (2005: 301; auch 1999) zu Gesellschaften Südostasiens zeigen ferner, dass das „System differenzierter Staatsbürgerschaft“ im Zuge neoliberaler Restrukturierungspolitiken zu einer forcierten Fragmentierung und Zonierung des einst als homogen angenommenen nationalen Rechtsraums führt, was wiederum auch die vermeintlich einheimische Arbeiterschaft trifft (vgl. auch Hess 2012). So werden Migrant\_innen in den meisten Ländern einer immer komplexeren Hierarchie an Aufenthaltstiteln unterworfen, auf deren Basis ihnen ein Status zugewiesen wird. Dieser kann von der völligen Rechtlosigkeit (De Genova (2002) spricht von „deportability“) über einen prekarierten Status (der temporären Aussetzung der Abschiebung) bis zur fast vollständigen Bürgerschaft (der unbefristeten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis) reichen. Doch selbst der fast vollständige Aufenthaltsstatus wird in zunehmendem Maße wieder unter Vorbehalt gestellt, wie beispielsweise im Kontext des ‚Kriegs gegen den Terror‘, wenn Aufenthaltstitel entzogen und Verdächtige in Flüchtlingswohnheime verbannt oder gar ausgewiesen werden. Auch im

Zusammenhang mit der Einführung biometrischer Grenzkontrollverfahren ist eine zunehmende Stratifizierung von (Mobilitäts-)Rechten im globalen Maßstab sowie innerhalb von Ländern zu befürchten, da die Verfahren auf der Produktion verschiedener Klassen von Reisenden und Pässen basieren („bona fide travellers“ und andere) (Nyers/Rygiel 2012: 6). Die Frage, wie lange sich jemand in einem Land aufhalten und ob er oder sie dabei arbeiten darf, stellt also nur das offensichtlichste Set der im Rahmen von *Citizenship*-Politiken verliehenen Rechte und Pflichten dar. Jeder Aufenthaltstitel ist darüber hinaus mit einer Vielzahl an Erlaubnissen und Einschränkungen verbunden. Zum anderen kann die kritische Migrationsforschung aber zeigen, wie Migrant\_innen selbst sich fluide und kenntnisreich zwischen verschiedenen Status bewegen, was eine simple binäre und statische Gegenüberstellung von legal versus illegal, *citizen* versus *non-citizen* problematisch macht (vgl. Hess/Karakayali 2007; auch Squire 2011).

Untersucht man die Abstufung und Fragmentierung von Rechten, so wird darüber hinaus deutlich, dass – wie auch oben schon an der Studie von Häußermann und Faist gezeigt wurde – gerade die Institutionen des „lokalen Staates“ (Krätke/Schmoll 1987) eine zentrale Rolle bei der Stratifizierung der migrantischen Bevölkerung spielen und sich Strategien von Kontrolle und Ausgrenzung mit Politiken der Gewährung und der Teilhabe systematisch verschränken. Alana Lentin und Gavan Titley (2011) sprechen in diesem Zusammenhang von *racial neoliberalism*. Dies reicht mittlerweile hin zu proaktiven städtischen Anwerbe- und weitreichenden kommunalen Anerkennungspolitiken im Kontext von Reskalierungsprozessen und einer forcierten Standortkonkurrenz um Humankapital und Investitionen, wie es Glick Schiller (2012) beispielsweise in Manchester untersucht hat. Sie zeigt, wie Manchester in seinen Restrukturierungsmaßnahmen zwar spät, doch dann um so nachhaltiger vor allem auf in der Stadt lang ansässige, jedoch bis dato marginalisierte pakistanische Netzwerke gesetzt hat – und dies zu einer Zeit, als die nationale Einwanderungspolitik unter dem Eindruck des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus gerade gegenüber Migrationsbewegungen aus dieser Weltregion zu restriktiven Politiken griff. Ähnliche Paradigmenwechsel in städtischen Migrationspolitiken können Mathias Rodatz (2012) oder Stephan Lanz (2009) für bundesdeutsche Metropolen wie Frankfurt am Main und Berlin nachweisen. Dabei erfordert die Abstufung von Rechten ein engmaschiges Monitoring der unterschiedlichen ausländerrechtlichen Statusgruppen und die Herstellung permanenter ‚Grenzsituationen‘. Städtische Ämter und Behörden, aber auch private Dienstleister in den Städten und Nachbarschaften werden dazu angehalten, Ausweis- und Aufenthaltspapiere permanent zu überprüfen, um festzustellen, wer welche Leistungen und Güter in Anspruch nehmen darf und wer nicht; *citizenship* und (Grenz-)Kontrolle werden untrennbar miteinander verknüpft (Lebuhn 2012).

Status und Kontrolle werden also auch im städtischen Kontext nicht einfach in einem Top-down-Prozess praktiziert, sondern konstituieren sich in Aushandlungsprozessen durchaus konfliktiv (Lebuhn 2014). Darüber hinaus kommt der kommunalen Ebene oft eine Art Vorreiterrolle bei *Citizenship*-Kämpfen zu. So demonstriert Isin in „The city as the site of the social“ (2008b), wie neben dem historischen Zusammenspiel von Stadt und

*citizenship* der städtische Raum auch gegenwärtig der primäre Schauplatz und Adressat von Konflikten um Anerkennung, Zugang zu Ressourcen und basaler Infrastruktur sowie Sicherheit bleibt bzw. in seiner Bedeutung noch zunimmt (ebd.: 272). In diesem Sinne ist es sicherlich kein Zufall, dass in den 1970er Jahren auch auf städtischer Ebene zunächst Ausländerbeiräte als Antwort auf migrantische Forderungen nach rechtlicher Teilhabe und später das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger\_innen durchgesetzt wurden, während auf der nationalen Ebene erst 2007 unter der christdemokratischen Regierung von Angela Merkel ein Integrationsplan verabschiedet wurde und politische Teilhabeforderungen nach Wahlrecht weiterhin abgeschmettert werden.

### **Die Kluft zwischen Ideal und Ausschluss: *citizenship* aus der Perspektive der Kämpfe**

Auch wenn die zentrale Rolle von Bottom-up-Dynamiken für die Konstitution von (*urban*) *citizenship* bereits bei Marshall angedeutet und in den frühen Arbeiten zur städtischen Dimension von *citizenship* durchaus präsent war, erfolgte eine systematische Dynamisierung des Konzepts und eine praxeologische Perspektivierung erst ab Ende der 1990er und in den 2000er Jahren. Wegweisend für diese neueren Konzeptualisierungen, die sich auf organisierte und unorganisierte alltägliche Politiken des Rechtenehmens und des Zugehörigmachens konzentrieren (vgl. Nyers/Rygiel 2012), waren unter anderem das Konzept der *insurgent citizenship* von Holston und Isins Konzept der *acts of citizenship*. Isin und Turner (2002: 4) beschreiben die neue konstruktivistische Perspektivierung dann auch folgend: „Rather than merely focusing on citizenship as legal rights, there is now an agreement that citizenship must also be defined as a social process through which individuals and social groups engage in claiming, expanding and losing rights.“

Damit kommen nicht nur vermehrt soziale Bewegungen und Konflikte um Teilhabe und Rechte in den Blick, sondern die Perspektive wird ganz im Sinne von Hannah Arendts Rede vom „Recht, Rechte zu haben“ auf Subjekte und Kämpfe um Rechte ausgedehnt, in denen sich die Akteure unabhängig vom ihnen zugeschriebenen Status Rechte als Bürger\_innen *nehmen*. Isin (2008c: 18) beschreibt diese Momente als „acts“, in denen sich Subjekte selbst faktisch zu Bürger\_innen *machen*, und stellt fest: „To investigate acts of citizenship [...] requires a focus on those moments when, regardless of status or substance, subjects constitute themselves as citizens – or better still, as those to whom the right to have rights is due.“ Dabei enthält der Begriff der „acts“ eine doppelte konstruktivistische Volte bzw. die Zuschreibung einer immanenten produktiven transformatorischen Kraft: Denn es sind die Akte der Bürgerschaft selbst, die ‚Bürger\_innen‘ und ihre ‚Gegenüber‘ erst hervorbringen und damit politische Subjektivität begründen (vgl. ebd.: 37). Nyers und Rygiel (2012: 17) sprechen in diesem Zusammenhang denn auch von „citizenship from below“.

Isin unterscheidet darüber hinaus *acts* von *action*: Eine erfahrbare Handlung, etwas was getan wird, bezeichnet er als *action*. Dahingegen haben *acts* eine transzendente Qualität und weisen über die konkrete Erscheinung einer Handlung hinaus, können jedoch nur in den *actions* analysiert werden. „Das Spezifische des Konzepts von acts“, so Köster-Eiserfunke et al.

(2014: 187) in ihrer Rezeption von Isins Ansatz, „ist hierbei der Bruch mit dem Bestehenden: *To act* bedeutet nicht von dem Skript einer bestimmten Szene auszugehen, aber auch nicht gänzlich von dieser zu verschwinden, *to act* bedeutet eine neue Szene mitsamt einer eigenen Rolle zu konstituieren“.

Ein ‚*activist citizen*‘ zu werden, meint – im Unterscheid zur bürgerlich-liberalen Vorstellung des aktiven Bürgers – Gesetze zu brechen, die den formalen Status als Bürger\_in verwehren (Nyers/Rygiel 2012: 17, Isin 2009: 380). Gerade dieser Bruch mit dem Bestehenden, die Herausforderung und das Messen des Bestehenden am Ideal der Bürgerschaft ist es, dem ferner eine intrinsisch transformative Kraft der Institution *citizenship* selbst zugeschrieben wird. In diesem Sinne lenkt diese Konzeption den Blick vor allem auf die Lücke, die Kluft zwischen Ideal und empirisch feststellbarem Ausschluss. Dabei ist es die Kluft, welche politische Subjektivität hervorbringt und *acts of citizenship* begründet. In Anschluss an Jacques Rancière (2004: 307), der Politik als Dissens definiert, schreiben Peter Nyers und Kim Rygiel (2012: 20): „As Rancière notes, politics is mobilised in the ‚gap‘ or discrepancy between the desire and belief of a ‚right to have rights‘ and the absence of the materialization of those rights where certain groups of people fail to have ‚the rights that they have‘.“

Diese Konzeptualisierung erlaubt es, auch dort politischen Protagonismus und politische Subjektivitäten zu erkennen, wo die forschende Beobachtungsperspektive bislang vor allem Ausschluss und ‚Opfer‘ wahrgenommen hat, und dies ins Verhältnis zum gesellschaftlichen Allgemeinen zu setzen. Hierzu schreibt Rutvica Andrijasevic (2009: 366): „Emerging migrant collective subjectivities through political mobilisations have direct bearing on our understanding and conceptualization of citizenship. Migrants’ claims for justice and the contestation of ascribed/prescribed categories challenge the presupposition that citizenship cannot be enacted by non-citizens.“ Migrantische Akte des Rechtnehmens und des Zugehörigmachens sind dann nicht länger im Gegensatz zu *citizen subjects* zu setzen, sondern als ko-konstitutiv zu verstehen, wobei dies – wie wir später noch ausführen werden – nicht dazu führen darf, den Unterschied gänzlich zu negieren und die Formalisierung von Rechten politisch oder normativ abzuwerten.

Jedoch können nun auch Räume wie Lager und Abschiebegefängnisse – „spaces of abjection“ (Isin/Rygiel 2007) –, die üblicherweise als Orte der Internierung bzw. des *confinement* und der ‚totalen Kontrolle‘ (Erving Goffman) imaginiert werden oder im Sinne Giorgios Agambens als ‚Orte des Ausnahmezustands‘ gelten, als Orte politischen Aktivismus und als Räume der Mobilisierung von Kämpfen und neuen politischen Subjektivitäten untersucht und rekonzeptualisiert werden. So etwa im Fall der immer wiederkehrenden Kämpfe der Transitmigration – sei es in den israelischen Internierungslagern, in den griechischen oder ungarischen Abschiebezentren oder vor und hinter den hohen Zäunen der militärisch gesicherten spanischen Enklaven Ceuta und Melilla (vgl. Heimeshoff et al. 2014). Peter Nyers und Kim Rygiel (2012: 16) sehen denn auch genau dies als entscheidenden Gewinn einer kritischen *Citizenship*-Perspektive: „Migrant activism in its diverse forms [...] opens up the possibility of transforming our thinking about citizenship subjectivities and spaces.“ Im Gegensatz zur liberalen Definition von Staatsbürgerschaft mit ihrer Begründung in legalem

Status, Sesshaftigkeit und Statik, der Nachweisbarkeit durch Dokumente und ihrem intrinsisch angelegten Ausschluss würden neue migrantische Kampagnen und Kämpfe wie *Kein Mensch ist illegal* oder *Don't ask don't tell* neue post-nationale Visionen entwickeln, „in which notions of belonging and entitlement to rights are founded on criteria of residence, participation in community, and social relations developed in space and in relation to ‚the commons““ (ebd.). In diesem Sinne weisen *acts of citizenship* oftmals nicht nur über die engen Grenzen der formalisierten Staatsbürgerschaft hinaus, sondern repolitisieren die Grenzziehung selbst.

Neuere Perspektivierungen des *Citizenship*-Konzepts rücken aber nicht nur migrantische Kämpfe in den forschenden Blick, sondern auch vom wissenschaftlichen Mainstream oft vernachlässigte Orte, an denen diese Kämpfe ausgetragen werden. So interessieren sie sich unter anderem (aufs Neue) für Konflikte um Teilhabe in den Städten des Globalen Südens (vgl. etwa Holston 1999, Alsayyad/Roy 2006, Ren 2012). James Holston prägte in diesem Zusammenhang den oben bereits erwähnten Begriff der *insurgent citizenship*. Er untersucht *Citizenship*-Kämpfe in den informellen Siedlungen an den Peripherien der brasilianischen Megastädte, vor allem in São Paulo (Holston 2007). Dabei stellt er fest, dass die Konflikte sich dort einerseits um das ‚Recht auf Stadt‘ im Sinne Lefebvres entwickeln, also um reproduktive Funktionen im urbanen Alltagsleben: um Eigentumstitel an Land und den Schutz vor Vertreibung aus den informellen Siedlungen, um den Zugang zu städtischer Infrastruktur wie Straßen, Wasser, Elektrizität und Schulen und um politische Mitbestimmung in der Stadtplanung. Andererseits spielen die dynamischen Kämpfe in den urbanen Peripherien auch eine zentrale Rolle für den Demokratisierungsprozess auf nationaler Ebene, so Holston (2009: 258):

„The neighborhood associations also forged new horizontal confederations of citizens concerned with housing, land conflicts, infrastructure, human rights, and urban administration that became city-wide and even national movements. The most significant was their massive participation in framing the 1988 Constitution at the end of military rule. This movement turned the insurgent citizens of the urban peripheries into key protagonists in a national struggle over the democratic imagination of a new charter for Brazilian society.“

Im Hinblick auf die Zusammenführung von Migrations- und Stadtforschung sind hier gleich mehrere Aspekte hochrelevant: Angesichts der Tatsache, dass es sich bei der Mehrheit der Bewohner\_innen der urbanen Peripherien Brasiliens um Binnenmigrant\_innen aus ländlichen Regionen handelt, löst Holstons Ansatz einer *insurgent citizenship* die notorische Unterscheidung zwischen internationalen und nationalen Migrant\_innen (Glick Schiller/Wimmer 2002) zugunsten der Frage nach Rechten, Ressourcen und kollektiver Handlungsmacht auf. Deutlich wird darüber hinaus, dass urbane Konflikte um *citizenship* eine Dynamik entfalten können, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus reicht – ‚urban‘ oder ‚städtisch‘ wird hier also nicht einfach nur als ‚lokal‘ gedacht, sondern benennt vielmehr spezifische räumliche, soziale, rechtliche und andere Bedingungen und Praxen für Konflikte um Teilhabe. Darüber hinaus bringt Holston mit seinem Fokus auf urbane soziale Bewegungen die *Urban-Citizenship*-Debatte und die

Recht-auf-Stadt-Debatte zusammen (vgl. dazu vor allem auch Smith/McQuarrie 2012). Schließlich beteiligt er sich mit seiner Forschung an der ‚Entkolonisierung‘ der bislang vor allem angloamerikanisch und europäisch dominierten Stadtforschungsdebatte und wird damit anschlussfähig an die Debatten um *subaltern urbanism* und die postkoloniale Kritik am *Global-City*-Ansatz (vgl. etwa Roy 2011, Robinson 2006).

### **Regieren durch *citizenship* in der neoliberalen Stadt**

Die praxeologische Wende in der *Citizenship*-Forschung hat eine ganze Reihe von interessanten empirischen Arbeiten hervorgebracht, die aktivistische Praktiken und Formen im Sinne von *activist citizenship* lokal spezifisch untersuchen und damit insbesondere die Lücke zwischen Ideal und Ausschluss politisieren. Ein weiteres Set an Forschungen deutet auf grundlegende strukturelle Transformations- und Erosionsprozesse der (klassischen, bisher staatstragenden) Figur des ‚aktiven Bürgers‘ und der Institution von *citizenship* im Zuge der neoliberalen Restrukturierungsprozesse hin.

So führen die eingangs skizzierten *Rescaling*-Prozesse, die im Zuge der neoliberalen Globalisierung ab den 1980er Jahren einsetzten, nicht nur zu einem Bedeutungsgewinn der Stadt gegenüber anderen politischen und polit-ökonomischen *scales*. Sie gehen auch mit einer fundamentalen Restrukturierung des städtischen Raums selbst und des städtischen Regierens einher. Susanne Heeg und Marit Rosol (2007) argumentieren, dass die Neoliberalisierung in den Städten des globalen Nordens im Kern zwei Regierungsstrategien zusammengebracht hat: eine unternehmerische Strategie (Harvey 1989), die sich an den Bedingungen von verschärftem Standortwettbewerb und Städtekonkurrenz orientiert und darauf mit einer Aufwertung und einem Ausbau vor allem der ökonomischen Potenziale in der Stadt reagiert, sowie eine Strategie des „weichen Neoliberalismus“ – von Nikolas Rose (1996) als „governing through community“ bezeichnet –, die auf der „Anrufung der Zivilgesellschaft und lokaler Gemeinschaften, der Aufwertung von Drittem Sektor und ehrenamtlichem Engagement“ basiert (Heeg/Rosol 2007: 496). Gerade die Kombination dieser beiden Strategien hat erhebliche, höchst ambivalente Auswirkungen für gegenwärtige *Citizenship*-Politiken (nicht nur in der Stadt) und speziell für die Rolle migrantischer Kämpfe um Rechte und Anerkennung, wie es Mathias Rodatz und Vassilis Tsianos auch in dieser Ausgabe von *suburban* ausführen.

Bereits 2000 wies Nikolas Rose in seinem Aufsatz „Governing cities, governing citizens“ darauf hin, dass die neuen neoliberalen Formen städtischen Regierens Aktivismus, zivilgesellschaftliches Engagement und in diesem Zusammenhang auch *citizenship* im Kontext expliziter Aktivierungspolitiken recodieren. Dabei beschreibt der Begriff des ‚Regierens‘ im Gegensatz zur klassischen und staatspositivistischen Terminologie der ‚Regierung‘ (*government*) eher einen netzwerkförmigen Prozess, in dem institutionalisierte Politik und Verwaltung in stärker dialogischen und partizipativen Verfahren mit nichtstaatlichen Akteuren wie privaten Unternehmen, Beratungsfirmen und Non-Profit-Organisationen und Initiativen zusammenwirken. Gerade in der Stadtpolitik war in den vergangenen Jahrzehnten ein deutlicher Wandel hin zu neuen Formen von *urban governance* zu beobachten (Sack 2014), welche

oft mit Strategien der Aktivierung und Einbindung der Stadtbewohner\_innen/Bürger\_innen auf der Ebene der Nachbarschaft oder des Quartiers einhergehen (Holm/Lebuhn 2013).

Rose (2000: 108) spricht in diesem Zusammenhang kritisch von „post-political games of citizenship“, wobei diese von einer doppelten Dezentrierung gekennzeichnet seien: „At its most general, in contemporary games of citizenship, citizenship is no longer primarily realized in relation with the state“; zum anderen seien sie heute charakterisiert durch ein „set of dispersed and non-totalized practices“, „from working to shopping“. Er zeigt, dass auch die ‚weiche‘ neoliberale Regierungsweise von den Logiken des Marktes geprägt ist und Individuen dazu anhält, aktiv und ökonomisch effizient ihr Leben und ihre Bedürfnisse zu regieren. Darüber hinaus macht er deutlich, dass die Idee von *citizenship* selbst transformiert wird und nicht länger nur als Besitz von Rechten, sondern vielmehr als Fähigkeit bzw. als Leistung und Vermögen konstituiert ist – und damit zur Pflicht und abverlangten Aktivität erhoben wird:

„This transformation from citizenship as possession to citizenship as capacity is embodied in the image of the active entrepreneurial citizen who seeks to maximize his or her lifestyle through acts of choice, linked not so much into a homogeneous social field as into overlapping but incommensurate communities of allegiance and moral obligation.“  
(Rose 2000: 99)

Damit werden neue Formen der An- sowie der Aberkennung als ‚Bürger‘ produziert und es entstehen neue Dynamiken der Exklusion, wobei die Performance, der Wille, sich aktiv und verantwortlich ins ‚Gemeinwesen‘ einzubringen, zunehmend entscheidend wird: So werden beispielsweise aufenthaltsrechtliche Fragen zunehmend an die Erfüllung von Integrationszielvereinbarungen geknüpft, die spezifische Verhaltensweisen (wie eine reguläre Arbeitsaufnahme) als ‚Integrationsleistungen‘ abverlangen. Mit den Worten von Rose: „Citizenship has to be earned by certain types of conduct.“ (Ebd.: 98) Zugleich werden damit neue Gruppen von ‚anti-citizens‘ produziert, die als Bedrohung des Projekts ‚citizenship‘ selbst konstruiert werden (ebd.: 103): So werden etwa in Deutschland seit einigen Jahren im Kontext des antimuslimischen Rassismus insbesondere muslimische Migrant\_innen als integrationsunfähig definiert und ihnen damit das Vermögen abgesprochen, sich bürgerschaftliche Rechte verdienen zu können, wie Tsianos und Rodatz in dieser Ausgabe demonstrieren.

Dies beinhaltet jedoch auch die Möglichkeit, dass sich ehemals verworfene Subjekte zu ‚Bürgern‘ ‚hocharbeiten‘ können, indem sie ihren Willen und ihre Leistungsbereitschaft unter Beweis stellen. In diesem Sinne beschreibt Rose die neuen neoliberalen städtischen Regierungsweisen auch nicht einfach als homogenisierende und totalisierende Verschlechterung, sondern als einen höchst konfliktiven Prozess mit offenem Ausgang: „[T]hey also multiply the junctures where these games are opened up to uncertainty and risk, and to contestation and redirection.“ (ebd.)

## Racial neoliberalism: Vielfalt der Zivilgesellschaft statt Recht auf Stadt

Dieser Perspektivenwechsel von *citizenship* als Recht hin zu *citizenship* als Aktivitätszwang im Kontext der neoliberalen städtischen Aktivierungspolitiken und neoliberaler Anrufungen zur Selbstoptimierung findet sein Pendant in einem in den letzten Jahren zu konstatierenden Paradigmenwechsel kommunaler Integrationspolitiken in den von Migration geprägten Großstädten. So stellt Rodatz (2012: 79) fest, dass aktuelle Integrationskonzepte in Städten wie Berlin oder Frankfurt am Main „im Unterschied zur langjährig defizitorientierten Integrationspolitik [...] das Leitbild einer ‚Stadt der Vielfalt‘ [entwerfen] [...], das Migration nicht mehr als (Integrations-)Problem, sondern als grundsätzliches Potential der Städte auffasst.“ Der Paradigmenwechsel wird dabei von zwei polit-ökonomischen Rationalitäten angetrieben, die die Potenziale und Kräfte der Migration auf spezifische Weise anrufen und in Wert zu setzen versuchen: Zum einen versuchen Städte, sich im Wettbewerb um Richard Floridas *creative class* als kosmopolitisch zu ‚branden‘. In diesem Kontext fungieren Migrant\_innen als ‚multikulturelles Ornament‘, die einer Stadt Attraktivität und kosmopolitisches Flair verleihen. Zum anderen werden die sogenannten Migrantenökonomien oder auch ‚*ethnic businesses*‘ als eine wichtige ökonomische Nische für die marginalisierte migrantische ‚*underclass*‘ entdeckt.

Dennoch wirft Rodatz (2012: 91) die Frage auf, ob sich hierdurch nicht auch politisch neue Spielräume eröffnen und neue politische Subjektpositionen entstehen, da „migrantische Viertel keiner objektivierenden und restriktiven Raumordnungspolitik“ mehr ausgesetzt würden, was „es deutschen Verwaltungen erstmals rational erscheinen lassen könnte, alle Einwohner\_innen jenseits der Frage ihrer Staatsbürgerschaft oder ihres ‚Migrationshintergrunds‘ als legitime politische Subjekte der Stadtpolitik anzusprechen“. Lanz (2009) kann in seiner Studie zu Berlin dagegen zeigen, dass dieser Paradigmenwechsel von einer hohen Selektivität gekennzeichnet ist, die nicht goutierbare und nicht verwertbare Gruppen umso radikaleren Zwangsmaßnahmen und Kontrollpolitiken unterwirft. Ähnliche Dynamiken identifizieren Lentin und Titley (2011) für die USA im Sinne einer Politik des *racial neoliberalism*. Auch können migrationsbezogene Stadtforschungen in kleineren Städten deutlich machen, dass ein derartiger Paradigmenwechsel von Integrations- zu Vielfaltspolitiken lange noch nicht überall angekommen ist (Pasch im Erscheinen). In diesem Sinne wird es eine Aufgabe von lokalen, empirischen migrationsbezogenen Stadtforschungen sein, die Effekte eines derartigen Paradigmenwechsels und die damit einhergehenden neuen kommunalen migrationspolitischen Regime detaillierter zu untersuchen. Dabei zeichnet sich ab, dass Migrationsstudien ihren Untersuchungsgegenstand zunehmend nur noch intersektional erfassen können, da dieser von verstärkten Differenzierungslinien (wieder vor allem entlang von Klasse und Geschlecht) durchzogen ist.

Doch die neoliberale Restrukturierung der Städte zeitigt noch in anderer Hinsicht weitreichende und höchst ambivalente Effekte für *Citizenship*-Politiken: So hat die Verlagerung ehemals sozialstaatlicher Funktionen in den Dritten Sektor zu einer dezidierten Privatisierung von wohlfahrtsstaatlichen

Leistungen geführt. Gerade migrantische Organisationen erhalten dadurch sowohl die Möglichkeit als auch die Pflicht (denn wer nicht mitmacht, wird bei der nächsten Vergaberunde abgestraft und nicht mehr bedacht), Ressourcen eigenständig zu verwalten und zu verteilen. Damit werden migrantische Selbstorganisationen tendenziell aufgewertet und erhalten eine neue Mächtigkeit, auch dem institutionellen Rassismus staatlicher Bürokratien entgegenzuwirken. So betont Els de Graauw (2012) am Beispiel von San Francisco, wo dieser Prozess besonders stark fortgeschritten ist, die inkludierenden Effekte dichter Netzwerke zivilgesellschaftlicher Organisationen für Migrant\_innen. Andererseits stellt sich die Frage, ob die rechtlich kaum abgesicherte und finanziell stets unter Vorbehalt gestellte NGOisierung sozialer Infrastruktur die Initiativen und Organisationen nicht überproportional in Abhängigkeit von gewährten Geldern bringt. In der Folge werden sie der staatlichen Rationalität und einer Projektlogik unterworfen, was einer Instrumentalisierung und Kooptation im Kontext von Migrations- und Grenzregimen Vorschub leistet (vgl. u. a. Hess/Karakayali 2007). Migrantische Organisationen bewegen sich unter diesen Bedingungen auf einem schmalen Grat zwischen den beschriebenen Polen und müssen einen kontinuierlichen Balanceakt praktizieren.

Fraglich ist schließlich auch, ob die privatisierten und NGOisierten sozialen Infrastrukturen überhaupt noch in den Begrifflichkeiten der *Citizenship*-Forschung beschrieben werden können. Schließlich wird der Zugang zu Ressourcen in diesen Figurationen zunehmend prekariert und verschiebt sich im Sinne Nikolas Roses von einem Rechtsanspruch hin zu einer Frage der Performanz, des Wissens und von Netzwerkbeziehungen: Ausschlüsse sind dann keine Frage einer ungerechten Verteilungspolitik mehr, sondern sind den Subjekten selbst und ihrem Verhalten zuzuschreiben. In politischer Hinsicht stellt sich vor diesem Hintergrund verstärkt die Frage, ob es aus der Perspektive einer an Kämpfen orientierten *Citizenship*-Konzeption nicht gerade darum gehen müsste, Forderungen vor allem marginalisierter Gruppen auch wirklich in einem formalen rechtlichen Status abzusichern – nicht zuletzt, um so die Basis für weitergehende Kämpfe um Rechte und Anerkennung zu legen. Der aktivistischen *Citizenship*-Perspektive droht sonst, sich mit einem Fokus auf das *claim-making* und auf den Akt des Rechtforderns zufrieden zu geben und die konkreten Ergebnisse der Proteste und des politischen Protagonismus aus den Augen zu verlieren.

Nicht zuletzt ist es gerade die mit Nikolas Rose beschriebene Aktivierungspolitik, die in Kombination mit der neoliberalen Umverteilung, Verknappung und Privatisierung von Ressourcen zur Fragmentierung von *citizenship claims* beiträgt und die Stadt in einen Schauplatz aktivierter Akteure und rivalisierender Konflikte verwandelt. In diesem Kontext etwa sind aktuelle lokale Koalitionsbildungen um städtische Aufwertungs- und Erneuerungsprozesse zu verstehen, in denen die neue alternative Mittelschicht als ‚aktive Bürger‘ für sich, ihre Kinder und mittlerweile auch die *gay community* Sicherheit und Schutz einfordert – und dabei gekonnt die Klaviatur des antimuslimischen Rassismus bespielt, wie Vassilis Tsianos in dieser *s u b \ u r b a n*-Ausgabe zeigt. Es zeigt sich, dass das Recht auf Stadt höchst kontingent ist und gerade die neuen Formen städtischen Regierens über die Anrufung ‚aktiver Bürger‘ auch neue Macht-*Claims*, neue Legitimationen und neue mächtige

Subjektpositionen produziert, welche auf Anti-*Citizenship*-Politiken und Bottom-up-Verdrängungsstrategien hinauszu laufen drohen (für eine kritische Diskussion der Recht-auf-Stadt-Bewegung vgl. auch Mayer 2011).

### Schlussbemerkungen

Wie wir versucht haben zu zeigen, birgt das *Citizenship*-Konzept für die kritische Migrationsforschung ein kaum zu unterschätzendes analytisches wie auch politisches Potenzial. Dabei scheint uns eine der Stärken des Begriffs gerade darin zu liegen, dass er nicht ausschließlich auf Migrant\_innen fokussiert. Er verweigert sich somit der – vor allem auch im deutschsprachigen Raum – vorherrschenden Perspektive auf Migration als Problem sowie einer differenztheoretischen Logik ethnischer Gegenstandskonstruktionen. Er vermeidet ethnischierende und kulturalisierende Interpretamente und fokussiert stattdessen auf materielle Ungleichheiten zwischen Individuen mit unterschiedlichen Status und auf die strukturellen Bedingungen der Teilhabe am und des Ausschlusses vom gesellschaftlichen Leben. Gerade in den jüngeren Debatten spielt dabei die Frage der Handlungsmacht (kollektiver) Akteure jenseits von Staat und Regierung eine zentrale Rolle. *Citizenship* wird also nicht einfach als statisches bzw. staatliches Rechtsregime konzipiert, sondern als Praxis, als politisches Konfliktfeld und Aushandlungsprozess, welches/r gerade in der und durch die Lücke entsteht, die die Nichteinlösung des Versprechens, welches diskursiv mit *citizenship* verbunden ist, generiert. Dabei ist Vorsicht walten zu lassen, nicht alle Konflikte und Kämpfe um Teilhabe sofort in der Sprache von *citizenship* auszudeklinieren – ein Punkt, vor dem auch De Genova (2010) in seiner Analyse migrantischer Proteste in den USA warnt. Denn nicht alle Forderungen richten sich primär an den nationalen oder lokalen Staat. Und wie das oben angeführte Beispiel aus San Francisco zeigt, führt der *Citizenship*-Begriff möglicherweise in die Irre, wenn ehemals staatlich gewährte Rechte in den Dritten Sektor überführt werden. Jedoch eröffnet die kritische *Citizenship*-Forschung den Blick auf ein weites Feld politischer Subjektivierung und des politischen Protagonismus von Akteuren, denen bislang in vielen Forschungen, wenn überhaupt, vor allem die Rolle als Opfer bzw. als Objekte regulativer Absichten zugestanden wird.

Mit der Perspektive auf die spezifisch *städtischen* Bedingungen für *Citizenship*-Politiken trägt die *Urban-Citizenship*-Debatte zudem der im Zuge von neoliberalen Restrukturierungs- und *Rescaling*-Prozessen zu beobachtenden Veränderung der politischen Arena auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene Rechnung und adressiert die Fragmentierung von Rechten und das Ineinandergreifen von *citizenship*, Kontrolle und Aktivierung *on the ground*. Gerade die Ambivalenzen von *Citizenship*-Politiken in der neoliberalen Stadt stellen zugleich eine große Herausforderung für die kritische Stadt- und Migrationsforschung dar. Denn aus einer gesellschaftstheoretischen – und das heißt für uns vor allem gesellschaftskritischen – Perspektive gilt es, *Citizenship*-Regime auch in ihren urban-kosmopolitischen und postnationalen Varianten als Bestandteile des sich wandelnden globalen Kapitalismus zu entschlüsseln und ein tieferes Verständnis für die Dynamiken und Widersprüche zwischen Teilhabe, Recht, Ordnung und Regierung zu entwickeln. Ein normativ aufgeladener oder gar (staats-)affirmierender

*Citizenship*-Begriff steht einer an emanzipativen Veränderungen interessierten Wissensproduktion dabei tendenziell im Weg. Stattdessen gilt es, die Anregungen der kritischen *Citizenship*-Forschung reflektiert aufzunehmen und die Frage nach den Zusammenhängen zwischen Migration, Stadt und *agency* jenseits der Prämissen von Migrationssteuerung und Integrationsdispositiv zu formulieren. Der politische Balanceakt besteht dann freilich darin, für die legalistische Einschreibung von Forderungen nach Anerkennung und Teilhabe in formale Rechtsregime zu kämpfen, das Recht zugleich aber auch als Recht auf soziale Gerechtigkeit, politische Autonomie und kollektive Selbstbestimmung zu verstehen. Oder, wie David Harvey (2003: 939) es im Kontext der Recht-auf-Stadt-Debatte formuliert hat: „The right to the city is not merely a right of access to what already exists, but a right to change it after our heart’s desire.“

## Endnoten

- [1] Nina Glick Schiller (2012) zeigt, dass – obwohl mit Max Weber und der Chicagoer Stadtsoziologie Migrationsprozesse und Urbanisierungsprozesse als intrinsisch miteinander verbunden gedacht und untersucht wurden – dieser Zusammenhang in den nachfolgenden Generationen von Stadtforscher\_innen zunehmend wieder aus dem Blick geriet.
- [2] Umgekehrt lässt sich auch von der ‚Wiederentdeckung‘ der Migration im Rahmen der Stadtforschung sprechen, die in jüngerer Zeit wieder die historisch tragende Rolle von Migrationsprozessen für Stadtentwicklung und Urbanisierungsprozesse im Allgemeinen zu thematisieren beginnt (vgl. u. a. Glick Schiller/Çaglar 2010).
- [3] Kritiken am mittlerweile die deutsche Migrationsforschung und -debatte dominierenden Integrationsparadigma heben vor allem die dem Konzept zugrundeliegenden ethno-kulturellen Leitvorstellungen hervor: Kultur wird immer noch als persistenter, nach innen homogener und sozialdeterminierender ‚Container‘ gedacht. So wurde der anfänglich noch um sozialpolitische Maßnahmen kreisende Integrationsdiskurs mittlerweile ein nahezu völlig kulturalistisch argumentierender Defizitdiskurs, der Migrant\_innen vor allem als Klientel, als Objekt von Orientierungs- und Integrationsmaßnahmen sieht (vgl. Hess et al. 2009).
- [4] „It was concerned with Britain (or indeed more narrowly with England) as a more or less homogeneous society, in the immediate post-war period“, wie Tom Bottomore (1992: 65) feststellt.
- [5] Also illegalisierte Migrant\_innen; wörtlich: ‚ohne Papiere‘.

## Autor\_innen

Sabine Hess ist Kulturanthropologin u.a. mit den Arbeitsschwerpunkten Migrations- und Grenzregimeforschung, Gender und Anthropologie des Politischen.  
shess@uni-goettingen.de

Henrik Lebuhn ist Sozialwissenschaftler und arbeitet u.a. zu Migration, Grenzregimen, partizipativer Stadtpolitik und städtischen sozialen Bewegungen  
henrik.lebuhn@sowi.hu-berlin.de

## Literatur

Alsayyad, Nezar / Roy, Ananya (2006): Medieval modernity. On citizenship and urbanism in a global era. In: *Space and Polity* 10/1, 1-20.

- Anderson, Phillip (2003): „Dass Sie uns nicht vergessen...“ Menschen in der Illegalität in München. Eine empirische Studie im Auftrag der Landeshauptstadt München. München.
- Andrijasevic, Rutvica (2009): Sex on the move. Gender, subjectivity and differential inclusion. In: *Subjectivity* 29, 389-406.
- Basch, Linda / Glick Schiller, Nina / Szanton Blanc, Cristina (1994): *Nations Unbound. Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States*. Langhorne: Gordon and Breach.
- Bauböck, Rainer (2003): Reinventing urban citizenship. In: *Citizenship Studies* 7/2, 139-160.
- Bayer, Natalie / Engl, Andrea / Hess, Sabine (Hg.) (2009): *Crossing Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration*. Ausstellungskatalog. München: Silke Schreiber Verlag.
- Belina, Bernd (2014): Städte als Scales. In: ders. / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.): *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 42-47.
- Bottomore, Tom (1992): Citizenship and social class, forty years on. In: T. H. Marshall / ders. (Hg.): *Citizenship and Social Class*. London/Concorde: Pluto Press, 55-93.
- Brenner, Neil (1997): State territorial restructuring and the production of spatial scale. Urban and regional planning in the Federal Republic of Germany, 1960-1990. In: *Political Geography* 16/4, 273-306.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford/ New York: Oxford University Press.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (2002): Cities and the geographies of “actually existing neoliberalism“. In: *Antipode* 34/3, 349-379.
- De Genova, Nicholas (2002): Migrant “illegality” and deportability in everyday life. In: *Annual Review of Anthropology* 31, 419-447.
- De Genova, Nicholas (2010): The queer politics of migration. Reflections on “illegality” and incorrigibility. In: *Studies in Social Justice* 4, 101-126.
- Demirovic, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (2011): *VielfachKrise*. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- Deutscher Städtetag: Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. 22.1.2013, verfügbar unter: [http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier\\_zuwanderung\\_2013.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/positionspapier_zuwanderung_2013.pdf) (letzter Zugriff am 18.9.2014).
- Faist, Thomas / Häußermann, Hartmut (1996): Immigration, social citizenship and housing in Germany. In: *International Journal for Urban and Regional Research* 25/4, 439-459.
- García, Marisol (2006): Citizenship practices and urban governance in European cities. In: *Urban Studies* 43/4, 745-765.
- Garcia, Soledad (1996): Cities and citizenship. In: *International Journal for Urban and Regional Research* 20/1, 7-21.
- Glick Schiller, Nina (2006): Jenseits der ethnischen Gruppe als Objekt des Wissens. In: Helmuth Berking (Hg): *Die Macht des Lokalen*. Frankfurt/Main: Campus, 105-145.
- Glick Schiller, Nina (2008): Beyond methodological ethnicity. Willy Brandt Series of Working Papers in International Migration and Ethnic Relations 2/08, Malmö University Electronic Publishing. Verfügbar unter: [http://dSPACE.mah.se/bitstream/handle/2043/7491/WB%202\\_08%20MUEP.pdf?sequence=3](http://dSPACE.mah.se/bitstream/handle/2043/7491/WB%202_08%20MUEP.pdf?sequence=3) (letzter Zugriff am 18.9.2014).
- Glick Schiller, Nina (2012): Transnationality, migrants, and cities. A comparative approach. In: Anna Amelina / Devrim Nergiz / Thomas Faist / Nina Glick Schiller (Hg.): *Beyond Methodological Nationalism. Research Methodologies for Cross-Border Studies*. London/ New York: Routledge, 23-40.
- Glick Schiller, Nina / Çağlar, Ayşe (2009): Towards a comparative theory of locality in migration studies. Migrant incorporation and city scale. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35/2, 177-202.
- Glick Schiller, Nina / Çağlar, Ayşe (Hg.) (2010): *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca: Cornell University Press.
- Glick Schiller, Nina / Wimmer, Andreas (2002): Methodological nationalism and beyond. Nation-state building, migration and the social sciences. In: *Global Networks* 2/4, 301-334.
- Graauw, Els de (2012): The inclusive city. Public-private partnerships and immigrant rights in San Francisco. In: Michael Peter Smith / Michael McQuarrie (Hg.): *Remaking Urban Citizenship. Organizations, Institutions, and the Right to the City*. New Brunswick/New Jersey: Transaction Publisher.

- Ha, Kien Nghi (2009): The White German's Burden. Multikulturalismus und Migrationspolitik aus postkolonialer Perspektive. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 51-72.
- Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism. The transformation in urban governance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler, Series B, Human Geography* 71/1, 3-18.
- Harvey, David (2003). The right to the city. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 27/4, 939-941.
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (Hg.) (2004): An den Rändern der Städte. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Heeg, Susanne / Rosol, Marit (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialforschung* 149, 491-509.
- Heimeshoff, Lisa-Marie / Hess, Sabine / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen (2014): Grenzregime II. Migration – Kontrolle – Wissen. *Transnationale Perspektiven*. Berlin: Assoziation A.
- Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer / Backes, Otto (Hg.) (1998): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrierender Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hess, Sabine (2004): Transnationalisierung und kulturalanthropologische Migrationsforschung. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 15/4, 145-155.
- Hess, Sabine (2012): Gefangen in der Mobilität. Prekäre Zonierungsprozesse an den Rändern Europas. In: *Behemoth* 5/1, 8-29. Verfügbar unter: <http://ojs.ub.uni-freiburg.de/behemoth/article/download/652/587> (letzter Zugriff am 18.9.2014).
- Hess, Sabine (2013a): Die Beharrlichkeit der Migration. Eine historische Relektüre von Migrationsdiskursen und Integrationspraktiken. In: Heinz Ulrich Brinkmann / Haci-Halil Uslucan (Hg.): Wer gehört dazu? Integration in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 65-82.
- Hess, Sabine (2013b): Wider den methodologischen Kulturalismus in der Migrationsforschung. Für eine Perspektive der Migration. In: Reiner Johler / Christian Marchetti / Bernhard Tschofen / Carmen Weith (Hg.): *Kultur\_Kultur. Denken. Forschen. Darstellen*. Tagungsband des 38. dgv-Kongresses 2011. Münster/New York: Waxmann, 194-203.
- Hess, Sabine / Binder, Jana / Moser, Johannes (Hg.) (2009): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript.
- Hess, Sabine / Karakayali, Serhat (2007): New Governance oder: Die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement. In: *TRANSIT MIGRATION* Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas*. Bielefeld: transcript, 39-56.
- Hillmann, Felicitas (Hg.) (2011): Marginale Urbanität. Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung. Bielefeld: transcript.
- Hindess, Barry (2000): Citizenship in the international management of populations. In: *American Behavioral Scientist* 43/9, 1486-1497.
- Holland-Cunz, Barbara (2003): Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Holm, Andrej / Lebuhn, Henrik (2013): Die Stadt politisieren. Fragmentierung, Kohärenz und soziale Bewegungen in der ‚Sozialen Stadt‘. In: Martin Kronauer / Walter Siebel (Hg.): *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Frankfurt a.M./New York: Campus, 194-215.
- Holston, James (Hg.) (1999): *Cities and Citizenship*. Durham/London: Duke University Press.
- Holston, James (2007): *Insurgent Citizenship*. Princeton: Princeton University Press.
- Holston, James (2009): Insurgent citizenship in an era of global urban peripheries. In: *City & Society* 21/2, 245-267.
- Holston, James / Appadurai, Arjun (1999): Introduction. In: James Holston (Hg.): *Cities and Citizenship*. Durham/London: Duke University Press, 1-18.
- Isin, Engin (2002): *Being Political*. Minneapolis: Minnesota University Press.
- Isin, Engin (Hg.) (2008a): *Recasting the Social in Citizenship*. Toronto: University of Toronto Press.
- Isin, Engin (2008b): The city as the site of the social. In: ders. (Hg.): *Recasting the Social in Citizenship*. Toronto: University of Toronto Press, 261-280.

- Isin, Engin (2008c): Theorizing acts of citizenship. In: ders. / Greg Marc Nielsen (Hg.): *Acts of Citizenship*. London: Zed Books, 15-43.
- Isin, Engin / Rygiel, Kim (2007): Abject spaces. Frontiers, zones, camps. In: Elizabeth Dauphinee / Cristina Masters (Hg.): *The Logics of Biopower and the War on Terror. Living, Dying, Surviving*. London: Palgrave Macmillan, 181-203.
- Isin, Engin / Turner, Bryan S. (2002): Citizenship studies. An introduction. In: dies. (Hg.): *Handbook of Citizenship Studies*. London: Sage, 1-10.
- Jessop, Bob (2002): Liberalism, neoliberalism and urban governance. A state-theoretical perspective. In: *Antipode* 34/2, 452-472.
- Kaschuba, Wolfgang (1995): Kulturalismus. Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs. In: *Zeitschrift für Volkskunde* 91, 27-46.
- Köster-Eiserfunke, Anna / Reichhold, Clemens / Schwiertz, Helge (2014): Citizenship im Werden. Rechte, Habitus und Acts of Citizenship im Spiegel antirassistischer und migrantischer Kämpfe. In: Lisa-Marie Heimeshoff / Sabine Hess / Stefanie Kron / Helen Schwenken (Hg.): *Grenzregime II. Globale Politiken der Kontrolle – transnationale Kämpfe der Migration*. Berlin: Assoziation A.
- Krätke, Stefan / Schmoll, Fritz (1987): Der lokale Staat. „Ausführungsorgan“ oder „Gegenmacht“? In: *Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 68, 30-72.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus. Frankfurt/Main: Campus.
- Lanz, Stephan (2007): Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt. Bielefeld: transcript.
- Lanz, Stephan (2009): In unternehmerische Subjekte investieren. Integrationskonzepte im Workfare-Staat. Das Beispiel Berlin. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript, 105-122.
- Lebuhn, Henrik (2012): Bürgerschaft und Grenzpolitik in den Städten Europas. Perspektiven auf die Stadt als Grenzraum. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* 126/127, 350-362.
- Lebuhn, Henrik (2013): Migration, Recht, Citizenship. Ambivalenzen eines Diskurses. In: Paul Mecheril / Oscar Thomas-Olalde / Claus Melter / Susanne Arens / Elisabeth Romaner (Hg.) (2013): *Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive*. Wiesbaden: Springer VS, 231-244.
- Lebuhn, Henrik (2014): Illegalisierung. Lokale Konflikte um Kontrollen, Rechte und Ressourcen. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.): *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 228-233.
- Lentin, Alana / Titley, Gavan (2011): *The Crisis of Multiculturalism. Racism in a Neoliberal Age*. London/New York: Zed Books.
- Lustiger-Thaler, Henri (1993): Social citizenship and urban citizenship. The composition of local practices. In: *Canadian Journal of Urban Research* 2/2, 115-129.
- Marshall, Thomas H. (1950): *Citizenship and Social Class and Other Essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Marshall, Thomas H. (2006 [1950]): Citizenship and social class. In: Christopher Pierson (Hg.): *The Welfare State Reader*. Cambridge/Malden: Polity Press, 30-39.
- Mayer, Margit (1994): Post-fordist city politics. In: Ash Amin (Hg.): *Post-Fordism. A Reader*. Oxford: Basil Blackwell, 316-337.
- Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Dirk Gebhart / Andrej Holm (Hg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt*. Hamburg: VSA, 53-78.
- Mecheril, Paul / Thomas-Olalde, Oscar / Melter, Claus / Arens, Susanne / Romaner, Elisabeth (Hg.) (2013): *Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive*. Wiesbaden: Springer VS.
- Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): *Border as Method. Or, the Multiplication of Labor*. Durham/London: Duke University Press.
- Morris, Lydia (2002): *Managing Migration. Civic Stratification and Migrants' Rights*. London: Routledge.
- Nyers, Peter (2008): No one is illegal. Between city and nation. In: Engin Isin / Greg Nielsen (Hg.): *Acts of Citizenship*. London: Palgrave Macmillan, 160-181.
- Nyers, Peter (2011): Irregular forms of citizenship. In: Vicky Squire (Hg.): *The Contested Politics of Mobility. Borderzones and Irregularity*. London: Routledge.

- Nyers, Peter / Rygiel, Kim (2012): Introduction. In: dies. (Hg.): *Citizenship, Migrant Activism and the Politics of Movement*. Abingdon: Routledge, 1-19.
- Ong, Aihwa (1999): *Flexible Citizenship*. Durham: Duke University Press.
- Ong, Aihwa (2005): Graduated sovereignty in South-East Asia. In: Jonathan X. Inda (Hg.): *Anthropologies of Modernity*. Malden: Blackwell, 83-104.
- Pasch, Jana (im Erscheinen): Management der Ausgrenzung. Problematisierungen von Migration durch das Programm „Soziale Stadt“ am Beispiel der Göttinger Weststadt. In: Sabine Hess / Torsten Näser (Hg.): *Movements of Migration. Neue Positionen im Feld von Stadt, Migration, Repräsentation*. Berlin: Panama Verlag.
- Pott, Andreas (2001): Der räumliche Blick. Zum Zusammenhang von Raum und städtischer Segregation von Migranten. In: Norbert Gestrung / Herbert Glasauer / Christine Hannemann (Hg.): *Jahrbuch StadtRegion 2001*. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Opladen: Leske + Budrich, 57-74.
- Pries, Ludger (Hg.) (1997): *Transnationale Migration*. Baden-Baden: Nomos.
- Rancière, Jacques (2004): Who is the subject of the rights of man? In: *South Atlantic Quarterly* 103/2-3, 297-310.
- Ren, Xuefei (2012): Dancing with the state. Migrant workers, NGOs, and the remaking of urban citizenship in China. In: Michael Peter Smith / Michael McQuarrie (Hg.): *Remaking Urban Citizenship. Organizations, Institutions, and the Right to the City*. New Brunswick/New Jersey: Transaction Publisher, 99-108.
- Robinson, Jennifer (2006): *Ordinary Cities. Between Modernity and Development*. London: Routledge.
- Rodatz, Mathias (2012): Produktive „Parallelgesellschaften“. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) „Stadt der Vielfalt“. In: *Behemoth* 5/1, 70-103.
- Ronneberger, Klaus / Tsianos, Vassilis (2009): Panische Räume. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript, 137-152.
- Rose, Nikolas (1996): The death of the social? Refiguring the territory of government. In: *Economy and Society* 25/3, 327-356.
- Roth, Roland (1998): Postfordistische Politik. Regulationstheoretische Perspektiven zur Zukunft des Politischen. In: Christoph Görg / Roland Roth (Hg.): *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*. Münster: Westphälisches Dampfboot, 95-118.
- Roy, Ananya (2011): Slumdog cities. Rethinking subaltern urbanism. In: *International Journal for Urban and Regional Research* 35/2, 223-238.
- Rygiel, Kim (2010): *Globalizing Citizenship*. Vancouver: University of British Columbia Press.
- Sack, Detlef (2014): Governance in lokalen Räumen. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.): *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 92-97.
- Smith, Michael Peter (2001): *Transnational Urbanism*. Oxford/Cambridge: Blackwell Publishers.
- Smith, Michael Peter / McQuarrie, Michael (Hg.) (2012): *Remaking Urban Citizenship. Organizations, Institutions, and the Right to the City*. New Brunswick/New Jersey: Transaction Publisher.
- Sökefeld, Martin (2004): *Jenseits des Paradigmas kultureller Differenz*. Bielefeld: transcript.
- Squire, Vicki (Hg.) (2011): *The Contested Politics of Mobility. Borderzones and Irregularity*. London: Routledge.
- Stadt Frankfurt (2009): *Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts für die Stadt Frankfurt am Main*. Frankfurt am Main.
- Swyngedouw, Erik (1997): Neither global nor local. Glocalization and the politics of scale. In: Kevin R. Cox (Hg.): *Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local*. New York: The Guilford Press, 137-166.
- Tezcan, Levent (2011): Spielarten der Kulturalisierung. In: *Zeitschrift für Kulturphilosophie* 5/2, 357-376.
- Vertovec, Steven (1998): Multicultural policies and modes of citizenship in European cities. In: *International Social Science Journal* 50/156, 187-199.
- Znanięcki, Florian / Thomas, William I. (1984 [1918-1920]): *The Polish Peasant in Europe and America*. Edited and abridged by Eli Zaretsky. Urbana: University of Illinois Press.

### **Politics of Citizenship: On Migration, Cities and Citizenship**

*The article provides an extensive review of the mostly Anglo-American literature on urban citizenship and discusses its potentials for critical urban and migration studies. The concept of urban citizenship is presented as particularly innovative as it focuses on urban forms of governing migration while at the same time paying attention to migrant actors and agency beyond ethnicizing and culturalizing paradigms. In the context of neoliberal politics of subjectivization in the city, the article emphasizes a focus on process and conflict of citizenship dynamics, on the fragmentation of claims among various interest groups, and on new constellations among urban actors.*



# Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache

*Urban politics of citizenship in der neoliberalen Stadt*

**Mathias Rodatz**

Der Beitrag rekonstruiert die *politics of citizenship* aktueller städtischer Integrationsprogrammatiken. Im Zuge der Anpassung des Integrationsparadigmas an die Logik der ‚unternehmerischen Stadt‘ werden nationale Traditionen von Stadtpolitik infrage gestellt. Entsprechende Konzepte problematisieren (Post-)Migrant\_innen als zu aktivierende Stadtbürger\_innen. Anstatt diese Beobachtung zu einer negativen Kritik an Neoliberalisierungsprozessen kurz-zuschließen, schlägt der Beitrag vor, die neuen staatlichen Problematisierungen als (möglicherweise nützliche) Bedingungen für Kämpfe um eine gleichberechtigte Teilhabe in der Stadt zu verstehen. Anhand der Genese des Frankfurter Konzepts wird gezeigt, dass unter neoliberalen Umständen postnationale wissenschaftliche Konzepte für die Regierung der Stadt mobilisiert werden. Damit repräsentiert das Konzept (Post-)Migration als Bestandteil einer ‚vielfältigen‘ Normalität – an der sich Stadtpolitik in Zukunft auch politisch messen lassen müsste.

*Ersteinreichung: 28. Mai 2014; Veröffentlichung online: 23. Dezember 2014*  
*An english abstract can be found at the end of the document.*

Diagnosen wie jene von Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann, der die (Post-)Migrant\_innen[1] der Stadt noch in den 1980er Jahren als „soziale Risiken in einem nie dagewesenen Ausmaß“ und „politischen und sozialen Sprengstoff“ (zit. n. Schipper 2013: 159) repräsentieren konnte, trieben lange das deutsche Mantra vom ‚Nichteinwanderungsland‘ an. Sein halbherziges politisches Ende spiegelt sich bis heute regelmäßig in „urbanen Paniken“, die im Zeichen eines kulturalistischen Integrationsparadigmas Teile des transnationalen Alltags deutscher Städte als „Parallelgesellschaften“ skandalisieren (Tsianos 2013, Ronneberger/Tsianos 2009). Die heutige Integrationsdezernentin der Stadt Frankfurt am Main wurde kurz vor der Wahl in ihre Funktion mit einem Ausspruch bekannt, der ein deutlich anderes städtisches Selbstverständnis offenbart: „Migration in Frankfurt ist eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht gefällt, müssen sie woanders hinziehen“ (Eskandari-Grünberg zit. n. Topçu 2007). Über das von der Dezernentin verantwortete Integrations- und Vielfaltskonzept der Stadt urteilt Necla Kelek als eine prominente Vertreterin des nationalen Integrationsparadigmas[2] dann auch in bekannt ‚panischer‘ Manier: „Wer Vielfalt als Tatsache setzt und daraus keine Gemeinschaft anstrebt, deutet schlicht das Staatsziel um“ (2011). Das Konzept sei eine Gefahr für die „Integration“, weil die Stadt hier das staatliche Ziel einer nach „nationaler Identität“ vereinten Gesellschaft aufgeben:

„Die Verfasser formulieren kein Integrationskonzept, sondern ein Programm, das den Migranten ein Leben in Frankfurt nach ihren eigenen Vorstellungen ermöglichen soll. [...] In diesem Konzept ist Integration eine Bringschuld [des Staates], und dabei wird weder eine nationale Identität noch die Teilhabe an Sprache und Kultur gefordert. Dieses Konzept atmet das Ideal des Internationalismus, das alle Völker und Nationen globalisiert; Frankfurt als Global City.“ (Ebd.)

Dass Kelek das Frankfurter *Integrationskonzept* als Gegenstand ihrer Polemik[3] aus Perspektive des nationalen *Integrationsparadigmas* wählt, lässt aufhorchen. Diese Kritik wird im Folgenden zum Anlass genommen, sich die Entwicklung städtischer Integrationspolitiken der vergangenen Jahre mit Blick auf Frankfurt noch einmal genauer anzuschauen.

Feststeht, dass kommunale Integrationspolitiken in den letzten 20 Jahren eine Aufwertung erfahren haben. Ein Teil der angewandten Forschung sieht in dieser Entwicklung einen „Paradigmenwechsel“ – aus einer fragmentierten Landschaft unterschiedlicher lokalpolitischer Traditionen habe sich ein dezidiertes Politikfeld entwickelt, das mit einem Perspektivwechsel verbunden sei, der nicht nur Integration als zentrale kommunale Aufgabe begreife, sondern auch deren traditionelle ‚Defizitorientierung‘ aufgebe (Häußermann/Kaplan 2008). Andere Perspektiven sehen im ‚Paradigmenwechsel‘ lediglich eine semantische Volte, mit der kommunale Integrationspolitik an die Erfordernisse einer ‚modernen‘ Verwaltung angepasst werde, mit der aber inhaltlich keine substantiellen Veränderungen verbunden seien (Bommes 2008). In Beiträgen, die dem Integrationsparadigma dezidiert kritisch gegenüberstehen, wurde der ‚Paradigmenwechsel‘ bislang kaum diskutiert. Wenn, dann wurden die damit verbundenen neuen Repräsentationen von ‚kultureller Vielfalt‘ und ‚Potenzialorientierung‘ im Rauschen des nationalen Integrationsparadigmas als marginal eingestuft und als Funktionen des neoliberalen ‚Aktivierungsimperativs‘ im *Workfare*-Staat, als Ökonomisierung des Sozialen (Lanz 2009) oder als ökonomisierende Ethnisierung kritisiert (Gutiérrez Rodríguez 2003).

Der Beitrag[4] nimmt die einleitende, deutliche Kritik des Frankfurter Konzepts aus Perspektive des Integrationsparadigmas als Hinweis darauf, dass sich ein genauerer Blick auf neue Repräsentationen von (Post-)Migration in aktuellen Strategien kommunaler Integrationspolitik lohnt. Anstatt sie mit einer negativen Kritik an Neoliberalisierungsprozessen kurzzuschließen, richtet sich das Interesse im Folgenden darauf, wie sich staatliche Problematisierungen von (Post-)Migration in der Stadt unter neoliberalen Umständen als (möglicherweise nützliche) Bedingungen für Kämpfe um einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Bildung, Politik oder Wohnen in der Stadt darstellen. Die grundlegende These lautet, dass der Staat in der Stadt lernt, (Post-)Migration mit anderen Augen zu sehen: jenseits der nationalen Norm, als konstitutives Moment der ‚Vielfalt‘ von Stadtgesellschaft – (Post-)Migration ist dann keine Kategorie mehr, die prinzipiell über die Teilhabe als Stadtbürger\_in bestimmen soll.

Im Kern rekonstruiert der Beitrag also die *urban politics of citizenship* städtischer Integrationsprogrammatiken. Nach einer einleitenden Diskussion der nationalen bzw. städtischen Bezugspunkte von *citizenship* wird die in der Bundesrepublik lange dominierende nationale Zurichtung von

städtischen Politiken herausgearbeitet. Anschließend wird argumentiert, dass die Verlagerung des Integrationsparadigmas auf die Ebene der Stadt die Ordnungslogik des Nationalstaats infrage stellt, weil sich Stadtpolitik heute im Allgemeinen an neoliberalen Rationalitäten orientiert. Programmatisch richten sich Integrationskonzepte wie jenes in Frankfurt dann am Ideal der ‚unternehmerischen Stadt‘ aus und begreifen ihre Einwohner\_innen unabhängig von Staatsbürgerschaft und nationaler Zugehörigkeit als zu aktivierende Stadtbürger\_innen. Die Genese des Frankfurter Konzepts zeigt abschließend, dass unter diesen neoliberalen Umständen wissenschaftliche Konzepte wie Transnationalismus, *super-diversity* oder die *global city* mobilisiert und zum Ausgangspunkt einer Beschreibung urbaner, postnationaler Normalität werden können – an der sich Stadtpolitik in Zukunft auch politisch messen lassen müsste.

Das dem Beitrag zugrundeliegende Projekt[5] analysiert den staatlichen Umgang mit (Post-)Migration in der Stadt aus einer poststrukturalistischen Perspektive. Die Analyse städtischer Programme im Anschluss an die Arbeiten von Michel Foucault (bspw. Kessl/Krasmann 2005, Rosol 2013) wurde um Konzepte der *Actor-Network Theory* erweitert, um Wissen und Prozesse des Verwaltungshandelns in den Blick nehmen zu können (vgl. Dölemeyer/Rodatz 2010). Empirische Grundlage sind städtische Dokumente, Experteninterviews mit Verwaltungsmitarbeiter\_innen sowie eine dreimonatige teilnehmende Beobachtung im Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten.

### 1. Zwischen Stadt und Nation: *citizenship* und Stadtpolitik

Die Art und Weise, in der Staatlichkeit in der Moderne zum zentralen Moment der Organisation von Gesellschaft geworden ist, wird seit dem 18. Jahrhundert durch die enge Kopplung zweier Ideen bestimmt: Bürgerschaft und Nation verschmolzen zum Konzept der Staatsbürgerschaft im nationalen Territorialstaat. Der Status der Staatsbürgerschaft regelt nach wie vor im Wesentlichen, wer in welcher Form sein Leben innerhalb der nationalen Grenzen einer Gesellschaft führen kann. In einer Welt globalisierter Wirtschaftssysteme, transnationalisierter Gesellschaften und internationalisierter Politik wird die Funktion dieser Kopplung heute aber zunehmend infrage gestellt. Wenn Städte schon immer Orte waren, an denen um neue Bürgerschaftsrechte gekämpft wurde, dann wird dort heute ihre nationale Form infrage gestellt (Holston/Appadurai 1996: 187f.). Ausgehend von dieser These wurde in den letzten Jahrzehnten der Begriff der *urban citizenship* diskutiert. Die entsprechende Literatur verwendet einen Begriff von *citizenship*, der das Verhältnis von formalem Status der Staatsbürgerschaft und der substanziellen Dimension – also der praktischen Wahrnehmung von *citizenship* in Form sozialer, politischer, ökonomischer und kultureller Teilhabe – differenziert (vgl. Lebuhn 2013: 233).

Für die Diskussion hier ist entscheidend, wie Stadtpolitik aus dieser Perspektive thematisiert wird. Eine erste Variante untersucht sie als Gegenstand von Kämpfen um *citizenship*: Politische Bewegungen fordern ihre Rechte mit Bezug auf Gender, Sexualität, Ökologie, Migration oder Multikulturalität heute häufig in Städten. Durch die Vielfalt und Hybridität

von Identitäten, die sich in ihnen sammeln, wird die Artikulation und Durchsetzung neuer Rechte hier wahrscheinlicher (Isin/Siemietycki 1999: 7f.; vgl. bspw. Garcia 1996, Holston/Appadurai 1996). Entsprechende Kämpfe beschränken sich nicht auf Fragen des Nutzens der Stadt, sondern richten sich gegen jede Form des Ausschlusses vom staatlich zugewiesenen Status oder der Entfaltung von *citizenship* – (post-)migrantische Kämpfe in diesem Sinne wenden sich gegen die nationale Form solcher Ausschlüsse (vgl. Nyers 2010).

Eine zweite Perspektive beschäftigt sich dezidiert mit der Frage, wie Stadtpolitiken *citizenship* artikulieren könnten. Wenn Nationalstaaten sich zunehmend den ökonomischen Entscheidungen transnationaler Unternehmen und internationaler Organisationen unterordnen, werden Städte auch als lokalstaatliche Einheiten wichtiger. Hier haben Unternehmen und Organisationen ihre Standorte und zwischen Städten und transnationalen ökonomischen Netzwerken besteht eine direkte wechselseitige Abhängigkeit. Organisationen und Beschäftigte sind auf materielle und soziale Infrastrukturen ebenso angewiesen wie auf öffentliche und private Dienstleistungen. Und Stadtpolitik und -verwaltung müssen sie anbieten, vermitteln und vermarkten (Sassen 1991: 323 ff.). Daran anschließend hat Rainer Bauböck den Vorschlag gemacht, die Autonomie von Städten als Verwaltungseinheiten zu stärken, um den Territorialstaat zu postnationalisieren. Im Zentrum steht dabei eine Idee von *urban citizenship*, die auf Anwohnerschaft und nicht auf nationaler Zugehörigkeit basiert und auch die Möglichkeit multipler Stadtbürgerschaften und der entsprechenden Wahlrechte innerhalb nationaler Grenzen und darüber hinaus beinhaltet (Bauböck 2003: 139). Interessant wird dieses politikwissenschaftliche Gedankenspiel für die Diskussion hier, weil es Stadtpolitik als Ort der Vermittlung zwischen städtischen Kämpfen um *citizenship* und der nationalen Verfasstheit von *citizenship* einführt – *urban citizenship* als Ausgangspunkt für die Entwicklung einer postnationalen Demokratie, die sich gegen die Imperative nationaler Souveränität und Homogenität richtet und eine Transformation nationaler Identitäten und nationalistischer Ideologien zum Effekt haben soll (ebd.: 157). Aus einer analytischen Perspektive besitzt dieser politische Idealentwurf von *urban citizenship* allerdings keine Plausibilität. Er formuliert zwar ein plausibles politisch-normatives Ideal, artikuliert aber in keiner Form die machtvollen, verwobenen und widersprüchlichen Rationalitäten, Strategien und Praktiken, die städtisches Regieren empirisch prägen.

Eine dritte Perspektive analysiert *urban citizenship* als Teil von Strategien und Praktiken städtischen Regierens. So untersucht Nicolas Rose (2000) aktuelle *urban politics of citizenship* vor dem Hintergrund neoliberaler Transformationen urbaner Gouvernementalität seit den 1980er Jahren. Den Kern dieser Transformation begreift Rose als Veränderung der staatlichen Problematisierung der Ordnung der Stadt. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts habe der Traum einer planbaren, rationalen Ordnung der Stadt die Regierung städtischen Lebens angeleitet, der im Wesentlichen den biopolitischen Ordnungsmustern des Nationalstaats folgte (vgl. Osborne/Rose 1999: 745). Heute hätten sich hingegen die Regierungsweisen der Stadt, das Wissen, auf das diese sich beziehen, und damit die Problematisierungen städtischen Lebens vervielfacht. Ziel der entsprechenden Programme sei es, Ordnung aus der Vielfalt städtischen Lebens zu schöpfen: „These [programs]

seek new ways of harnessing the forces immanent within urban existence: they dream of a city that would almost govern itself“ (Rose 2000: 96). Mit diesen Transformationen ist eine Verschiebung der *urban politics of citizenship* verbunden, so Rose weiter:

„This is not a relation of citizen and community in terms of blood, descent, lineage, tradition, fixity, mechanical solidarity and the like, but a relation of identification. [...] Citizenship – ceasing to be a kind of ‚possession‘ or simple right of persons – has taken on a relational form. Citizenship is as much a capacity to act in relation to the particular circumstances of one’s environment, as well as in relation to others, as it is a ‚right‘ conferred by the state. If the city is again central here it is in that [...] – insofar as it is a concrete, localized space – the city can take over from the state as the primary reference point of citizenship. This transformation from citizenship as possession to citizenship as capacity is embodied in the image of the active and entrepreneurial citizen who seeks to maximize his or her lifestyle through acts of choice, linked not so much into a homogeneous social field as into overlapping but incommensurate communities of allegiance and moral obligation.“ (Ebd.: 98f.)

Folgt man dieser Argumentation, stellt sich die Stadt auch aus einer analytischen Perspektive auf Strategien und Praktiken städtischen Regierens als Ort einer Transformation der nationalen Organisation von Zugehörigkeit dar. Diese Beobachtung einer Verschiebung von *urban politics of citizenship* wird im Folgenden herangezogen, um zwei Artikulationen von *citizenship* in Rationalitäten des städtischen Umgangs mit (Post-)Migration in der Bundesrepublik zu differenzieren. Dabei zeigt sich zunächst, dass in der Vergangenheit hegemoniale Strategien (Post-)Migration im Namen der Nation problematisiert haben. Die Bürger\_innen, für die sie sprechen und handeln, sind Staatsbürger\_innen, deren Gemeinschaft nach dem in Deutschland gültigen Prinzip des *ius sanguinis* ganz wörtlich und konkret „in terms of blood, descent, lineage, tradition, fixity, mechanical solidarity and the like“ (ebd.) zu verstehen ist.

## 2. Stadtpolitik im Namen der Nation

Deutsche Stadtpolitiken haben das Verhältnis zu ihrer (post-)migrantischen Bevölkerung lange Zeit ausschließlich in Begriffen der Staatsbürgerschaft praktiziert – für die Bundesrepublik zutreffender: in Begriffen des Ausschlusses von der Staatsbürgerschaft. Denn im ‚Nichteinwanderungsland‘ war die Möglichkeit zur Einbürgerung mit wörtlichem Bezug auf ‚blood, descent, lineage, tradition‘ prinzipiell nicht vorgesehen.[6] Aufenthaltsberechtigte Ausländer\_innen wurden deutschen Staatsbürger\_innen zwar in vielen Punkten gleichgestellt. Allerdings konnten diese Rechte durch Verwaltungsmaßnahmen im Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisverfahren praktisch jederzeit entzogen werden, wobei die ‚Zweckmäßigkeitserwägung‘ der Verwaltung beispielsweise bei der Durchsetzung des ‚Inländerprimats‘ durch einen gesetzlich fixierten breiten Ermessensspielraum der Verwaltung abgesichert wurde (Dohse 1981: 301f.). Das Ausländerrecht steht in seiner Genese aus der Ausländerpolizeiverordnung von 1938 (bis 1965 in Rechtsfolge gültig)

für eine Traditionslinie staatlichen Zugriffs, der (Post-)Migration in erster Linie als Problem der öffentlichen Sicherheit und Bedrohung der nationalen Solidargemeinschaft konstruiert (Karakayali/Tsianos 2002: 252) – diese Problematisierung als Gefahr für deutsche Arbeitsplätze, die öffentliche Ordnung und die Identität Deutschlands dominierte über alle Konjunkturen des deutschen Migrationsregimes hinweg (Green 2006: 115).

Auch für Städte im ‚Nichteinwanderungsland‘ stellte sich (Post-)Migration dann lange praktisch ausschließlich als Ordnungsproblem für die staatsbürgerliche Solidargemeinschaft dar. Diese Rationalität artikulierte sich deutlich, als sich die (Post-)Migration in der Bundesrepublik im Laufe der 1960er Jahre verstärkt der ökonomischen Funktionalisierung des Gastarbeiterregimes entzog, indem die ‚Gastarbeiter‘ eine Normalisierung ihrer Lebensverhältnisse außerhalb von Firmenbaracken oder Gastarbeiterwohnheimen und in einem sozialen Lebensumfeld anstrebten. Staatliche Strategien verarbeiteten diese Entwicklung im Kontext der ökonomischen Krise auf nationaler Ebene durch den Anwerbestopp (Karakayali/Tsianos 2002: 254). Die bereits bestehende (post-)migrantische Bevölkerung in den Städten wurde in der Folge als „Massierung von Ausländern in den Verdichtungsgebieten“ zum „Kernproblem der gesamten Ausländerbeschäftigung“ erklärt (Happe 1975, zit. n. Münch 2010: 276). In Verbindung mit dem nicht vorhergesehenen und als unkontrollierbar wahrgenommenen Familiennachzug wurde eine städtische Problematisierung von (Post-)Migration als ‚Überlastung‘ der Infrastruktureinrichtungen und des sozialen Gefüges hegemonial (Karakayali/Tsianos 2002: 255). Konkret verband man mit der (post-)migrantischen Bevölkerung praktisch alle zeit-historischen Probleme der Städte: „Wohnungsmangel, Infrastrukturdefizite, Originalitätsverluste, Integrationsprobleme, Überfremdungsangst und Umweltschäden“ wurden „mit den rasch ansteigenden Ausländerzahlen in Zusammenhang gebracht“ (Ganser 1974: 33).

Eine ‚Integration‘ der (post-)migrantischen Bevölkerung wurde – wenn überhaupt – nur auf Zeit und im Namen des Schutzes der autochthonen Bevölkerung der Städte konzipiert und stellte sich als ausländerpolitisch gerahmte, soziokulturelle staatliche Fürsorge ein, die häufig von Strategien der Rückkehrförderung begleitet wurden (Lanz 2009: 105). In der Bundesrepublik änderte auch die in den 1980er Jahren aufkommende Multikulturalismusdebatte wenig an dieser grundsätzlichen Hegemonie – über weite Strecken blieb sie auf einen „feuilletonistischen und folkloristischen Einschlag“ reduziert und schrieb sich kaum in staatliche Politiken ein (Aumüller 2009: 198). Im Allgemeinen waren die 1990er Jahre eher durch eine Verstärkung der Rhetorik des ‚Nichteinwanderungslandes‘ geprägt: Die rassistischen Pogrome und Morde unter anderem in Rostock-Lichtenhagen und Mölln gingen einher mit politischen Debatten um ‚Flüchtlingsflut‘ und ‚Asylmissbrauch‘ und führten schließlich zur faktischen Abschaffung des Asylrechts im sogenannten Asylkompromiss (Reimer 2013: 32). Die Reformen des Ausländerrechts ab Ende der 1990er Jahre bis zur Einführung des neuen Zuwanderungsrechts im Jahr 2005 wurden von Debatten um eine ‚deutsche Leitkultur‘ (Hentges 2002) und der wachsenden Dominanz eines antimuslimischen Rassismus flankiert (Attia 2007).

So waren mit den Reformen des Zuwanderungs- und Ausländerrechts zwar auch neue Selbstbeschreibungen der Bundesrepublik als von kultureller

Vielfalt geprägtes Land, internationaler Wirtschaftsstandort und weltoffene Nation verbunden. Im Kern beinhaltete dies aber keine systematische Öffnung, sondern die politische Gestaltung des Umgangs mit der bestehenden (post-)migrantischen Bevölkerung. Das deutsche Selbstverständnis verschob sich also weniger zum ‚Einwanderungsland‘ als vielmehr zum ‚Integrationsland‘ und konservierte damit die Tradition eines rassistischen Misstrauens gegenüber einem großen Teil seiner (post-)migrantischen Bevölkerung (Meier-Braun 2013: 18ff.). Im Kern der systematischen Einführung des Integrationsparadigmas stand die Fortschreibung eines essentialistischen Kulturverständnisses – mit dem in diesem Kontext etablierten Begriff des ‚Migrationshintergrundes‘ wird die „nicht-deutsche kulturelle und nationale Herkunft bis zum Nimmerleinstag“ fortgeschrieben und daran ein zu bearbeitendes Integrationsdefizit gekoppelt (Hess/Moser 2009: 13). Mit dieser spezifischen Aufforderung zum ‚lebenslangen Lernen‘ wird auch die Anpassung der Integrationspolitik an den Umbau der Bundesrepublik vom *Welfare-* zum *Workfare-*Staat deutlich, dessen zentrales Prinzip das ‚Fordern und Fördern‘ aller – jedoch besonders der als defizitär definierten – Subjekte ist (ebd.: 11).

Auf der städtischen Ebene wurden neuerliche Schreckensmeldungen der scheiternden Integration nun zunehmend mit dem ‚islamischen Kulturkreis‘ in Verbindung gebracht – die Rede war von ‚ethnischen Enklaven‘ und ‚Parallelgesellschaften‘, von ‚Familienclans‘, ‚Ehrenmorden‘ und ‚Zwangsehen‘ (ebd.: 12). Insofern verwundert es wenig, wenn Stefan Lanz am Beispiel Berlins auch aktuell noch einen differenziellen Integrationsdiskurs als prägend identifiziert, der im Wesentlichen dem bislang diskutierten „traditionellen deutschen Modell“ folgt und Integration in den Dienst des „historisch hegemonialen Konzepts der deutschen Nation als Abstammungs- und Kulturgemeinschaft“ stellt (2009: 109). Entsprechende stadtpolitische Diskurse fungieren bis heute in „Verteidigung der Gesellschaft“ (Foucault 2001), als lokalstaatliche Durchsetzung der rassistischen Solidargemeinschaft im „national-sozialen Staat“ (Balibar 2001: 9, vgl. Rodatz 2012: 74ff.)

### **3. Integrations- und Vielfaltspolitik in der ‚unternehmerischen Stadt‘**

Im Folgenden wird argumentiert, dass aktuelle integrationspolitische Strategien sich als *urban politics of citizenship* verstehen lassen, die von der bislang geschilderten Konzeption von Stadtpolitik im Namen der Nation abweichen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Neueinführung sogenannter strategischer Integrationskonzepte – mittlerweile verfügen 90 Prozent der deutschen Großstädte über entsprechende Dokumente (Gesemann et al. 2012: 40). Diese erfolgreiche Mobilisierung von Städten zu einer konzeptionellen Neuaufstellung ihrer Integrationspolitiken wurde durch Standardisierung und interkommunalen Austausch organisiert. Sie lässt sich als konzertierte Verlagerung von Integrationspolitik auf die Ebene Stadt verstehen, in deren Verlauf eine Reartikulation des Integrationskonzepts entlang neoliberaler Rationalitäten der „unternehmerischen Stadt“ (Harvey 1989, s. u.) zu beobachten ist. Zwar ist der interkommunale Austausch weder an sich neu noch notwendig neoliberal (Clarke 2012). Jedoch wird er im Feld kommunaler

Integrationspolitiken (wie in anderen Bereichen auch) durch Technologien des Vergleichs, des Benchmarkings, der Identifikation von Best Practices und deren Vermarktung als „fast policy regime“ (Peck 2001: 452) strukturiert, deren Ergebnis häufig die Implementation neoliberaler Politiken ist (Pütz/Rodatz 2013: 176).

Kern der Mobilisierung von Integrationskonzepten ist die Überführung von Integrationspolitik in neue Steuerungsmodelle – Integrationspolitik soll „im Design moderner Verwaltung“ praktiziert werden, also als Integrationsmanagement auf Grundlage strategischer Konzepte, deren Etablierung durch „Evaluation und Monitoring auf der Grundlage von definierten Indikatorensets“ überwacht wird (Bommes 2008: 164). Die zugrunde liegenden Steuerungsideen verlaufen im Wesentlichen entlang der Linien allgemeiner Verwaltungsreformen. In der Bundesrepublik werden städtische Bürokratien seit den 1990er Jahren mit den Schlagworten Ergebnisorientierung, Globalbudgets, Leistungsmessung, Wettbewerb und Controlling reorganisiert. Anstatt politische Ziele in die Zuteilung von Personal-, Finanz- und Sachmitteln zu übersetzen und die Verwaltung ihr Werk verrichten zu lassen (Inputsteuerung), werden die zu erreichenden Ergebnisse in Form von strategischen Zielen und Produktkatalogen formuliert und der Weg der Realisierung dieser Ergebnisse durch ein neues Berichtswesen, Leistungsindikatoren und darauf bezogene Budgets überwacht. Weil die öffentliche Verwaltung dabei einer unternehmerischen Logik unterworfen wird und unter Kostendruck um Investitionen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen konkurriert, stellen diese Reformen keine ‚neutralen‘ Modernisierungsmaßnahmen dar. Zentraler Effekt dieser Logik ist, dass politische Fragen auf Kostenüberlegungen reduziert werden – sie lässt sich insofern als „neoliberale Neuordnung städtischer Verwaltungen“ verstehen (Silomon-Pflug/Heeg 2013, vgl. Lebuhn 2010).

Der Kontext solcher Steuerungsmodelle ist aus politökonomischer bzw. regulationstheoretischer Perspektive im Anschluss an David Harvey (1989) auf den Punkt gebracht worden. Sie sind einerseits durch den Abbau staatlicher Interventionsmöglichkeiten (Deregulierung), fiskalische Restriktion (Austerität) und den Rück- bzw. Umbau sozialer Sicherungssysteme gekennzeichnet. Andererseits beinhalten sie den Aufbau neuer Strategien, mit denen staatliche Gestaltungsmacht auf lokaler Ebene wiedererlangt werden soll. Städte würden in der Folge nicht nur als subnationale staatliche Einheiten in eine neue, relative Autonomie gedrängt, sondern als ‚unternehmerische Stadt‘ für die lokale ökonomische Entwicklung verantwortlich gemacht und einem neuen, nationalen und transnationalen Standortwettbewerb ausgesetzt (vgl. Brenner 2003: 214). Aus gouvernementalitätsanalytischer Perspektive sind die mit diesen Neuordnungsprozessen verbundenen Regierungstechnologien als Implementation neoliberaler Rationalitäten auf der städtischen Ebene hinsichtlich der damit verbundenen Macht- und Subjektivierungsformen beschrieben worden (bspw. Kessl/Krasmann 2005, Rosol 2013; konkret zur ‚unternehmerischen Stadt‘ Schipper 2013).

Im Anschluss an diese Argumentationen lässt sich zeigen, dass aktuelle städtische Integrationskonzepte jene *urban politics of citizenship* in der unternehmerischen Stadt artikulieren, die oben mit Rose vorgestellt wurden. Die Anbindung an die Funktionsbedingungen der unternehmerischen

Stadt lässt sich in vier zentralen Strategien identifizieren, die wir an anderer Stelle empirisch vorgestellt haben (vgl. Pütz/Rodatz 2013): Die Konzepte problematisieren die vergangene ‚Defizitorientierung‘ und konzipieren (Post-)Migration als konstitutiven Bestandteil der Stadt, dessen schöpferische Kraft freigelegt werden müsse (1); mit diesem Ziel müsse Integrationspolitik von einer ‚ausländerpolitischen‘ Sonderaufgabe zu einer städtischen Querschnittsaufgabe entwickelt werden (2); in der Konsequenz gelten dann der Ausbau kommunalpolitischer Integrationsnetzwerke (3) und die Fokussierung von Integrationspolitik auf den Sozialraum als inhaltliche Voraussetzungen einer erfolgreichen Steuerung (4). Entgegen der These, dass die Anpassung städtischer Integrationspolitiken an das „Design moderner Verwaltung“ keine wesentliche inhaltliche Neuausrichtung mit sich bringe (Bommes 2008: 164), lässt diese sich entlang der Strategien der Potenzial-, Netzwerk- und Sozialraumorientierung als Artikulation von aktivierenden Macht- und Subjektivierungsformen analysieren.

Wenn den Kommunen als unternehmerische Stadt eine neue Verantwortung für die Aktivierung ihrer Bürger\_innen unter der Prämisse des ‚Forderns und Förderns‘ zugesprochen wird, dann äußert sich dies als Subjektivierungsverhältnis, das als neosoziale Responsibilisierungsstrategie beschrieben worden ist: Soziale Rechte werden damit an die Selbstverantwortung der Individuen geknüpft. Entsprechende Strategien suchen ihr Klientel im Rückgriff auf sein soziales und ökonomisches Kapital zur aktiven und ‚selbstverantwortlichen‘ sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Gestaltung des eigenen Lebens zu aktivieren (Kessl/Krasmann 2005: 234). Als Regierungsstrategie knüpfen sie den erweiterten Raum zur Selbstentfaltung ihrer Subjekte an die Erwartung, dass dieser selbstständig in einer Weise genutzt wird, die zumindest keine Kosten verursacht und im besten Fall ‚produktiv‘ ist. Die Strategien führen also nicht weniger, sondern in einer Weise, die die Notwendigkeit sozialpolitischer Interventionen zu minimieren sucht. Auch der Staat dieser Strategien ist nicht ‚weniger‘, sondern ‚anders‘: Ein Staat, der die Selbstführungskompetenzen seiner Bürger\_innen fördert, kontrolliert und im Fall der Abweichung sanktioniert (Bröckling et al. 2000: 26).

Diese Strategie übersetzt sich integrationspolitisch zunächst in die *Potenzialorientierung* – und ist mit Blick auf die Vergangenheit einer Regierung der Stadt im Namen der Nation voraussetzungsvoll. Strategien, die auf die Stärkung der Stärken ihrer Klientel zielen, müssen schließlich zunächst einmal lernen, diese Stärken auch zu erkennen. Die Potenzialorientierung äußert sich in den städtischen Integrationskonzepten dann auch nicht nur als neue Perspektive (Pütz/Rodatz 2013: 117), sondern als dezidierte Kritik der ‚defizitorientierten‘ stadtpolitischen Vergangenheit. Selten wird diese Bedeutung so deutlich expliziert wie im Beispiel des Konzepts der Stadt Leipzig:

„Während lange Zeit in der Bundesrepublik aus einer eher problem- und defizitorientierten Sichtweise heraus agiert und dementsprechend die Integrationsarbeit im Sozialressort verortet wurde, setzt sich in den letzten Jahren mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass Integrationspolitik angesichts der demografischen Realität und der Globalisierung der Wirtschaft auch die Potenziale von Migration

benennen, entsprechend würdigen und als Bereicherung für die kommunale Entwicklung verstehen sollte.“ (Stadt Leipzig 2006: 9f.)

Die Strategie der Potenzialorientierung artikuliert eine veränderte politische Repräsentation von (Post-)Migration als Teil der zu aktivierenden Bürger\_innen der unternehmerischen Stadt. Besonders deutlich artikuliert sich diese Strategie in Städten, die sich selbst als globaler Standort vermarkten und dabei ihre ‚kulturelle Vielfalt‘ als funktionale Notwendigkeiten und Zeichen einer erfolgreichen, transnational vernetzten städtischen Ökonomie und Gesellschaft repräsentieren:

„Vielfalt bedeutet Stärke‘ – dieser Grundsatz einer modernen Unternehmenskultur gilt besonders in Berlin. Migrantinnen und Migranten tragen zu dieser Stärke wesentlich bei. [...] Berlin ist nicht nur im Kampf um Investitionen ein Global Player, sondern auch im Wettbewerb um kluge und aktive Menschen.“ (Stadt Berlin 2007: 1)

Nicht alle untersuchten Konzepte nutzen die Semantik der ‚Vielfalt‘ so zentral oder koppeln sie so eindeutig an die neoliberale Strategie des „Diversity-Managements“ und dessen enge „ökonomische Logik“ (Aretz 2004). Aber alle untersuchten Konzepte leiten den Handlungsbedarf nicht mehr maßgeblich aus den vermeintlichen Defiziten von (Post-)Migrant\_innen ab, sondern aus ihrem Potenzial für die Selbsteingliederung und die Entwicklung der Stadt insgesamt.

Auch in der Strategie der *Netzwerkorientierung* zeigen sich Steuerungstechniken der Responsibilisierung. Der grundsätzliche Kontext dieser Strategie wird für die Regierung der Stadt unter dem Begriff *urban governance* gefasst. In Abgrenzung zu hierarchischen Steuerungsmodellen (*urban government*) etabliert sich demnach seit den 1980er Jahren im Rückgriff auf Effizienz- und Innovationsargumente eine neue Arbeitsteilung des Regierens in Form strategisch gesteuerter netzwerkförmiger Abläufe. Im Zuge dieser Logik sollen durch strategische Anreize autonome ‚Partner‘ des Regierens hergestellt und mobilisiert werden, mit dem mittelbaren Ziel, bestehende Ressourcen vor Ort im Sinne einer Selbstintegration zu nutzen (Rose 2000: 96f.). Vor diesem Hintergrund beziehen sich Verwaltungen positiv auf die soziale, ökonomische oder kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft, begreifen auch (post-)migrantische Differenzen als Organisationsressourcen und fördern die Selbstorganisation. In den Fokus der integrationspolitischen Netzwerkorientierung geraten dann auch (post-)migrantische Organisationen (bspw. Kulturvereine und religiöse Zuwanderergemeinden), deren gesellschaftliche Partizipation im Namen der Multiplikation der Selbstführungskräfte gefördert werden soll (Pütz/Rodatz 2013: 171).

Die Strategie der *Sozialraumorientierung* von Integrationspolitik lässt sich als neosoziale Form der Territorialisierung begreifen, die ebenfalls auf eine – räumlich spezifische – Aktivierung produktiver Netzwerke oder Communities setzt (Kessl/Krasmann 2005: 236). Die Folge für die Regierung von (Post-)Migration zeigt sich in den Integrationskonzepten zunächst als Aufgabe der pauschalen raumordnungspolitischen Problematisierung von (Post-)Migration. Ziel der Stadtpolitiken im Namen der Nation war eine ‚ethnisch‘ durchmischte Stadt; als Zeichen ihres drohenden Scheiterns

wurden deshalb stets sichtbar (post-)migrantisch geprägte Viertel als ‚Ausländerkonzentrationen‘, ‚Ghettos‘ oder ‚Parallelgesellschaften‘ ausgemacht (Ronneberger/Tsianos 2009). In den Integrationskonzepten wird die Kritik an dieser Zielstellung der Politik zum Ausgangspunkt neuer Interventionsformen (vgl. Pütz/Rodatz 2013: 171f.). Dabei wird Segregation als Mittel zur Entfaltung einer produktiven, aber riskanten lokalen Vergemeinschaftung konzipiert. In dieser Vorstellung bergen also (post-)migrantische Gemeinschaften, etwa in Form ‚ethnischer Netzwerke‘, einerseits Ordnungspotenzial, das für soziale, kulturelle und politische Partizipation nutzbar gemacht werden kann. Auf der anderen Seite werden sie weiterhin als drohende ‚Parallelgesellschaften‘ und Formen einer unproduktiven Vergemeinschaftung problematisiert. Positive wie negative sozialräumliche Repräsentationen von (Post-)Migration werden dabei grundsätzlich an die Aktivierungsstrategien der quartiersbezogenen Stadtteilentwicklung angeschlossen: Die Bewohner\_innen der Stadtteile sollen selbst aktiv werden und ‚Verantwortung‘ für ihre Lebenssituation übernehmen. Gefordert und gefördert wird dann, Teil einer sichtbaren lokalen Gemeinschaft zu sein, die zur Wertschöpfungskette der Stadt beiträgt. Andernfalls wird man als unproduktive oder nichtvernetzte „Anti-Bürger\_in“ (Rose 2000: 103) zur Gefahr für eben diese Wertschöpfungskette erklärt (vgl. Rodatz 2012: 191).

Zusammenfassend lassen sich die in den Konzepten formulierten Strategien – im Kontrast zu den Ausführungen im zweiten Abschnitt – als Verschiebung des städtischen Umgangs mit (Post-)Migration und damit als veränderte *urban politics of citizenship* beschreiben. Die Programme inszenieren (Post-)Migration als konstitutives Moment von Stadtgesellschaft und richten sich damit an einem Zugehörigkeitsmodell aus, das sich mit Rose als Stadtbürgerschaft verstehen lässt. Für die unternehmerischen Subjekte dieser Programme ist es ‚rational‘, wenn sie ihre spezifischen (auch: (post-)migrantischen) Ressourcen nutzen, solange sie damit zur Ordnung der Stadt beitragen. In diesem Sinne verschiebt sich die Beziehung von *citizenship* und (Post-)Migration in der Stadt: von der Bedeutung als Abweichung von der nationalen Gemeinschaft der Staatsbürger\_innen hin zum Bezug auf das Ideal der aktiven Stadtbürger\_in, um deren (Selbst-)Führung sich die Programmatik dreht. Die unternehmerische Stadt ist nicht mehr die Stadt der rassistischen Solidargemeinschaft, in der es den sozialen Frieden der deutschen Abstammungsgemeinschaft vor der (Post-)Migration zu schützen gilt – es ist die Stadt der zu Ertüchtigenden. Die Demarkationslinie dieser Programme verläuft nicht mehr prinzipiell entlang ethnisch-nationaler Kategorien, sondern in Begriffen der Aktivierbarkeit, und insofern hat die pauschale Unterscheidung zwischen Deutschen und (Post-)Migrant\_innen hier keine Funktion mehr.

#### **4. Was Neoliberalismus auch kann: *No integration!***

Wenn diese aktuellen Strategien städtischer Integrationspolitik Zugehörigkeit jenseits der essentialistischen Linien des nationalen Narrativs von Blut und Abstammung, Tradition und Kultur (Rose) artikulieren, dann nicht, um die Stadt als „homebase for cosmopolitan democracy“ zu entwickeln, wie es Bauböck (2003: 157) vorgeschlagen hat. Sie tun es vielmehr aus einer

ökonomischen Rationalität heraus, in deren Zentrum das Bild aktiver und unternehmerischer Stadtbürger\_innen steht, die zur Prosperität der Stadt beitragen sollen. Dennoch richtet sich die Analyse hier abschließend am Beispiel des Frankfurter Konzeptes nicht auf neoliberale Integrationspolitik als „restriktives, ökonomistisch verengtes Modell“ (Lanz 2009: 119), sondern auf jene Momente, in denen entsprechende städtische Strategien „über Fragen von ‚Fördern‘ und ‚Fordern‘ weit hinaus“ gehen (Stadt Frankfurt 2011: 9). Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, inwiefern der neoliberale Kontext der unternehmerischen Stadt selbst dazu beitragen kann, eine Konzeption von Integrationspolitik als „Vielfaltspolitik“ hervorzubringen, die „Einwanderer als politische Bürger adressiert“ (Lanz 2009: 119). Lanz grenzt ein solches „emanzipatorisches Modell“ (ebd.) dezidiert von der dominierenden Lesart im Zeichen des „neoliberal turn“ ab, in der „Integrationspolitik [...] nicht mehr aus einer sozialpolitischen Perspektive betrieben, sondern als Investition in das unternehmerische Subjekt ‚Einwanderer‘ verstanden“ wird (ebd.: 106).

Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die Kritik am Neoliberalismus häufig von der Tradition der nationalen Form des Sozialen und deren rassistischen Effekten abstrahiert, wenn sie das Soziale gegen die Ökonomisierung verteidigt. Wenn also (berechtigterweise) kritisiert wird, dass mit dem Übergang zum *Workfare*-Staat der sozialpolitische Ausgleich eingebüßt werde, gerät in Vergessenheit, dass dieser Ausgleich eine nationale Solidargemeinschaft inszenierte, die es vor (Post-)Migration zu verteidigen galt. Und wenn (berechtigterweise) kritisiert wird, dass die responsabilisierenden Strategien in der neoliberalen Stadt die sozialen Verwerfungen durch Ökonomisierung und Privatisierung verschleierten, dann wird übersehen, dass damit erstmals nicht nur die ‚ethnisch‘ Deutschen als Bürger\_innen der Stadt angesprochen werden (vgl. Rodatz 2012: 91ff.). Zugespitzt formuliert: Während Stadtpolitiken im Wohlfahrtsstaat die nationale Verteidigung der Gesellschaft betrieben, wenn sie die soziale Infrastruktur vor der ‚ausländischen‘ Bevölkerung zu schützen suchten, steht heute mit dem neoliberalen Funktionswandel von sozialem Ausgleich im Allgemeinen und mit der Aufwertung der Stadt als unternehmerische Einheit im internationalen Wettbewerb die nationale Form dieser Politiken zur Disposition – und damit eröffnet der *neoliberal turn* selbst politische Spielräume für eine ‚kosmopolitische‘ Entfaltung von *citizenship*. Diese Spielräume in den Fokus zu stellen, folgt hier dem Vorschlag von James Ferguson, die Allgegenwart von Neoliberalisierungsprozessen nicht länger nur mit der ständigen Wiederholung ihrer (zweifelloso richtigen) Kritik zu beantworten, sondern zu fragen, was diese Umstände für die Durchsetzung „progressiver“ Politiken bedeuten können (2009: 173). Ein solcher Blick könnte lohnenswert sein, denn Neoliberalisierungsprozesse sind häufig überraschender, als es der Begriff (in vielen ‚kritischen‘ Analysen) vermuten lässt: „[T]his has been associated with an evolving, experimental policy repertoire, beset by contradictions“ (Peck/Theodore 2010: 173).

Eine postnationale Artikulation aktivierender Anrufungen im Zeichen der Potenzialorientierung auf Ebene der Stadt müsste sich dann von den Mustern des Integrationsparadigmas lösen und stattdessen dezidiert postnationale *urban politics of citizenship* beinhalten. Denn im Kontext des nationalen Integrationsparadigmas „erfahren Migrantinnen und Migranten trotz des

scheinbaren Bestrebens des neo-liberalen Staates, sie auf der ökonomischen Ebene zu integrieren, immer wieder eine Anrufung als *subjectless objects*“ und „werden als die differenten defizitären Anderen markiert“ (Gutiérrez Rodríguez 2003: 174f.).

Im Mittelpunkt des Frankfurter Konzepts steht eine Repräsentation von (Post-)Migration als potenziell schöpferische Kraft, die auf die Stadtgesellschaft und die Stadtentwicklung in ökonomischer und sozialer Hinsicht bezogen wird und dabei ein Verhältnis wechselseitiger Prägung formuliert. Am deutlichsten artikuliert sich diese Konnotation darin, dass das Attribut der „Vielfalt als Tatsache“ (Stadt Frankfurt 2011: 15) nicht nur auf bestimmte Bevölkerungsgruppen bezogen, sondern als konstitutives Merkmal der städtischen Gesellschaft insgesamt begriffen wird. Unter diesen Umständen, so das Konzept weiter, verändert sich auch die Bedeutung von ‚Integrationspolitik‘ als einer „Politik der Vielfalt, die die urbane Realität ernst nimmt“ (ebd.: 12):

„Eine Politik, die wirklich integrieren will, kann nicht mehr nur mit den üblichen Kategorien ‚ethnischer‘ oder ‚kultureller‘ Einwanderergruppen arbeiten, sondern muss die viel komplexere Realität der gesamten Frankfurter Stadtgesellschaft im Blick haben: ein Neben- und Miteinander sich überkreuzender, sich verändernder, sich weiter ausdifferenzierender oder auch mischender und neu bildender Milieus.“ (Ebd.: 15)

Das Konzept bezieht die Konzeption dieser „komplexen Realität“ aus einer wissenschaftlichen Expertise, die im Entwurfsprozess eine „Untersuchung der Realität unserer Stadtgesellschaft aus vielfältigen und oft transnationalen Beziehungen und Gruppen“ vorgestellt hatte (ebd.: 10). Diese Expertise mobilisierte ausschließlich wissenschaftliche Konzeptionen, deren kleinster gemeinsamer Nenner ist, dass sie grenzüberschreitende Migrationen als konstitutives Moment von Vergesellschaftung verstehen (s. u.). Die Genese dieser Perspektive wird im Folgenden aus der Feldforschung im Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) mit Blick auf die spezifische Artikulation von *citizenship* im Frankfurter Integrationskonzept rekonstruiert.

Nach Darstellung der für die Entwicklung des Konzepts anfangs zuständigen Mitarbeiterin eröffnete auch in Frankfurt der ‚Reformdruck‘ aus dem interkommunalen Vergleich den Prozess, allerdings mit Spielraum für Abgrenzung zu verbreiteten integrationspolitischen Modellen und Vorbildern anderer Städte:

„Ab 2007 war also klar, da besteht ein irrer Handlungsbedarf, was Frankfurt anbelangt. [...] Verschiedene Stiftungen, allen voran die Bertelsmann Stiftung, haben in dieser Zeit zusammen mit den Ministerien begonnen, Instrumente zu promovieren: [...] gesteuerte Integration, durch Konzepte und Monitoring. [...] Frankfurt hat da lange nichts davon gemacht. [...] Zu dem Zeitpunkt gab es ja immer so ein gewisses Schwanken zwischen Integration im Sinne von Assimilation und Vielfaltsgeschichten, also immer in unterschiedlichen Ausprägungen, je nach Stadt, je nach Stadtpolitik. Und man hat immer unglaublich gerungen um diesen Integrationsbegriff und diese

Esser-Definitionen[7] standen immer sehr im Vordergrund bei vielen Städten. Und ich habe ein Plädoyer dafür geschrieben, dass wir hier in Frankfurt einen ganz anderen Ansatz brauchen, einen ganz anderen Blick auf die Stadt. Ich wusste ja auch, dass in der Migrationsforschung seit Langem auch völlig andere Perspektiven entwickelt worden waren, die hier überhaupt noch nicht angekommen waren in der deutschen Integrationspolitik.“ (I 5 13/01)

Zwei Referenzketten sollten den weiteren Prozess also prägen: eine spezifische Tradition Frankfurter Integrationspolitik seit Gründung des AmkA und neue Entwicklungen der Migrationsforschung.

Das Verständnis einer atypischen Tradition der Frankfurter Integrationspolitik handelt von der unzeitgemäßen Gründung des AmkA und von seinem politischen Selbstverständnis:

„Die Gründung des Amts fiel ja in eine Zeit, die von einem starken Rechtstrend geprägt war. Auch in der Stadtpolitik hieß es: ‚die gehören hier nicht her‘, und es wurde irgendwie viel dem Volk nach dem Mund geredet und so weiter. [...] Es war ja genau die Zeit, als es überall Übergriffe gegen Flüchtlinge gab und wir hatten eine Höllenangst, dass hier irgendwas in Frankfurt passiert. [...] Und in diese Zeit kam dieses Multikulti-Amt und das hat ja auch wie eine Bombe eingeschlagen.“ (I 5 13/01)

Das AmkA wurde 1989 von den Grünen in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD durchgesetzt. Im vorausgehenden Wahlkampf hatte nicht nur die NPD mit rassistischen Positionen erfolgreich Stimmen einwerben können. Auch die CDU hatte die ‚Ausländerfrage‘ in den Mittelpunkt des Frankfurter Wahlkampfes gestellt: Man müsse „zur Kenntnis nehmen, daß es in der Bevölkerung den ‚eindeutigen Wunsch‘ nach einer Begrenzung des Zuzugs von Ausländern und einer Beendigung des Mißbrauchs des Asylrechts“ gebe (Mick 1989). In diesem Kontext entstand das AmkA als städtische Einrichtung, deren einzige Aufgabe es sein sollte, die Interessen der (post-)migrantischen Bevölkerung innerhalb der Stadtverwaltung zu vertreten (Aybek/Straßburger 2009, Leggewie 2011). Das Amt trieb durch ein „persuasives Programm“ den Perspektivwechsel der Stadt auf ihre (post-)migrantische Bevölkerung voran und implementierte in diesem Sinne Politiken, zu denen sehr früh und zentral auch Antidiskriminierungsarbeit gehörte (Leggewie 2011). Trotz berechtigter Kritik an technisierenden und paternalistischen Praktiken des Amts ließen sich bereits diese Entwicklungen vor dem Hintergrund des fortbestehenden faktischen Ausschlusses vom formalen Status der Staatsbürgerschaft als substanzieller Ausbau von *urban citizenship* verstehen (Welz 1998: 44, vgl. Mestre Vives 1998).

Die Gründung des Amts lässt sich insofern auch als Kontrapunkt zum nationalen Zeitgeist und damit zur Natur des deutschen Staats verstehen. Und „eigentlich ist das, worum wir damals gerungen haben, genau das Gleiche, worum man heute immer noch ringt“ (I 5 13/01) – das AmkA wird in diesem Narrativ als Versuch gewertet, die staatliche und politische Negation der (post-)migrantischen Gesellschaft zu durchbrechen und zumindest für Frankfurt die Strukturen an das anzupassen, was da draußen schon längst gelebt würde: „Wir

sind Frankfurter, wir gehören hierher“ (I 5 13/01). Der Griff zum Konzept des Multikulturalismus sei aus dieser Perspektive heraus der Versuch gewesen, neue Begriffe für eine adäquate Selbstbeschreibung der Stadtgesellschaft zu finden. Aus heutiger Perspektive erschienen die vergangenen Konzeptionen des AmkA aber als Versuch, der auch in der Praxis immer wieder offenbarte, „wie hilflos wir mit den Begriffen hinterherhinken – bis heute – hinter dem, was passiert“ (I 5 13/01). In den 20 Jahren seit Gründung des AmkA hätten sich aber „von der Wissenschaftsseite her mehr Back-up, mehr Instrumentarium, bessere Alternativen“ entwickelt (I 5 13/01). Damit wird die Verbindung zur zweiten Referenzkette im Prozess der konzeptionellen Neuaufstellung der Frankfurter Integrationspolitik deutlich – der Veränderung von Konzepten und Begriffen aus der Migrationsforschung, die für Stadtpolitik mobilisierbar sind.

Wenn im Zitat oben die Fixierung auf „diesen Integrationsbegriff und diese Esser-Definitionen“ (I 5 13/01) problematisiert wird, dann ist damit die Parallele zwischen staatlicher Regulation von und wissenschaftlicher Wissensproduktion zu (Post-)Migration angesprochen. Hartmut Essers handlungstheoretische Variante der Assimilationstheorie hat nicht nur nachhaltig die deutschsprachige Migrationssoziologie geprägt, sein Modell verfügt auch über eine „offensichtliche Deutungshoheit innerhalb der staatlichen bundesrepublikanischen Integrationspolitik“ (Aumüller 2009: 106) – wie im zweiten Abschnitt ausgeführt mit neuem Schwung seit den Reformen des Zuwanderungsrechts. ‚Esser‘ lässt sich im Zitat dann als Symbol für wissenschaftliche Perspektiven verstehen, die (Post-)Migration in direkter Abhängigkeit zur ontologisierten Form des Nationalstaats konzipieren, denn das wissenschaftliche Integrationsparadigma lässt sich als Quintessenz des ‚methodologischen Nationalismus‘ verstehen (Wimmer/Glick Schiller 2002).

Mit den „völlig anderen Perspektiven“ der Migrationsforschung, die für die Entwicklung des Frankfurter Konzepts eine Rolle spielen sollten, sind also Arbeiten gemeint, die sich aus der Kritik des methodologischen Nationalismus entwickelt haben – postnationale Methodologien zur Beschreibung von (Post-)Migration und Vergesellschaftungsprozessen: allen voran die Transnationalismusforschung, neben Perspektiven wie beispielsweise der Autonomie der Migration, Hybridität, Kosmopolitismus, (Super-)Vielfalt und Transkulturalismus (vgl. Hess/Moser 2009: 13). Als ‚postnational‘ lassen sich diese Perspektiven nicht bezeichnen, weil sie notwendigerweise die Rolle von Nationalstaaten und Nationalismus in der Prägung von transnationaler Migration und Gesellschaften negieren, sondern weil sie diese nicht methodologisch voraussetzen. In diesen Perspektiven wird Migration nicht mehr dichotom auf die als Container begriffene ‚Herkunftsgesellschaft‘ oder ‚Aufnahmegesellschaft‘ reduziert, vielmehr wird (Post-)Migration als dauerhafter Bestandteil von Vergesellschaftung unter Globalisierungsbedingungen begriffen (vgl. bspw. Glick Schiller 2007, Geisen 2010).

Dem Dreieck aus ‚Reformdruck‘, der spezifischen Tradition der Frankfurter Integrationspolitik als persuasives Programm gegen die Tradition des ‚Nichteinwanderungslandes‘ sowie der damit verbundenen Bezugnahme auf neue Perspektiven der Migrationsforschung entsprang also der Prozess zur Erarbeitung des Frankfurter Integrationskonzepts. In der Folge wurde der Auftakt mit einem wissenschaftlichen Leitbildentwurf gestaltet, für den keine gesicherten Expert\_innen der angewandten Integrationsforschung

nach Frankfurt geholt wurden. Mit den Kulturanthropolog\_innen Regina Römhild und Steven Vertovec als dezidierten Vertreter\_innen postnationaler Methodologien und einer Forschung „aus der Perspektive der Migration“ (Römhild 2009) wurde die Expertise stattdessen zu einem Versuch, „Begriffe aus solchen transnationalen Perspektiven für die Stadtpolitik denkbar zu machen“ (I 4 12/10).

Die Expertise mobilisierte also postnationale Methodologien für eine Beschreibung der Stadt der Vielfalt (*global city*, Transnationalismus, Supervielfalt und Milieus der Vielfalt in Frankfurt, Römhild/Vertovec 2009: 30ff.) und artikulierte diese mit bestehenden Diskursen der Integrationspolitik sowie der unternehmerischen Stadt in Bezug auf Frankfurt. Dieser ‚postnationale‘ Auftakt des Frankfurter Prozesses zur Erstellung eines Integrationskonzepts war letztlich möglich geworden, weil die Fortschreibung der devianten Frankfurter Tradition der Integrationspolitik und die damit implizierten, in der (deutschen) Migrationsforschung ebenso devianten ‚ganz anderen‘ Perspektiven im Kontext des neoliberalen Reformdrucks auch Distinktionsgewinne versprachen. Das ‚Frankfurter Modell‘ hatte der Stadtpolitik schließlich nach dem Abstreifen seiner ‚rebellischen‘ grünen Anfänge lange Zeit den Platz als Vorreiterin kommunaler Integrationspolitiken sichern können (Aybek/Straßburger 2009). Den State of the Art der Forschung in stadtpolitische Konzepte zu übersetzen, versprach diesen vergangenen Erfolg zu erneuern. Politisch sprach also nichts gegen diesen Versuch – die Dezernentin „war erst mal total begeistert“ (I 5 13/01). Im weiteren Prozess musste das wissenschaftliche Leitbild an die Erfordernisse des interkommunalen Vergleichs und der politischen Durchsetzung in Dezernaten und Magistrat angepasst werden (I 4 12/10, I 5 13/01). Trotzdem konnten sich die alternativen Referenzketten in den Diskussionsprozessen um das Konzept, im Konzept selbst und vor allem als *take home message* in den Präsentationen des fertigen Konzepts durch die Mitarbeiter\_innen des AmKA und des Dezernats in der Folge artikulieren (I 5 13/01, FN 13/3-3).

Das Vorwort der Dezernentin zu dem Konzept beginnt mit der Formulierung: „zu Hause zu sein *statt* integriert“ (Stadt Frankfurt 2011:9; H. d. V.). Die Provokation dieses Satzes als Einleitung eines städtischen *Integrations*-konzepts erinnert nicht zufällig an kritische Kommentare und Initiativen zum Integrationsparadigma der letzten Jahre: in Frankfurt etwa die „Statt-Integration“-Konferenzen, die das Deutsch-Türkische Jugendwerk ausrichtete (Topçu 2011); im weiteren politischen Feld beispielsweise „no integración“ (kanak attack 2002), „Integration? Nein danke!“ (Plattform gegen Rassismus 2010) oder „Demokratie statt Integration“ (kritnet 2010), im wissenschaftlichen Feld zum Beispiel „No integration?!“ (Hess/Moser 2009) oder „Vergesellschaftung statt Integration“ (Geisen 2010). Das Grundnarrativ des Konzepts – „Vielfalt als Tatsache“ (Stadt Frankfurt 2011: 15) – wird hier zur Voraussetzung jedes Sprechens über Integration (und bedeutet dann eigentlich auch hier: „Diversity *statt* Integration“, Terkessidis 2008; H. d. V.).

## 5. Ausblick

Die zentrale Referenz auf ‚Vielfalt als Tatsache‘ im Frankfurter Integrationskonzept stellt sich als programmatischer Bruch mit den alten,

nationalen Mustern zwischen rassistischem Ausschluss und kulturalistischem Integrationsparadigma dar. Dieser Bruch erfolgt im Kontext der neoliberalen Rationalitäten, in denen Stadtpolitik sich heute artikulieren muss: vom interkommunalen Vergleich über das neue Steuerungsmodell bis zum ökonomischen Raster von Stadtpolitik, in dessen Linien sie die Bevölkerung der Stadt im Allgemeinen zu ‚aktiven Bürger\_innen‘ zu machen sucht. *Citizenship* kann sich in kommunalen Integrationskonzepten (wie im Frankfurter Fall) in einer Weise artikulieren, die über ihre neoliberale Genese hinausweist, indem (Post-)Migration als selbstverständlicher Bestandteil einer ‚vielfältigen‘ Bürgerschaft repräsentiert wird. Mit dieser Repräsentation verändern sich wie gezeigt die *urban politics of citizenship* – aber das ist nicht gleichzusetzen mit einer Veränderung von *citizenship* als substanzielle Teilhabe.

Eine Beobachtung von Enis Gülegen, Vorsitzender der Frankfurter Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung, zeigt dann nicht nur die Möglichkeit einer *politischen* Referenzierung dieser Politiken im Streit für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Stadt, sondern auch die Ambivalenz, die aus dieser Programmatik für solche Kämpfe entsteht:

„Wir lesen im Monitoringbericht zum Beispiel, dass Migranten in Frankfurt für schlechtere Wohnungen höhere Mietzinsen zahlen. [...] Das ist ein Bericht des Magistrats, es ist nicht irgendein Bauchgefühl, was wir als Migranten seit Jahrzehnten sagen – den Eindruck hatten wir ja immer. [...] Wir müssen immer höhere Mieten zahlen und wir bekommen immer die schlechteren Wohnungen. [...] Das Besondere ist aber jetzt, dass der Magistrat das sagt. Und da erwartet man natürlich: Oh, jetzt wird das in der Stadtverwaltung zum Thema gemacht, alle stehen auf und sagen: ‚Wir erlauben nicht, dass die Frankfurterinnen und Frankfurter, die vor 30, 40 Jahren hergekommen sind, hier so diskriminiert werden.‘ Es ist aber nichts passiert.“ (FN 13/10-3)

Nach dem Muster des neuen Steuerungsmodells und seiner ‚Produktorientierung‘ müssten die Ergebnisse des Monitorings in die Steuerung der Verwaltung zurückfließen und folglich müssten die diskriminierenden Strukturen des Wohnungsmarktes in Frankfurt offensiv von der Stadt zum Gegenstand der Intervention gemacht werden. Im Bereich des Arbeitsmarktes oder der Bildung, für die das Monitoring ebenso diskriminierende Strukturen ausweist (Stadt Frankfurt 2012: 64ff. & 106ff.), gilt das umso mehr. Denn diese Bereiche wären selbst in der engen Fassung einer ökonomischen ‚Chancengleichheit‘ als Voraussetzung für die Entfaltung der aktiven Stadtbürger\_innen zentral für Antidiskriminierungsarbeit – es ist aber auch hier „nichts passiert“.

Sarah Ahmed hat eine ähnliche Beobachtung für die Implementation von *Diversity*-Politiken an Hochschulen damit erklärt, dass unter neoliberalen Umständen schon die Erstellung von Konzepten selbst als Erfolg verkauft werden kann: „You end up doing the document rather than doing the doing“ (2011). Weil sich Politiken im Namen von ‚Vielfalt‘ dann auf das ‚exzellente‘ Management von Dokumenten beschränken, werden rassistische Strukturen in der eigentlichen Verwaltungsarbeit ignoriert, selbst wenn diese in Konzepten und Monitorings offen thematisiert werden. Aber

daraus ist nicht zu schließen, dass die Repräsentation von Vielfalt oder die Thematisierung von Diskriminierung als ‚Sonntagsreden‘ abzutun wären. Nicht, weil große Hoffnung besteht, dass die Städte dem Versprechen, das die Repräsentation der Vielfalt beinhaltet, einfach nachkommen. Aber die Abwesenheit entsprechender Interventionen lässt sich durch sie politisch skandalisieren, die Dokumente können „Ärger verursachen“ (ebd.: 135). Analytisch wäre dann zu klären, wo und wie sie das tun (oder nicht), indem man verfolgt, „wie solche Dokumente kursieren, wie sie wandern, wo sie stecken bleiben“ (ebd.). In politischer Hinsicht unterstreicht das noch einmal das Anliegen dieses Textes, die *urban politics of citizenship* aktueller städtischer Integrationspolitiken nicht einfach als neoliberal abzutun. Die Programme entstehen in einem neoliberalen Kontext, aber dies steht ihrem Gebrauch für Kämpfe um *urban citizenship* als substanzielle Teilhabe nicht entgegen.

## Endnoten

- [1] Der Begriff der (Post-)Migration dient hier der Reflexion der reichlich ungenauen (staatlichen) Problematisierung eines Teils der in Deutschland lebenden Menschen, die mit Bezug auf ihre (teilweise Generationen zurückliegende) Migrationsgeschichte als (defizitäre) Abweichung von der national normierten Gesellschaft konstruiert werden. Er verweist dabei auf alternative Entwürfe einer ‚postmigrantischen‘ Gesellschaft (bspw. Langhoff 2011, Terkessidis 2013, Yildiz 2010). Alte, neue und andauernde Migrationen sind heute alltägliche Realität und prägende Kraft von Vergesellschaftung. Das zeigt sich besonders in Städten wie Frankfurt, wo 67 Prozent der unter Sechsjährigen einen sogenannten Migrationshinweis haben. Die auch mit diesem Begriff häufig nach wie vor verbundene Konnotation der (nationalen) Devianz wirkt dann schlicht absurd – und gerät ins Wanken. Der Begriff der (Post-)Migration markiert hier also auch die These, dass die „Turbulenzen im nationalen Behälter“ (Terkessidis 2013) – die Herausforderung, die die Bewegung der Migration und der transnationale Alltag laufend für das tradierte Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft als ‚ethnisches Staatsvolk‘ darstellen – sich mittlerweile auch in staatlichen Programmen niederschlagen.
- [2] Kelek vertritt eine kulturalistische Islamkritik, aus der sie ableitet, dass der Staat ‚Integration‘ als Forderung der Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft durchsetzen müsse (Rommelspacher 2010). Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ begrüßte sie dann auch als „Befreiungsschlag“ (Friedrich 2011: 12).
- [3] Gegen die polemische Überzeichnung der Kritik Keleks argumentiert jedenfalls die Integrationsdezernentin (Eskandari-Grünberg 2011).
- [4] Die Argumentation hier wäre ohne die von Sabine Hess und Henrik Lebuhn im März 2013 veranstaltete Konferenz „Stadt und Migration“ nicht zustande gekommen. Auch die Diskussionen im Kontext des Frankfurter Verbundprojekts „Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter“ (insbesondere mit Iris Dzudzek), im Göttinger Labor kritische Migrations- und Grenzregimeforschung sowie die Hinweise und äußerst konstruktive Kritik der beiden anonymen Gutachter\_innen des Textes haben viel zur hier formulierten Argumentation beigetragen. Ihnen und der Redaktion von s u b \ u r b a n möchte ich danken. Gleiches gilt für die Unterstützung durch Mitarbeiter\_innen des Frankfurter Amts für multikulturelle Angelegenheiten und deren Offenheit im Rahmen der Feldforschung des zugrunde liegenden Projekts.
- [5] Siehe [www.neuordnungen.info/migrationspolitik](http://www.neuordnungen.info/migrationspolitik) (letzter Zugriff am 22.10.2014).
- [6] Während die Einbürgerung von sogenannten Statusdeutschen – also Migrant\_innen, die ihre deutsche „Volkszugehörigkeit“ durch „Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur“ nachweisen können (§6(1) BVFG) – vorgesehen ist, war die Einbürgerung von anderen Migrant\_innen bis zum Abschluss der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999 praktisch nicht vorgesehen. Damit waren Generationen von im Land lebenden Menschen dauerhaft von der politischen Teilhabe ausgeschlossen

(bspw. lag die Einbürgerungsquote in den 1980er Jahren bei 0,3 Prozent der ausländischen Bevölkerung; Green 2006: 116).

- [7] Gemeint sind hier die assimilationstheoretischen Arbeiten des Soziologen Hartmut Esser (s. u.).

## Autor\_innen

Der Autor hat an Schnittpunkten von politischer Theorie, Staats- und Stadtforschung zu (Post-)Migration, Rassismus und Neonazismus gearbeitet.  
rodatz@geo.uni-frankfurt.de

## Literatur

- Ahmed, Sarah (2011): „You end up doing the document rather than doing the doing“. Diversity, Race Equality und Dokumentationspolitiken. In: María do Mar Castro Varela / Nikita Dhawan (Hg.): Soziale (Un)Gerechtigkeit. Kritische Perspektiven auf Diversity, Intersektionalität und Antidiskriminierung. Berlin: Lit-Verlag, 118-137.
- Aretz, Hans-Jürgen (2004): Ökonomischer Liberalismus, postmodernes Diversity Management in Unternehmen und der Geist des Kapitalismus. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 29/3, 3-23.
- Attia, Iman (2007): Kulturrassismus und Gesellschaftskritik. In: dies. (Hg.): Orient- und Islambilder. Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Münster: Unrast-Verlag, 5-30.
- Aumüller, Jutta (2009): Assimilation. Kontroversen um ein migrationspolitisches Konzept. Bielefeld: transcript.
- Aybek, Can M. / Straßburger, Gaby (2009): ‚Politik des friedlichen Zusammenlebens‘. Integrationsansatz mit Modellcharakter in Frankfurt/Main. In: Frank Gesemann / Roland Roth (Hg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS, 351-365.
- Balibar, Étienne (2001): Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft. Überlegungen zur emzipatorischen Politik. [http://www.niatu.net/nospoon/texte/balibar\\_staatsbuergerschaft.pdf](http://www.niatu.net/nospoon/texte/balibar_staatsbuergerschaft.pdf) (letzter Zugriff am 23.10.2014).
- Bauböck, Rainer (2003): Reinventing urban citizenship. In: Citizenship Studies 7/2, 139-160.
- Bommers, Michael (2008): „Integration findet vor Ort statt“. Über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: ders. / Marianne Krüger-Potratz (Hg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt a. M.: Campus, 159-194.
- Brenner, Neil (2003): ‚Glocalization‘ as a state spatial strategy. Urban entrepreneurialism and the new politics of uneven development in western Europe. In: Jamie Peck / Henry Wai-Chung Yeung (Hg.): Remaking the Global Economy. Economic-Geographical Perspectives. London/Thousand Oaks: Sage, 197-215.
- Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. In: dies. (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 7-40.
- Clarke, Nick (2012): Urban policy mobility, anti-politics, and histories of the transnational municipal movement. In: Progress in Human Geography 36/1, 25-43.
- Dohse, Knuth (1981): Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht – vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Königstein: Hain.
- Dölemeyer, Anne / Rodatz, Mathias (2010): Diskurse und die Welt der Ameisen. Foucault mit Latour lesen (und umgekehrt). In: Robert Feustel / Maximilian Schochow (Hg.): Zwischen Sprachspiel und Methode. Perspektiven der Diskursanalyse. Bielefeld: transcript, 197-220.
- Eskandari-Grünberg, Nargess (2011): Die Verantwortung des Einzelnen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.1.2011.
- Ferguson, James (2009): The uses of neoliberalism. In: Antipode 41/S1, 166-184.
- Foucault, Michel (2001): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Friedrich, Sebastian (2011): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. In: ders. (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen in der „Sarrazindebatte“. Münster: edition assemblage, 8-38.
- Ganser, Karl (1974): Regionalisierte Ausländerpolitik. Einführung. In: Informationen zur Raumentwicklung 1974/2, 33-36.
- Garcia, Soledad (1996): Cities and citizenship. In: International Journal of Urban and Regional Research 20/1, 7-21.
- Geisen, Thomas (2010): Vergesellschaftung statt Integration. Zur Kritik des Integrations-Paradigmas. In: Paul Mecheril / İnci Dirim / Mechthild Gomolla / Sabine Hornberg / Krassimir Stijanov (Hg.): Spannungsverhältnisse. Assimilationsdiskurse und interkulturell-pädagogische Forschung. Münster: Waxmann, 13-34.
- Gesemann, Frank / Roth, Roland / Aumüller, Jutta (2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.
- Glick Schiller, Nina (2007): Beyond the nation-state and its units of analysis: Towards a new research agenda for migration studies. Essentials of migration theory. COMCAD Working Paper 33/2007. Bielefeld: Center on Migration, Citizenship and Development (COMCAD).
- Green, Simon (2006): Zwischen Kontinuität und Wandel. Migrations- und Staatsangehörigkeitspolitik. In: Manfred Schmidt / Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS, 113-134.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2003): Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen. In: Marianne Pieper / dies. (Hg.): Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault. Frankfurt a. M.: Campus, 161-178.
- Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism. The transformation in urban governance in late capitalism. In: Geografiska Annaler, Series B, Human Geography 71/1, 3-17.
- Häußermann, Hartmut / Kapphan, Andreas (2008): Integrationspolitik der Städte – ein Paradigmenwechsel. In: Michael Bommers / Marianne Krüger-Potratz / Rat für Migration (Hg.): Migrationsreport 2008. Frankfurt a. M.: Campus, 15-28.
- Hentges, Gudrun (2002): Das Plädoyer für eine „deutsche Leitkultur“ – Steilvorlage für die extreme Rechte? In: Christoph Butterwegge (Hg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen: Leske + Budrich, 95-121.
- Hess, Sabine / Moser, Johannes (2009): Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 11-26.
- Holston, James / Appadurai, Arjun (1996): Cities and citizenship. In: Public Culture 8/2, 187-204.
- Isin, Engin F. / Siemiatycki, Myer (1999): Fate and faith. Claiming urban citizenship in immigrant Toronto. Working Paper No. 8. Toronto: Joint Centre of Excellence for Research on Immigration and Settlement.
- kanak attak (2002): no integración. Recht auf Legalisierung. Globalisierungskritik und Antirassismus. [http://www.kanak-attak.de/ka/down/pdf/kanak-attak\\_2002.pdf](http://www.kanak-attak.de/ka/down/pdf/kanak-attak_2002.pdf) (letzter Zugriff am 2.10.2010).
- Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis (2002): Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus. In: Alex Demirovic / Manuela Bojadzijeve (Hg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 246-267.
- Kelek, Necla (2011): „Das ist kein Integrationskonzept“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.1.2011.
- Kessl, Fabian / Krasmann, Susanne (2005): Sozialpolitische Programmierungen. In: Fabian Kessl / Christian Reutlinger / Susanne Maurer / Oliver Frey (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS, 227-246.
- kritnet – Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (2010): Demokratie statt Integration. <http://demokratie-statt-integration.kritnet.org> (letzter Zugriff am 1.10.2010).

- Langhoff, Schermin (2011): Die Herkunft spielt keine Rolle. „Postmigrantisches“ Theater im Ballhaus Naunynstraße. <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/kulturelle-bildung/60135/interview-mit-schermin-langhoff?p=all> (letzter Zugriff am 22.3.2012).
- Lanz, Stephan (2009): In unternehmerische Subjekte investieren. Integrationskonzepte im Workfare-Staat. Das Beispiel Berlin. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 105-122.
- Lebuhn, Henrik (2010): Das Neue Steuerungsmodell und die (Markt-)Logik städtischer Verwaltungen. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung 21/83, 35-45.
- Lebuhn, Henrik (2013): Migration – Recht – Citizenship. Potentiale und Grenzen eines kritischen Diskurses. In: Paul Mecheril / Oscar Thomas-Olalde / Claus Melter / Susanne Arens / Elisabeth Romaner (Hg.): Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive. Wiesbaden: VS, 231-244.
- Leggewie, Claus (2011): Das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten. Ein persuasives Programm. In: Claus Leggewie (Hg.): Multikulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Salzhemmendorf: Blumenkamp, 71-85.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2013): Einleitung: Deutschland Einwanderungsland. In: Karl-Heinz Meier-Braun / Reinhold Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen. Stuttgart: Kohlhammer, 15-27.
- Mestre Vives, Laura (1998): Wer, wie, über wen? Eine Untersuchung über das Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Frankfurt a.M: Centaurus.
- Mick, Günter (1989): Hauff hat Frankfurter beleidigt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.3.1989.
- Münch, Sybille (2010): Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich. Wiesbaden: VS.
- Nyers, Peter (2010): No one is illegal between city and nation. In: Studies in Social Justice 4/2, 127-143.
- Osborne, Thomas / Rose, Nikolas (1999): Governing cities. Notes on the spatialisation of virtue. In: Environment and Planning D: Society and Space 17/6, 737-760.
- Peck, Jamie (2001): Neoliberalizing states. Thin policies/hard outcomes. In: Progress in Human Geography 25/3, 445-455.
- Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010): Mobilizing policy. Models, methods, and mutations. In: Geoforum 41/2, 169-174.
- Plattform gegen Rassismus (2010): Integration? Nein danke! [http://integrationneindanke.files.wordpress.com/2010/04/integration\\_nein\\_danke\\_deutsch.pdf](http://integrationneindanke.files.wordpress.com/2010/04/integration_nein_danke_deutsch.pdf) (letzter Zugriff am 2.10.2012).
- Pütz, Robert / Rodatz, Mathias (2013): Kommunale Integrations- und Vielfaltskonzepte im Neoliberalismus. Zur strategischen Steuerung von Integration in deutschen Großstädten. In: Geographische Zeitschrift 101/3+4, 166-183.
- Reimer, Kathrin (2013): Rechte Ideologie und soziale Frage. Soziale Arbeit und Politische Bildung in Zeiten des rechtspopulistischen Neoliberalismus. In: Friedrich Burschel / Uwe Schubert / Gerd Wiegel (Hg.): Der Sommer ist vorbei... Vom „Aufstand der Anständigen“ zur „Extremismus-Klausel“. Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“. Münster: edition assemblage, 29-50.
- Rodatz, Mathias (2012): Produktive „Parallelgesellschaften“. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) „Stadt der Vielfalt“. In: Behemoth 5/1, 70-103.
- Rommelspacher, Birgit (2010): Islamkritik und antimuslimische Positionen am Beispiel von Necla Kelek und Seyran Ateş. In: Thorsten G. Schneiders (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wiesbaden: VS, 447-469.
- Ronneberger, Klaus / Tsianos, Vassilis (2009): Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 137-152.
- Rose, Nikolas (2000): Governing cities, governing citizens. In: Engin F. Isin (Hg.): Democracy, Citizenship and the Global City. London: Routledge, 96-109.
- Rosol, Marit (2013): Regieren (in) der neoliberalen Stadt. Foucaults Analyse des Neoliberalismus als Beitrag zur Stadtforschung. In: Geographische Zeitschrift 101/3+4, 132-147.
- Römhild, Regina (2009): Aus der Perspektive der Migration. Die Kosmopolitisierung Europas. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 207-223.

- Römhild, Regina / Vertovec, Steven (2009): „Frankfurt vernetzt“. Vernetzungs- und Vielfaltspolitik in Frankfurt am Main. In: Stadt Frankfurt (Hg.): Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts für die Stadt Frankfurt am Main. Ein Arbeitspapier des Dezernats für Integration. Frankfurt a. M.: Stadt Frankfurt, 20-79.
- Sassen, Saskia (1991): *The Global City*. New York, London, Tokyo. Princeton: Princeton University Press.
- Silomon-Pflug, Felix / Heeg, Susanne (2013): Neoliberale Neuordnung städtischer Verwaltungen am Beispiel des Liegenschaftsfonds Berlin. In: *Geographische Zeitschrift* 101/3+4, 184-200.
- Schipper, Sebastian (2013): Genealogie und Gegenwart der unternehmerischen Stadt. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960-2010. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Stadt Berlin (2007): Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept: Handlungsfelder, Ziele, Leitprojekte. [http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept\\_2007\\_bf.pdf?start&ts=1301067806&file=integrationskonzept\\_2007\\_bf.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept_2007_bf.pdf?start&ts=1301067806&file=integrationskonzept_2007_bf.pdf) (letzter Zugriff am 23.10.2014).
- Stadt Frankfurt (2011): Vielfalt bewegt Frankfurt. Integrations- und Diversitätskonzept für Stadt, Politik und Verwaltung. [http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Integrationskonzept\\_2011.pdf](http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Integrationskonzept_2011.pdf) (letzter Zugriff am 23.10.2014).
- Stadt Frankfurt (2012): Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring 2012. Frankfurt a. M.: Magistrat der Stadt Frankfurt a. M.
- Stadt Leipzig (2006): Die Integration der Migranten in Leipzig als Querschnittsaufgabe. Bericht des Referats Ausländerbeauftragter. Stadt Leipzig: Dezernat Allgemeine Verwaltung/Referat Ausländerbeauftragter.
- Terkessidis, Mark (2008): Diversity statt Integration. Kultur- und integrationspolitische Entwicklungen der letzten Jahre. In: *Kulturpolitische Mitteilungen* IV/2008/123, 47-52.
- Terkessidis, Mark (2013): Nationale Turbulenzen. Unromantische Betrachtungen über postmigrantische Urbanität und Kunstproduktion. <http://www.deutscher-pavillon.org/2013/mark-terkessidis-nationale-turbulenzen-unromantische-betrachtungen-uber-postmigrantische-urbanitat-und-kunstproduktion-2/> (letzter Zugriff am 16.12.2013).
- Topçu, Canan (2007): Wie eine Gebetsmühle. <http://www.fr-online.de/spezials/wie-eine-gebetsmuehle,1472874,2739068.html> (letzter Zugriff am 20.2.2013).
- Topçu, Canan (2011): „In Diskussionen gibt es viel Verachtung und Überheblichkeit“. Interview zur Integrationsdebatte in Frankfurt. <http://www.fr-online.de/frankfurt/interview-zur-integrationsdebatte-in-frankfurt--in-diskussionen-gibt-es-viel-verachtung-und-ueberheblichkeit-,1472798,5061922.html> (letzter Zugriff am 2.3.2011).
- Tsianos, Vassilis (2013): Urbane Paniken. Zur Entstehung des antimuslimischen Urbanismus. In: Duygu Gürsel / Zülfukar Çetin / Allmende e.V. (Hg.): *Wer Macht Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen*. Münster: edition assemblage, 23-43.
- Welz, Gisela (1998): Wie verwaltet man die kulturelle Vielfalt einer Weltstadt? Das Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten. In: Ina-Maria Greverus / Johannes Moser / Heinz Schilling / dies. (Hg.): *Frankfurt am Main. Ein kulturanthropologischer Stadtführer*. Frankfurt a. M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt, 33-48.
- Wimmer, Andreas / Glick Schiller, Nina (2002): Methodological nationalism and beyond. Nation-state building, migration and the social sciences. In: *Global Networks* 2/4, 301-334.
- Yıldız, Erol (2010): Die Öffnung der Orte zur Welt und postmigrantische Lebensentwürfe. In: *SWS-Rundschau* 2010/3, 318-339.

### **„Migration is a fact in this city“: Urban politics of citizenship in the neoliberal city**

*The paper discusses the politics of citizenship articulated in recent city strategies of integration policy. As the German paradigm of ‘integration’ is being adopted by the ‘entrepreneurial city’, the tradition of national normalization in urban policy loses its function. Corresponding city strategies*

*problematize (post-)migrants as responsible for their self-integration and the development of their communities for the benefit of the city. The paper suggests to consider the neoliberal context of these urban politics of citizenship not just as a projection for negative critique, but in its potential use for substantial gains in urban citizenship. A closer look at the concept of the city of Frankfurt reveals that it mobilizes post-national epistemologies from the social sciences and develops a representation of the city's 'diversity' that may well be used to present political demands.*



# Homonationalismus und *new metropolitan mainstream*

Gentrifizierungsdynamiken zwischen sexuellen und postsäkularen Politiken der Zugehörigkeit<sup>[1]</sup>

Vassilis S. Tsianos

In Zeiten von weltweiter Terrorismusbekämpfung und antimuslimischem Rassismus geraten die städtischen Räume der sogenannten ethnischen Parallelgesellschaften zu Laboratorien einer neuen Kunst des Regierens der Migration als ‚*bad diversity*‘. Dabei nutzt der antimuslimische Diskurs seit einiger Zeit auch die Figur der ‚islamischen Homophobie‘, um migrantische Communitys als gefährliche, antimoderne Räume zu *othern*. Der Artikel diskutiert am Beispiel des Hamburger Stadtteils St. Georg die Konzepte des Homonationalismus und des *new metropolitan mainstream* als zwei analytische Zugänge, um den räumlichen Aspekt homonormativer Politiken aufzugreifen sowie ihre Verstrickung mit integrations- und aufwertungsorientierten Interventionen auf lokaler Ebene.

Ersteinreichung: 8. Mai 2014; Veröffentlichung online: 23. Dezember 2014

Im Sommer 2007 begann im Hamburger lesbisch-schwulen Stadtmagazin *hinnerk* eine Debatte mit dem Titel „Schöner ohne Döner?“ über homophobe Ressentiments und Übergriffe im ‚kriminellen Bahnhofsviertel‘. Unter anderem berichtete das Magazin:

„Hamburger Verfassungsschützer, die mehr als 30 Moscheen intensiv beobachten, haben keine Erkenntnisse über anti-schwule Hasspredigten. Dass Homosexualität eine Sünde für gläubige Muslime darstellt, ist genauso Fakt. Deshalb werden sie nicht automatisch zu Gewalttätern, doch diese religiöse Grundüberzeugung erschwert das Zusammenleben und das gegenseitige Ertragen.“ (O. N. 2007: 3)

Die Debatte ging auf eine von der Hamburger Lokalpresse (*Hamburger Morgenpost, MoPo*) forcierte Inszenierung eines ‚sexualpolitischen‘ Konfliktes mit der örtlichen Centrum-Moschee zurück. Ein *MoPo*-Journalist hatte für seinen Artikel „Moslems gegen Schwule“ ein gleichgeschlechtliches Paar engagiert, sich vor der Centrum-Moschee zu küssen und dabei fotografieren zu lassen (vgl. ausführlicher Haritaworn 2009). Als ein mittels dieser gezielten und medial wirksamen Provokation angestrebter ‚Stadtteildialog‘ zwischen Moscheevertreter\_innen und LSBT-Aktivist\_innen<sup>[2]</sup> nicht zustande kam, bestanden die Organisator\_innen – zu denen neben den LSBT-Aktivist\_innen auch der grüne Parlamentarier Farid Müller gehörte – dennoch auf dessen Fortsetzung. Sein Scheitern beziehungsweise

Nichtzustandekommen stellten sie als eindeutigen Beweis für eine nicht hinnehmbare Überschreitung der ‚Grenzen der Toleranz‘ im Stadtteil dar. Der ‚Dialogkonflikt‘ mit der Centrum-Moschee avancierte zu einem emblematischen Moscheekonflikt mitten in der Stadt – und rund um St. Georg wurden mittels Bildern von ‚muslimischer Straßengewalt‘ Ängste geschürt.[3]

In Zeiten von weltweiter Terrorismusbekämpfung und antimuslimischem Rassismus geraten die städtischen Räume der sogenannten ethnischen Parallelgesellschaften zu Laboratorien einer neuen Kunst des Regierens der Migration als ‚*bad diversity*‘ (vgl. Rodatz/Scheuring 2011, Schiffauer 2011). Bereits einige Jahre zuvor, auf dem Höhepunkt der Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001, gipfelte dieser Prozess in bundesweiten Moscheerazzien und der Schließung der Hamburger Taiba-Moschee (vgl. kritisch dazu Spielhaus/Färber 2010, Beinhauer-Köhler/Leggewie 2009, Friedrich/Schultes 2012).

Dabei nutzt der antimuslimische Diskurs seit einiger Zeit auch die Figur der ‚islamischen Homophobie‘, um migrantische Communitys als gefährliche, antimoderne Räume zu *othern*, wie zahlreiche Studien in jüngerer Zeit dargelegt haben.[4] Auf diese Operation weisen etwa Jasbir Puar (2007) oder Jin Haritaworn (2010) mit dem Konzept des ‚Homonationalismus‘ hin.[5] Sie argumentieren, dass sich westliche LSBT-Bewegungen via antimuslimischem Rassismus und Neoorientalismus in das privilegierende Paradigma der Mehrheitsgesellschaft inkludieren können, obwohl diese weiterhin von Homo- und Transphobie gekennzeichnet ist. Dabei verkörpern nunmehr Teile der LSBT-Bewegung die vermeintliche Toleranz der Dominanzgesellschaft. Zugleich fungieren sie als Kontrollinstanz, um die homophoben Äußerungen der ethnisierten ‚muslimischen‘ Akteur\_innen zu skandalisieren (vgl. Çetin 2012), affektiv aufzuladen und in „moralische Paniken“ (Cohen 1987) zu verwandeln.[6]

Im Folgenden werde ich argumentieren, dass hier eine neue Form der Regierung der Migration zu beobachten ist, bei der das ‚alternative‘ und mittelschichtorientierte Spektrum aufgrund seiner spezifischen Interessen und Urbanitätsvorstellungen, die rassistisch-homonationalistisch artikuliert werden, eine zentrale Rolle spielt. Im ersten Abschnitt (1) werde ich zunächst einen historisch-genealogisch informierten Blick auf den migrationspolitischen Topos der ‚Integration‘ in Deutschland werfen. Anschließend (2) arbeite ich die Verschränkungen mit der Debatte um sozialräumliche Segregation und (3) mit dem sozialwissenschaftlichen Ghetto-Diskurs heraus. Dabei interessiert mich vor allem die Produktivität des Integrations-Ghetto-Komplexes im Sinne einer Ideologie des Raumes, die eine Kohäsion der Raumpraktiken und der Funktionsweise des Alltags gewährleistet und damit auch urbane Lebensweisen in Modi der ‚guten‘ beziehungsweise ‚schlechten *diversity*‘ prägt. Vor diesem Hintergrund formuliere ich (4) eine Kritik an der deutschsprachigen Stadtforschung, die meines Erachtens stärker auf die Rassismusforschung zurückgreifen müsste, um die hier skizzierten Dynamiken analytisch angemessen zu erfassen. Im folgenden Abschnitt (5) diskutiere ich die Konzepte Homonationalismus/Homonormativität und den *new metropolitan mainstream* als zwei analytische Zugänge, um den räumlichen Aspekt der homonormativen Politik aufzugreifen und dessen Verstrickung mit integrations- und aufwertungsorientierten Interventionen auf lokaler Ebene nachzugehen.

## 1. Zur Genealogie der Integrationsfigur

Auf die normalisierende und normierende Funktion von Integration zu setzen, hat in Deutschland eine lange staatspolitische Tradition. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich mit der Ausbildung des Sozialversicherungssystems ein neues Konzept der sozialen Steuerung, das den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit befrieden, die Folgen der Armut kompensieren und die Auswirkungen der Unterdrückung einschränken sollte. An die Stelle der bis dahin dominanten Vorstellung einer Gesellschaft konkurrierender Individuen (vgl. Ronneberger 1998) trat die Idee einer Solidargemeinschaft, deren Mitgliedschaft jedoch vor allem auf völkisch-nationalen Kriterien basierte. Durch Metaphern wie ‚Volkskörper‘ oder ‚Volksgemeinschaft‘ wurde die Einheit, aber auch die Einheitlichkeit (im Sinne von Homogenität) dieser imaginären Gemeinschaft erzeugt (vgl. Ronneberger 1999).

Dieses Sozialstaatsmodell weist von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart eine erstaunliche Kontinuität auf (vgl. Leendertz 2008). Zwar fand nach dem Zweiten Weltkrieg eine Verwissenschaftlichung der politischen Diskurse statt, die völkische oder biologistische Argumentationsmuster zugunsten systemisch-funktionaler Begründungen zurückdrängte. Gleichwohl machte sich die völkische Komponente der Integrationspolitik weiterhin bemerkbar – im Zuge der Migrationspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Kategorien wie ‚Gastarbeiter\_in‘ und ‚Aussiedler\_in‘.

Als es in den späten 1950er Jahren zur Anwerbung von ‚Gastarbeiter\_innen‘ mit einer zeitlich begrenzten Aufenthaltsdauer kam, war für diese Politik zunächst die Vorstellung der ‚Nichtintegration‘ konstitutiv (vgl. Karakayalı/Tsianos 2002, Karakayalı 2008). Die damaligen Rückführungsbestimmungen gingen von der Annahme aus, die Anwerbung von Immigrant\_innen sei nur vorübergehend und bleibe für die Sozial- und Bevölkerungspolitik weitgehend folgenlos. Bereits 1973, als der erste Anwerbestopp in Kraft trat, wurde jedoch deutlich, dass ein Großteil der Migrant\_innen dauerhaft bleiben würde. In der Reaktion auf diese widersprüchlichen Anforderungen entwickelt die SPD bereits ab den 1970er Jahren das sozialtechnokratische Modell der partiellen Integration, das sich insbesondere an die Kinder der ‚Gastarbeiter\_innen‘ richtete. CDU und CSU denunzierten diesen Ansatz unter anderem als ‚Zwangsgermanisierung der Türkenkinder‘ und sprachen sich für eine ‚rückkehrorientierte Integration‘ aus (vgl. Ronneberger/Tsianos 2001). Erst 1998 trat die sozialdemokratisch-grüne Koalition dann mit dem Versprechen an, die ‚Einwanderungsfrage‘ zu modernisieren und den Status der hier lebenden Migrant\_innen durch ein neues Staatsbürgerschaftsmodell grundsätzlich zu verbessern. Die angestrebte Reform endete jedoch 2005 mit einem Kompromiss, der nur wenig vom ursprünglichen Entwurf übrig ließ. Mit der Forderung nach einer ‚deutschen Leitkultur‘ versuchten in der Folge die Konservativen, ihre Hegemonie auf dem politischen Feld der Migration zurückzugewinnen (z. B. durch die Kampagne der CDU in Hessen im Jahr 1999 gegen die doppelte Staatsbürgerschaft). Zur Integration, so hieß es, gehörten mehr als Gesetzestreue und Sprachkenntnisse. Führende Grüne nahmen die Debatte zum Anlass, sich von der ‚multikulturellen Gesellschaft‘ zu distanzieren. Die damalige grüne Bundesvorsitzende Renate Künast begründete dies

damit, dass die Gestaltung der Einwanderungspolitik auf die Zustimmung der Mehrheitsbevölkerung angewiesen sei (vgl. Ronneberger 2005: 220). Deshalb müsse man den konkreten ‚Bedarf an Migrant\_innen ermitteln und Konzepte für die Regeln des Zusammenlebens entwickeln.

In der Zwischenzeit hat sich der Charme des kulturalistischen Differenzmodells weitgehend verflüchtigt. Die in die Krise geratene sozialdemokratische Integrationspolitik hat sich zu einem identitätspolitischen Stellungskrieg auf dem neuen Feld der *Diversity*-Politik entwickelt (vgl. dazu Rodatz in diesem Heft). Im Zuge dieses Stellungskriegs gelingt es weder, endgültig mit dem Konzept von ‚Integration‘ als einseitige Anpassungsforderung zu brechen, noch, die entstehende migrantische Mittelschicht politisch langfristig an das grün-alternative Milieu zu binden. Denn der kaum zu übersehende okzidentalistische Habitus einer allseits postulierten Toleranz gegenüber dem ‚bereichernden‘ Nebeneinander war auch in den besten multikulturellen Zeiten problematisch: ‚Vielfalt‘ stand und steht für eine „prekäre [...] Form urbaner Zugehörigkeit“, wie der kritische Urbanist Mathias Rodatz feststellt (2012: 90). Das Abrücken von der ‚multikulturellen Gesellschaft‘ seit der Jahrtausendwende geschieht unter der Vorgabe, dass es sich dabei um ein ‚Schönwettermodell‘ der fröhlichen Postmoderne gehandelt habe, das den veränderten Bedingungen der Berliner Republik aber nicht mehr standhalte (für eine differenzierte Kritik des Multikulturalismus vgl. Scherr 2009, Leicht 2009).

Heute wird die städtische Migrationspolitik auch formal als Integrationspolitik definiert. Das Ausländergesetz von 1965 heißt nun als Bestandteil des Zuwanderungsgesetzes Aufenthaltsgesetz. Ausdruck dieser Neuorientierung sind sowohl der ‚Integrationsgipfel‘ von 2006 als auch die sogenannte Islamkonferenz und die Feierlichkeiten zu 50 Jahren Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei 2011. Doch das Integrationskonzept zielt weniger auf die Erweiterung von Rechten der ehemals Zugewanderten. Vielmehr versucht es vor allem, Homogenitätsvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abzusichern und Differenz mit niederlassungspolitischen Sanktionen zu penalisieren (vgl. Schwarz 2010: 227). Ein solcher Machtanspruch wird jedoch in der öffentlichen Rede über Migration und Integration meist ausgeblendet oder geleugnet. Im folgenden Abschnitt werde ich versuchen, die politischen Rahmenbedingungen, in denen die für den vorliegenden Beitrag relevanten Diskurse wirksam werden, zu skizzieren.

## **2. Von der Segregation...**

Auch die stadtsoziologische Forschung zu Segregation bezieht sich in Deutschland stark auf die oben skizzierten kontrovers geführten Debatten um Zuwanderung. Der Begriff der Segregation steht dabei für sich verfestigende ungleiche, das heißt asymmetrische und polarisierende Verteilungen von Bevölkerungsgruppen im städtischen Raum. In historischer Perspektive stellt soziale Segregation kein neues Phänomen dar (vgl. Farwick 2007). So war etwa die vorindustrielle europäische Stadt nach Aufenthaltsregeln und Berufstätigkeiten segregiert. Die kapitalistische Moderne und die damit einhergehende industrielle Urbanisierung wurden begleitet durch eine

Multiplizierung der unterschiedlichen Segregationsformen (sozial, städtisch, ethnisch und rassistisch). In der Kollektivsemantik des Terminus Segregation wird vor allem die soziale und ethnische Segregationsgeschichte erinnert, während die kolonial und rassistisch segregierte Stadt (vgl. Joyce 2003) entweder ignoriert oder als eine regionale Anomalie konzipiert wird.

Die sogenannte ethnische Segregation gilt aktuell als emblematisch für die Krise der europäischen Stadt und ihrer städtischen Inklusionspolitiken (für den gesamteuropäischen Raum vgl. Münch 2010). Sie gilt als eine der entscheidenden Integrationsfragen. Begriffe wie ‚Parallelgesellschaft‘ und ‚Ghetto‘ werden in der Debatte als Synonyme verwendet. Doch wodurch zeichnet sich ein Ghetto aus?[7] Folgt man dem Soziologen Loïc Wacquant (2006), dann findet sich in Stadtgebieten, die so bezeichnet werden, nicht nur eine Verdichtung von Armut und physischem Verfall. Vielmehr ist die Bezeichnung auch ein Instrument der Kontrolle, das auf räumlicher Verbannung, Ausbeutung und rassistischer Stigmatisierung basiert.

In der deutschen Öffentlichkeit werden für das Schreckbild von der ‚Parallelgesellschaft‘ oft die US-amerikanischen ‚Schwarzenghettos‘ bemüht. Doch dieser Raumtypus taugt kaum zur Kennzeichnung hiesiger Verhältnisse. Das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen durch zentralstaatliche Institutionen, wie sie der Raumordnungspolitik von Bund und Ländern trotz aller Mittelkürzungen als gesetzliche Verpflichtung vorgegeben sind, gilt in den USA als unnötig, gar als ‚unamerikanisch‘. Während der intervenierende Sozialstaat in Westeuropa den Urbanisierungsprozess der vergangenen Jahrzehnte entscheidend geprägt hat, führte das US-amerikanische Modell zu einer scharfen Trennung zwischen verarmter Kernstadt und saturierter Vorstadt. In den vergangenen Jahrzehnten wurden zudem aus den vormals sozial integrierten ‚Schwarzenghettos‘, in denen sich alle Gesellschaftsschichten abbildeten, ‚Hyperghettos‘ der Armen, Marginalisierten und Obdachlosen. Peter Marcuse (1998) spricht in diesem Zusammenhang von einem ‚Ghetto der Ausgeschlossenen‘, das an die Stelle des ‚Ghettos der Ausgebeuteten‘ getreten sei.

Was die Entwicklung in deutschen Großstädten anbetrifft, kommen jüngere Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass es hierzulande bislang keine großflächigen Segregationsprozesse gibt. Von einer zunehmenden ‚ethnischen Segregation‘ kann nicht die Rede sein (vgl. Pott 2001, Friedrich/Triemer 2008), schon allein, weil die migrantisch geprägten Stadtviertel in Deutschland viel zu heterogen sind, um diesem Raumtypus zu entsprechen. Auch die rasche Verdichtung sozialer Probleme in ganzen Stadtbezirken blieb bisher die Ausnahme, und selbst sogenannte Brennpunkte sind in vielerlei Hinsicht nicht sozial homogen. Allerdings bleibt es im Ermessen der jeweiligen stadtentwicklungspolitischen Akteur\_innen, wann Segregation problematisiert wird und wann nicht. So erregen die Territorialstrategien einkommensstärkerer Haushalte, das Wohnumfeld möglichst homogen zu halten und räumliche Distanz zu den unteren Klassen zu wahren, selten Anstoß.

Die wohnungspolitisch Verantwortlichen sehen ihre Hauptaufgabe darin, subalterne Gruppen im städtischen Raum zu *verteilen* (vgl. Ronneberger/Tsianos 2009). So wandte beispielsweise die Stadt Frankfurt am Main in den 1990er Jahren bei Neubausiedlungen folgenden Quotierungsschlüssel an: 30 Prozent ‚Ausländer\_innen‘, zehn Prozent Aussiedler\_innen, 15 Prozent

Sozialhilfeempfänger\_innen, 25 Prozent Quartiersbewohner\_innen, 20 Prozent andere Personen (vgl. Ronneberger/Keil 1995). Ähnliche Regularien kommen auch in anderen Großstädten zum Einsatz (vgl. für Berlin Lanz 2007, für München Hess 2011). Diesem Verteilungs- und selektiven Kompositionsmodell wohnt allerdings eine unheimliche Ambivalenz inne: Einerseits ist es bislang mitverantwortlich dafür, dass in der Bundesrepublik die soziale Segregation deutlich weniger ausgeprägt ist als in anderen Ländern, andererseits rekuriert es auf und stabilisiert rassistische *Otherring*-Prozesse in der wohnungspolitischen Regierung der Migration und der Differenz in der Stadt.[8] Auch eine Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ kommt zu der Einschätzung, dass die städtebauliche Situation sich zwar verbessert habe, die Armutsprobleme aber gerade für viele Migrant\_innen und ihre Nachkommen kaum entschärft werden konnten (vgl. Güntner 2007). Dies bestätigen auch andere Studien. Die räumliche Konzentration von Armen und Prekären hat weiter zugenommen (vgl. Schnur 2008, Neef/Keim 2007).

### 3. ...zum Integrations-Ghetto-Komplex

Im Gegensatz zur angloamerikanischen Stadtsoziologie spielt Rassismus in der deutschsprachigen Forschungslandschaft bei der Analyse städtischer Räume beziehungsweise stadträumlicher Politiken kaum eine Rolle. Obwohl in deutschen Städten der Raumtypus ‚Ghetto‘, wie dargestellt, nicht existiert, taucht der Ausdruck regelmäßig bei der Beschreibung von ‚Problemquartieren‘ auf.[9] Zentral ist in diesem Diskurs die Figur des explosiven Raums, in dem sich ein ‚Sprengstoff‘ ansammle, der sich irgendwann entlade. Solche Dramatisierungsszenarien mobilisieren zwar unter Umständen staatliche Ressourcen, tragen aber gleichzeitig dazu bei, die Stigmatisierung der Minderheiten zu verfestigen. Die Etikettierung von Quartieren als ‚gefährliche Räume‘ bildet die Grundlage für eine restriktive Lokalpolitik (vgl. Lanz 2007). So fordern viele Kommunalpolitiker\_innen, bestimmte Stadtteile vor einem ‚ungesteuerten Zuzug von Ausländer\_innen‘ zu bewahren. Als realistische Techniker\_innen der Sozialpsychologie warnen sie vor der Überschreitung von ‚Toleranzschwellen‘ und ‚Belastungsgrenzen‘ (vgl. Hess 2013).

Die Politik der ‚ethnischen Streuung‘ in Form der Flexibilisierung von Belegungsrechten in Wohnsiedlungen kann sich dabei auf sozialwissenschaftliche Expertisen stützen. Exemplarisch stehen dafür die Studien von Wilhelm Heitmeyer (1996; 1998; 2012; Heitmeyer et al. 1997).[10] Der Gewaltforscher setzt unbedacht die räumliche Segregation von Migrant\_innen mit „Desintegration“ gleich: Konzentrierten sich die Einwander\_innen in den strukturell benachteiligten Bezirken der Städte, würden sich jene Quartiere schnell zu einem „ethnisch-sozialräumlichen Schraubstock“ für die nachfolgenden migrantischen Generationen entwickeln (1996: 48ff). Unberücksichtigt bleibt in Heitmeyers Untersuchungen nicht nur die rassistische Dimension der Ausgrenzung; auch die im Alltag tatsächlich relevanten Räume werden regelmäßig ignoriert, ganz zu schweigen von den kompensatorischen Effekten und ‚urbanen Kompetenzen‘ des ethnischen Unternehmertums für die Stadtpolitik und die lokalen Ökonomien (vgl.

Yıldız/Mattausch 2009, Hillmann 2011). Die Raumbezüge, die für die Bevölkerung eines Stadtteils im Alltag von Bedeutung sind (und zugleich von ihnen hervorgebracht werden), haben nur selten etwas mit den administrativen Kategorien des Raumes gemein. So werden Gebiete aufgrund einer statistisch messbaren Abwanderung deutscher Familien bei einer gleichzeitigen Zuwanderung von ‚Ausländer\_innen‘ als Problemgebiete eingeschätzt, obwohl sie nach anderen Parametern Aufwertungstendenzen aufweisen (vgl. kritisch dazu Münch 2010, Münch/Kirchhoff 2009). In diesem Sinne muss der Integrations-Ghetto-Komplex als eine diskursive Strategie der Verräumlichung der sozialen Frage im Kontext der Produktion der neoliberalen Stadt verstanden werden. So stehen Studien wie das politisch einflussreiche empirica-Gutachten *Überforderte Nachbarschaften* (Krings-Heckemeier/Pfeiffer 1998) im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) für eine Neuausrichtung der Sozialpolitik in ‚Problemquartieren‘, die man als eine Art ‚ethnisierte‘ Variante des „Regierens durch Community“ (Rose 2000: 76) umschreiben kann. Das Gutachten enthält dann auch eine Reihe rassistischer Untertöne und Stereotype, wie am folgenden Beispiel deutlich wird:

„Vor allem den Einheimischen erscheinen die Sozialämter als Orte der Inquisition und der Erniedrigung. Robuster und unbekümmerter gehen demgegenüber viele Ausländer vor. Für sie sind die Leistungsträger offensichtlich ein großer Teppichhandel, den man mit Zähigkeit und Cleverness bis zur Erschöpfung der Schalterbeamten führt.“ (Krings-Heckemeier/Pfeiffer 1998: 37)

Auch der Begriff der „überforderten Nachbarschaften“, der heute fester Bestandteil des Diskurses um die ‚soziale Stadt‘ ist, wurde von den erstaunlich rassistisch blind argumentierenden Forscher\_innen gewählt, um die Forschungsergebnisse „besser vermarkten zu können“ (Krings-Heckemeier/Pfeiffer 1998: 24). „Überfordert“, so das Gutachten,

„sind viele einheimische Bewohner, denen im Zusammenleben mit Ausländern und Aussiedlern zu viel an Integrationsarbeit und Konfliktbewältigung abverlangt wird. Überfordert sind die Wohnungsunternehmen, weil sie als Verwalter der ungelösten Sozialstaatsprobleme deren Ursachen nicht bekämpfen können. Überfordert sind aber auch die Kommunen, die durch ihre auf einen zu kleinen Bestand begrenzte Belegungspolitik zahlreiche Schwierigkeiten selber hervorrufen oder verschärfen.“ (Ebd.: 24f.)

Das 1999 initiierte Bund-Länder Programm „Soziale Stadt“ umfasst heute 603 Gebiete und 124 Gemeinden in Deutschland. Im Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ von 2005 sind offensichtliche Verweise auf GdW-Formulierungen der „überforderten Nachbarschaften“ zu lesen, wie zum Beispiel die Rede von der „Überwindung einseitiger Bewohnerstrukturen“ (vgl. Harlander 2012: 309f.):

„Das Ausmaß der sozialen Probleme sowie die ethnische Vielfalt drohen, die Integrationskraft der Bewohnerschaft zu überfordern. In einem sich entspannenden Wohnungsmarkt kann der beeinträchtigte

Wohnwert bei relativ hoher Mietbelastung (Miete, Nebenkosten, ggf. Fehlbelegungsabgabe) zu unerwünschten Wegzügen führen. [...] [E]s sind Anreize zu schaffen, damit Menschen, die das soziale Gefüge im Quartier bereichern, zuziehen bzw. bleiben.“ (Deutsches Institut für Urbanistik 2005: 7f.)

Darüber hinaus setzt das Programm „Soziale Stadt“ auf die ‚Motivierung‘ und ‚Aktivierung‘ der Bewohner\_innen. Damit steht das Programm „paradigmatisch für einen Trend der Stadtpolitik, auf eine Vertiefung von sozialen Problemen mit kommunikativen Strategien und Beteiligungsinstrumenten zu reagieren“, wie Andrej Holm und Henrik Lebuhn (2013: 198) konstatieren. Der Ansatz zielt auf die Stärkung der lokalen Netzwerke und des Selbstbewusstseins der Bewohner\_innen sowie auf eine Verbesserung von negativen Images in den Nachbarschaften: „Durch den auch räumlich begrenzten Interventionsrahmen nehmen Strategien zur Herausbildung von Nachbarschaftsstrukturen und eines gebietsbezogenen Wir-Gefühls einen zentralen Stellenwert vieler Aktivitäten ein.“ (Ebd.)

Mit Étienne Balibar lässt sich dieser sozialtechnologische Ansatz als eine neoliberale Variante des „modernen institutionellen Rassismus“ bezeichnen, der zwei einander entgegengesetzte Vorstellungen vereint: die Ethnisierung sozialer Verhältnisse und die Werbung für ein Aktivierungsmodell, das „eine allgemeine individuelle Selektion institutionalisiert, deren untere Grenze die soziale Eliminierung der ‚Unfähigen‘ und ‚Unnützen‘ darstellt“ (2008: 23). Gerade die Verschränkung dieser beiden Elemente bleibt auch im kritischen Diskurs leider oft unterbelichtet.

#### **4. Stadtforschung und die Leerstelle kritischer Migrations- und Rassismusforschung**

Die deutschsprachige Stadtforschung zeichnet sich durch eine weitgehende Macht- und Staatsblindheit aus (vgl. Ronneberger 2005). So ist der Rassismusbegriff fast ausschließlich für die Kennzeichnung der NS-„Rassenpolitik“ reserviert und entsprechend tabuisiert. Bei der Mehrheit der städtischen Spezialist\_innen, von der Stadtplaner\_in bis zur Stadtentwicklungspolitiker\_in, scheint es sich noch nicht herumgesprochen zu haben, dass der Verweis auf die ‚andere Kultur‘ Teil der Konstruktion des ‚Fremden‘ ist und als naturalisierende Kategorie fungiert, die den Begriff der ‚Rasse‘ ersetzt hat. Es erweist sich deshalb auch als problematisch, Begriffe wie ‚Ethnie‘ oder ‚ethnische Minderheiten‘ rein deskriptiv zu verwenden, da sie dazu tendieren, kulturelle Unterschiede zu verdinglichen und ihren gesellschaftlichen Entstehungskontext auszublenden (vgl. Mecheril/Melter 2011). Mit der Verbreitung des Erklärungsmusters der desintegrativen ‚Ethnizität‘ hat sich eine alarmistische Sichtweise etabliert, welche dazu tendiert, die Ursache des Rassismus in seinen Opfern zu sehen (vgl. exemplarisch Heitmeyer 1998; 2000).

Das Thema Einwanderung wird in der stadtsoziologischen Forschung noch immer vorwiegend aus der Perspektive quantifizierender Ansätze behandelt. Viele Analysen beschränken sich auf demografische Erhebungen, die darüber Aufschluss geben sollen, in welchen Stadtteilen wie viele ‚Ausländer\_innen‘ welcher Nation wohnen und arbeiten. Dies ist nicht zuletzt

der Tatsache geschuldet, dass die Stadt- und Regionalforschung zu großen Teilen Auftragsforschung für staatliche Institutionen und Privatstiftungen betreibt.[11] Untersucht werden die ‚Grenzen der Integrationsfähigkeit‘ von Minderheiten oder ‚ethnische Konflikte‘, weniger jedoch die Ausschlusspraktiken (vgl. Häußermann/Siebel 1995, kritisch dazu Pott 2001, Lanz 2007). Diese Studien bekräftigen mit ihrem naiven und oft gefährlichen Empirismus, so Nina Glick Schiller und Ayşe Çağlar (2010), den methodologischen Nationalismus eines ‚*ethnic group research design*‘ in der deutschsprachigen Stadtforschung.

In der Stadtsoziologie erfolgt eine weitere Verdinglichung über die Raumkategorie als essentialistische Größe, wie dies in der Kontexttheorie zum Ausdruck kommt: Aus dieser Perspektive bildet das Quartier primär ein soziales und kulturelles Milieu, das einen negativen Einfluss auf die Mentalitäten, Lebensweisen und das Verhalten seiner Bewohner\_innen hat. Die sogenannten Kontexteffekte (vgl. Wilson 1987) sind die Verhaltensweisen der Quartiersbewohner\_innen, die eine zusätzliche Beeinträchtigung ihrer Lebenschancen in einem Problemquartier darstellen (vgl. Häußermann et al. 2008: 258f., 326ff.). Auch der Verweis auf die häufige Verwechslung von Kontext- mit Kompositionseffekten (die Wirkungen der sozialen Zusammensetzung der Quartiersnachbarschaft) relativiert nicht die normative Wirkmächtigkeit und Interdiskursivität der Figur der ethnischen Segregation, wie Häußermann und Kapphan (2008: 38) zu Recht betonen (vgl. dazu auch Lanz 2003, Bremer/Gestring 2004, Kronauer/Vogel 2004, Simon 2007, Alisch/Dangschat 2012). Diese exemplarische Auswirkung der Kontexttheorie auf das irreführende Verständnis sogenannter Quartierseffekte verdeutlicht, in welchem hohem Maße die urbanistische Wissensproduktion Bestandteil der staatlichen Bevölkerungspolitik werden kann: Ihre Erkenntnis ist auf Fragen der sozialen Kontrolle und auf die Optimierung der Regierung der Migration in der neoliberalen Stadt ausgerichtet.

Demgegenüber zeigen Vertreter\_innen der *cultural studies*, wie eine rassistuskritische Perspektive in der Stadtforschung fruchtbar gemacht werden kann.[12] Sie beziehen sich dabei zentral auf das von Stuart Hall entworfene Konzept des „Repräsentationsregimes“, welches „das gesamte Repertoire an Bildern und visuellen Effekten“ umfasst, „durch das ‚Differenzen‘ in einem beliebigen historischen Moment repräsentiert werden“ (2004: 115). Für Hall besteht die zentrale Leistung eines Repräsentationsregimes dabei in der Produktion und Regierung von Differenz. Dieses Verständnis von Repräsentation denkt die Mechanismen kultureller Dominanz und rassistischer Exklusion als verschränkt, berücksichtigt aber zugleich die folgenreiche Existenz von widerständigen und subversiven Subjektivierungen. Eingang fand dieses Regimeverständnis in das Konzept des *ghetto urbanism*, welches im Kontext der umfangreichen Feldforschung zu *Policing the Crisis* (Hall et al. 1978) am Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) der Universität Birmingham entstand. *Ghetto urbanism* stellte ein neuartiges analytisches Instrument der Repräsentation von Konflikten im städtischen Raum dar, mit dem die Verschränkung von Stadtplanungspolitik, rassistischen Polizeikontrollen und dem dagegen gerichteten Widerstand rassialisierter Minderheiten im Kontext der Krise der fordistischen Stadt gedacht

werden konnte. Thematisierbar war so nicht nur die segregative Dimension der Ghettoisierung, sondern auch „the reappropriation of city spaces through the creative remapping of alternative cartographies and subversive imaginations“ (Keith 2009: 543).

## 5. Homonormativität und *new metropolitan mainstream*

Den Funktionswandel der Stadt in der Ära der neoliberalen Globalisierung hat Saskia Sassen schon vor fast zwei Jahrzehnten eingehend untersucht (vgl. Sassen 2001). Hansruedi Hitz, Christian Schmid, Richard Wolff, Roger Keil und Klaus Ronneberger haben in ihrer Pionierarbeit *Capitales Fatales* (1995) für den deutschen Kontext am Beispiel von Frankfurt am Main nicht nur die Transformationsprozesse analysiert, denen der städtische Raum im Zuge der Globalisierung unterliegt, sondern gerade auch die transformativen Dynamiken, welche von ihm ausgehen.

Allerdings blieb, so Nina Glick Schiller und Ayşe Çağlar in ihrem innovativen Buch *Locating Migration: Rescaling Cities and Migrants* (2010), auch im *Global-City*-Ansatz oder in der *Global-Scale*-Debatte die konstitutive Rolle der Migration bei den Politiken der urbanen und regionalen Skalierung von ungleichen räumlichen Entwicklungen innerhalb der Städte oder sogar zwischen Stadtregionen nahezu ausgeblendet. Kritische Geograf\_innen wie Ash Amin (2002) plädieren daher für eine weder skalare noch topologische Analyse des Verhältnisses von Globalisierung, Stadt und Migration oder legen wie Sallie Marston, Paul John Jones und Keith Woodward nahe, die Analyse transnationaler Netzwerkgeografien als „flache Raumhierarchien“ zu konzipieren (2005: 423). Eine ähnliche Kritik formulieren die Queer-Urbanist\_innen David Bell und Jon Binnie (2004). Sie schlagen vor, das im *Global-City*-Ansatz vernachlässigte Verhältnis von Stadt, der Transformation der Politiken der Stadtbürgerschaft und der urbanen sexuellen Kulturen und Communitys in der Stadtforschung zu analysieren. Im Fall des eingangs erwähnten ‚Moscheekonflikts‘ in St. Georg können diese Ansätze helfen, das Verhältnis von Stadt und Migration im Hinblick auf eine in der deutschsprachigen Stadt- und Migrationsforschung selten berücksichtigte soziale Gruppe zu untersuchen, nämlich die der neuen städtischen Mittelschicht (Bahners 2011, Mau 2012, Bude 2011; 2014), in diesem Fall das grün-alternative und schwul-bürgerliche Spektrum.

Das zentral gelegene Viertel in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hamburger Hauptbahnhof galt bislang als äußerst vielschichtiger und dabei sozial eher benachteiligter Stadtteil. Dabei korrespondiert St. Georg zum einen mit der Figur des ‚multikulturellen‘ Viertels beziehungsweise stellt im Hamburger Kontext eine kleine „arrival city“ [13] dar. In dieser Hinsicht unterliegt es dem oben ausführlich dargestellten Zugriff durch integrationspolitische und quartiersorientierte Maßnahmen. Zum anderen ist in St. Georg bereits seit langem auch die Hamburger Schwulenszene sehr präsent, so dass sich integrationspolitische mit sexual- und identitätspolitischen Aufwertungsdynamiken überschneiden. Schließlich ist St. Georg auch für sein informelles Rotlichtmilieu bekannt (im Gegensatz zur hochregulierten Sexindustrie auf der Hamburger Reeperbahn) und damit prädestiniert für ‚devianzorientierte‘ urbane Diskurse und Interventionen. [14]

Im Kontext dieser hochkomplexen und teilweise unübersichtlichen lokalen Gemengelage hat in den vergangenen Jahrzehnten ein dynamischer Gentrifizierungsprozess und eine zunehmende soziale ‚Entmischung‘ stattgefunden (vgl. Stadt Hamburg 2010). Dabei geht es jedoch um mehr als ‚nur‘ die sozialräumliche Aufwertung eines Innenstadtviertels. Ein Funktionär der Centrum-Moschee in St. Georg bringt in einem Interview über den eingangs dargestellten Dialogkonflikt mit LSBT-Aktivist\_innen die Verschränkung von homonormativen Raumpolitiken (d. h. die homonormative Nutzung von Gentrifizierungseffekten) mit homonationalistischen antimuslimischen Rhetoriken auf den Punkt:

„Und immer wieder beschwerten sich dann die gleichen Institutionen und Behörden, dass wir nicht teilnehmen. Ich sag’: Ey Leute, warum soll ich denn teilnehmen? Hallo, hier wird Islambashing oder Türkenbashing betrieben und wir sollen uns da freiwillig als Statisten melden, damit sie auch wirklich jemanden zu verprügeln haben.“

An dieser Stelle scheint mir das Konzept des *new metropolitan mainstream* der Schweizer Urbanisten Christian Schmid und Daniel Weiss (2004) als analytischer Zugang vielversprechend. Der programmatische Forschungsansatz geht auf die Studien des International Network for Urban Research and Action (INURA) und dessen inzwischen 30 Städte umfassendes vergleichendes Forschungs- und Interventionsprojekt zurück. Die beteiligten Forscher\_innen beschreiben den *new metropolitan mainstream* als eine neue stadtentwicklungspolitische Norm, die globale Urbanisierungsprozesse mit ähnlichen Standards und Festlegungsverfahren im Hinblick auf das, was als urban oder metropolitan zu gelten hat, versieht. Unter *new metropolitan mainstream* verstehen sie zunächst Strategien und Prozesse, deren Ausweitung und Ausdifferenzierung mittels vier Dimensionen erfasst werden können:

„Erstens greifen heute privatwirtschaftliche und staatliche Strategien immer stärker ineinander, wobei die Politik mit Maßnahmen zur Aufwertung von Quartieren oft ganz gezielt Gentrifizierungsprozesse und die damit verbundene Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen vorantreibt. Zweitens basieren viele dieser Strategien auf linken und liberalen politischen Positionen und werden oft auch von entsprechenden politischen Koalitionen durchgesetzt und implementiert. Damit verbunden sind vielfältige Prozesse der Integration und Kooptation von Teilen der früheren oppositionellen Milieus. Drittens verbreiten sich die verschiedenen Formen der urbanen Aufwertung heute auf globalem Maßstab, in die Städte des Südens, in die urbane Peripherie und auch in kleinere Städte. Damit ist viertens auch ein Maßstabsprung verbunden. Nicht mehr nur einzelne Quartiere sind von diesen Prozessen betroffen, sondern ganze innerstädtische Gebiete und sogar große Teile von Metropolitanregionen werden aufgewertet und zum Reproduktionsraum für die metropolitanen Eliten transformiert.“ (Schmid 2011: 42)

In der seit den 1990er Jahren durch Gentrifizierung und ‚Entmischungspolitiken‘ verursachten Transformation traditionell ‚multikultureller‘ innerstädtischer Quartiere wie St. Georg, die zudem als Krise der ‚integrativen Stadt‘

medial verarbeitet werden, kommen alle vier analytischen Momente des *new metropolitan mainstream* vor und werden um einen weiteren ergänzt: nämlich „the sexual restructuring of the cities“, um eine Kategorie von David Bell und Jon Binnie (2004: 18) zu übernehmen.[15] Die neue Raumproduktion des *new metropolitan mainstream* adressiert dabei nicht explizit die Verdrängung ‚bildungsferner‘ Anwohner\_innen, sondern artikuliert sich hauptsächlich über Eigentums- und Raumpolitiken eines neuen städtischen Mainstreams.

Im Anschluss an diese Beobachtungen wäre näher zu analysieren, inwiefern diese Politiken in St. Georg in der Verteidigung von Teilen der *gay community* und ihrer *pink economy* im Stadtteil mittels eines antimuslimischen Urbanismus bestehen, und auf welche Weise dabei *politics of sexual citizenship* von ihren radikalen Inhalten entkoppelt und mit Sicherheits- und Stadtpolitik zusammengefügt werden können. Wie Bell und Binnie (2004) für den britischen Kontext zeigen, haben sich diese Politiken nämlich in städtischen Kontexten verstärkt am Konsumverhalten von Lesben und Schwulen orientiert und damit eine Art *consumer citizenship* hervorgebracht. Dabei ist zu untersuchen, wie die Skandalisierung und affektive Aufladung homophober Äußerungen der ethnisierten ‚muslimischen Anderen‘ im Stadtteil eine neue homonormative, für St. Georg spezifische, städtische Mittelschicht konstituieren kann.[16] In diesem Kontext scheint es mir sinnvoll, den Ansatz des *new metropolitan mainstream* zudem um die Perspektive des „Queer-Imperialismus“ (Haritaworn et al. 2007) beziehungsweise des „homonormativen Nationalismus“ (Puar 2007) zu erweitern, um auf diese Weise einen angemessenen heuristischen Zugang zu gewinnen. Der Ansatz des homonormativen Nationalismus stellt eine intersektional sensible Erweiterung der Perspektive auf die Skalierung von Raumpolitiken dar, so wie sie im Ansatz des *new metropolitan mainstream* konzipiert werden. Denn die Analyse von metropolitanen Raumpolitiken bedient sich eines Begriffes von städtischen Konsumräumen, der die sexuellen Politiken der Zugehörigkeit (*politics of sexual citizenship*) einseitig bezüglich ihrer Funktionalität für städtische Aufwertungsökonomien thematisiert, ohne sie in ihrer möglichen widerständigen Geschichte und Ambivalenz zu denken.

Queer-Imperialismus beziehungsweise homonormativer Nationalismus beschreiben die Doppelbewegung einer Disziplinierung des männlichen migrantischen ‚muslimischen‘ Subjekts durch eine Ethnisierung von Homophobie einerseits und eine Neubewertung von sexueller Differenz andererseits, die Teile der lesbischen und schwulen Gemeinschaften und deren vormals marginalisierte Positionierung in Richtung der Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft umjustiert (vgl. ausführlicher Tsianos/Pieper 2011). Dabei stützt sich insbesondere Jasbir K. Puar auf die kritischen Interventionen Lisa Duggans, die mit dem Begriff der ‚Homonormativität‘ (Duggan/Hunter 1995, vgl. auch Hark/Laufenberger 2013) eine neoliberale Sexualpolitik bezeichnet. Diese wird mit einer apolitischen, privatistischen und konsumistisch dominierten *gay culture* in Verbindung gebracht, die hegemoniale heteronormative Diskurse affirmiert beziehungsweise reproduziert (vgl. Puar 2007: 38). Darauf aufbauend untersucht Puar, inwieweit dieser queere „turn to life“ (ebd.: 37) die Biopolitik neuer rassistischer Formationen instituiert. Die Arbeiten zu Homonationalismus

zeigen dann auch, wie der schwul-lesbische Mainstream die vermeintliche Toleranz der Mehrheitsgesellschaft zu verkörpern beginnt (Puar 2009: 41ff.; Kuntsman et al. 2010).

In dem hier beispielhaft diskutierten Fall von St. Georg – also eines ‚multikulturellen‘ Viertels, das traditionell und überregional auch als *gay village* bekannt geworden ist –, wurde das betreffende Gebiet durch die Sanierungs- und Aufwertungspolitik seitens der Stadtplanung in einen metropolitänen Investitionsraum transformiert, der im Zusammenhang städtischer Investitionspolitik sowie im Kontext der Netzwerkgeografie des globalen Gay-Tourismus analysiert werden kann (vgl. kritisch dazu Casey 2010). Doch St. Georg ist nicht nur ein prominentes *gay village*, sondern auch – so die zahlreichen Untersuchungen zu Moscheen in Hamburg (vgl. z. B. Spielhaus 2011, Koch/Reinig 2013) – mit 19 von etwa 55 Moscheegemeinden der Stadt das Zentrum der islamischen Gemeinden in Hamburg. Die Materialität dieser Dynamik war zunächst durch den von Andrej Holm (2006) als „Desinvestitionspraxis“ beschriebenen Prozess zu charakterisieren, in dem Eigentümer\_innen bewusst entschieden, Gebäudesubstanz verfallen zu lassen, so dass der Wert ihrer Immobilie sank, während gleichzeitig die Bodenwerte stiegen. In St. Georg ging dies zudem mit einer radikalen Veränderung der Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung einher: Von den heute im Quartier lebenden etwa 10.000 Menschen haben 23,6 Prozent keinen deutschen Pass.[17] In den 1990er Jahren waren es noch 50 Prozent. Der Rückgang erstreckt sich über einen Zeitraum von 20 Jahren, hat sich jedoch zusehends beschleunigt: Zwischen 1990 und 2000 war ein Rückgang von 14,8 Prozent zu verzeichnen, im Zeitraum von 2000 bis 2010 ein Rückgang um 16,2 Prozent. Diese Zahlen beziehen sich auf Menschen, die nicht über einen deutschen Pass verfügen; der Anteil derjenigen mit ‚Migrationshintergrund‘ liegt heute bei rund 37 Prozent. Seit dem Jahr 2000 sind außerdem mehr als 800 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt und zusätzlich 200 Eigentumswohnungen neu errichtet worden. Bei einem Gesamtbestand von 5.000 Wohnungen hat St. Georg damit die höchste Umwandlungsquote in der Stadt. Mit anderen Worten: Aufgrund der Gentrifizierungseffekte hat in den letzten 20 Jahren etwa die Hälfte der migrantischen Bevölkerung St. Georg verlassen, während mehr als 70 Prozent der frei werdenden Wohnungen zu teureren Ein-Personen-Wohnungen umgebaut und saniert wurden (vgl. Bezirksamt Hamburg-Mitte 2008: 65).

Ermöglicht und begleitet wurde diese Transformation St. Georgs unter anderem durch einen wichtigen Aspekt der Raumproduktion, an deren konzeptioneller Grundlegung die soziologische Stadtforschung maßgeblich beteiligt war: Die Rede ist von dem oben bereits ausführlich diskutierten Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“. Durch einen Beschluss des Hamburger Senats aus dem Jahr 2006 entstand das „Entwicklungsquartier St. Georg“, das als Fördergebiet im Rahmen des „Soziale-Stadt“-Programms Unterstützung erhält. Die Aufnahme in das Programm wurde unter anderem auch mit der Aussage begründet, in St. Georg würden verstärkt Immobilienkäufe durch ‚muslimische/arabische‘ Akteur\_innen getätigt. Das vom Bezirksamt Hamburg-Mitte erstellte Quartiersentwicklungskonzept formuliert die folgenden Leitziele und Handlungsschwerpunkte für St. Georg wie folgt:

„Die im Gebiet vorhandene multikulturelle Infrastruktur, insbesondere die religiöse Infrastruktur, ist in einen Interessenausgleich mit den anderen Sanierungszielen zu bringen. [...] Eine Ausweitung der religiösen Nutzungsformen soll eher vermieden werden. [...] Diese weitere Konzentration von Kulturvereinen widersprach den Sanierungszielen, weil sie die Entwicklung hemmte. Mit allen Moscheevereinen wurden Gespräche über die Situation im Sanierungsgebiet und mögliche Alternativen geführt. [...] Die Al-Nour-Moschee strebte einen Umzug an und wurde aktiv bei der Suche nach neuen Räumen unterstützt, was leider an der ablehnenden Haltung der anderen Bezirke scheiterte. Eine Reibungsfläche im Sanierungsgebiet bildete der Stellplatzmangel während der Gebetszeit am Freitag.“ (Bezirksamt Hamburg-Mitte 2006: 17)

Das Beispiel zeigt, wie urbane Paniken seitens der Stadtregierung evoziert, affektiv aufgeladen und vorangetrieben werden. Die Wirksamkeit solcher Paniken besteht gerade in der Möglichkeit, sich in die in den vorangegangenen Abschnitten ausführlich dargestellten integrationspolitischen Dynamiken und Diskurse einschreiben und diese aufrufen zu können, sowie in der affektgeladenen Intensität der Selbstaktivierung der neuen städtischen Eliten. Zur Durchsetzung der hegemonialen Urbanitätsvorstellungen, in denen weder ‚Ausländer\_innen‘ noch Angehörige der ‚underclass‘ einen Platz haben, bedient man sich sowohl der Instrumente des ‚weichen Neoliberalismus‘ wie dem Quartiersmanagement als auch ‚harter‘ Interventionen wie des Bau- und Planungsrechts, wie ein Experte der von der Stadt Hamburg beauftragten ASK GmbH (Sanierungsträger und Quartiersmanagement St. Georg-Mitte) anschaulich berichtet:

Das ist dieses Zusammenspiel zwischen Maßnahmen im öffentlichen Raum, Veränderungen des Baurechts und Gesprächen mit einzelnen Eigentümern und eine öffentliche Kommunikation darüber, welche Zukunft diese Straße eigentlich haben soll. [...] Ich hab’ zum Beispiel im Bebauungsplan eine Regelung rechtsverbindlich getroffen, also im Bebauungsplan, der zur Sanierung der Langen Reihe gemacht worden ist, da steht da ein ganz schlichter Satz, der heißt: Sexshops und Spielhallen sind ausgeschlossen. Zum Beispiel, da steht einer auf dem Index mit seinem Treffpunkt für Zuhälter und Rauschgifthändler, und dann sagt die Innenbehörde: Also, das werden wir doch nicht genehmigen, dann kann der dort noch Geld verdienen. Ne, der tut aber so und sagt: Ich werde hier diskriminiert, als Ausländer. Die Stadt sagt: Ich kann doch bestimmen, wem ich Flächen verpachte, dass er da Außengastronomie machen kann. Und die Stadt sagt: Kriegste nicht, Ende der Durchsage. Für die bestehenden Läden gibt es Bestandsschutz, aber wenn jemand sagt: Also, ne, ich will jetzt mal vermieten, da hab ich eine rechtliche Grundlage zu sagen: Das kannste gerne machen, aber nicht an diesen Nutzer. [...] Das ist ein Teil des Bebauungsplans. Und da habe ich dann eine rechtliche Handhabe.[18]

Auch die IG Steindamm, ein lokaler Verein von Eigentümer\_innen und Gewerbetreibenden, der sich für die Einrichtung eines sogenannten *Business*

*Improvement District* (vgl. Pütz 2004) engagiert, hatte einen ‚ökonomischen Quartiersmanager‘ eingesetzt, dessen Sprecher in einem Interview folgendes sagte:

„Der Ausländeranteil ist sehr hoch und bringt eine entsprechende Ethnoproblematik durch sehr starke Präsenz türkischer und afghanischer Mitbürger. [...] Die ansässigen Moscheen erzeugen eine starke islamische Prägung in unmittelbarer Nähe zum Zentrum der Nordelbischen Kirche und zum Bischofssitz.“

Die strukturierende Wirkung solcher Public-private-Partnerships lässt sich auch für die Verhandlungszone konkurrierender Politiken städtischer Zugehörigkeit beobachten, für die zudem eine Verschiebung der räumlichen Maßstabsebene kennzeichnend ist. Die Produktion von St. Georg als Raum ‚mit Ethnoproblematiken‘ demonstriert indirekt die komplexe Wirkungsweise von Verhandlungszonen innerhalb urbaner Migrationsregime. Denn die Mobilisierung raumbezogener Ängste einerseits und das Engagement von Moscheeaktivist\_innen andererseits verhinderten in St. Georg eine Demonstration vor der Moschee im Zuge der traditionellen Christopher-Street-Day-Parade und unterbanden damit letztlich eine Eskalation des Konflikts.

Städtische Dialogkonflikte markieren und nutzen die Grenzen der moralischen Ökonomie städtischer Gesellschaften. Der Integrations-Ghetto-Komplex des antimuslimischen Urbanismus etabliert ein gesellschaftlich vorherrschendes Bild über den Islam, aktiviert Belege für die Angemessenheit dieses Bildes vor Ort in St. Georg und verfestigt auf diese Weise das Bild vom Problemquartier. Bereits die Beendigung des Stadtteildialogs durch die Centrum-Moschee reichte dann, um die Grenzen der ‚integrativen Stadt‘ gegenüber dem Islam im Quartier zu demonstrieren und zugleich die Hegemonie einer bestimmten sexualpolitischen Repräsentation des Raumes zu beanspruchen. Diese Hegemonie ist nicht einfach diskursiv erzeugt. In Hamburg bedurfte sie der Präsenz postsäkularer Politiken (und ihrer Anerkennung), um einen Anspruch zu entfalten, der nicht als ungerechtfertigter Zwang verstanden wurde (vgl. ausführlicher Pott/Tsianos 2014). Erstritten wird eine solche Hegemonie innerhalb der Grenzen der moralischen Ökonomie aller Akteur\_innen der städtischen Gesellschaft, also innerhalb der Zonen, in denen städtische Zugehörigkeiten verhandelt und umkämpft werden.

## Endnoten

- [1] Der Begriff des Postsäkularen bezieht sich auf Jürgen Habermas' (2005) Überlegungen zum postsäkularen Zeitalter. Damit adressiert er die vernachlässigte Relevanz des Religiösen als zeitgemäße kulturelle Form des Spätkapitalismus. Auch Stuart Hall versteht das Aufkommen postsäkularer Organisationsformen als neuartige kulturelle Systeme der Identifikation, welche die Vorstellungen von neuen Gemeinschaften in der Einwanderungsgesellschaft zum Ausdruck bringen können (vgl. Mac Cabe 2008). Unter postsäkularen Politiken verstehe ich Politiken der Differenz und der Zugehörigkeit, welche die gelebte Spiritualität anerkennen und die damit verbundenen diasporischen Chancen transnationaler Mehrfachzugehörigkeiten für die städtische Migrationsgesellschaft nutzen.
- [2] Das Akronym ‚LSBT‘ steht für ‚Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender‘.

- [3] Zugleich berichtete die *MoPo* regelmäßig über zwei Moscheeaktivisten, gegen die wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung polizeilich ermittelt wurde – ohne dass dabei irgendwelche Beweise zu Tage gefördert wurden, wie zwei Jahre später klar wurde.
- [4] Vgl. u. a. die Beiträge im von Koray Yilmaz-Günay 2011 herausgegebenen Sammelband und die vergleichende Studie von Nikola Tietze (2012).
- [5] Haritaworn et al. (2007) sprechen auch von „Queer-Imperialismus“.
- [6] Stanley Cohen versteht Moralpaniken in seiner klassischen Studie *Folk devils and moral panics* (1987) als elitäre Initiativen zur autoritären Bewältigung des sozialen Wandels. Auch die neuere sozialhistorische Studie von Patrick Joyce (2003) über das Verhältnis von Liberalismus und Stadt verweist auf die gouvernementale Funktion von Moralpaniken zur Selbstaktivierung beziehungsweise Selbstkonstituierung städtischer Eliten als ‚Reformeliten‘ in den britischen Städten des 19. Jahrhunderts.
- [7] Zur umkämpften Polysemie und Verwendung des Ghettokonzepts während der Nazizeit vgl. die exzellente Studie von Michman (2010).
- [8] Auch heute kann man die Existenz von wohnungspolitischen ‚Migrantensperren‘ nachweisen. In der Ausnahmeklausel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die auf Druck der Wohnungsmarktlobby in das Gesetz aufgenommen wurde, wird die antidiskriminatorische Wirkung im Bereich des privaten Wohnungsmarkts entscheidend eingeschränkt. Die Klausel erlaubt buchstäblich die Diskriminierung nach ethnischer Differenz bei der Vermietung von Wohnungen im Namen der sozial ausgeglichenen Belegung von Wohnhäusern (vgl. Münch/Kirchhoff 2009: 325, Rodatz 2012: 78).
- [9] Herausragende empirisch-vergleichende Arbeiten zur Dekonstruktion der Ghettosemantik sind die Studie von Ulrich Best und Dirk Gebhardt (2001) sowie der Beitrag von Tilman Harlander und Gerd Kuhn (2012).
- [10] Wilhelm Heitmeyer kann mit seinen Studien – vor allem der breit rezipierten Studie *Verlockender Fundamentalismus* aus dem Jahr 1997, mit der zum ersten Mal der Begriff der ‚Parallelgesellschaft‘ zur Beschreibung der Ghettoeffekte auf die aus der Türkei stammenden Jugendlichen in Deutschland angewendet wurde – als der bekannteste und einflussreichste Diskursbegründer des antimuslimischen Urbanismus in der deutschsprachigen Migrations- und Stadtforschung bezeichnet werden.
- [11] Vgl. dazu die frühe Kritik an diesem Aspekt in Häußermann/Siebel (1978), wieder abgedruckt in *s u b \ u r b a n* 1/1 (2013).
- [12] Dies gilt auch für soziologische Arbeiten (Lanz 2007, Yıldız/Mattausch 2009) oder solche aus der kritischen Geografie (Pott/Tsianos 2014).
- [13] Der Begriff der *arrival city* wurde von Doug Saunders (2011) geprägt, um die transitorischen Orte und städtischen Räume der Migration unter einem terminologischen Dach zusammenzufassen sowie deren dynamische Struktur und Transitcharakter zu erfassen – im Gegensatz zu etablierten akademischen Terminologien wie *immigrant gateway* oder *community of primary settlement*.
- [14] Zur Verräumlichung körperlicher Marginalisierungsprozesse am Hansaplatz in St. Georg vgl. die ethnografische Studie von Imke Schmincke 2009.
- [15] David Bell und Jon Binnie definieren das Konzept des „sexual restructuring of the cities“ wie folgt: „The presence of gay communities and spaces has become part of the arsenal of entrepreneurial governance, giving sexual ‘others’ a central role in place promotion, as symbols of cosmopolitanism and creative appeal. Yet this incorporation has meant tightening regulation of the types of sexualized spaces in cities. This ‘sexual restructuring’ of cities, we argue, is a powerful component of the ‘new homonormativity’, a broader ideological project tied to the logic of assimilationist sexual citizenship.“ (2004: 26)
- [16] Von diesem Prozess der homonationalistischen Aufwertung des Stadtteils sind, so zeigen einige Interviews mit Personen aus der schwulen Szene St. Georgs, auch ärmere und ältere schwule Männer, Transpersonen und migrantische Queers betroffen. Gerade ältere schwule Männer verlassen ihren Arbeits-, Community- und Wohnort, um im Hamburger stadtperipheren Stadtteil Bamberg zu wohnen. Dieser Komplexität von homonationalistischer Gentrifizierung widmet sich die Arbeit von Gavin Brown (2009).
- [17] Datenabfrage am 25.4.2014 im Internetportal des Hamburger Statistikamtes Nord.
- [18] Experteninterview mit der ASK, Sanierungsträger und Quartiersmanagement St. Georg-Mitte, Projekt St. Georg, Nr. 17.

## Autor\_innen

Der Autor arbeitet zu Stadt- und Migrationssoziologie, *border studies*, biometrischen Grenzen, Techniksoziologie und Rassismusforschung.  
vassilis.tsianos@wiso.uni-hamburg.de

## Literatur

- Amin, Ash (2002): Spatialities of globalisation. In: *Environment and Planning A* 34/3, 389-399.
- Bahners, Patrick (2011): *Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam*. München: C. H. Beck.
- Balibar, Étienne (2008): Die Rückkehr des Konzepts „Rasse“. Zur Umwandlung der Wahnvorstellungen von Rasse und Rassismus durch die Neuschaffung eines „Intimfeindes“ – häufig unter dem Deckmantel des Universalismus. In: *Springerin* 3/08, 18-24.
- Beinhauer-Köhler, Bärbel / Leggewie, Claus (2009): *Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung*. München: C. H. Beck.
- Bell, David / Binnie, Jon (2004): Authenticating queer space. Citizenship, urbanism and governance. In: *Urban Studies* 41/9, 1807-1820.
- Best, Ulrich / Gebhardt, Dirk (2001): Ghetto-Diskurse. Geographie der Stigmatisierung in Marseille und Berlin. [http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2010/4550/pdf/PKS\\_24.pdf](http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2010/4550/pdf/PKS_24.pdf) (letzter Zugriff am 14.12.2014).
- Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat für Bauen, Wirtschaft und Umwelt / Amt für Stadt- und Landschaftsplanung (2006): Ausschreibung von Quartiersleistungen im Rahmen des Programms „Aktive Stadtteilentwicklung 2005-2008“. Verfahren Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte. Hamburg.
- Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung (2008): Quartiersentwicklungskonzept für das Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte im Rahmen des Hamburger Stadtteilentwicklungsprogramms „Aktive Stadtteilentwicklung“. Hamburg.
- Bremer, Peter / Gestring, Norbert (2004): Migranten – ausgegrenzt? In: Hartmut Häußermann / Martin Kronauer / Walter Siebel (Hg.): *An den Rändern der Städte*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 258-285.
- Brown, Gavin (2009): Thinking beyond homonormativity. Performative explorations of diverse gay economies. In: *Environment and Planning A* 41/6, 1496-1510.
- Bude, Heinz (2011): *Bildungsspanik. Was unsere Gesellschaft spaltet*. München: Hanser Verlag.
- Bude, Heinz (2014): Das Unbehagen an der bürgerlichen Mitte. In: *APuZ* 49/2014, 44-48.
- Casey, Mark (2010): Even poor gays travel. Excluding low income gay men from understandings of gay tourism. In: Yvette Taylor (Hg.): *Classed Intersections. Spaces, Selves, Knowledges*. Aldershot: Ashgate, 84-97.
- Çetin, Zülfukar (2012): *Homophobie und Islamophobie. Intersektionale Diskriminierungen am Beispiel binationaler schwuler Paare in Berlin*. Bielefeld: transcript.
- Cohen, Stanley (1987): *Folk devils and moral panics*. London: Routledge.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=CGI5FK4X> (letzter Zugriff am 7.1.2013).
- Duggan, Lisa / Hunter, Nan (Hg.) (1995): *Sex Wars. Sexual Dissent and Political Culture*. London/New York: Routledge.
- Farwick, Andreas (2007): Soziale Segregation in den Städten. Von der gespaltenen Gesellschaft zur gespaltenen Stadt. In: Detlef Baum (Hg.): *Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe*. Wiesbaden: VS Verlag, 111-135.
- Friedrich, Jürgen / Triemer, Sascha (2008): *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah (2012): *Bedrohung Salafismus? Standpunkte der Rosa Luxemburg Stiftung* 15/2012. [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_15-2012.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_15-2012.pdf) (letzter Zugriff am 7.1.2013).
- Glick Schiller, Nina / Çağlar, Ayşe (2010): *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca: Cornell University Press.

- Güntner, Simon (2007): Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung. Bielefeld: transcript.
- Habermas, Jürgen (2005): Religiöse Toleranz als Schrittmacher kultureller Rechte. In: ders.: Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 257-269.
- Hall, Stuart (2004 [2000]): Die Frage des Multikulturalismus. In: ders.: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Hamburg: Argument, 188-227.
- Hall, Stuart / Critcher, Chas / Jefferson, Tony / Clarke, John / Roberts, Brian (1978): Policing the Crisis. Mugging, the State and Law and Order. London: Macmillan.
- Haritaworn, Jin (2009): Kiss-ins und Dragqueens. Sexuelle Spektakel von Kiez und Nation. In: AG Queer Studies (Hg.): Verqueerte Verhältnisse. Intersektionale ökonomiekritische und strategische Interventionen. Hamburg: Männerschwarverlag, 41-65.
- Haritaworn, Jin (2010): Wounded subjects. Sexual exceptionalism and the moral panic on „migrant homophobia“ in Germany. In: Encarnación Gutiérrez Rodríguez / Manuela Boatcă / Sérgio Costa (Hg.): Decolonizing European Sociology. London: Ashgate, 135-152.
- Haritaworn, Jin / Tauquir, Tamsila / Erdem, Esra (2007): Queer-Imperialismus. Eine Intervention in die Debatte über „muslimische Homophobie“. In: Kien Nghi Ha / Nicola Lauré al-Samarai / Sheila Mysorekar (Hg.): re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland. Münster: Unrast, 187-206.
- Haritaworn, Jin / Erdem, Esra (2011): Queer-Imperialismus. Eine Intervention in die Debatte über ‚muslimische Homophobie‘. In: Koray Yilmaz-Günay (Hg.): Karriere eines konstruierten Gegensatzes. Zehn Jahre „Muslime versus Schwule“. Münster: edition assemblage, 51-67.
- Hark, Sabine / Laufenberger, Mike (2013): Sexualität in der Krise. Heteronormativität im Neoliberalismus. In: Erna Appelt / Brigitte Aulenbacher / Angelika Wetterer (Hg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 227-245.
- Harlander, Tilman (2012): Zuwanderung und „überforderte Nachbarschaften“. Zur Debatte um Segregation und Integration seit 1989. In: ders. / Gerd Kuhn (Hg.): Soziale Mischung in der Stadt. Case Studies – Wohnungspolitik in Europa – Historische Analyse. Stuttgart: Kraemer, 306-313.
- Harlander, Tilman / Kuhn, Gerd (2012): Deutschland – „Mischung“ in kommunaler Praxis und Wohnungswirtschaft. In: dies. (Hg.): Soziale Mischung in der Stadt. Case Studies – Wohnungspolitik in Europa – Historische Analyse. Stuttgart: Kraemer, 386-407.
- Häußermann, Hartmut / Kapphan, Andreas (2008): Integrationspolitik der Städte. Ein Paradigmawechsel. In: Michael Bommers / Marianne Krüger-Potratz (Hg.): Migrationsreport 2008. Frankfurt a. M.: Campus, 15-48.
- Häußermann, Hartmut / Läßle, Dieter / Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1995): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2013): Thesen zur Soziologie der Stadt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 1/1, 101-118.
- Heitmeyer, Wilhelm (1996): Ethnisch-kulturelle Konfliktodynamiken in gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen. In: ders. / Rainer Dollase, (Hg.): Die bedrängte Toleranz. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 31-63.
- Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die ‚Integrationsmaschine‘ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: ders. / Rainer Dollase / Otto Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analyse zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 443-469.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm / Müller, Joachim / Schröder, Helmut (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hess, Sabine (2011): City is migration. The urban arena under an ethnographic-genealogical perspective. In: VisAvis. Voices on Asylum and Migration 5, 64-67.
- Hess, Sabine (2013): Die Beharrlichkeit der Migration. Eine historische Relektüre von Migrationsdiskursen und Integrationspraktiken. In: Heinz Ulrich Brinkmann / Haci-Halil Uslucan (Hg.): Wer gehört dazu? Integration in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 65-82.

- Hillmann, Felicitas (Hg.) (2011): *Marginale Urbanität. Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung*. Bielefeld: transcript.
- Hitz, Hansruedi / Keil, Roger / Ronneberger, Klaus / Schmid, Christian / Wolff, Richard (Hg.) (1995): *Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Holm, Andrej (2006): *Die Restrukturierung des Raums. Stadterneuerung der 90er Jahre in Ost-Berlin: Interessen und Machtverhältnisse*. Bielefeld: Transcript.
- Holm, Andrej / Lebuhn, Henrik (2013): *Die Stadt politisieren. Fragmentierung, Kohärenz und soziale Bewegungen in der ‚Sozialen Stadt‘*. In: Martin Kronauer / Walter Siebel (Hg.): *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Frankfurt a. M./New York: Campus, 194-215.
- Joyce, Patrick (2003): *The rule of freedom. Liberalism and the modern city*. London: Verso.
- Karakayalı, Serhat (2008): *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Migration in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: transcript.
- Karakayalı, Serhat / Tsianos, Vassilis (2002): *Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus*. In: Alex Demirović / Manuela Bojadžijev (Hg.): *Konjunkturen des Rassismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 246-267.
- Keith, Michael (2009): *Urbanism and city spaces in the work of Stuart Hall*. In: *Cultural Studies* 23/4, 538-558.
- Koch, Marion / Reinig, Joachim (2013): *Moscheen und Gebetsräume in Hamburg. Untersuchung der räumlichen Situation*. [http://www.islamiq.de/wp-content/uploads/2013/10/Bericht\\_Moscheen\\_und\\_Gebetsraeume\\_in\\_Hamburg\\_2013.pdf](http://www.islamiq.de/wp-content/uploads/2013/10/Bericht_Moscheen_und_Gebetsraeume_in_Hamburg_2013.pdf) (letzter Zugriff am 16.12.2014).
- Krings-Heckemeier, Marie-Therese / Pfeiffer, Ulrich (1998): *Überforderte Nachbarschaften. Soziale und ökonomische Erosion in Großsiedlungen*. In: GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e. V. (Hg.): *Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien in den alten und den neuen Bundesländern*. Köln: Selbstverlag, 19-162.
- Kronauer, Martin / Vogel, Berthold (2004): *Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte?* In: Hartmut Häußermann / Martin Kronauer / Walter Siebel (Hg.): *An den Rändern der Städte*. Frankfurt: Suhrkamp, 235-257.
- Kuntsman, Adi / Haritaworn, Jin / Petzen, Jennifer (2010): *Sexualising the "war on terror"*. In: Salman Sayyid / Vakil Abdoolkarim (Hg.): *Thinking through Islamophobia*. New York: Hurst, 111-116.
- Lanz, Stephan (2003): *„Wo Bosnien mitten in Brasilien beginnt...“*. Urbane Ordnungen jenseits des Guten Regierens. In: Jochen Becker / ders. (Hg.): *Space//Troubles. Jenseits des Guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und städtisches Leben*. Berlin: b-books, 7-26.
- Lanz, Stephan (2007): *Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch?* Bielefeld: transcript.
- Leendertz, Ariane (2008): *Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Wallstein.
- Leicht, Imke (2009): *Multikulturalismus auf dem Prüfstand. Kultur, Identität und Differenz in modernen Einwanderungsgesellschaften*. Berlin: Metropol.
- Mac Cabe, Colin (2008): *An interview with Stuart Hall*. In: *Critical Quarterly* 50/1-2, 12-42.
- Marcuse, Peter (1998): *Muster und gestaltende Kräfte der amerikanischen Städte*. In: Walter Prigge (Hg.): *Peripherie ist überall*. Frankfurt a. M./New York: Suhrkamp, 42-51.
- Marston, Sallie A. / Jones, John Paul / Woodward, Keith (2005): *Human geography without scale*. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 30/4, 416-432.
- Mau, Steffen (2012): *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?* Berlin: Suhrkamp.
- Mecheril, Paul / Melter, Claus (2011): *Rassismustheorie und -forschung in Deutschland. Kontur eines wissenschaftlichen Feldes*. In: dies. (Hg.): *Rassismuskritik*. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 13-24.
- Michman, Dan (2010): *Angst vor den „Ostjuden“. Die Entstehung des Ghettos während des Holocaust*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuchverlag.
- Münch, Sybille (2010): *Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Münch, Sybille / Kirchhoff, Gudrun (2009): ‚Soziale und ethnische Mischung‘. Zur Persistenz eines wohnungspolitischen Leitbildes. In: Frank Gesemann / Roland Roth (Hg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 517-532.
- Neef, Rainer / Keim, Rolf (2007): „Wir sind keine Sozialen“. Marginalisierung und Ressourcen in deutschen und französischen Problemvierteln. Konstanz: UVK.
- O. N. (2007): Kulturkrampf. In: hinnerk. Hamburgs schwules Stadtmagazin 5/07, 36-37.
- Pott, Andreas (2001): Der räumliche Blick. Zum Zusammenhang von Raum und städtischer Segregation von Migranten. In: Jahrbuch Stadtregion 2001. Schwerpunkt Einwanderungsgesellschaft. Opladen: Budrich Unipress, 57-75.
- Pott, Andreas / Tsianos, Vassilis (2014): Verhandlungszonen des Lokalen. Potentiale der Regimeperspektive für die Erforschung der städtischen Migrationsgesellschaft. In: Jürgen Oßenbrügge / Anne Vogelpohl (Hg.): Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, 116-135.
- Puar, Jasbir (2007): Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times. Durham: Duke University Press.
- Pütz, Robert (2004): Transkulturalität als Praxis. Unternehmer türkischer Herkunft in Berlin. Bielefeld: transcript.
- Rodatz, Mathias (2012): Produktive Parallelgesellschaften. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) „Stadt der Vielfalt“. In: Behemoth 5/1, 71-104.
- Rodatz, Mathias / Scheuring, Jana (2011): ‚Integration als Extremismusprävention‘. Rassistische Effekte der ‚wehrhaften Demokratie‘ bei der Konstruktion eines ‚islamischen Extremismus‘. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 163-190.
- Ronneberger, Klaus (1998): Urban Sprawl und Ghetto. In: Walter Priege (Hg.): Peripherie ist überall. Frankfurt a. M./New York: Campus, 84-90.
- Ronneberger, Klaus (1999): Biomacht und Hygiene. Normalisierung im fordistischen Wohnungsbau. In: Walter Priege (Hg.): Ernst Neufert. Normierte Baukultur im 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M./New York: Campus, 432-464.
- Ronneberger, Klaus (2005): Die neoliberale Stadt. Zwischen Konstruktion und Alltagswirklichkeit. In: Helmuth Berking / Martina Löw (Hg.): Die Wirklichkeit der Städte. Baden-Baden: Nomos, 211-224.
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1995): Außer Atem. Frankfurt nach der Postmoderne. In: Hansruedi Hitz / Roger Keil / Klaus Ronneberger / Christian Schmid / Richard Wolff (Hg.): Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Zürich: Rotpunktverlag, 284-253.
- Ronneberger, Klaus / Tsianos, Vassilis (2001): Abschied von der postmodernen Kulturgesellschaft. Nachlese zur „Leitkultur“-Debatte. In: Texte zur Kunst 41/2001, 93-98.
- Ronneberger, Klaus / Tsianos, Vassilis (2009): Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser: No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript, 137-152.
- Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 72-109.
- Sassen, Saskia (2001): The Global City. New York, London, Tokyo. Princeton: Princeton University Press.
- Saunders, Doug (2011): Arrival City. The Final Migration and our Next World. Toronto: Vintage Canada.
- Scherr, Albert (2009): Leitbilder in der politischen Debatte: Integration, Multikulturalismus und Diversity. In: Frank Gesemann / Roland Roth (Hg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag, 71-88.
- Schiffauer, Werner (2011): Die Bekämpfung des legalistischen Islamismus. In: Krüger-Potratz, Marianne / ders. (Hg.): Migrationsreport 2010. Frankfurt a. M.: Campus, 161-200.
- Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VS Verlag, 25-52.

- Schmid, Christian / Weiss, Daniel (2004): The new metropolitan mainstream. In: Raffaele Palosicia (Hg.): *The Contested Metropolis. Six Cities at the Beginning of the 21st Century*. Basel/Boston: Birkhäuser, 252-260.
- Schmincke, Imke (2009): *Gefährliche Körper an gefährlichen Orten. Eine Studie zum Verhältnis von Körper, Raum und Marginalisierung*. Bielefeld: transcript.
- Schnur, Olaf (Hg.) (2008): *Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schwarz, Tobias (2010): *Bedrohung, Gastrecht, Integrationspflicht. Differenzkonstruktionen im deutschen Ausweisungsdiskurs*. Bielefeld: transcript.
- Spielhaus, Riem (2011): *Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung*. Würzburg: Ergon.
- Spielhaus, Riem / Färber, Alexa (2010): Zur Topographie Berliner Moscheevereine. Stadträumliche Voraussetzungen und urbane Kompetenzen der Sichtbarmachung. In: *Berliner Blätter* 53, 96-111.
- Stadt Hamburg (2010): *Entwicklungsquartier St. Georg-Mitte: Abschlussbericht zur Überleitungsevaluation*. <http://www.hamburg.de/contentblob/2675668/data/langfassung.pdf> (letzter Zugriff am 16.12.2014).
- Tietze, Nikola (2012): *Imaginierte Gemeinschaft. Zugehörigkeit und Kritik in der europäischen Einwanderungsgesellschaft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Tsianos, Vassilis / Pieper, Marianne (2011): Postliberale Assemblagen. Rassismus in Zeiten der Gleichheit. In: Sebastian Friedrich (Hg.): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazinebatte“*. Münster: edition assemblage, 114-134.
- Yilmaz-Günay, Koray (Hg.) (2011): *Karriere eines konstruierten Gegensatzes. Zehn Jahre „Muslime versus Schwule“*. Münster: edition assemblage.
- Wacquant, Loïc (2006): *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays*. Basel/Boston: Birkhäuser.
- Wilson, William Julius (1987): *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Yıldız, Erol / Mattausch, Birgit (2009): *Urban Recycling. Migration als Großstadtdressource*. Basel/Boston: Birkhäuser.



# Städtische Diskurse um Migration im Wandel

Integration, *diversity* und soziale Bewegungen in München und Berlin

**Natalie Bayer**

**Andrej Holm**

**Henrik Lebuhn**

In der städtischen (Selbst-)Repräsentation von und Bezugnahme auf Migration lassen sich erhebliche Unterschiede innerhalb Deutschlands feststellen. In jedem Fall findet die Bezugnahme höchst selektiv statt, und Migration kommt in städtischen Imagekampagnen und Ausstellungen – wenn überhaupt – vor allem als eine harmonisch erzählte Geschichte vor. Zunehmend sehen Stadtverwaltungen Migration als Ressource für ‚kulturelle Vielfalt‘ und unterwerfen sie damit gleichzeitig einer städteplanerischen Verwertungslogik. Unbequeme Aspekte wie Rassismus werden ebenso ausgeblendet wie von Migrant\_innen selbst organisierte Projekte oder migrantischer Widerstand. Für s u b \ u r b a n sprach Henrik Lebuhn mit Natalie Bayer und Andrej Holm über städtische Migrationspolitiken in München und Berlin, über das zunehmend selbstbewusste Auftreten von Migrant\_innen als stadtpolitische Akteure und über den zwiespältigen Mythos der ‚sozialen Mischung‘, auf den sich sowohl Investor\_innen und Stadtpolitiker\_innen als auch Anti-Gentrifizierungs-Bewegungen beziehen.

**Henrik Lebuhn:** *Natalie, du beschäftigst dich mit der Musealisierung von Migration und forschst zurzeit in München. Außerdem bist auch selbst als Kuratorin tätig. Welche Rolle spielt Migration derzeit für das Bild, das von Städten öffentlich vermittelt wird?*

**Natalie Bayer:** Seit etwa 2010 können wir im Museumsfeld eine Konjunktur der Migrationsdebatte beobachten. Das spiegelt sich zum Beispiel auf Tagungen wider, in Publikationen oder auch bei verschiedenen Ausstellungs- und Veranstaltungsaktivitäten. Vor allem betrifft dies die Stadt- und Geschichtsmuseen. Auch in der städtischen Repräsentation sind einige Veränderungen zu verzeichnen, zum Teil mit sehr unterschiedlichen Entwicklungen. In Berlin können wir zum Beispiel beobachten, dass Migration und Kultur städteplanerisch inzwischen oft zusammen gedacht werden – etwa bei der Hauptstadtkampagne „Be Berlin – be diverse“, die der Berliner Senat 2008 ins Leben gerufen hat. Außerdem gab es in Berlin gerade zwei Migrationsausstellungen im öffentlichen Raum. 2011 wurden vier auffällige Ausstellungscontainer an verschiedenen Orten zu einer temporären „Route der Migration“ arrangiert. Und 2012 hat sich die Stadt anlässlich ihres 775. Jubiläums als „Stadt der Vielfalt“ mit einer großen plakativen Freilichtausstellung auf dem Berliner Schlossplatz gefeiert. Dabei wurde mit einem begehbaren Stadtplan und Texttafeln zu verschiedenen Orten die

Geschichte der Stadtentwicklung mit Migrationsgeschichten erzählt. In der Dauerausstellung des Märkischen Museums, einem der größten Häuser der Stiftung Stadtmuseum Berlin, wird Migrationsgeschichte dagegen weitgehend ausgeblendet.

**HL:** *Und in anderen deutschen Städten?*

**NB:** Dort ist Migration oft überhaupt kein Bestandteil der Selbstrepräsentation, auch wenn die Städte zum Teil einen noch größeren Bevölkerungsanteil mit Migrationshinter-, -vorder-, -beziehungsgrund haben als Berlin und die Migration dort großen Einfluss auf die städtischen Entwicklungen hatte und hat. Beim 850-jährigen Münchner Stadtjubiläum wurde fröhlich das Motto „mia san mia“ in traditionellen Trachtengewändern und Blasmusik und mit Ritterspielen und Phantasiekostümen gepflegt. Migration, ein faktisch bedeutsamer Teil der Stadtentwicklung, kam hier nicht vor. Allerdings hat das kommunale Kulturreferat zwischen 2000 und 2009 drei größere Ausstellungen zu Migration in München veranlasst. Darunter war auch das Projekt „Crossing Munich – Orte, Bilder und Debatten der Migration“ im Jahr 2009, das versucht hat, Münchens politische, soziale und kulturelle Entwicklungen dezidiert aus Perspektive der Migration lesbar zu machen.

**HL:** *Inwieweit wird dabei auch die deutsche ‚Gastarbeiter\_innen‘geschichte thematisiert? Ist das Teil städtischer Selbstrepräsentation?*

**NB:** Tatsächlich spielen seit einigen wenigen Jahren auch die Jubiläen der Anwerbeabkommen eine Rolle für diese neue Sichtbarkeitspolitik. Zum Beispiel feierten 2011 zum 50-jährigen Jubiläum des türkisch-deutschen Anwerbeabkommens ein paar Städte wie Stuttgart, Köln, München und Berlin die lokale Migrationsgeschichte mit übergreifenden Veranstaltungsprogrammen. Da waren verschiedene Institutionen, Vereine und auch – mehr oder weniger – die jeweiligen Stadtregierungen beteiligt. Auch einige Stadtmuseen und Kulturforen nehmen solche Jubiläen zum Anlass, die Präsenz ehemaliger ‚Gastarbeiter\_innen‘ nach jahrzehntelangem Versäumen anzuerkennen. Im Verhältnis zu den Feierlichkeiten der Stadtjubiläen haben wir es aber hier meist mit eher bescheidenen Sonderveranstaltungen zu tun, die auch kaum darauf ausgelegt sind, Migration im städtischen Selbstverständnis zu verankern. Außerdem sind solche Repräsentationen von Migration, die auf staatlich reglementierte Arbeitsmigration Bezug nehmen, auch nicht ganz unproblematisch. Zum einen wird Migration in solchen Erzählungen zu einem zeitlich befristeten Phänomen mit scheinbar klarem Start- und Endpunkt, das vom Staat je nach seinen Bedürfnissen an- und abbestellt werden kann. Andere Dimensionen wie etwa die selbst organisierten Migrationsprojekte, diskursive Kontexte, transnationale Netzwerke und Routen sowie die umfassenden Wirkungen der Migration auf Städte werden ausgeblendet. Zum anderen folgen diese Repräsentationsmodi einem Blickregime, in dem Migration kulturell vor allem nach nationaler Zuordnung sichtbar wird, ohne die Kategorisierungsstrukturen selbst zu problematisieren.

**HL:** *Andrej, du bist Stadtsoziologe an der Humboldt-Universität Berlin, beschäftigst dich mit Wohnungspolitik und Gentrifizierung und bist auch in verschiedenen stadtpolitischen Initiativen aktiv. Inwieweit ist in diesem Kontext für dich das Thema Stadt und Migration relevant?*

**Andrej Holm:** Das Migrationsthema wird in der Stadtsoziologie ja vorrangig als Integrationsproblem behandelt, etwa wenn ein hoher Anteil von Migrant\_innen als Indikator für Problemviertel herhalten muss. In den wohnungspolitischen Arbeiten hingegen sind Migrant\_innen fast unsichtbar. Nur wenige Studien etwa haben sich mit Fragen der Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe beschäftigt. Auch in meiner eigenen Arbeit gibt es dieses Ungleichgewicht. Der kritischen Auseinandersetzung mit der Art und Weise, wie stadtpolitische Programme mit dem Thema umgehen, stehen nur ganz wenige empirische Studien zur tatsächlichen Benachteiligung von Migrant\_innen in Stadtentwicklungsprozessen gegenüber. In der Berliner Initiativenlandschaft hingegen ist einiges in Bewegung gekommen: In Workshops und Veranstaltungen mit migrantischen Beratungsstellen und Interessenverbänden wie dem Türkischen Bund haben wir in den letzten zwei Jahren begonnen, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu thematisieren. Auch durch den Protest der türkischen Sozialmieter\_innen vom Kottbusser Tor in Kreuzberg, die sich mit anderen zu der Initiative Kotti & Co zusammengeschlossen haben, werden Fragen der Migration und der Wohnungsversorgung enger verknüpft als in der Vergangenheit. Am Kottbusser Tor sind Mieten in den geförderten Sozialwohnungen wegen der katastrophalen Förderpolitik Berlins über die sogenannten Bemessungsgrenzen der Kosten der Unterkunft (abgekürzt: KdU) gestiegen. Vielen Mieter\_innen droht jetzt der Auszug, weil das Jobcenter nicht länger bereit ist, den hohen Mietpreis zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund haben die Bewohner\_innen begonnen, sich zu organisieren, und versuchen eine Mietsenkung durchzusetzen. Von Beginn an wurde die Initiative von den türkischen Frauen in den Häusern getragen und repräsentiert. Sowohl in der moralischen Ökonomie der Protestrhetorik (also zum Beispiel „Wir sind Kreuzberg!“) als auch mit der Errichtung eines Protest-*Gecekondu* wird die Migrationsgeschichte nicht nur thematisiert, sondern als Mobilisierungsressource genutzt. *Gecekondu* ist türkisch und bedeutet „über Nacht gebaut“. Nach altem osmanischem Schlüsselrecht wird so das Wohnrecht für den bebauten Ort gesichert. Auch im Kontext der Berliner Stadtentwicklungskonflikte steht das *Gecekondu* vom Kottbusser Tor für die Erkenntnis, dass die Wohnungsfrage nur selbstorganisiert gelöst werden kann.[1]

**NB:** Ja, Kotti & Co ist ein interessantes Beispiel. Aktuell entstehen auch bei anderen politischen Bewegungen zur Migrationspolitik neue Allianzen aus unterschiedlichen Initiativen und Einzelpersonen. Diese Konstellationen und auch die Themen der Proteste werden in der städtischen Repräsentationspolitik aber gern ausgeblendet. Stattdessen kommt Migration bei den städtischen Imagekampagnen und Ausstellungen – wenn überhaupt – vor allem als eine harmonisch erzählte Geschichte vor. Die unbequemen Aspekte werden ausgeblendet. Sowohl rassistische, Ausschluss schaffende Politiken

als auch die Reaktionen darauf von Akteuren, die politische Forderungen stellen, protestieren, sich querstellen und gesellschaftliche Ressorts aneignen, bleiben meist blinde Flecken der Repräsentation. Ich kenne bis dato nur eine einzige, relativ kleine Museumsausstellung, die migrantische Raumaushandlungspraktiken im Kontext von Stadtentwicklung darstellt: die Ausstellung „ortsgespräche. stadt – migration – geschichte: vom halleschen zum frankfurter tor“ im FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum.

**HL:** *Ihr habt jetzt beide betont, dass Migrationsgeschichte und -politik in Berlin stark sichtbar sind, in anderen Städten dagegen kaum oder gar nicht zum eigenen Selbstverständnis gehören. Woran könnte das liegen? Inwieweit und warum hat Migration in den Städten jeweils eine andere stadtpolitische Bedeutung?*

**AH:** In Berlin haben es Kreuzberg und die türkischen Wochenmärkte immerhin in die touristischen Werbebroschüren geschafft. Ansonsten versucht Berlin ja eher, sich als hippe Metropole der Kreativen darzustellen, und zelebriert in diesem Zusammenhang einen ausgeprägten Kosmopolitismus. Auffällig ist dabei, dass die jüngsten Zuwanderungswellen aus den Ländern der EU und Nordamerika in einem völlig anderen Licht dargestellt werden als die traditionellen Arbeitsmigrationen. Würden wir den Medienberichten Glauben schenken, kämen nur coole Leute nach Berlin: spanische Tänzer\_innen, dänische Dichter\_innen, amerikanische Computerexpert\_innen und australische Rockbands. Das Elend der aus Bulgarien kommenden Romafamilien kommt in den Erzählungen des neuen Berlin nur am Rande vor. Und auch der Alltag der türkischen und arabischen Communities in Berlin gerät mehr und mehr zur Folklore der Berichterstattung. Es geht in den Reportagen und Berichten nicht mehr um die türkischen Familien selbst, sondern vor allem darum, wie cool es ist, dass die hippen Kreativen ihre Kartoffeln beim türkischen Gemüsehändler kaufen. Der größte Teil der Berliner Migrationsgeschichte wird dabei auf ein Bühnenbild der aktuellen Zuwanderungen reduziert. Kira Kosnick hat das schon vor ein paar Jahren am Beispiel des Karnevals der Kulturen als Festivalisierung der Diversität gedeutet.

**NB:** Ich sehe das im Prinzip ähnlich. Gleichzeitig nutzen aber gerade in Berlin doch auch aktivistische Akteure Events im öffentlichen Raum, um so Forderungen, Protest und Kritik zu formulieren. Und selbst wenn zum Beispiel das Berliner Festival gegen Rassismus, ein Event aus migrantisch-aktivistischer Initiative, irgendwann im allgemeinen Festivalkalender und in Touristenguides erscheint, bedeutet das sicherlich keine Depolitisierung. Aber zu Henriks Frage: In der Gegenüberstellung von München und Berlin ist es auffällig, dass das Thema Migration bei zeitgenössischen Berliner Selbstrepräsentationen mit einem Spektrum unterschiedlicher Inhalte und Formate positiv besetzt wird – bei unbequemen Aspekten gegebenenfalls auch mit ‚Reibungsverlusten‘, wie eben bei der eingangs erwähnten Ausstellung „Stadt der Vielfalt“ auf dem Berliner Schlossplatz 2012 oder auch im Rahmen der Neuausrichtung des Maxim-Gorki-Theaters mit der Besetzung von Shermin Langhoff und Jens Hillje. In München sieht es anders aus. Trotz einiger Projekte des städtischen Theaters und des Kulturreferats, die sich

mit Migration und Stadt auseinandergesetzt haben, bekennt sich München in seinen Imagekampagnen höchstens dazu, ein Wirtschaftsstandort mit internationalem Flair zu sein. An dieser Stelle finde ich es aber interessant, zumindest einen kurzen Blick darauf zu werfen, ab wann und wie Migration in München zum Thema wurde. Forschungen zu München zeigen, dass man dort in der Stadtpolitik durchaus schon in den frühen 1970er Jahren ein Bewusstsein dafür hatte, faktisch eine Migrationsstadt zu sein. Darauf musste dann auch politisch reagiert werden. Das schlug sich zum Beispiel im städteplanerischen Konzept der sozialen Mischung nieder. Durch die sogenannte Münchner Mischung sollten Prozesse der räumlichen Segregation vermieden werden. 1974 wurde dann ein Ausländerbeirat geschaffen, der aber zunächst direkt vom Stadtrat einberufen wurde und erst seit 1991 gewählt wird. Gleichzeitig rief die Münchner Politik aber auch immer wieder die sogenannten Grenzen der Aufnahmefähigkeit aus und inszenierte zum Beispiel Anfang der 1990er Jahre alarmistische Szenarios, die der asylrechtlichen Grundgesetzänderung 1992/93 in die Hände spielten.

**HL:** *Das war in Berlin anders. Hier hat ja Barbara John ab 1981 – damals noch als ‚Ausländerbeauftragte‘ der Stadt – stark auf eine migrantische Selbstorganisation gesetzt, diese lokalstaatlich gefördert und die migrantischen Gruppen dann politisch integriert. Das Modell orientierte sich allerdings eng an der Idee des ethnischen Korporatismus und ist inzwischen einer grundlegenden Kritik unterzogen worden. Justus Uitermark, Ugo Rossi und Henk van Houtum haben das für den Amsterdamer Kontext sehr gut herausgearbeitet.[2] Aber ich vermute, dass diese Art der sogenannten Ausländerpolitik die migrantische Selbstorganisation nicht nur kooptiert, sondern eben durchaus auch gestärkt und ihr eine gewisse Selbstverständlichkeit gegeben hat. In Stadtteilen wie Kreuzberg waren es vermutlich auch die Stadtteilkämpfe der 1960er und 1970er Jahre gegen die damaligen Kahlschlagsanierungsprojekte, die den beteiligten migrantischen Gruppen eine besondere Sichtbarkeit und auch ein starkes Selbstbewusstsein verliehen haben.*

**AH:** Da bin ich mir nicht so sicher. Ältere türkische Aktivist\_innen, die sich noch an die Stadtteilkämpfe der 1970er und 1980er Jahre erinnern, beschreiben eher, dass sie die damaligen Auseinandersetzungen skeptisch beobachteten. Türkische Hausbesetzungen wie am Kottbusser Damm oder auch die deutsch-türkischen Initiativen in der damals besetzten Schokofabrik blieben eher die Ausnahme. Zumindes in der bisherigen Geschichtsschreibung der Häuserkämpfe und dem Programm Behutsame Stadterneuerung in Berlin-Kreuzberg gibt es wenig Hinweise auf eine starke Beteiligung migrantischer Gruppen und Initiativen. Die von dir angesprochene Selbstverständlichkeit der Selbstorganisation gab es aber seit Ende der 1980er im Bereich der antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen. Zum Beispiel versuchte die Jugendantifa *Antifascist Gençlik* ganz bewusst, Teile der Kreuzberger Jugendgangs gegen die zunehmende rechte Straßengewalt in Berlin zu mobilisieren. Parallel dazu hat es immer auch die Formen der institutionalisierten Interessenvertretung gegeben, die du ansprichst. Das selbstbewusste Auftreten und der dezidierte Verweis auf die Migrationsgeschichte in den

stadt- und wohnungspolitischen Konflikten ist aus meiner Sicht aber eine neue Entwicklung.

**NB:** Das sehe ich für München ähnlich. Obwohl sich schon in den 1970ern viele migrantische Vereine neben den großen Wohlfahrtsverbänden zur Beratungs- und Sozialarbeit für Migrant\_innen organisierten und meist politisch sehr aktiv waren, wurden sie in die kommunalpolitische Praxis nicht eingebunden. Das geschah erst so richtig mit der Arbeit am Münchner Integrationskonzept. Denn das wurde von der kommunalen Stelle für interkulturelle Arbeit mit zahlreichen Akteuren diskutiert und beraten. Mittlerweile gibt es viele Runde Tische und Arbeitsgruppen, bei denen unterschiedliche Akteure, Initiativen, Vereine, Verbände und Politiker\_innen migrationspolitische Programme und Leitlinien diskutieren.

**HL:** *Wenn man sich mit dem Themenkomplex Stadt und Migration beschäftigt, kommt man kaum um den Integrationsbegriff herum. In der kritischen Migrationsforschung gibt es mittlerweile viele Arbeiten, die den repressiven Charakter dieses Begriffs sehr gut herausarbeiten. Mark Terkessidis hat zum Beispiel in Interkultur gezeigt, dass Integration immer von einem Defizit der sogenannten Anderen ausgeht, das behoben werden muss, bevor diese in die vermeintlich normale Mehrheitsgesellschaft integriert werden können.[3] Inwieweit ist der Begriff für euch wissenschaftlich und (stadt-) politisch relevant? Arbeitet ihr gegen diesen Begriff an oder könnt ihr ihn auch strategisch nutzen oder neu besetzen? Oder ist der Integrationsbegriff eh längst von anderen Konzepten wie diversity abgelöst und geistert nur noch als Zombie durch die Diskurslandschaft?*

**NB:** Seit 2008 hat München ein Integrationskonzept, das vor allem darauf abzielt, die städtische Verwaltung interkulturell zu öffnen. Für die Maßnahmen und Umsetzung spielen eher Konzepte wie Interkultur und *diversity* eine Rolle. Ich würde sogar sagen, dass selbst der Begriff Integration kaum noch genutzt wird. So ist vielleicht auch eine jüngere kulturpolitische Entwicklung zu erklären: Da die Münchner Migrationsgeschichte von den städtischen Erinnerungsagenturen, also dem Stadtmuseum und -archiv, bisher nicht dokumentiert wurde, hat der Münchner Ausländerbeirat 2009 einen Antrag formuliert, der kommunalpolitisch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Rosa Liste eingereicht und 2013 vom Stadtrat angenommen wurde. Dabei geht es weniger darum, Sonderprogramme für Migrant\_innen zu schaffen, sondern vielmehr Migration strukturell als Bestandteil Münchens zu erforschen und zu bearbeiten.

**HL:** *Ist das in anderen Städten ähnlich?*

**NB:** Nein, nicht unbedingt. Der Nationale Integrationsplan von 2007 war sehr zentral für die Institutionalisierung der Migrationsdebatten in den deutschen Kulturfeldern. Bei den Museumsaktivitäten tauchen daher immer wieder politische Akteure und Fördertöpfe aus dem Integrationszusammenhang auf. Die entsprechenden Projekte kreisen sehr oft um demokratisch klingende Begriffe wie Integration, Inklusion, Teilhabe, Öffnung und Dialog. In diesem

Zusammenhang konzipieren viele Museen so genannte Partizipationsprojekte, um, so heißt es, „Nicht-Besuchern mit Migrationshintergrund“ den Zugang zum Museum zu erleichtern und ihre „kulturelle Teilhabe [zu] stärken“.[4] Dabei wird Migration fast immer als gesonderte soziale Kategorie verstanden. Im Rahmen der Projektdesigns wird das dann umgesetzt, indem man Projekte mit Gruppen aus sogenannten Problembezirken und mit Jugendlichen macht, die von den Projektmacher\_innen per se als bildungs- und kulturfern wahrgenommen werden. Gleichzeitig definiert sich ein Museum damit selbst als geeigneter Ort, um Kultur zu vermitteln. An diesem Punkt überschneiden sich das Museumsfeld und der deutsche Integrationsdiskurs, denn da wird mit einem nationalen Kulturbegriff operiert, der den Erklärungshorizont für das ‚Wesen‘ imaginierter Gemeinschaften mit geopolitisch definierten Grenzen zu anderen ‚Kulturgruppen‘ liefert.

**HL:** *Also eher ein Nebeneinander unterschiedlicher Konzepte auf unterschiedlichen Feldern, aber keine klare Abkehr vom Integrationsparadigma...*

**NB:** Ja und nein. Neuerdings wird Migration immer häufiger als ‚kulturelle Vielfalt‘ übersetzt und zum Stichwortgeber, um das ‚Neue Deutschland‘ – so lautet auch der Titel einer Migrationsausstellung, die dieses Jahr im Deutschen Hygienemuseum in Dresden zu sehen ist – vor Ort zu entdecken oder auch Museumssammlungen und -objekte neu zu betrachten. Aber auch diese Debatte ist mit reichlich problematischen Aspekten verbunden und überlagert sich mit Integrationsansätzen, denn dahinter verbirgt sich oft ein kulturalistisches Verständnis von Migration. Trotz der möglicherweise gut gemeinten Sammel- und Ausstellungsprojekte schafft dieser Erzählmodus weiterhin eine fiktive nationale Normalität, in der Migration einen historischen Sonderfall und kulturelle Differenz bedeutet. Insofern finde ich es auch schwer, sämtliche Begriffe im derzeitigen diskursiven Kontext strategisch sinnvoll zu nutzen. Und gleichzeitig finde ich es nicht unerheblich, dass so ein Konzept wie Integration im Migrationsdiskurs eigentlich eine migrantische Forderung war, und zwar zu einer Zeit, in der sich der Staat und ein Großteil der deutsch definierten Bevölkerung in keiner Weise dafür interessierten, ob sich migrantische Arbeiter\_innen mit ‚der‘ deutschen Geschichte und Kultur beschäftigen.

**AH:** In den stadt- und wohnungspolitischen Debatten spielt vor allem der Begriff der ‚sozialen Mischung‘ eine wichtige Rolle. Und auch da verhält es sich durchaus widersprüchlich. Investor\_innen und Teile der Stadtpolitik führen ihn ins Feld, um Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse zu legitimieren, weil der Zuzug von Besserverdienenden und von deutschen bildungsbürgerlichen Familien angeblich die Nachbarschaften besser macht. In der Debatte um die Qualität der Schulen ist das Thema noch ausgeprägter. Der sogenannte NDH-Anteil ist für Eltern die entscheidende Währung bei der Wahl der Schule geworden. „NDH“ ist Schulamtsdeutsch und steht für alle Kinder „nicht deutscher Herkunftssprache“. Eine Studie stellte kürzlich fest, dass die Zahl in den Internetprofilen der Berliner Schulen die mit Abstand am häufigsten aufgerufene Information ist. Pädagogische Konzepte: egal. Hort- und Betreuungsangebote: egal. Hauptsache, die ‚Mischung‘ stimmt. Die repressive

Funktion vom Mythos der sozialen Mischung ist eigentlich recht deutlich, aber auch soziale Bewegungen und Anti-Gentrifizierungs-Proteste berufen sich auf die ‚soziale Mischung‘. Sie wollen die Verdrängung von Ärmeren durch den immobilienwirtschaftlichen Aufwertungsdruck verhindern und benutzen vielfach die drohenden Entmischungsszenarien von Armenghettos am Stadtrand als Argument für ihre Mobilisierungen. Das klingt auf den ersten Blick nachvollziehbar, denn tatsächlich wollen viele Kreuzberger Familien, die aus ihren Wohnungen verdrängt werden, nicht in die Großsiedlungen in Spandau oder Marzahn ziehen. Ganz nebenbei und sicher ungewollt wird aber dabei auch der Mythos der sozialen Mischung gemästet, weil nun selbst Teile der Protestbewegungen glauben, soziale Mischung wäre ein erstrebenswertes Ideal. In einer solchen Konstellation ist es nicht immer einfach, die politischen Intentionen hinter der jeweiligen Rhetorik zu erkennen.

**NB:** Im Mischungskonzept wird ja immer auch die Vorstellung von einer Bevölkerungsregulierung mitverhandelt. Und damit sind immer auch Ideen von Mischungsverhältnissen und Grenzen in das Konzept eingeschrieben. Daher wird mir extrem unbehaglich zumute bei dem Gedanken, dass das in den Kulturfeldern bald auch ein Thema werden könnte, was für die nahe Zukunft durchaus zu befürchten ist.

**HL:** *In einigen Städten – zum Beispiel in Frankfurt am Main, aber auch in Berlin – ist derzeit eine Stärkung des noch jungen stadtpolitischen Diskurses über Migration als Ressource zu beobachten. Damit wird einerseits der repressive Integrationsbegriff ausgehebelt, weil Migration und Vielfalt darin durchaus positiv besetzt sind. Andererseits ist das ganze aber auch nicht unproblematisch, weil es oft im Kontext von Standortpolitik und ökonomischem Kalkül geschieht. Das Verhältnis zu Migrant\_innen bleibt instrumentell: Migration wird zur Ressource für die Stadt und die Migrant\_innen nützen der lokalen Wirtschaft. Wie schätzt ihr diesen Trend ein? Eröffnen sich damit möglicherweise neue politische Deutungs- und Handlungsspielräume?*

**NB:** In der Tat ist das Motto ‚Kulturelle Vielfalt durch Migration‘ neuerdings auch ein Stichwort, Migration als urbane Ressource zu entdecken wie zum Beispiel im Museum Europäischer Kulturen in Berlin. Die Inszenierung folgt – ähnlich wie du es beschreibst – einer städteplanerischen Verwertungslogik, bei der Migrant\_innen insbesondere dann sichtbar werden, wenn sie als produktiver Beitrag für die Stadt interpretierbar sind, also zum Beispiel als transnationale Unternehmer\_innen. Nicht nur primär ökonomische, sondern auch kulturelle und soziale Aspekte spielen hier eine Rolle. Im dem Ausstellungsbereich, den ich eben erwähnt habe, geht es vor allem um die kulinarische und gastronomische ‚Bereicherung‘, in deren Zentrum die Erfolgsgeschichte der Berliner Dönerindustrie gestellt wird. Das deutet auf ein sehr spezielles Verständnis von sogenannter kultureller Vielfalt hin. In solch einem „Panorama der Vielfalt“ [5] wird Migration als Ressource und als Beitrag für eine weltgewandte Stadt erzählbar und schafft so ein Image, um das Selbstverständnis der Stadt in diesem Sinne zu aktualisieren. Gleichzeitig fallen aber sämtliche unproduktiv erscheinenden Akteure und Prozesse

aus der Sichtbarkeitspolitik heraus, etwa migrantische Verweigerungen gegen Ausschluss und Rassismus. Und darin deckt sich der neuere Repräsentationsmodus auch mit städteplanerischen Programmatiken, bei denen Migration nur sehr punktuell positiv gewertet wird: Zum Beispiel betonen stadtplanerische Akteure, Investor\_innen und Unternehmer\_innen in München neuerdings die besondere, ‚exotische‘ Atmosphäre des ehemals peripherisierten Münchner Hauptbahnhofviertels – und begleiten damit den massiven Aufwertungsprozess. Raumaneynungspraktiken von Migrant\_innen aus Südeuropa in demselben Areal werden dagegen mit Schlagwörtern wie „Bettler-Mafia“, „Armutseinwanderer“ oder „Arbeitsstrich“ skandalisiert und versucht zu sanktionieren. Lokale Projekte und Initiativen von migrantischen Selbstorganisationen scheinen nur dann ideelle oder finanzielle Unterstützung von der Stadt zu bekommen, wenn sie nicht zu widerständig sind und ins Bild des produktiven Unternehmertums integrierbar sind.

**AH:** Ob sich tatsächlich neue Deutungsspielräume öffnen, vermag ich nicht einzuschätzen. Was ich beobachte, ist, dass Migrant\_innen selbstbewusster als noch vor ein paar Jahren ihre Migrationsgeschichte als Ressource in die stadtpolitischen Debatten einbringen. Die Aktiven von der schon kurz angesprochenen Initiative Kotti & Co beispielsweise haben sich ganz explizit gegenüber den Medien und auch in politischen Auseinandersetzungen als „türkische Familien“ präsentiert, die im Zuge ihrer Einwanderungsgeschichte den Bezirk wie keine andere Gruppe geprägt haben, wenn sie beispielsweise sagten: „Wir haben Kreuzberg erst zu dem gemacht, was es heute ist. Und jetzt sollen wir verdrängt werden?“ Diese Art von Selbstrepräsentation ist gerade in den Medien sehr stark und auch positiv aufgegriffen worden. Und auch die politisch Verantwortlichen der regierenden SPD und die Mitarbeiter\_innen der zuständigen Senatsverwaltung können die Forderungen nicht einfach an sich abprallen lassen. Jahrelang haben sie öffentlich beklagt, dass es in den vielen schönen Partizipationsprogrammen der Stadt so schwierig sei, die Migrant\_innen zu erreichen – und jetzt, wo diese von selbst die Stimme erheben, kann das Gespräch nicht verweigert werden. Sicher auch aufgrund der bevorstehenden Wahlen ist es dem Protest von Kotti & Co gelungen, tatsächlich eine rote Linie der Senatspolitik zu durchbrechen. Zu Beginn des Protestes hieß es: Wir können über alles reden, aber nicht über Geld. Ein halbes Jahr später beschloss die Stadt ein millionenschweres Mietkonzept für Teile des sozialen Wohnungsbaus. Welchen Anteil die Selbstrepräsentationsstrategien als Migrant\_innen an dem Teilerfolg hatten, ist aber schwer einzuschätzen.

**HL:** *Könnt ihr abschließend noch einmal aus eurer eigenen Forschungspraxis berichten: Wie geht ihr mit der Herausforderung partizipativer Forschung um? Habt ihr Strategien und Methoden dafür entwickelt? Wo seht ihr Chancen und wo auch Grenzen? Gerade in den Sozial- und Kulturwissenschaften ist das ja eine hochrelevante Frage: Wie forsche ich, wenn ich Migrant\_innen in meiner Praxis nicht einfach zum Forschungsobjekt machen will...*

**AH:** In meiner Forschungsarbeit versuche ich ja eher die Machtkonstellationen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in den

Blick zu nehmen – das ist erst mal wenig partizipativ. Auch wenn es manchmal anders scheint, verorte ich mich auch nicht als Bewegungsforscher. Städtische Protestbewegungen sind weniger Gegenstand als vielmehr Adressat meiner Arbeit. Da ich selbst in einigen Initiativen aktiv bin, verstehe ich die Unterstützung von Protestbewegungen mit Informationen und fachlichen Einschätzungen als Teil meiner gesellschaftlichen Verantwortung als Sozialwissenschaftler. In den Bewegungsdiskursen selbst freue ich mich über die Selbstermächtigung migrantischer Gruppen im Feld der Stadt- und Wohnungspolitik und sehe ihre Einmischung als wichtigen Teil der Repolitisierung der Stadtpolitik an.

**NB:** Die Idee des partizipativen Forschens rekurriert sehr stark auf die Debatten um die sogenannte Krise der Repräsentation in den 1970er Jahren, die unterschiedliche Wirkungen hatte. In diesem Zusammenhang wurde die Situierung des forschenden Handelns im Verhältnis zu den ‚Forschungsobjekten‘ vermehrt zum Analysegegenstand. Damit einher gingen dann auch Aufforderungen, die wissenschaftliche Praxis neu zu denken, also zum Beispiel mit partizipativen, involvierten und handlungsorientierten Forschungs- und Repräsentationspraxen, sozusagen im Dienst der ‚Beforschten‘. Aber hierbei zeigte sich, dass Partizipation ein komplexes Projekt ist. Es zielt auf Augenhöhe ab, aber es ermächtigt die ‚Partizipierten‘ häufig nicht unbedingt dazu, als Sprecher\_innen gehört zu werden. In den ethnologischen Fächern bewirkte die Repräsentationskrise auch Neuansätze, Minorisierung nicht mehr als solche festzuschreiben, sondern vor dem Hintergrund von Machtdiskursen zu untersuchen und den Forschungsgegenstand von der Praxis der Untersuchten her zu konzeptualisieren. Ich würde sagen, dass ich eher solch einem Ansatz folge, da die Perspektive der Migration Ausgangspunkt für mein gesamtes Forschungsprojekt ist. Unter anderem durch den Forschungsverlauf arbeite ich mit einigen Initiativen und Organisationen eng zusammen, die eine selbstbestimmte Repräsentation in Kulturfeldern einfordern. Und hier möchte ich meine Forschung als einen Beitrag dazu verstehen, Handlungsräume und Veränderungen der musealen Praxis zu schaffen. Denn die Frage, wer sich wie in die repräsentierten Erzählungen mit einschreiben kann, ist umkämpft und politisch.

**HL:** *Natalie und Andrej – ich danke euch für das Gespräch und wünsche euch noch viel Erfolg bei eurer Arbeit.*

Interview und redaktionelle Überarbeitung: Henrik Lebuhn

## Endnoten

- [1] Vgl. Kotti & Co 2014.
- [2] Vgl. Uitermark et al 2005.
- [3] Vgl. Terkessidis 2010.
- [4] [http://www.museumsbund.de/de/projekte/museum\\_und\\_migration/alle\\_welt\\_im\\_museum/](http://www.museumsbund.de/de/projekte/museum_und_migration/alle_welt_im_museum/) (letzter Zugriff am 22.9.2014).
- [5] Vgl. Rodatz 2012.

## Beteiligte

Natalie Bayer ist Kulturwissenschaftlerin und Kuratorin. Ihre Themenschwerpunkte sind Repräsentation, Migration und Kulturinstitutionen.  
n@nataliebayer.com

Andrej Holm ist Sozialwissenschaftler und arbeitet u.a. zu Gentrifizierung, Wohnungspolitik und städtischen Protestbewegungen.  
a.holm@sowi.hu-berlin.de

Henrik Lebuhn ist Sozialwissenschaftler und arbeitet u.a. zu Migration, Grenzregimen, partizipativer Stadtpolitik und städtischen sozialen Bewegungen.  
henrik.lebuhn@sowi.hu-berlin.de

## Literatur

- Kotti & Co (2014): Kotti & Co und das Recht auf Stadt. In: Holm, Andrej (Hg.): Reclaim Berlin. Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. Berlin/Hamburg: Assoziation A, 343-354.
- Uitermark, Justus / Rossi, Ugo / van Houtum, Henk (2005): Reinventing multiculturalism. Urban citizenship and the negotiation of ethnic diversity in Amsterdam. In: International Journal of Urban and Regional Research 29/3, 622-640.
- Rodatz, Mathias (2012): Produktive „Parallelgesellschaften“. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) „Stadt der Vielfalt“. In: Behemoth – A Journal on Civilization 5/1, 70-103.
- Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



# Für eine Soziologie aus Fleisch und Blut\*

Loïc Wacquant

Der Artikel diskutiert eine Reihe von Punkten rund um Pierre Bourdieus dispositionelle Handlungstheorie. Dabei geht es zunächst um eine Kritik der problematischen Vorstellungen vom (dualistischen) handelnden Subjekt, wie sie in den gegenwärtigen Sozialwissenschaften vorherrschen. Stattdessen wird ein alternatives Konzept des sozialen Wesens vorgeschlagen: die sinnliche, leidende, kunstfertige, vielschichtige und kontextspezifisch handelnde, körperliche Kreatur. Die Vorrangstellung des verkörperten praktischen Wissens wird betont und es wird diskutiert, mit welchen Forschungsmethoden diese körperorientierte Konzeption des menschlichen Wesens angewandt und gefördert werden kann. Dabei wird argumentiert, dass vor allem die enactive ethnography – eine Form der intensiven Feldforschung, die darauf basiert, ein Phänomen im Forschungsprozess aktiv auszuführen und zu durchleben – dazu geeignet ist, kognitive, konative und emotionale Schemata aufzudecken, die den Praktiken und der zu erforschenden Welt zugrunde liegen.

Bei dem folgenden Artikel handelt es sich um die erweiterte Fassung eines Textes, der als Antwort auf einige Fragen entstand, die Frank Adloff (Soziologe an der Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg und am European University Institute in Florenz) und seine Kolleg\_innen an mich richteten, um sie in einen Sammelband zur Beziehung von „Verkörperung und Explikation“ in der Sozialanalyse zu integrieren.[1] Die Fragen dienen mir hier als Ausgangspunkt für die Klärung einiger Diskussionspunkte rund um Pierre Bourdieus dispositionelle Handlungstheorie und sind Teil der in den letzten zehn Jahren geführten Debatten, an denen ich im Zuge meiner körperbezogenen [*incarnate*] Studien zum Profiboxkampf als ‚plebejischer‘ Körperertüchtigung beteiligt war.[2]

Im Folgenden werde ich zunächst die problematischen Vorstellungen vom (dualistischen) handelnden Subjekt, von (äußerlicher) Struktur und von (vergeistigtem [*mentalist*]) Wissen kritisieren, wie sie in den gegenwärtigen Sozialwissenschaften vorherrschen. Stattdessen schlage ich ein alternatives Konzept des sozialen Wesens [*social animal*] vor. Dieses wird nicht nur als neokantianische Schöpfer\_in von und Herrscher\_in über Symbole charakterisiert – in der Tradition von Ernst Cassirer, George Herbert Mead und John Searle (2009: ix) werden Menschen als aufmerksame, vernünftige, Sprechakte vollziehende, soziale und politische Wesen mit einem freien Willen gedacht –, sondern als eine sinnliche, leidende, kunstfertige, vielschichtige und kontextspezifisch handelnde, körperliche Kreatur. Dabei

\* Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine leicht gekürzte Übersetzung. Die englische Originalfassung erscheint im Frühjahr 2015 im Sammelband *Revealing Tacit Knowledge: Embodiment and Explication* im Transcript Verlag (Adloff et al. 2015). Die Übersetzung und deutsche Veröffentlichung des Textes beruht auf einer Kooperation zwischen den beiden Zeitschriften *Berliner Debatte Initial* und *s u b \ u r b a n*. Die komplette Fassung erscheint zusammen mit einer Reihe von Repliken in *Berliner Debatte Initial*, Heft 2/2015.

betone ich die Vorrangstellung des verkörperten praktischen Wissens, das zugleich hervorgeht aus sowie beständig verwoben ist mit Netzen sozialen Handelns, aus denen sich Diskursmacht/-herrschaft entwickelt und auferlegt. Dann diskutiere ich, mit welchen Forschungsmethoden diese körperorientierte Konzeption des menschlichen Wesens angewandt und gefördert werden kann. Ich argumentiere, dass vor allem die *handelnde Ethnografie* [*enactive ethnography*] – eine Form der intensiven Feldforschung, die darauf basiert, ein Phänomen [im Forschungsprozess, Anm. d. Ü.] aktiv auszuführen und zu durchleben – dazu geeignet ist, kognitive, konative[3] und emotionale Schemata (also den Habitus) aufzudecken, die den Praktiken und der zu erforschenden Welt zugrunde liegen. Aber es braucht Mut und Ausdauer, um sich eine angemessene Position für die ‚teilnehmende Beobachtung‘ zu erarbeiten und diese analytisch auszuschöpfen.

**Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, auf die impliziten Dimensionen sozialer Interaktionen (implizites Wissen [*tacit knowledge*], praktisches Wissen, praktischer Sinn [*sens pratique*] etc.) zu fokussieren?**

Gerade dieser Fokus scheint mir zentral, wenn wir drei notorische Mängel überwinden wollen, welche die Sozialwissenschaften einschränken und uns daran hindern, ein lebendiges und umfassendes Verständnis von der Gesellschaft und ihrer Geschichte zu entwickeln: erstens eine dualistische und leblose [*disincarnated*] Akteurskonzeption, die darauf beruht, dass dem handelnden Subjekt zwar ein aktiver Verstand zugestanden wird, dieser aber in einem leblosen und untätigen, konzeptionell abwesenden Körper haust; zweitens ein verflachter und negativer Begriff von *Struktur*, der einfach nur als Set äußerer Zwänge und Beschränkungen daherkommt; und drittens ein vergeistigtes Verständnis von *Wissen*, das als Konglomerat unterschiedlicher Informationsbrocken und Repräsentationsbestände konzipiert wird. Diese drei verkürzten Begriffe verstärken einander gegenseitig. Zusammen nehmen sie dem sozialen Leben buchstäblich seine Lebendigkeit und lassen uns zurück mit einem unvollständigen und unangemessenen Verständnis des Sozialen als einer fluiden und doch irgendwie strukturierten Handlungssphäre.

Denken wir einmal kurz über jeden dieser Begriffe nach: Quer durch die Sozialwissenschaften finden wir Konzeptionen des handelnden Subjekts entlang von zwei Gegensätzen. Sie bewegen sich zwischen dem *homo oeconomicus* auf der einen Seite, also der rationalen Rechenmaschine, die den individuellen Nutzen maximiert – diese Vorstellung vom handelnden Subjekt geht auf Bentham zurück und wurde von der neoklassischen Ökonomie weiterentwickelt – und dem *homo culturalis* auf der anderen Seite, also dem Symbole handhabenden, durch Moral und Normen motivierten Individuum, das auf Kant zurückgeht und von der Kulturanthropologie hochgehalten wird. Unbeholfen erstreckt die Soziologie sich von einem Pol zum anderen. Die beiden herrschenden Modelle – der ‚*rational man*‘ und der ‚*plastic man*‘, wie Martin Hollis (1977) sie einmal charakterisiert hat – sind zugleich verstümmelt und verstümmelnd. Was ist ihnen trotz ihrer Gegensätzlichkeit und darüber hinaus gemein? Beide ignorieren den

Körper in dem Sinne, dass sie von Fleisch, Sehnsucht und Leidenschaft als Modalitäten der sozialen Existenz absehen. Genau dies sind die Elemente des Handelns, mit denen William James sich auseinandergesetzt hat und die Sigmund Freuds Tiefenpsychologie erfassen sollte, allerdings nur auf einer ontogenetischen Ebene. Die verschiedenen Stränge der Kognitionswissenschaft in den Forschungsbereichen der künstlichen Intelligenz, der Psychologie, Neurobiologie, Linguistik und Philosophie entdecken dies gegenwärtig auf phylogenetischer Ebene wieder (vgl. Clark 1999, Lakoff/Johnson 1999, Chemero 2013, Shapiro 2014). Aber sie werden zensiert, ignoriert und durch den sozialwissenschaftlichen Mainstream ins Abseits gedrängt.

So ‚vielfältig und polymorph‘ der Begriff nach Merton (1976) auch sein mag, in der vorherrschenden Variante wird ‚soziale Struktur‘ als etwas den handelnden Subjekten äußerliches konzipiert, also als eine Art Zaun oder Trichter. Auch hier haben wir es mit einem Verständnis zu tun, das gleichermaßen verkürzt ist und selbst verkürzend wirkt. Denn Strukturen sind nicht einfach Durkheim’sche Fakten, denen man in der Umwelt, in Form unsichtbarer Beziehungen, in der objektiven Verteilung von Ressourcen oder als Systeme von Beschränkungen und Möglichkeiten begegnet. Vielmehr sind sie auch als dynamische Netze von Kräften tief in den Körper eingeschrieben und wirken dort als Wahrnehmungsraster, als sensomotorische Potenziale und Möglichkeiten, als emotionale Neigungen und tatsächlich auch als Begehren. Strukturen sind ebenso innere Quellen und Antriebskräfte, wie sie äußere Container, Strahlen oder Gitter sind. Sie sind nicht träge und unbeweglich, sondern flexibel und lebendig.

Schließlich arbeiten die Sozialwissenschaften mit einem übermäßig vergeistigten und passiven Wissensbegriff. Wir reservieren den Begriff für aussagenlogische Informationen, die durch Sprache vermittelt und im Verstand verortet werden. Dabei übersehen wir prozedurales und praktisches Wissen, das in den konkreten Taten erworben wird und sich darin auch manifestiert (*pragmaticos* meint im Altgriechischen: aktiv, geschickt in Bezug auf Geschäfte oder in öffentlichen Angelegenheiten). Mit dem gängigen Top-down-Begriff und dem (ver)geistig(t)en (oder diskursivistischen) Konzept von Kultur, auf dem er basiert, gilt es zu brechen, um – mit Elizabeth Anscombe (1957) gesprochen – die „unverbesserlich kontemplative Konzeption von Wissen“ zu überwinden, die uns von der rationalistischen Revolution vererbt wurde. Stattdessen müssen wir die Existenz und Wirkmächtigkeit des *in den Körper eingeschriebenen Handlungswissens* anerkennen, des intuitiven Verständnisses der sozialen Welt ‚von unten‘ – und zwar sowohl durch intellektuelles Verstehen wie auch durch praktisches Geschick –, das wir durch das Handeln in und unser Einwirken auf unsere soziale Welt erwerben.

**Auf welche Eigenschaften des menschlichen Akteurs müssen wir insbesondere achten, wenn wir sein verkörpertes praktisches Wissen erfassen wollen?**

Der große neokantianische Philosoph Ernst Cassirer (1944) hat den Menschen zutreffend als ‚*animal symbolicum*‘ charakterisiert. Sprache,

Mythologie, Kunst, Religion und Wissenschaft waren für ihn die zentralen symbolischen Systeme, die Menschen entwickelt haben, um sich mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen und sie zu formen. Aber diese Eigenschaft allein reicht nicht aus für die Konzeption einer brauchbaren philosophischen Anthropologie. Ich würde sie um fünf weitere ergänzen:

Das *animal symbolicum* verfügt nicht nur über die Symbole, es ist auch empfindungsfähig, leidensfähig, geschickt [*skilled*], vielschichtig [*sedimented*] und komplex sowie räumlich und sozial verortet. *Empfindungsfähig*: Das handelnde Subjekt ist nicht nur mit außen-, selbst- und introrezeptiven Sinnen ausgestattet; er/sie interpretiert und rationalisiert zudem, was der eigene Wahrnehmungsapparat erfasst. Er/sie ist in der Lage zu fühlen und ist sich der eigenen Gefühle auch bewusst. Und der Körper ist, wie der Neurobiologe Antonio Damasio in *The Feeling of What Happens* (1999) zeigt, das Medium dieses Gefühlsbewusstseins. *Leidensfähig*: Das handelnde Subjekt ist Bedrohungen und Rückschlägen durch die natürliche und soziale Welt ausgesetzt; es hat Bedürfnisse, Sehnsüchte und Verlangen, die nicht erfüllt werden; es ist ständig der Beurteilung durch andere unterworfen und mit der Unausweichlichkeit des Todes konfrontiert. So lebt es in Angst, Qual und Schmerz und erträgt seine Existenz doch. *Geschickt* [*skilled*]: Das handelnde Subjekt kann ‚etwas bewegen‘ (die ursprüngliche Bedeutung des altnordischen *skil* ist ‚verstehen und anpassen‘), weil es durch Übung und Erfahrung die Fähigkeit entwickelt hat, zu handeln, und die Fertigkeit, Aufgaben kompetent zu erledigen. *Vielschichtig*: Alle diese Elemente, unsere Sinne, unsere Leidensfähigkeit und Geschicklichkeit sind uns nicht qua Geburt, also gattungsgemäß, gegeben oder entstehen in der Beschäftigung mit uns selbst. Vielmehr wachsen sie über die Zeit hinweg, werden kultiviert und kommen in der Auseinandersetzung mit der Welt zur Anwendung. Sukzessive werden sie als das Produkt unserer unterschiedlichen, individuellen und kollektiven Geschichten in unsere Körper eingelagert. (Im Anschluss an Husserl bezeichnet Merleau-Ponty [1945/1962] das „habituelle Wissen der Welt“, das im Körper selbst untergebracht ist, als eine „implizite oder sedimentierte Wissenschaft“.) *Verortet*: Die sukzessive Einlagerung von Erfahrung wird durch unsere einzigartige Verortung und Bewegung im physischen und sozialen Raum geprägt, gerade weil wir von dem physischen und dabei fragilen Körper unseres sterblichen Organismus zugleich geschützt und eingeschlossen sind. Obwohl er nicht an zwei Orten zur gleichen Zeit sein kann, trägt er doch die Spuren der vielen Orte in sich, die wir über die Zeit hinweg aufgesucht haben.

Schlussendlich werden alle diese sechs Elemente *strukturiert*, und sie fließen und wachsen *im Zeitverlauf*. Unsere Vorstellungen vom handelnden Subjekt, von Struktur und Wissen müssen alle radikal zeitlich gedacht werden. Darauf hat Bourdieu bereits in „The work of time“ (1980/1990: 98-111) hingewiesen. Wenn wir erst einmal anerkennen, dass Erkenntnis eine verortete Aktivität ist, die aus einem verworrenen Tanz von Körper, Verstand, Aktivität und der Welt erwächst, können wir beginnen, uns das implizite Wissen [*tacit knowledge*] aus den Tiefen kultureller und sozialer Praktiken zu erschließen, und dadurch unsere Beschreibungen dieser Praktiken bereichern und ihre Erklärungen ausbauen. Diese drei umgearbeiteten Elemente zusammengenommen – das körperliche Wesen, welches

praktisches Wissen anwendet, um aktive und mobile Konfigurationen von Affekt, Handlung und Macht zu navigieren –, bilden die Bausteine einer *Soziologie aus Fleisch und Blut*. Damit sind wir in der Lage, multidimensionale, polychrome Erzählungen über das soziale Leben zu produzieren, die eben dieses Leben erfassen, so wie es sich tatsächlich entfaltet – anstatt leidenschaftslose Schwarz-Weiß-Berichte zu verfassen, wie wir sie derzeit in den akademischen Journals zu lesen bekommen.

### **Welche Forschungsmethoden bieten sich an, um den unsichtbaren Dimensionen von Handlung, Struktur und Wissen nachzuspüren?**

Im Prinzip kann man mit den vier Hauptmethoden der Sozialwissenschaften – der Ethnografie, der Hermeneutik (einschließlich der Interview- wie auch der Textanalyse), der historischen und der statistischen Methode – jeden Gegenstand untersuchen. Aber es ist klar, dass sie unterschiedlich gut ausgerüstet sind, um jene Komponenten der Praxis aufzuspüren, die nicht als solche artikuliert, symbolisiert und objektiviert werden: doxische Kategorien, Fertigkeiten, die auf praktischem Wissen basieren, und alltägliche Formen des Lebens, Fühlens und Handelns. Den methodischen Königsweg zum Verständnis der impliziten Beschaffenheit [*texture*] des sozialen Handelns und Wissens [*cognition*] bildet die auf direkter Beteiligung an den zu erforschenden Aktivitäten beruhende Nahbeobachtung.

Die Ethnografie – eine spezifische Technik der Datengewinnung und -analyse, die darauf beruht, den sachkundigen und empfindsamen Organismus der Beobachter\_in als zentrales Untersuchungswerkzeug einzusetzen – hilft uns wie keine andere Methode, die *Gesellschaft zu verkörperlichen*, indem die praxeologischen Dimensionen der sozialen Existenz wiederhergestellt und damit nachvollzogen werden. Doch dazu müssen wir erstens ein besseres Verständnis der Besonderheiten und speziellen Eigenschaften (wie auch der entsprechenden Grenzen) der Ethnografie entwickeln. Denn diese ist eine *sozial eingebettete und verkörperlichte soziale Untersuchungsmethode*, die auf der physischen Kopräsenz der Forschenden – in Echtzeit und -raum – mit und innerhalb des zu erforschenden Phänomens basiert. Zweitens müssen wir unsere ethnografische Praxis in zweierlei Hinsicht reformieren, und zwar in ergänzender und dabei scheinbar widersprüchlicher Art und Weise. Einerseits müssen wir die Ethnografie enger an die sozialwissenschaftliche Theoriebildung anbinden, im Gegensatz zur epistemologischen Illusion der Geertz'schen ‚dichten Beschreibung‘, der philosophischen Naivität des Empirismus der Chicagoer Schule und der glamourösen Verführungen des postmodernen Geschichten-Erzählens (Wacquant 2002: 1469-71, 1481-82; 2009: 118-122). Andererseits müssen wir gerade die langfristigen, *intensiven und initiatorischen Formen* der ethnografischen Beteiligung pflegen. Denn nur diese ermöglichen es dem Forscher/der Forscherin, die prädiskursiven Schemata – *intus et in cute* – zu verstehen, die das Denken und Handeln der involvierten Subjekte in dem zu untersuchenden Universum prägen.

Will die Feldforscher\_in die Potenziale der Ethnografie voll ausschöpfen, muss der Fakt anerkannt und methodisch umgesetzt werden, dass er oder sie, wie jedes handelnde Subjekt, den Untersuchungsgegenstand *körperlich*

erfährt. Indem man sich sozial und symbolisch tief in das Universum integriert, das man studiert, kann man den Prozess des körperlichen Verständnisses für sich nutzbar machen. Das heißt, wir können und sollten daran arbeiten, in der Praxis unserer Feldforschung zu ‚verwundbaren Beobachter\_innen‘ zu werden – und zwar nicht auf dem Papier, indem wir ‚verwundbar schreiben‘ und eine gehörige Portion ‚Subjektivität in die Ethnografie‘ einfließen lassen, wie Ruth Behar es vorschlägt (1996: 16 und 6). Zwar gilt es, möglichst tief in den Fluss des Geschehens einzutauchen, anstatt ihn nur vom Ufer aus zu beobachten. Doch dabei muss die Forscher\_in mit Intention und Methode eintauchen und schwimmen. Denn die leichtfertige Hingabe würde dazu führen, dass wir im bodenlosen Strudel der Subjektivität ertrinken.

**In Ihrem Buch *Body and Soul* und in anderen Essays haben Sie versucht, einen Ansatz zu entwickeln, den Sie als „fleischliche Soziologie“ [*carnal sociology*] bezeichnen: Was unterscheidet Ihren Ansatz von der auf die sinnliche Wahrnehmung bezogenen [*sensual*] Ethnografie, die durch die Phänomenologie inspiriert ist?**

Pointiert ausgedrückt ist die ‚*carnal sociology*‘ keine Soziologie *des* Körpers im Sinne eines soziokulturellen Gegenstands, sondern entspringt dem Körper als Quelle sozialer Intelligenz und soziologischen Scharfsinns. Das beginnt mit der einfachen Tatsache, dass der handelnde Mensch, wie bereits oben dargelegt, ein empfindungsfähiges und leidendes Wesen aus Fleisch und Blut ist. (Fleisch meint hier die sichtbare Oberfläche des lebendigen Körpers, während Blut sich auf den inneren Kreislauf des Lebens bezieht, das in den Tiefen des Körpers pulsiert – siehe auch Leders (1990) Anmerkungen zu Merleau-Ponty. Ich schließe mich hier George Lakoffs und Mark Johnsons (1999: 3-4 und passim) Ausführungen zu der Frage „Wer wir sind“ an. Für sie ist „der Verstand verkörperlicht und das Denken überwiegend unbewusst“, und die Vernunft ist „vor allem metaphorisch und imaginär“ sowie auch „emotional beteiligt“.) Die fleischliche Soziologie platziert sich *nicht über oder neben der Handlung, sondern an ihrem Produktionsort*. Sie versucht die Position des Beobachters zu vermeiden und dabei die Handlung im Prozess selbst [*action-in-the-making*] zu erfassen, nicht die bereits abgeschlossene Handlung. Sie versucht die Schemata aufzuspüren und zu dokumentieren, die die Praxis prägen und gestalten: die kognitiven, konativen und affektiven Bestandteile des Habitus, dessen Schichtungen und Funktionsweisen der empirischen Forschung voll zugänglich sind (Wacquant 2014a; 2014b). Der Ansatz unterscheidet sich insofern von der auf die sinnliche Wahrnehmung bezogenen Ethnografie, als dass diese ein Forschungsfeld *der* Sinne darstellt, das einer distinguierten Linie von Simmel, Mauss und Lucien Febvre hin zu Elias und der *Lebensphilosophie* [dt. im Original] von Arnold Gehlen und Helmut Plessner bis zu aktuellen Strömungen der medizinischen und phänomenologischen Anthropologie folgt. Im Gegensatz dazu sind die ‚sensoryischen Formationen‘ in der fleischlichen [*carnal*] Soziologie weniger der Forschungsgegenstand (so wie bei Howes 2003) als das Mittel der Forschung.

Die fleischliche Soziologie kann auf jeden Gegenstand bezogen werden und sich einer Vielzahl von Methoden bedienen, solange diese das handelnde

Subjekt als ein körperliches und sozial eingebettetes konzipieren. Dies betrifft zum Beispiel die Forschung zur *Alltagsgeschichte* [dt. im Original] und zur Mikrogeschichte sowie die noch junge Historiografie der Gefühle. Regelmäßig bewegen sich diese im Bereich der fleischlichen Soziologie, auch wenn sie es nicht unbedingt wissen oder es ihre Absicht ist. So rekonstruiert Carlo Ginzburg (1976) in *Il formaggio e i vermi* die Lebenswelt des Müllers Menocchio im 16. Jahrhundert, bevor dieser des Ketzertums angeklagt und verbrannt wurde; Alf Lüdtke (1993) spürt den sozialen Wurzeln und Effekten des *Eigensinns* [dt. im Original] nach, indem er den hartnäckigen ‚eigenen Willen‘ deutscher Arbeiter\_innen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts untersucht, der deren widerständige Strategien an der Schnittstelle von Akzeptanz und Widerstand gegen die Macht prägte; Alain Corbin (1988) geht den Veränderungen sensorischer und epistemischer Kulturen nach, in deren Zuge die Meeresküste von einem Ort der Angst zu einem attraktiven Ort der Kontemplation wurde, und die eine neue Haltung gegenüber ‚der Natur‘ hervorbrachten – und sie alle betreiben dabei fleischliche historische Soziologie.

Zur Bearbeitung aktueller Fragestellungen bietet sich vor allem die Methode an, die ich als *handelnde, im Sinne einer ausführenden und durchlebenden Ethnografie* [*enactive ethnography*] bezeichne. Dabei handelt es sich um eine umfassende Feldforschung, in deren Zuge die Forscher\_in *das zu untersuchende Phänomen (bzw. einige Elemente davon) selbst durchlebt*, Schicht für Schicht dessen unsichtbare Eigenschaften freilegt und die (hier) wirkenden/wirksamen Mechanismen testet. Den Ausdruck ‚handelnd‘ [*enactive*] übernehme ich in diesem Zusammenhang von einem Kollegen aus Berkeley, dem Philosophen Alva Noë, der in seinem Buch *Action in Perception* vorschlägt, dass Wahrnehmung eine „kunstfertige Aktivität durch den Forscher oder die Forscherin als eine ganzheitliche Person“ darstellt (2004: 2). Das finde ich eine sehr passende Beschreibung der Arbeit einer Ethnograf\_in (Noë selbst bezieht sich auf die einflussreiche Theorie des „embodied mind“ von Francesco Varela, Evan Thompson und Eleanor Rosch [1991]). Das oberste Gebot dieser Art von Forschung ist es, *sich in einer alltäglichen und gewöhnlichen Funktion in die Arena des Handelns zu begeben*, sie in einer möglichst ähnlichen Art und Weise zu erkunden wie diejenigen Personen, über die man forscht – seien sie nun Boxer\_innen, Professor\_innen oder Politiker\_innen –, um daraus ein tiefes Verständnis ihres Universums zu entwickeln und Material für die analytische Rekonstruktion zu generieren.

### **Aber wie verhält es sich mit Situationen, in denen man aus praktischen, rechtlichen oder moralischen Gründen nicht Teil eines bestimmten Phänomens werden kann?**

Natürlich ist es nicht immer einfach, Zugang zu einer bestimmten Gruppe oder Situation zu bekommen und dort teilnehmend zu forschen. Ein aktives Mitglied einer bestimmten Gruppe zu werden, ist oft langwierig und erfordert bestimmte Qualitäten oder Zertifizierungen. Vielleicht besitzt du einfach nicht die Kaltblütigkeit, die es braucht, um Polizist\_in zu werden, oder die Geschmeidigkeit von Balletttänzer\_innen. Du kannst nicht mal eben Richter\_in an einem Gericht werden, und hoffentlich wird dir kein Krankenhaus die Erlaubnis erteilen, Hirnoperationen zum Zwecke

der soziologischen Forschung durchzuführen. Aber du könntest durchaus Requisiteur\_in am Ballett werden, ein Praktikum am Gericht machen oder als Pflegekraft in einem Krankenhaus arbeiten. Es gibt immer mehrere Türen, um auf die Bühne zu gelangen, auf der sich die Handlung abspielt – um Goffmans (1967) klassischen Aufsatz mit dem Titel „Where the action is“ zu bemühen. Stets ergeben sich dabei unterschiedliche Möglichkeiten, die Aspekte des Phänomens zu erfahren und mit ihnen zu experimentieren und die Rolle des einen oder der anderen Protagonist\_in in dem sozialen Drama, um das es geht, zu erlernen und sie selbst einzunehmen – auch wenn es nur eine Nebenrolle sein mag.

Allzu oft stehen Soziolog\_innen vor verschlossener Tür, weil sie gar nicht erst anklopfen und fragen, ob ihnen jemand Einlass gewährt. Ein Beispiel: Es gibt Dutzende von Feldforschungen über Obdachlosigkeit, von denen einige ganz vortrefflich gelungen sind – ich empfehle die Lektüre von Snows und Andersons (1993) *Down on their Luck*, Bourgois' und Schoenbergs (2009) *Righteous Dopefiend* sowie Gowans (2010) *Hobos, Hustlers, and Backsliders*. Keine\_r dieser Autor\_innen hat jedoch längere Zeit auf der Straße, in Billighotels oder Obdachlosenunterkünften geschlafen – ganz zu schweigen von einem beständigen Wechsel zwischen diesen drei Orten, die – zusammen mit dem Gefängnis und dem öffentlichen Krankenhaus – das interinstitutionelle Netz bilden, das mit Wohnungslosen umgeht, wenn ihr Status akut problematisch wird. (Man muss schon bis zu der durch die WPA[4] inspirierten Arbeit von Sutherland und Locke [1936] zurückgehen, um eine Studie zu finden, in der das Übernachten in Obdachlosenunterkünften zu einem Kernelement des Forschungsdesigns gehört.) In der Forschung über Obdachlosigkeit verlässt man das Feld typischerweise am Abend, also ausgerechnet dann, wenn sich die praktische und oftmals existenzielle Frage stellt: Wo werde ich heute Nacht schlafen? Dabei kann man so viel davon lernen, einmal selbst die unterschiedlichen Techniken auszuprobieren, die Obdachlose entwickeln, um sich Nacht für Nacht ein ‚Bett‘ auf der Straße zu machen; einmal selbst die fragilen Beziehungen zu regeln, derer es bedarf, um ein Minimum an Sicherheit herzustellen, die Schmerzen zu unterdrücken und die Gefühle im Zaum zu halten, die Veränderung von Geruch und Zeitgefühl auf der Straße zu erleben usw. So viele Facetten des Phänomens können am besten durch den Körper entdeckt werden, im ‚Durchleben‘ [*enactment*] der Obdachlosigkeit selbst – auch wenn dies im Falle der Forschenden vorsätzlich und temporär sein mag. Denn all diese Elemente sind tief in das Gefüge *dringender und dabei doch banaler Handlungen* eingelassen und werden von denen, die sich daran gewöhnt haben, teilweise gar nicht mehr wahrgenommen und dementsprechend auch nicht mehr explizit beschrieben.

Diese Art der persönlich und körperlich involvierten Forschung braucht ein bisschen Mut und viel Ausdauer. Die meisten Ethnograf\_innen fallen in eine textorientierte und hermeneutische Vorstellung der sozialen Welt zurück, die sich aus einer *kontemplativen Haltung* speist (per Definition unmöglich für diejenigen, die ‚teilnehmende Beobachtung‘ praktizieren), weil sie die Körperlichkeit von Handlung, Wissen und Struktur übersehen. Darüber hinaus sind viele Forscher\_innen einfach nicht ausdauernd genug, wenn es darum geht, sich einen Zugang zum Feld zu erarbeiten und die eigene Einbettung zu vertiefen. Anstatt nach unterschiedlichen

Zugangsmöglichkeiten zu suchen, zieht man sich schnell zurück. Aber Beharrlichkeit zahlt sich aus: Joan Cassell (1991) zum Beispiel wurde anfänglich der Zugang zu chirurgischen Krankenhausstationen verwehrt. Stattdessen riet man ihr, doch lieber die Lady's Auxiliary[5] zu studieren. Aufgrund ihrer Hartnäckigkeit gelang es ihr am Ende trotzdem, etwa 200 Operationen in einem Dutzend Krankenhäusern, zwei Gesundheitszentren und einer öffentlichen Klinik zu beobachten. Cassell hatte eine 18-monatige empirische Studie geplant; am Ende verbrachte sie 33 Monate im Feld und durfte schließlich sogar das Operationsbesteck vorbereiten. Gretchen Purser (2012) verbrachte fast drei Jahre damit, sich von Leiharbeitsfirmen in den armen Innenstadtbezirken von Oakland und Baltimore Tagesjobs vermitteln zu lassen. Auf dieser Grundlage schrieb sie eine körperorientierte Erzählung über die sozialen Strategien marginalisierter Tagelöhner\_innen an der Schnittstelle von dereguliertem Arbeitsmarkt, Hyperghetto und einem wuchernden Gefängnissystem. Man muss sich schon fragen: Wie gelingt es einer zierlichen, vegan lebenden, weißen Frau mit Brille, im alltäglichen Gerangel mit Exhäftlingen um Jobangebote der schlechtesten Art zu bestehen? Aber sie hat durchgehalten und ist am Ende dieses sozialen Experiments mit einer großartigen Erzählung wieder aufgetaucht, die sich der Fleisch-und-Blut-Realität der *flexploitation* im aufgeblähten Unterleib der US-amerikanischen Ökonomie annimmt.

Fleischliche Soziologie basiert auf einem logischen Schluss und auf einem Wagnis. Der logische Schluss ist der folgende: Wenn es stimmt, dass der Körper nicht nur ein soziales Konstrukt ist, sondern auch ein sozial konstruierender Vektor im Gefüge von Wissen, Praxis und Macht, dann trifft dies auch auf den Körper der Soziolog\_in in ihrer Funktion als Forscher\_in zu. Das Wagnis besteht darin, zwei Jahrtausende der ‚Verachtung des Körpers‘ zu überwinden, um Nietzsche zu zitieren. Diese hat uns dazu gebracht, den empfindungsfähigen Organismus als Hindernis auf dem Weg zum Wissen zu interpretieren. Nun müssen wir ihn wieder zu einer üppigen Ressource für die sozialwissenschaftliche Forschung machen. Wenn wir unseren Körper methodisch als ein intelligentes Instrument der praktischen Wissensproduktion anwenden, dann beschleunigen wir damit den Erwerb grundlegender sozialer Kompetenz – die operante Fähigkeit, wie einer von vielen zu fühlen, zu denken und zu handeln. Das ist dann auch ein viel besseres Kriterium zur Beurteilung, wann wir unseren Auftrag als Forscher\_in erfüllt haben, als die reine Menge der erhobenen Daten.

### **Ist die ‚handelnde Ethnografie‘ neu?**

Ich bin versucht zu sagen, dass sie im Gegenteil eine alte und ehrwürdige Form von Ethnografie ist, die auf die Anfänge und das goldene Zeitalter der ethnografischen Forschung zurückgeht. Damals wurden das *learning by doing* und der enge Kontakt zu ‚den Einheimischen‘ betont – übrigens erinnert Aristoteles uns in seinen Schriften zur Poetik daran, dass die Menschen ihr Wissen zuerst durch Mimesis erlangen. Handelnde und durchlebende Ethnografie macht dieses Prinzip einfach explizit und intensiviert dabei zwei Eigenschaften, die jeder Ethnografie eigen sind, die diesen Begriff verdient:

dass die Forscher\_innen selbst körperlich involviert und in die soziale und symbolische Struktur eingebettet sind, die sie untersuchen. Anders ausgedrückt benutzt sie ‚Habitus‘ sowohl als Gegenstand als auch als Methode der Analyse (vgl. Wacquant 2011): Die Forschenden decken praktische Schemata auf und testen deren Relevanz, a) indem sie sie sich *in actu* aneignen und intensiv auf die pädagogischen Techniken fokussieren, durch die sie geformt werden; oder b) indem sie die pragmatische Konstruktion analytisch aufschlüsseln, in deren Zuge die Schemata umgesetzt und ausgeführt werden. In dieser Hinsicht wendet sich handelnde Ethnografie gegen jene Strömungen der aktuellen Anthropologie, die von Tropen, Positionalität, Moral, der Offenheit und Vielfalt verschiedener Lagen und Orte [*sites*] (oder ‚parasites‘, die „in die Komplexitäten unserer Zeit eingekeilt sind“ – kein Scherz) geradezu besessen sind, und gegen die Eigenheiten der Professionalisierung, die mit ihren Metaanalysen zu einem Zustand der ethnografischen Lähmung geführt haben (vgl. Faubion/Marcus 2009).

Ich habe an anderer Stelle vorgeschlagen, dass wir, immer wenn die praktischen Umstände es zulassen, „uns zu Einheimischen machen können und sollten, aber gut *gerüstet*, um anschließend auch wieder aus dem Feld zurückzukehren“ (Wacquant 2009: 119). Dieses Gebot ist ein ganz bewusstes Korrektiv zu der im Mainstream der Sozialwissenschaften vorherrschenden Vorstellung von Feldforschung. Ich würde die oben genannte Formulierung gern um einen wichtigen Punkt ergänzen: Das ‚uns zu Einheimischen Machen‘, das ‚*going native*‘, ist ein missverständliches Motto, das uns auf die falsche epistemologische Fährte führt. Denn was ist die ‚einheimische Perspektive‘, die Malinowski (1922/2014) in *The Argonauts of the Western Pacific* kanonisierte, und die Geertz (1974) als den Standpunkt der Ethnografie würdigte? Wessen Perspektive ist das und zu welchem Zeitpunkt wird sie eingenommen? Selbst in kleinen und auf Verwandtschaft basierenden Gesellschaften, die sich Durkheims Vorstellung von ‚mechanischer Solidarität‘ annähern – wie etwa auf den Trobriand-Inseln –, gibt es soziale Differenzierung und Hierarchien. Und in der Tat betont Malinowski die Unterschiede zwischen Bezirken, Stämmen und totemistischen Gruppen im Hinblick auf Hierarchien und Macht. Offensichtlich ist der Standpunkt eines Dorfoberhauptes nicht der eines gewöhnlichen Gemeindemitglieds, die Perspektive und Einstellung eines älteren männlichen Witwers aus einer hoch angesehenen Familie nicht die eines unverheirateten Mädchens aus einem niedriger gestellten totemistischen Clan. In jedem Handlungssystem gibt es eine Arbeitsteilung, die zu *Standpunkten – im Plural* – führt, im Sinne unterschiedlicher Perspektiven, die von sich entwickelnden Punkten in der objektiven Struktur des lokalen sozialen Raums aus eingenommen werden. Darüber hinaus ist stets umstritten, welche Eigenschaften und Positionen etwas als ‚einheimisch‘ qualifizieren. Wer gilt als einheimisch und wer nicht? Diese Frage steht immer in der sozialen Welt selbst zur Diskussion und daher sollte sie von den Forschenden auch nicht einfach so auf dem Papier beantwortet werden. Wie ich in *The Prizefighter’s Three Bodies* zeige, basieren die einzelnen Perspektiven, also zum Beispiel die des Boxers oder der Boxerin, nicht einfach auf einer von der ethnografischen Beobachtung ausgehenden, rohen empirischen Induktion. Vielmehr haben wir es immer mit einer *selektiven und künstlichen Konstruktion durch den Analytiker oder*

die *Analytikerin* zu tun, die einen bestimmten Moment im dynamischen und konfliktiven Verhältnis spezifischer Perspektiven zueinander erfasst (vgl. Wacquant im Erscheinen).

Übersetzung aus dem Englischen von Henrik Lebuhn und Johanna Wischner, unter Mitarbeit von Johanna Hoerning, Kristine Müller und Nina Schuster.

## Endnoten

- [1] Der Autor dankt Frank Adloff, Javier Auyero, Sarah Brothers, Megan Comfort, Magnus Hörnqvist und Nazli Ökten für ihre Kommentare, die bei der Ausarbeitung dieses Essays sehr geholfen haben.
- [2] Siehe vor allem die Sonderausgabe von *Qualitative Sociology* zum Thema „Body and Soul“ (Sommer 2005), das Symposium zu „Habitus in *Body & Soul*“, in *Theory & Psychology* (Dezember 2009), und zu „Homines in extremis“ in *Body & Society* (Frühling 2014) sowie Wacquant 2009.
- [3] Anmerkung des Übersetzers: konativ bedeutet ‚auf Absichten bezogen‘.
- [4] WPA steht für ‚Works Progress Administration‘. 1935 gegründet, war sie die größte US-Bundesbehörde der New-Deal-Ära und entwickelte Arbeitsbeschaffungsprogramme für Millionen von Erwerbslosen (Anm. d. Ü.).
- [5] Die Lady’s Auxiliary ist eine US-amerikanische Wohltätigkeitsorganisation, die von Frauen getragen wird und sich vor allem der Unterstützung von Kriegsveteran\_innen widmet (Anm. d. Ü.).

## Autor\_innen

Loïc Wacquant ist Soziologe mit Interesse an urbaner Marginalität, Bestrafung, Sinnlichkeit und Sozialtheorie.

loic@berkeley.edu

## Literatur

- Adloff, Frank / Gerund, Katharina / Kaldewey, David (Hg.) (2015): *Revealing Tacit Knowledge. Embodiment and Explication*. Bielefeld: Transcript.
- Anscombe, G. E. M. (2000 [1957]): *Intention*. Cambridge: Harvard University Press.
- Auyero, Javier (Hg.) (2005): Editor’s note. In: *Qualitative Sociology, Special Issue on Body and Soul*, 28/2, 141-211.
- Behar, Ruth (1996): *The Vulnerable Observer. Anthropology that Breaks your Heart*. Boston: Beacon Press.
- Bourdieu, Pierre (1990 [1980]): *Le Sens pratique*. Paris: Éditions de Minuit. (Englisch: *The Logic of Practice*. Cambridge: Polity Press, 1990. Deutsch: *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1987.)
- Bourgois, Philippe / Schonberg, Jeff (2009): *Righteous Dopefiend*. Berkeley: University of California Press.
- Cassell, Joan (1991): *Expected Miracles. Surgeons at Work*. Philadelphia: Temple University Press.
- Cassirer, Ernst (1944): *An Essay on Man*. New Haven: Yale University Press.
- Chemero, Anthony (2013): Radical embodied cognitive science. In: *Review of General Psychology* 17/2, 145-150.

- Clark, Andy (1999): An embodied cognitive science? In: *Trends in Cognitive Sciences* 3/9, 345–351.
- Corbin, Alain (1988): *Le Territoire du vide. L'Occident et le désir du rivage, 1750-1840.* Paris: Aubier.
- Damasio, Antonio R. (1999): *The Feeling of what Happens. Body and Emotion in the Making of Consciousness.* New York: Harcourt Brace.
- Faubion, James D. / Marcus, George E. (Hg.) (2009): *Fieldwork is Not What it Used to Be. Learning Anthropology's Method in a Time of Transition.* Ithaca: Cornell University Press.
- Geertz, Clifford (1974): 'From the native's point of view'. On the nature of anthropological understanding. In: *Bulletin of the American Academy of Arts & Sciences* 28/1, 26-45. (Nachdruck in: ders. (1983): *Local Knowledge. Further Essays in the Interpretation of Cultures.* New York: Basic Books, 55-71).
- Ginzburg, Carlo (1976): *Il formaggio e i vermi.* Torino: Einaudi.
- Goffman, Erving (1967): *Interaction Ritual. Essays on Face-to-Face Behavior.* New York: Anchor. (Deutsch: *Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1994.)
- Gowan, Teresa (2010): *Hobos, Hustlers, and Backsliders. Homeless in San Francisco.* Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Hollis, Martin (1977): *Models of Man. Philosophical Thoughts on Social Action.* New York: Cambridge University Press.
- Howes, David (2003): *Sensual Relations. Engaging the Senses in Culture and Social Theory.* Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Lakoff, George / Johnson, Mark (1999): *Philosophy in the Flesh. The Embodied Mind and its Challenge to Western Thought.* New York: Basic Books.
- Leder, Drew (1990): *Flesh and blood. A proposed supplement to Merleau-Ponty.* In: *Human Studies* 13/3, 209-19.
- Lüdtke, Alf (1993): *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus.* Hamburg: Ergebnisse Verlag.
- Malinowski, Bronislaw (2014 [1922]): *Argonauts of the Western Pacific. An Account of Native Enterprise and Adventure in the Archipelagoes of Melanesian New Guinea.* London: Routledge.
- Merleau-Ponty, Maurice (1962 [1945]): *Phénoménologie de la perception.* Paris: Gallimard. (Deutsch: *Phänomenologie der Wahrnehmung.* Berlin: de Gruyter, 1966/1974).
- Merton, Robert (1976): *Structural analysis in sociology.* In: Peter Blau (Hg.): *Approaches to the Study of Social Structure.* London: Open Books, 21-52.
- Noë, Alva (2004): *Action in Perception.* Cambridge: MIT Press.
- Purser, Gretchen (2012): 'Still doin' time'. *Clamoring for work in the day labor industry.* In: *WorkingUSA: The Journal of Labor & Society* 15/3, 397-415.
- Searle, John (2009): *Making the Social World. The Structure of Human Civilization.* New York: Oxford University Press.
- Shapiro, Lawrence (Hg.) (2014): *The Routledge Handbook of Embodied Cognition.* London: Routledge.
- Snow, David A. / Anderson, Leon (1993): *Down on their Luck. A Study of Homeless Street People.* Berkeley: University of California Press.
- Stam, Henderikus J. (Hg.) (2009): *Special section on habitus in the work of Loïc Wacquant.* In: *Theory & Psychology* 19/6, 707-777.
- Sutherland, Edwin / Locke, Harvey J. (1936): *Twenty Thousand Homeless Men. A Study of Unemployed Men in the Chicago Shelter.* Chicago: Lippincott (Nachdruck: New York, Arno Press, 1971).
- Varela, Francesco / Thompson, Evan / Rosch, Eleanor (1991): *The Embodied Mind. Cognitive Science and Human Experience.* Cambridge: MIT Press.
- Wacquant, Loïc (2004 [2000]): *Body and Soul. Notebooks of an Apprentice Boxer.* New York: Oxford University Press. Neue erweiterte Auflage 2014. (Deutsch: *Leben für den Ring. Boxen im amerikanischen Ghetto.* Konstanz: UVK, 2003).
- Wacquant, Loïc (2002): *Scrutinizing the street. Poverty, morality, and the pitfalls of urban ethnography.* In: *American Journal of Sociology* 107/6, 1468-1532.
- Wacquant, Loïc (2009): *The body, the ghetto and the penal state.* In: *Qualitative Sociology* 32/1, 101-129.

- Wacquant, Loïc (2011): Habitus as topic and tool. Reflections on becoming a prizefighter. In: *Qualitative Research in Psychology* 8/1, 81-92. (Deutsch: Habitus als Thema und Analysewerkzeug. Betrachtungen zum Werdegang eines Berufsboxers. In: *LiThes. Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie* 4/2010, 5-23.)
- Wacquant, Loïc (2014a): Homines in extremis. What fighting scholars teach us about habitus. In: *Body & Society* 20/2, 3-17.
- Wacquant, Loïc (2014b): Putting habitus in its place. A response to the symposium. In: *Body & Society* 20/2, 118-139.
- Wacquant, Loïc (im Erscheinen): *The Prizefighter's Three Bodies. Steps to a Carnal Sociology*. New York: Oxford University Press.



## Was ist das X im Postmigrantischen?

Paul Mecheril

Der Ausdruck ‚postmigrantisch‘ – so mein Verständnis als jemand, der hin und wieder Texte zu ‚postmigrantischer Gesellschaft‘ liest oder ‚postmigrantische Theaterstücke‘ sieht und hört – schließt an eine bestimmte Weise der Verwendung und des Gebrauchs des Präfixes ‚post‘ an, wie sie in der Rede über beispielsweise Postfeminismus, Poststrukturalismus, Postkommunismus oder Postkolonialismus deutlich wird. So unterschiedlich diese Redeweisen sind und so unterschiedlich auch das Spektrum des Gebrauchs jedes einzelnen Post-Wortes ist, so unzweideutig ist jedoch, dass Post-X – nur dies begründet das P-Präfix – in einem bestimmten Verhältnis zu X steht: ‚nach X‘. Dieses ‚nach X‘ weist hierbei sowohl ein empirisches als auch ein politisch-normatives Moment auf. So meint Postkolonialismus das, was historisch nach dem Zusammenbruch nicht nur einzelner kolonialer Regime, sondern der Legitimität des Kolonialismus überhaupt beobachtbar war und ist, und zugleich von diesen kolonialen Strukturen in Sprache, Recht, Identität, Politik und Ökonomie vermittelt wird. Darüber hinaus artikuliert sich im Gebrauch des Wortes Postkolonialismus aber auch eine Kritik an kolonial-imperialen Überlegenheitspraxen; Postkolonialismus ist immer auch ein politisch-normativer Einsatz für das Erkennen von durch koloniale Muster vermittelten Herrschaftsstrukturen, ein Engagement für ihre Schwächung und ihre Überwindung.

Hierbei findet sich das empirische und politisch-normative Moment in der Rede von ‚nach X‘ in den bekannten ‚Post-Wendungen‘ in allemal ungleicher (und insofern je untersuchenswerter) Weise. Das programmatisch-normative Moment in der Verwendung des Ausdrucks Postnationalsozialismus hat selbstverständlich eine andere Kraft und Bedeutung als in jener von Postfeminismus oder Postmoderne. Und dennoch scheint es berechtigt, in jeder Rede von Post-X nicht allein ein empirisches Statement im Hinblick auf die Schwäche, das Ende oder die Transformation von X zu erkennen, sondern auch eine normative Distanzierung von X (etwa: Bestärkung des Regimes der Zweigeschlechtlichkeit in und durch feministische(n) Positionen).

Was also, so will ich hier fragen, hat es mit dem empirischen und normativen Status des X im Postmigrantischen auf sich? Ist das Migrantische

empirisch zu und am Ende? Und/oder: Ist das Migrantische etwas, was mit guten Gründen überwunden, mindestens transformiert werden sollte? Die Leserin ahnt schon: Ich beantworte beide Fragen mit Nein – was folgenreich ist, läuft meine Überlegung doch darauf hinaus, auf den Ausdruck ‚postmigrantisch‘ zu verzichten. Ich denke nämlich, dass es in der gegenwärtigen Situation nicht um eine Absetzbewegung vom Migrantischen, sondern von bestimmten einflussreichen politischen, diskursiven und kulturellen Reglementierungen migrationsgesellschaftlicher Phänomene (bzw. des Migrantischen) gehen sollte. Der Ausdruck ‚postmigrantisch‘ distanziert sich in meinem Verständnis gewissermaßen vom falschen Objekt.

Hiermit meine ich aber nicht, dass die (migrations-)gesellschaftliche Diagnose und der politische migrationsgesellschaftliche Einsatz, die sich mit dem Zeichen des Postmigrantischen verbinden, nicht einsichtig seien.

Ganz im Gegenteil. Die Kritik ist meines Erachtens zutreffend, aber ich verstehe sie eher als Beiträge zur Auseinandersetzung um die Frage, welche Gruppen wie und mit welchen Interessen ihre Version migrationsgesellschaftlicher Wirklichkeit hegemonial werden lassen, und denke, dass Kritik eine falsche Richtung einschlägt, wenn sie danach trachtet, eine Distanz zum Migrantischen zu gewinnen. Es geht um die politische, kulturelle, epistemische Besetzung des Migrantischen/des Migrationsgesellschaftlichen, nicht um seine Überwindung.

Vielleicht ist es überzeugend zu sagen, dass die Verwendungsweisen und Verwendungskontexte des Postmigrantischen trotz aller Diversität vier grundlegende Kritikpunkte an der Art und Weise kennzeichnen, wie in einseitigen Verengungen Migration thematisiert wird:

- Kritik des nationalstaatlichen Integrationsdispositivs: Mit der zumindest rhetorischen Anerkennung der Migrationstatsache etwa seit Anfang des neuen Jahrtausends wird in der deutschsprachigen Öffentlichkeit das Thema Migration nahezu ausnahmslos in einem Atemzug mit der Vokabel ‚Integration‘ behandelt. Hierbei werden mit ‚Integration‘ weithin etwa nicht Strategien der Bewältigung eines von Restriktionen geprägten Alltags, alternative Praktiken der sozialen Selbstinklusion und noch viel weniger subversive Praxen der Zugehörigkeitsaneignung von Migrant\_innen erfasst. Auch kommen mit der Integrationsvokabel eher nachrangig Maßnahmen zur rechtlichen Integration von Migrant\_innen im Sinne der Ausstattung mit Teilhaberechten oder politische Maßnahmen zur aktiven Bekämpfung von Diskriminierung in den Blick. Der Integrationsdiskurs basiert vornehmlich auf Negativnarrativen über die ‚verweigerte‘, ‚mislungene‘, die ‚verpasste‘ oder gar die ‚unmögliche‘ Integration. Gerade aus dieser Negation entfaltet der Integrationsimperativ seine normative Kraft. Das fortwährend erneuerte Attest der gescheiterten Integration ermöglicht eine beständige Neuformulierung von Integrationsaufforderungen. Vor dem Hintergrund der semantischen Vagheit und performativen Assoziation mit Phänomenen des Scheiterns kann ‚Integration‘ zur Durchsetzung disziplinarischer Maßnahmen instrumentalisiert werden, was im Zuge der gegenwärtig dominanten Verwendungsweise des Konzepts auch geschieht. ‚Integration‘ ist hier eine mehr oder weniger einseitige Anpassungsleistung, die als Migranten geltende Personen zu erbringen haben. ‚Integration‘ ist zugleich ein Sanktionssystem, da bei

nicht erbrachter Integration aufenthaltsrechtliche, symbolische und ökonomische Strafen drohen. ‚Integration‘ bestätigt die Zuschreibung von Fremdheit, da die Vokabel nahezu ausschließlich benutzt wird, um über sogenannte Menschen mit Migrationshintergrund (MmM) zu sprechen. Indem sie als MmM bezeichnet werden, werden Menschen als ‚fremde Elemente‘ konstruiert, die zunächst im Rahmen einer Willkommenskultur zu empfangen und dann zu integrieren seien. Die Frage der ‚Integration‘ wird aber beispielsweise nicht mit Bezug auf sexuelle Vergehen an Kindern durch christliche Geistliche gestellt oder mit Bezug auf wirtschaftskriminelle Biografien von Menschen, die selbstverständlich und fraglos als Deutsche verstanden werden.

- Kritik der Defizitperspektive auf Migration: Es kann mittlerweile als gesellschaftlicher Konsens in Deutschland gelten, dass Migration unvermeidbar ist. Nicht selten heißt es sogar, Deutschland brauche aus demografischen und ökonomischen Gründen sogenannte Zuwanderer. Hierbei kennt die migrationspolitische Rationalität zwei überlappende Schlüsselargumente zur Legitimation der Notwendigkeit geregelter Immigration. Das wandernde und wandlungsfähige ‚Humankapital‘ ist mittlerweile eine der begehrtesten Ressourcen im globalen Wettstreit um die Sicherung des nationalen Wohlstandes und der nationalen Konkurrenzfähigkeit. Die Logik des neuen, auf demografischen und wirtschaftlichen Ausgleich zielenden öffentlichen Migrationsdiskurses ist hierbei im Kern ökonomistisch. Die Abkehr von der bis Anfang des 21. Jahrhunderts in Deutschland geltenden offiziellen Weigerung, die Migrationstatsache anzuerkennen, war zwar überfällig; zugleich muss aber darauf hingewiesen werden, dass mit Politiken, die bestrebt sind, die instrumentelle Bedeutung der Migrant\_innen sowie ihre Verwertbarkeit hervorzuheben, erhebliche Probleme verbunden sind. Beispielsweise wird dadurch in der Konsequenz zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Migrant\_innen unterschieden. ‚Gute‘ sind solche, die einen Beitrag zur Sicherung ‚unseres‘ Wohlstandes leisten, ‚schlechte‘ solche, die ‚unsere‘ Ressourcen verbrauchen (beispielsweise Sinti und Roma, die aufgrund rassistischer Verfolgung in bestimmten Teilen Europas versuchen, nach Deutschland zu gelangen und hier vom Innenministerium des ‚Asylmissbrauchs‘ bezichtigt werden).
- Kritik der Reduktion migrationsgesellschaftlicher Wirklichkeit auf (klassische) Einwanderung: Die klassische Migrationsforschung und die von ihr mit ‚Fakten‘ versorgte Migrationspolitik bezog und bezieht sich vornehmlich auf ein bestimmtes Modell von Wanderung, nämlich den einmaligen und unidirektionalen Wechsel des Wohn- und Aufenthaltsortes. ‚Immigration‘ ist der Prototyp dieses Forschungsmodells. Die Immigrant\_in wandert zu einem gegebenen Zeitpunkt vor dem Hintergrund bestimmter Erfahrungen und Erwartungen aus und gelangt in einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhang, in den sie sich mehr oder weniger erfolgreich eingliedert. Dieses Modell beschreibt nicht nur einen klassischen Wandertyp – den der Einwanderung –, sondern es hat auch gesellschaftliche Folgen, da unter dieser Perspektive Migrant\_innen immer nur als Immigrant\_innen erscheinen und migrationsgesellschaftliche Wirklichkeit auf einen zwar wichtigen Teil dieser Realität, aber eben nur einen Teil, nämlich Einwanderung,

reduziert wird. Jede gesellschaftswissenschaftliche Perspektive bildet Gegenstände nicht schlicht ab, sondern wirkt aktiv an der Erschaffung von Gegenständen mit. Wenn im klassischen Modell der Immigration die Erfahrung des Wechsels von Existenzformen kennzeichnend ist, dann ist die zentrale Erfahrung im Zusammenhang von Prozessen, die etwa als Transmigration oder auch Hybridität bezeichnet werden, dass der Wechsel selbst, das Pendeln, das faktisch imaginative Bewegungen zwischen Zugehörigkeitskontexten zur Existenzform geworden ist. Im Zuge von Migrationsprozessen entstehen soziale und subjektive Realitäten, die sich von traditionellen nationalen Lebenskontexten im Sinne eines Aufhebens der Kontexte unterscheiden. Die hier aufscheinende Perspektive betont die (Möglichkeit der) Gleichzeitigkeit von Verbundenheit und Zugehörigkeit zu mehreren natio-ethno-kulturellen Kontexten, was im Rahmen des vorherrschenden politischen und auch pädagogischen Diskurses über Migration wenig thematisiert wird.

- Kritik der Repräsentationsverhältnisse (Wer spricht über wen?): Diskursive Auseinandersetzungen um symbolische Grenzen natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit kennzeichnen migrationsgesellschaftliche Kontexte. Solche Zugehörigkeitsdiskurse erzeugen Wirklichkeiten, sie sind machtvoll und komplex. Zugehörigkeitsverhältnisse stellen zentrale Referenzen politischer Auseinandersetzung sowie intellektueller und wissenschaftlicher Analyse dar, was sicher nicht allein als Widerspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden werden darf, sondern vielleicht eher als Repräsentationspraxis, in der das zu Repräsentierende erst entsteht. Die Geschichte Deutschlands zeigt, dass sowohl im Umgang mit sogenannten Minderheiten als auch im Umgang mit der Frage, was ‚Deutschsein‘ auszeichnet, ein eher nationalistisch als republikanisch geprägtes Verständnis vorherrschte. Wer auf gegenwärtige Verhältnisse in Politik, Bildung und Medien schaut, wird Kontinuitäten feststellen: Nach wie vor gilt, dass das nationale Selbstverständnis Repräsentationsverhältnisse prägt. Trotz dieser machtvollen Unirritiertheit haben wir es aber keineswegs mit feststehenden Verhältnissen zu tun. Die Migrationsgesellschaft ist vielmehr in allen ihren relevanten Bereichen – der Kunst, den Medien, dem Alltagsgeschehen und der Wissenschaft, vielleicht allerdings am wenigsten der Politik – von einem Kampf um Repräsentationen charakterisiert. Das Engagement für Selbstvertretung und Selbstdarstellung, die Problematisierung von Fremdvertretung (z. B. in der Praxis ‚Ausländerbeauftragte‘/ ‚Integrationsbeauftragte‘) und Fremddarstellung (z. B. im Diskurs ‚Ausländerkriminalität‘) verändert den Migrationsdiskurs und eröffnet neue Perspektiven.

Diese viergliedrig wiedergegebene Kritik, die sich meiner Wahrnehmung nach nicht allein, aber auch in der analytisch-normativen – d. h. erkenntnispolitischen – Praxis artikuliert, die mit dem Ausdruck postmigrantisch verbunden ist, ist überzeugend und wichtig. Die spielerische, ironische, zum Teil abfällige Art, mit welcher jene Positionen in den Blick geraten, die an dem kritisierten gesellschaftlichen Regulationszusammenhang festhalten, macht Stärke und Attraktivität der postmigrantischen Kritik aus. Die an andere kritische Analysen anschließende, diese bündelnde und ihnen wenn

auch kein Gesicht, so doch einen Namen verleihende Kritik im Zeichen des Postmigrantischen ist überzeugend, ich zumindest stimme ihr zu.

Ich würde diese Kritik aber nicht ‚postmigrantisch‘ nennen. Diese Bezeichnungspraxis ist nicht nur irreführend, sondern auch gefährlich. Irreführend daran ist die Suggestion, migrantische Phänomene gehörten empirisch eher einer nach wie vor zwar wirksamen, aber eben vergangenen Vergangenheit an; gefährlich ist die normative Botschaft, das Migrantische sei etwas, von dem sich abzusetzen angeraten sei. Ohne hier eine Distinktionspraxis zu vermuten, in der sich unter der Hand die kosmopolitische, bürgerlich-akademische Metropostmigrantin selbst zum Maß der Dinge macht, scheint mir die Gefahr einer Überblendung bedeutsam. Denn der Kampf beispielsweise gegen die Defizitzuschreibung oder gegen Integrationszumutungen war immer schon Bestandteil der migrationsgesellschaftlichen – wir können auch sagen migrantischen – Realität, so wie im Übrigen auch beispielsweise die komplizenhafte Anerkennung der Defizitzuschreibung oder die Zustimmung zu Integrationszumutungen Kennzeichen gegenwärtiger (post-?)migrantischer Verhältnisse ist. Prozesse der Migration gehen mit grundlegenden Wandlungsprozessen einher, die nicht allein spezifische gesellschaftliche Bereiche, sondern vielmehr Strukturen und Prozesse gesellschaftlicher Verhältnisse im Ganzen betreffen. Die durch Migrationsphänomene angestoßenen Prozesse der Pluralisierung und der Vereinseitigung, der Differenzierung und der Entdifferenzierung, der Segregation und der Vermischung des Sozialen sind und waren schon immer vielfältig, nie nur auf einen Typus (etwa Emigration/Immigration) beschränkt und nie allein aus einer Perspektive (etwa der der klassischen Integrationsforschung) vollständig erfassbar. Dies ist sicher kein exklusives Kennzeichen gegenwärtiger migrationsgesellschaftlicher Verhältnisse. Migration ist für mich eine Perspektive, mit der soziale Phänomene und Kontexte erfasst werden, für die die Überschreitung politischer und symbolischer Grenzen natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit durch Menschen, Artefakte und Praxisformen konstitutiv oder zumindest kennzeichnend ist: Übersetzung oder Vermischung als Folge von Wanderungen, Entstehung von Zwischenwelten und hybriden Identitäten, Phänomene der Zuschreibung von Fremdheit, Strukturen und Prozesse des Rassismus oder auch die Erschaffung neuer Formen von Ethnizität und vieles andere mehr – all dies gehört zur migrationsgesellschaftlichen Realität, ist adressiert und sollte in den Blick genommen werden, wenn wir von Migration sprechen. In der Bezeichnung ‚postmigrantisch‘ wird nun der irrige Eindruck erweckt, diese Phänomene und angemessene Formen seiner Darstellung und Vertretung kämen erst mit der postmigrantischen Wende ins Spiel. Gefährlich ist dieser irrige Eindruck, weil er, wie es Sprachwendungen nun mal an sich haben, produktiv wirkt und vielleicht paradoxerweise das Bild der Schmutteligkeit des Migrantischen bestätigt, das in Deutschland zumindest lange Zeit gesellschaftlich vorherrschend war und mittlerweile einem spezifischen Schmuttelbild gewichen ist: Schmuttelig sind nicht mehr alle Migrant\_innen, sondern nur noch diejenigen, die nutzlos sind. In der Distanzierung und der Absetzbewegung des Postmigrantischen von ihrem unbenannten X wiederholt sich die Abfälligkeit der sich als nichtmigrantisch imaginierenden, symbolischen Mehrheit gegenüber dem schmutteligen Migrantischen.

**Autor\_innen**

Paul Mecheril ist Erziehungswissenschaftler. Er arbeitet zu Migration, Zugehörigkeiten, Bildung sowie sozialen Differenz- und Dominanzverhältnissen.  
paul.mecheril@uni-oldenburg.de



## Zwischen *citizenship* und *commoning*

Recht auf Stadt in Zeiten der Eurokrise

Noel David Nicolaus

Bei der Suche nach Interpretationsansätzen, die zum Verständnis der sogenannten Eurokrise beitragen können, spielte in den vergangenen Jahren das Städtische eine zunehmend zentrale Rolle innerhalb linker politischer Netzwerke wie dem Blockupy-Bündnis[1] oder der vielfältigen Recht-auf-Stadt-Bewegung[2]. Ein interessantes Untersuchungsfeld bietet Berlin, da es zu einem wichtigen Anziehungspunkt für Migrant\_innen des „kognitiven Prekariats“ (Foti 2005) der europäischen Peripherie geworden ist.[3] Diese Entwicklung hängt auch mit der gestärkten politischen Machtstellung der deutschen Hauptstadt innerhalb der EU zusammen.[4]

Mich interessieren hier insbesondere jene europäischen Migrant\_innen, die aufgrund ihres vermeintlich hohen kulturellen Kapitals von der deutschen Einwanderungspolitik und der medialen Öffentlichkeit bisher als ‚unproblematisch‘ betrachtet wurden. So neigen die deutschen Medien dazu, Migrant\_innen aus der EU-Peripherie und insbesondere dem Mittelmeerraum als wirtschaftlich bedeutende ‚Ressource‘ darzustellen. In einem neueren Artikel des *Spiegel* werden spanische Migrant\_innen gar als „Muster-Migranten“ bezeichnet (Böckling 2014; vgl. auch Becker et al. 2013). Andererseits wird aber auch diese Gruppe unter den Generalverdacht des Sozialstaatsmissbrauchs gestellt und im Hinblick auf den Zugang zu sozialen Rechten systematisch benachteiligt, wie unter anderem der Vorbehalt gegen die Zahlung von Sozialleistungen für EU-Ausländer\_innen nach dem Europäischen Fürsorgeabkommen (EFA) gezeigt hat. Gerade in Städten wie Berlin werden die neuen Euromigrant\_innen darüber hinaus gerne für Gentrifizierung und Nachbarschaftswandel verantwortlich gemacht und teilweise offen angefeindet.

Um die Dynamiken dieser Entwicklung und ihre Auswirkungen zu begreifen, kann sich ein Zugriff auf das *Citizenship*-Konzept als nützlich erweisen. So müssen die mit der Krise einhergehende Rekonfigurierung traditioneller Formen von *citizenship* und das Auftreten neuer sozialer Ungleichheiten besonders im städtischen Kontext in ihrer Kontinuität mit den historischen, als charakteristisch für den Postfordismus[5] geltenden Erosionsprozessen sämtlicher nationalstaatlich geregelter Formen von *industrial citizenship*[6]

betrachtet werden. Insofern sind sie auch als radikale Fortsetzung jener gesamtgesellschaftlichen Prekarisierungsprozesse zu deuten, die Autor\_innen wie Guy Standing (2011) und Judith Butler (2011) als ein Hauptmerkmal der gegenwärtigen Phase des globalen Neoliberalismus beschreiben. Darüber hinaus ermöglicht der Fokus auf *citizenship* eine Analyse der Kämpfe um politische und soziale Teilhabe und ihrer veränderten Möglichkeitsbedingungen.

Der Text gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil werden die widersprüchlichen Folgen der Eurokrise erläutert: Einerseits sind traditionelle Formen von *citizenship* stark eingeschränkt worden und neue Hierarchien innerhalb der transnationalen EU-Citizenship entstanden. Dies hat, wie im zweiten Teil gezeigt wird, auch Widerstand hervorgerufen und neue soziale Potenziale in den betroffenen Gesellschaften freigesetzt. Im dritten Teil wird zunächst auf Recht-auf-Stadt-Politiken im Kontext Berliner Gentrifizierungsprozesse eingegangen, um anschließend einige Dynamiken im Zusammenhang mit der neuen Migration zu diskutieren.

### **1. Innereuropäische Migration und *citizenship* im Kontext der Krise**

Die sogenannte Eurokrise dauert nun schon seit einem halben Jahrzehnt an. Was 2009 als Währungskrise begann, ist durch die Wechselwirkung von Bankenkrise, Staatsschuldenkrise und makroökonomischer Krise zu einer umfassenden Vielfachkrise geworden, die das wirtschaftliche und politische Gleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten der Eurozone massiv zugunsten Deutschlands verschoben hat (vgl. Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2012). Den Wünschen der Berliner Regierung folgend wurden in sämtlichen betroffenen Krisenländern des süd-, mittel- und osteuropäischen Raums harte politische Maßnahmen umgesetzt, die allgemein die Merkmale einer strengen Austeritätspolitik neoliberaler Prägung aufweisen (ebd.). Deren teils verheerende gesellschaftliche Auswirkungen haben vielerorts zu erheblichem öffentlichem Widerstand und heftigen Ausschreitungen geführt, denen nicht selten mit einem hohen Maß an staatlicher Gewalt begegnet wurde.[7]

Insgesamt resultierten daraus in den betroffenen Staaten eine weitgehende Erosion konsolidierter Bürgerschaftsrechte (Giubboni 2013, Moreau 2011, Heise/Lierse 2011) sowie eine verschärfte Neoliberalisierung urbaner Räume (Brenner et al. 2013, Soureli/Youn 2009). Gleichzeitig ist eine Neuausrichtung der innereuropäischen Migrationsbewegungen zu beobachten (Benton/Petrovic 2013). Bei anhaltender zahlenmäßiger Zunahme – u. a. infolge der EU-Osterweiterung – haben sich die Migrationsbewegungen aus Osteuropa, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, umorientiert – weg von den krisenbetroffenen Mittelmeerstaaten Spanien und Italien, hin zu beispielsweise Deutschland (Holland/Paluchowski 2013).

Die dramatischen Auswirkungen der Krise haben die *Citizenship*-Debatte im akademischen Kontext befeuert. Zunehmend wird deutlich, dass innerhalb des transnationalen Rahmens der EU-Staatsbürgerschaft neue Machthierarchien entstehen – nicht nur zwischen EU-Bürger\_innen und Angehörigen von Drittstaaten, sondern zwischen den verschiedenen EU-Staaten selbst. Besonders auffällig ist dabei die Vertiefung des Nord-Süd-Gefälles innerhalb der Union, das sich als Folge der erzwungenen

Koexistenz unterschiedlicher neoliberaler Akkumulationsregime innerhalb der Eurozone erklären lässt (vgl. Becker/Jäger 2011, Mezzadra 2013b, Rossi 2013, Stockhammer 2014). Während Nordeuropa – mit Deutschland an der Spitze – ein exportbasiertes Modell verfolgt, ist das Wirtschaftswachstum in den Staaten Südeuropas durch private und öffentliche Verschuldung angetrieben worden (Becker/Jäger 2011, Stockhammer 2014). Die gemeinsame Währungspolitik hat indessen die südeuropäischen Staaten der geldpolitischen Instrumente beraubt, die es ihnen in der Vergangenheit ermöglichten, international wettbewerbsfähig zu bleiben (ebd.). Diese ungleiche Entwicklung und die unterschiedlichen Bedürfnisse der beiden Wirtschaftsmodelle spiegeln sich auch in unterschiedlichen Regulierungsweisen der Migrationsprozesse wieder (vgl. Kasperek/Tsianos 2013): So strebte der Süden Europas stets eine gewisse ‚Porosität‘ der Grenzen des Schengener Raums an, um die Versorgung der arbeitsintensiven, nichtindustriellen Landwirtschaft und der lokalen Bauindustrie mit billigen (weil durch das Grenzregime illegalisierten) Arbeitskräfte sicherzustellen. Die ‚Kernländer‘ des Nordens setzten hingegen auf ein Regime, das ihnen die differenzielle Inklusion jener sogenannten *high-skilled migrants* ermöglichen soll, die für eine postfordistische, wissensbasierte Wirtschaft von besonderem Interesse sind (ebd.).

Die gegenwärtige Krise des südeuropäischen Raums hat also tiefe Differenzen sichtbar gemacht, die von der vermeintlichen Konvergenz der Staaten der Eurozone, die optimistische Beobachter\_innen zeitweise zu erkennen glaubten, nur vorübergehend verschleiert wurden (vgl. Gough 2012). Gleichzeitig zeigt sich, wie die Methoden, Diskurse und Institutionen, die in den vergangenen Jahren im Rahmen des Schengener Prozesses entwickelt wurden, nun als Modell für neue „liminale Institutionen“ fungieren, die für die *governance* der Krise zuständig sind (Kasperek/Tsianos 2013). Kritische Forscher\_innen aus dem italienischen Kontext sehen gar Parallelen zwischen dem gegenwärtigen Nord-Süd-Verhältnis innerhalb der EU und der historischen Rollenverteilung innerhalb der italienischen Wirtschaft, in der die strukturell schwachen, in die Verschuldung getriebenen südlichen Regionen als Absatzmarkt sowie als Quelle billiger Arbeitskräfte für den industrialisierten Norden herhalten mussten (Curcio 2013, vgl. auch Rossi 2013). Nach dieser Lesart waren (und sind) die rassistischen Diskurse der ‚modernen‘ Norditaliener\_innen gegenüber den ‚rückständigen‘ Süditaliener\_innen für dieses strukturelle Verhältnis ebenso paradigmatisch, wie es die nordeuropäische Empörung über die – vermeintlich selbstverschuldeten – südeuropäischen Zustände für die gegenwärtige Umstrukturierung des EU-Raums ist (Curcio 2013). Aus dieser Perspektive bekommt die Migrationsbewegung prekarisierter südeuropäischer Wissensarbeiter\_innen in Richtung Nordeuropa eine neue Tiefe, gar eine „konstitutive“ Rolle für eine Erneuerung von *citizenship* im europäischen Kontext (Mezzadra 2013b; 2013c), wie wir nun sehen werden.

## **2. Europa erneuern, *citizenship* neu denken: *commoning***

So dramatisch die Auswirkungen der Krise erscheinen mögen, bietet die gegenwärtige Situation in den Augen einiger Beobachter\_innen dennoch die einzigartige Möglichkeit, sowohl Europa als auch das

europäische Bürgerschaftskonzept radikal zu erneuern. Engagierte Appelle in diesem Sinne kamen beispielsweise von namhaften Autoren wie Jürgen Habermas (2012), Ulrich Beck (2013), Étienne Balibar (2013) und Sandro Mezzadra (2013a; 2013b). Trotz aller politischen Differenzen ist ihnen die Idee gemeinsam, eine Rettung des europäischen Projekts könne nicht ‚von oben‘, also durch institutionelle Reformen oder politische Maßnahmen, kommen, sondern müsse sich notwendigerweise ‚von unten‘ ergeben, durch ein neues, intensives Engagement der europäischen Staatsbürger\_innen und eine entsprechende Neugründung europäischer Bürgerschaft/*citizenship* als kosmopolitisches Bottom-up-Projekt.

So betrachtet dürfte auch die Zunahme und Neuausrichtung innereuropäischer Migrationsbewegungen im Rahmen der Krise als basisdemokratische Einforderung jenes Freizügigkeitsrechts angesehen werden, das nach wie vor eines der Kernelemente der Unionsbürgerschaft bildet. Das ist weder im Sinn einer rein numerischen Kompensation der Ungleichheiten auf dem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt zu sehen – wie es sich die europäischen Gründer\_innen erhofft hatten – noch als Gelegenheit für die wirtschaftlich stärkeren EU-Länder, hoch qualifizierte Arbeitskräfte zum eigenen Vorteil zu sichern – wie es sich beispielsweise die deutschen Wirtschaftskreise wünschen würden. Vielmehr geht es um die radikale Einforderung des Rechts, die Aushöhlung von traditionellen *Citizenship*-Rechten durch individuelle Mobilität zu kompensieren, unabhängig von der unmittelbaren Verfügbarkeit über finanzielles oder kulturelles Kapital – Mobilität also als *act of citizenship*, um die Formulierung Engin Isins (2008) zu gebrauchen.[8]

Diese erste Kategorie ergänzt sich mit einer zweiten Form von *acts of citizenship*, die im Kontext der Krise einen starken Zuwachs erfahren hat (Isin 2014): Sie lässt sich im Bereich jener Konflikte und Praktiken verorten, die mit der Formel eines ‚Rechts auf Stadt‘ zu umschreiben sind, und geht doch gewissermaßen darüber hinaus. In diesem Bereich findet sich eine breite Koalition von Akteuren, die von Migrant\_innen, Erwerbslosen und Aktivist\_innen bis zu Studierenden, Künstler\_innen und Akademiker\_innen reicht (Mayer 2013). Durch die kollektive Aneignung urbaner Räume, oft in Form von Besetzungen leerstehender Gebäude, ermöglichen sie die konkrete Entstehung neuer Gesellschaftspraktiken, die eine radikale, real existierende Alternative zum Alltag der Austeritätspolitik bilden (ebd.; vgl. Living in the Crisis Collective 2014, Squatting Europe Collective 2013), wobei Margit Mayer (2013) gerade auch auf die Fragmentierungsdynamiken innerhalb der Bewegung aufmerksam macht.

Gleichzeitig lassen sich die aufstrebenden städtischen Bewegungen Europas nicht auf die Praxis des *squatting* reduzieren. Ihre stärkste theoretische und methodische Gemeinsamkeit besteht wohl in der neuen Zentralität kollektiver Gemeingüter, die seit geraumer Zeit auf akademischer Ebene durch das Konzept der *commons* reflektiert wird (Bollier/Helfrich 2012; Harvey 2012: 67-89). Auf dessen Widersprüche und Definitionsschwierigkeiten kann hier nicht ausführlich eingegangen werden; wichtig ist jedoch der prozessuale Charakter, aufgrund dessen sich die *commons* nicht als etwas Gegebenes präsentieren, das es zu erobern gilt, sondern als schöpferisches Ergebnis einer kontinuierlichen kollektiven Praxis, die als *commoning* bezeichnet wird (Bollier/Helfrich 2012). Für Autoren wie Massimo De Angelis

(2010) ist *commoning* als radikale Kritik kapitalistischen Eigentums zu verstehen, die sich durch den Aufbau neuer gesellschaftlicher Beziehungen äußert und die angestammten Klassenunterschiede bis zu ihrer Aufhebung infrage stellt (Angelis spricht von „Explosion“ und betont damit in Bezug auf die Mittelschicht eine ‚von innen‘ agierende Kraft).

Von der Feststellung der prozessualen, relationalen Eigenschaften des *commoning* ist es dann nur ein kurzer, aber wichtiger Schritt hin zur Erweiterung des Begriffs um dessen performativen Charakter. Damit ist der häufige Einsatz künstlerischer und kultureller Praxen gemeint, der innerhalb der neuen städtischen Bewegungen zu verzeichnen ist. So ist die Erschaffung der *commons* oft von der Entstehung kollektiver Formen (sub-)kulturellen und symbolischen Kapitals begleitet: sei es nun in der Form eines Urban-Gardening-Kollektivs, eines künstlerischen Projektraums oder durch politische Graffiti und Street-Art (Morgan/Ren 2012).

Inzwischen werden sämtliche dieser Praktiken des informellen, temporären Bottom-up-Urbanismus auch unter dem Begriff *makeshift urbanism* gefasst (Tonkiss 2013). In dieser Fassung wurden sie allerdings auch vom neoliberalen Städtemarketing entdeckt und teilweise in den Mainstream der kreativen Stadt integriert, was auf die dringende Notwendigkeit einer kritischen Alternative zum Konzept der kreativen Klasse verweist. Diese könnte zum Beispiel im Begriff der *creative underclass* bestehen (Morgan/Ren 2012), mit dem der kulturelle und identitätsstiftende Charakter urbaner Kreativität gegenüber dessen wirtschaftlich-produktiver Betonung hervorgehoben werden soll. Kreativität wird hier, im Gegensatz zur Lesart von Richard Florida (2002)[9], als zutiefst menschliche und alltägliche Praxis verstanden, die sich nicht auf finanzielle Verwertbarkeit reduzieren lässt, sondern besonders in all jenen vielfältigen *acts of resistance* (Bourdieu 1998) zu finden ist, die sich gegen die Ungerechtigkeiten des dominierenden Systems richten. Als solche können sie auch als Kernmerkmal jener *acts of citizenship* gelten, die ich hier in Bezug auf Europas unruhige Städte kurz umschrieben habe.

### **3. Der Kampf um Berlin: Gentrifizierung, Recht auf Stadt und neue Migration**

Man könnte es wohl als Beweis für die sprichwörtliche Ironie der Geschichte abtun, dass diejenige Stadt, die mehr als jede andere in den vergangenen Jahren die Sehnsucht und Hoffnungen der „verlorenen Generation“ (Chauvel/Schröder 2014) Europas eingefangen hat, selbst unter hoffnungsloser Überschuldung und chronisch hoher Arbeitslosigkeit leidet – obwohl sie gleichzeitig die Hauptstadt des größten Nutznießers der Krise ist. Dass Berlin zum Anziehungspunkt für Euromigrant\_innen aus den Reihen des kognitiven Prekariats geworden ist, ist jedoch kein Zufall.

Berlin hat sich, stärker und hingebungsvoller als fast jede andere Metropole vergleichbarer Größe, seit den frühen 2000er Jahren der Strategie der ‚kreativen Stadt‘ verschrieben. Was anfangs noch als Akt der Verzweiflung angesehen werden konnte – hervorgegangen aus der bitteren Erkenntnis, dass sich die großen Erwartungen der 1990er Jahre für Berlin in keinerlei Hinsicht erfüllt hatten –, entwickelte sich im Lauf der folgenden Dekade zu einer zynisch und rücksichtslos geführten Kommunikationskampagne, die

sich gut mit Wowereits inzwischen weltberühmtem Bonmot zusammenfassen lässt, demzufolge Berlin „arm, aber sexy“ sei (vgl. Borst/Krätke 2000, Brenner 2002, Krätke 2004).[10]

War die wirtschaftliche und politische Elite der Stadt Ende der 1990er Jahre noch unsicher, wie sich die Marke Berlin jenseits von Hauptstadt, Baustelle und Love Parade vermarkten lassen konnte, lieferte der in den 2000er Jahren entstehende Diskurs einer *creative city* die geeignete Steilvorlage für eine halbwegs glaubwürdige Entwicklungsstrategie. Das Bild der Spree-Metropole als ruinenübersäter Spielwiese für Kreative aus der ganzen Welt entwickelte sich zu einem machtvollen Diskurs, der in den Dienst sehr konkreter wirtschaftlicher und politischer Interessen gestellt wurde (vgl. Bernt et al. 2013).

Im gegenwärtigen Zusammenhang ist hier das von Stefan Lanz (2007; 2012) charakterisierte Dispositiv der „kosmopolitischen Metropole“ bedeutsam. Laut Lanz hat dieses Dispositiv das in den 1980er und 1990er Jahren noch dominierende Bild der „multikulturellen Stadt“ (ebd.) abgelöst und zu einer positiven Betonung der ökonomischen Potenziale „kultureller Hybridisierungsprozesse“ sowie der Förderung nach Kriterien des „positiven Umgang[s] mit Vielfalt“ (Abgeordnetenhaus Berlin, zit. in Lanz 2012) geführt.

Eine solche Betonung von Internationalität und Diversität als wirtschaftsfördernde Standortfaktoren ergänzt sich mit jenen Diskursen, die die Zuwanderung von Migrant\_innen aus dem Rest Europas als große Chance zur Sicherung des deutschen Wohlstands ansehen (vgl. z. B. Hintze 2012), sowie mit der Idee einer ‚kreativen Klasse‘ als hochmobiler, hochqualifizierter Elite. Migrant\_innen gelten hierbei als wirtschaftliche Ressource und unternehmerische Subjekte, von denen ein hohes Maß an Selbstverantwortung und finanzieller Leistungskraft erwartet wird.

Die Verkopplung der Diskurse von Berlin als kreativer Stadt und kosmopolitischer Metropole bilden den Hintergrund, vor dem sich im Kontext der Krise Gentrifizierung, Recht-auf-Stadt-Politiken und Migration auf neue Weise miteinander verschränken. Das *Citizenship*-Konzept bietet einen besonders produktiven Zugang zu dieser vielfach umkämpften Dynamik.

### 3.1 Gentrifizierung und Recht auf Stadt

Wenngleich Gentrifizierungsprozesse in Berlin im Vergleich zu Metropolen wie London, New York oder auch Istanbul noch vor wenigen Jahren so moderat wirkten, dass der Begriff einer „symbolischen“ Gentrifizierung (Lang 1998: 30) vorgeschlagen wurde, um deren vorwiegend imagebezogenen Charakter zu beschreiben, so ist doch unübersehbar, wie sich inzwischen in sehr kurzer Zeit ein radikaler Wandel eines stark ausgeprägten Lebensgefühls vollzogen hat, das mit der Verfügbarkeit von billigem Wohnraum und niedrigen Lebenskosten zusammenhing (Slobodian/Sterling 2013).

Mit einem Mix aus Belustigung und Besorgnis haben lokale und internationale Medien (z. B. Hugendick 2012) zur Kenntnis genommen, dass für viele Berliner\_innen die Hauptschuldigen der oft als unerwünscht dargestellten Veränderungen in erster Linie in der bunten Mischung aus „Zugezogenen“, „Hipstern“ und „Touristen“ auszumachen sind, die seit geraumer Zeit die Kieze der Stadt bevölkern (ebd., Novy 2013).

Eine solche Sichtweise ist nicht nur wegen ihrer xenophoben Implikationen problematisch – ein bestimmtes Milieu gibt vor, die ‚authentischen‘ Werte einer Nachbarschaft gegen vermeintliche ‚Eindringlinge‘ verteidigen zu wollen –, sondern auch, weil sie die Rolle der Nachfrage gegenüber der des Angebots als treibendem Motor von Gentrifizierungsdynamiken überbewertet (Novy 2013, vgl. Smith 2007). So spielen neues Konsumverhalten und eine gestiegene Kaufkraft zwar eine wichtige Rolle in der (symbolischen) Aufwertung bestimmter Nachbarschaften, werden jedoch von der enormen finanziellen Durchschlagskraft des „Real Estate/Financial Complex“ (Aalbers 2013) völlig in den Schatten gestellt. Gleichzeitig verdeckt das ‚Bashing‘ der Zugezogenen und Tourist\_innen die widersprüchliche und komplexe Natur der raschen Veränderungen in Berlin und verhindert so eine pragmatische Strategieentwicklung vonseiten urbaner Protestbewegungen.

Vor allem zeigen die Berliner Debatten um Gentrifizierung und die Rolle der Zugezogenen, wie das Recht auf Stadt und Formen urbaner *citizenship*, die davon ableitbar sind, jenseits ihrer inklusiven Potenziale einen zutiefst konfliktiven Charakter aufweisen (vgl. Guarnizo/Smith 2009). Zum einen braucht es eine kritische Selbstreflexivität der urbanen Protestbewegungen – übersehen sie doch gerne, dass es nicht selten die Gentrifizierungspioniere der ersten Stunde sind, die sich am stärksten gegen die ‚neuen‘ Gentrifizierer\_innen zur Wehr setzen. Zum anderen ist die Position der Euromigrant\_innen bei näherer Betrachtung längst nicht so vorteilhaft und unbeschwert, wie manch ‚alteingesessene‘ Beobachter\_in zu glauben scheint.

### 3.2 Migration und citizenship

Berlin ist zu Recht als europäisches Labor der prekären Beschäftigung beschrieben worden (Schumacher 2012). Zwar sank die Erwerbslosenquote laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zuletzt (April 2014) mit 11,4 Prozent auf den tiefsten Stand seit 1993 (was immer noch fast fünf Prozent über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 6,8 Prozent liegt). Dennoch bleibt der lokale Arbeitsmarkt stark von niedrigen Einkommen und unsicheren Arbeitsbedingungen geprägt. Viele Euromigrant\_innen erdulden in Berlin Arbeits- und Lebensumstände, die in ihren Heimatländern als unakzeptabel gelten würden. Dies kann einerseits mit der Rolle von symbolischem Kapital als Mittel immaterieller Entlohnung erklärt werden (wenn zum Beispiel Mitglieder sogenannter kreativer Milieus die schlichte Tatsache, in Berlin zu wohnen, als Aufwertung des eigenen Status erfahren). Andererseits kann das Konzept der *commons* herangezogen werden: Durch den potenziellen Zugang zu kollektiven Prozessen der Wertschöpfung und sozialer Teilhabe, wie sie im städtischen Kontext Berlins zu finden sind, werden bestimmte Formen relativer materieller Entbehrung wieder tolerierbar.

Ein weiter gehendes Verständnis ermöglicht, wie bereits angedeutet, das *Citizenship*-Konzept. Mobilität kann hier als Einforderung eines Grundrechts auf Freizügigkeit, das (noch) jedem/jeder EU-Bürger\_in zusteht, sowie als Ausgleich für den Verlust von *Citizenship*-Rechten durch die Krise begriffen werden. Dieser gefühlte Ausgleich kann sich auch auf Formen von *citizenship* beziehen, die sich nicht auf den Zugang zu einem besseren Sozialsystem oder zu bestimmten Dienstleistungen beschränken, sondern auf ein idealisiertes

Freiheitsgefühl zurückgeführt werden können. So gilt Berlin als toleranter Ort, der alternativen Lebensentwürfen bezüglich Gender, Sexualität, Lebensstil oder politischem Engagement genügend Räume zum Experimentieren bietet: ein Labor für identitätspolitische Projekte und *Citizenship*-Rechte jenseits der klassischen Triade<sup>[11]</sup> von Marshall (1950) und formellen, gesetzlich festgelegten Rechten, hin zu Formen substanzieller (*substantive*) *citizenship*, die in der alltäglichen räumlichen Praxis der Subjekte verwurzelt sind.

Damit soll nicht suggeriert werden, formell festgelegte Formen von *citizenship* seien unbedeutend. Im Gegenteil ist gerade Berlin ein interessantes Fallbeispiel für EU-Bürgerschaft, da beispielsweise das lokale Wahlrecht – neben dem Freizügigkeitsrecht der zweite Eckpfeiler der EU-*Citizenship* – dadurch ausgehöhlt wird, dass Berlins Regierung auf Landesebene gewählt wird. EU-Bürger\_innen können also an den Wahlen für die Bezirksverordnetenversammlung teilnehmen, nicht aber an den weitaus wichtigeren Wahlen für das Abgeordnetenhaus oder an Volksabstimmungen auf Landesebene. Gleichzeitig ist der Zugang zu sozialen Leistungen, der nach gegenwärtiger Rechtsprechung allen EU-Bürger\_innen zusteht, anhaltenden populistischen Angriffen vonseiten konservativer Politiker\_innen ausgesetzt (vgl. Zeit Online 2014). Möglichkeiten der praktischen Einforderung von *citizenship* müssen darüber hinaus im Zusammenhang des von Lanz gekennzeichneten „Regierens durch *Citizenship*“ (2013: 1309) gesehen werden. Dabei werden Lanz zufolge permanent Widersprüche zwischen unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen von *citizenship* innerhalb der Bevölkerung verdeckt. Neue politische Subjekte benötigen daher insbesondere ausreichendes Kapital im bourdieuschen Sinn.

Diese Schwächen der formellen Rechte können teilweise durch den Aufbau informeller Netzwerke politischer Beteiligung ausgeglichen werden. Besonders interessant ist dabei die Rolle eben jener Orte, die oft als Sündenbock für Gentrifizierung herhalten müssen. So spielen gerade die von EU-Migrant\_innen neu gegründeten Kultur- und Gastronomieeinrichtungen eine zentrale Rolle in der Organisation lokaler wie transnationaler sozialer und politischer Netzwerke – sei es als Informationsorte für Neuankömmlinge, als offene Veranstaltungsorte oder gar als Wahllokale für politische Abstimmungen.<sup>[12]</sup> Dies wird besonders in sogenannten Szenekiezen wie Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg sichtbar, wo die Aggregationsorte der EU-Migrantenszene – zum Beispiel italienische Cafés, spanische Tapas-Bars und unabhängige Projekträume – das Straßenbild maßgeblich beeinflusst, verändert und ‚aufgewertet‘ haben. So könnten diese Orte paradoxerweise sowohl für die Entstehung von *citizenship* durch alltägliche soziale Praxis als auch für deren Erosion durch Gentrifizierung verantwortlich gemacht werden.

#### 4. Fazit

Es lässt sich nicht ausblenden, dass die Marginalisierung breiter Schichten der Gesellschaft auch in Berlin schnell voranschreitet. Gentrifizierung und räumliche Verdrängung sind für alle ästhetisch unmittelbar erfahrbar und nicht zuletzt deshalb so stark umstritten; der Kampf für ein umfassendes Recht auf Stadt und für ein neues Verständnis von *citizenship* kann sich jedoch nicht auf diese Aspekte beschränken. Eine Rhetorik, die zwischen ‚guten‘

Stadtbewohner\_innen und ‚bösen‘ Gentrifizierer\_innen unterscheidet, ist nicht förderlich für die Analyse der breiteren gesellschaftlichen Zusammenhänge, die auch hyperlokalen Entwicklungen auf Kiezebene zugrunde liegen. Die Rolle der EU-Migrant\_innen in Berlin sollte daher vor dem Hintergrund der anhaltenden Eurokrise und der für den kognitiven Kapitalismus charakteristischen Prekarisierungsprozesse untersucht werden. Nur so können die Voraussetzungen für die Entstehung jener transnationalen und klassenübergreifenden Bündnisse geschaffen werden, die für den Erhalt und die Schaffung kollektiver Gemeingüter durch die Praxis des *commoning* benötigt werden.

## Endnoten

- [1] Das Protest- und Aktionsbündnis entstand 2012, um gegen die europäische Finanzpolitik zu demonstrieren, und ist mittlerweile europaweit vernetzt (<http://blockupy.org> – letzter Zugriff am 20.10.2014).
- [2] Die Rede von einem ‚Recht auf Stadt‘ geht auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre zurück. Recht-auf-Stadt-Bündnisse beziehen sich außerdem auf Autoren wie den kritischen Geografen David Harvey und den Gentrifizierungsforscher Andrej Holm. Das wohl bekannteste und medienwirksamste Bündnis dieser Art ist in Hamburg aktiv: [www.rechtaufstadt.net](http://www.rechtaufstadt.net) (letzter Zugriff am 20.10.2014).
- [3] Der vom italienischen Postoperaismus und der französischen Regulationstheorie inspirierte Begriff des ‚kognitiven Prekariats‘ hebt die Zentralität kollektiver symbolischer Wertproduktion für den sogenannten kognitiven Kapitalismus hervor (Fumagalli/Lucarelli 2007, Vercellone 2005; 2007). Dabei wird der urbane Raum wegen seines Reichtums an symbolischem Kapital und der Dichte der dort stattfindenden sozialen Interaktionen zu einer produktiven Infrastruktur an sich, in der „vergesellschaftliche Arbeit“ (Negri 1979: 11) andauernd reproduziert, rekombiniert und in verschiedene Formen von Kapital umgesetzt wird – eine neue Realität, die Antonio Negri (2008: 9-20) treffend mit der Bezeichnung der Stadt als „neue Fabrik“ umschreibt.
- [4] Zur Frage der historischen Entwicklung der deutschen Hegemonie in Europa vgl. Crome 2013; vgl. auch Beck 2012, Bolaffi 2013.
- [5] Der Terminus Postfordismus beschreibt ein gesellschaftliches Modell, in dem „vertikal integrierte Formen der Akkumulation“ durch flexiblere, teils informelle Akkumulationsformen ersetzt werden – ein Transformationsprozess, der im globalen Ausmaß seit den 1970er Jahren stattfindet (Zanini/Fadini 2001: 11).
- [6] Als *industrial citizenship* wird hier jenes Geflecht erwerbsarbeitsbezogener Sozialversicherungssysteme bezeichnet, das den fordistischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Anfang der 1970er Jahr charakterisierte (vgl. Trott 2014).
- [7] Zu den neuen sozialen Bewegungen in Europa vgl. Martí i Puig 2011, Nunns 2012, Della Porta 2014; für eine ausführliche Abhandlung vgl. Fominaya/Cox 2013; zu polizeilicher Gewalt und staatlicher Repression insbesondere in Griechenland und Spanien vgl. z. B. Brabant 2008, Megaloudi 2013, Roos 2011; 2012.
- [8] *Citizenship* sei weder als legaler Status noch als reine Praxis zu begreifen, sondern als Interaktion der beiden, so Isin (2008). Insbesondere müssten die konkreten Handlungen beobachtet werden, durch die sich Subjekte als *citizens* konstituieren, ungeachtet ihrer legalen Ansprüche: Isin nennt diese Handlungen *acts of citizenship*.
- [9] Der von dem US-amerikanischen Soziologen Richard Florida (2002) geprägte Begriff der ‚kreativen Klasse‘ bezeichnet eine heterogene Gruppe von Beschäftigten, deren entscheidendes Merkmal der Einsatz von Kreativität zur Schaffung von neuem Wissen, neuen Formen und Inhalten ist. Wachstumschancen von Städten und Regionen sind demzufolge von deren Fähigkeit abhängig, die Mitglieder dieser Klasse anzuziehen und zu halten. Für eine kritische Diskussion vgl. Peck (2007).
- [10] Die Innovation der Ära Klaus Wowereit bestand im Wesentlichen darin, die städtischen Bottom-up-Experimente der 1980er und 1990er Jahre zum Kernmerkmal der Identität der wiedervereinigten Hauptstadt zu erklären. Nach dem Scheitern der

*global-city*-Bestrebungen der Nachwendezeit wurden so Kreativität, Unangepasstheit und niedrige Lebenskosten zu weichen Standortfaktoren im globalen Städtewettbewerb umgedeutet.

[11] Bestehend aus zivilen, politischen und sozialen Rechten.

[12] Diese Beobachtung – sowie im weiteren Sinne die Überlegungen in diesem Text – sind Teil meiner Feldforschung zum Thema EU-Migration in Berlin, die ich im Rahmen meiner Dissertationsarbeit am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität durchführe.

## Autor\_innen

Noel David Nicolaus ist Politologe und Ethnologe. Er forscht zu Transnationalität und urbanen Räumen aus der Perspektive der *citizenship studies*.

nonicola@gmail.com

## Literatur

- Aalbers, Manuel (2013): The Real Estate/Financial Complex. Vortrag auf der Jahreskonferenz der Society for the Advancement of Socio-Economics (SASE) in Mailand, Italien.
- Balibar, Étienne (2013): A new Europe can only come from the bottom up. [www.opendemocracy.net/etienne-balibar/new-europe-can-only-come-from-bottom-up](http://www.opendemocracy.net/etienne-balibar/new-europe-can-only-come-from-bottom-up) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Beck, Ulrich (2012): Das deutsche Europa. Berlin: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (2013): Towards a European spring. [www.opendemocracy.net/ulrich-beck/towards-european-spring](http://www.opendemocracy.net/ulrich-beck/towards-european-spring) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Becker, Joachim / Jäger, Johannes (2011): European integration in crisis: the centre-periphery divide. [www2.euromemorandum.eu/uploads/ws5\\_becker\\_jaeger\\_european\\_integration\\_in\\_crisis\\_the\\_centre\\_periphery\\_divide.pdf](http://www2.euromemorandum.eu/uploads/ws5_becker_jaeger_european_integration_in_crisis_the_centre_periphery_divide.pdf) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Becker, Sven / Dettmer, Markus / Flohr, Markus / Gezer, Özlem / Kaiser, Simone / Nezik, Ann-Kathrin / Pauly, Christoph / Popp, Maximilian / Tietz, Janko (2013): Der deutsche Traum. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-91203388.html> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Benton, Meghan / Petrovic, Milica (Hg.) (2013): How free is free movement? Dynamics and drivers of mobility within the European Union. Brüssel: Migration Policy Institute Europe.
- Bernt, Matthias / Grell, Britta / Holm, Andrej (Hg.) (2013): The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism. Bielefeld: transcript.
- Böckling, David (2014): Die Muster-Migranten. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/spanische-zuwanderer-koennten-erfolgsgeschichte-wiederholen-a-962910.html> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Bolaffi, Angelo (2013): Cuore tedesco. Il modello Germania, l'Italia e la crisi europea. Roma: Donzelli Editore.
- Bollier, David / Helfrich, Silke (Hg.) (2012): The Wealth of the Commons. A World Beyond Market and State. Amherst/Florence: Levellers Press.
- Borst, Renate / Krätke, Stefan (2000): Berlin. Metropole zwischen Boom und Krise. Opladen: Leske + Budrich.
- Bourdieu, Pierre (1998): Acts of Resistance. Against the Tyranny of the Market. New York: Polity Press.
- Brabant, Malcolm (2008): Witnesses tell of Greek police 'brutality'. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7782907.stm> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Brenner, Neil (2002): Berlin's transformations: postmodern, postfordist ... or neoliberal? In: International Journal of Urban and Regional Research, 26/3, 635-642.
- Brenner, Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nick (2013): Neoliberal urbanism redux? In: International Journal of Urban and Regional Research 37/3, 1091-1099.
- Butler, Judith (2011): For and against precarity. In: Tidal – Occupy Theory, Occupy Strategy 1, 12-13.

- Chauvel, Louis / Schröder, Martin (2014): Die verlorene Generation. Südeuropas Jugend wird abgehängt. <http://www.zeit.de/2014/25/jugendliche-suedeuropa> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Crome, Erhard (2013): Deutschland in Europa – eine neue Hegemonie. [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Deutschland\\_in\\_Europa.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Deutschland_in_Europa.pdf) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Curcio, Anna (2013): Un coniglio aguzzino. Razza e lavoro nell'Europa della crisi. <http://www.commonware.org/index.php/neetwork/63-un-coniglio-aguzzino> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- De Angelis, Massimo (2010): The production of commons and the “explosion” of the middle class. [http://p2pfoundation.net/Production\\_of\\_the\\_Commons\\_and\\_the\\_Explosion\\_of\\_the\\_Middle\\_Class](http://p2pfoundation.net/Production_of_the_Commons_and_the_Explosion_of_the_Middle_Class) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Della Porta, Donatella (2014): Social movements in neoliberal Europe. <http://www.eutopia-magazine.eu/en/donatella-della-porta/speakers-corner/social-movements-neoliberal-europe> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Florida, Richard (2002): *The Rise of the Creative Class*. New York: Basic Books.
- Fominaya, Cristina Flesher / Cox, Laurence (2013): *Understanding European Movements. New Social Movements, Global Justice Struggles, Anti-Austerity Protest*. London: Routledge.
- Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.) (2012): *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Foti, Alex (2005): *Mayday, Mayday! Flex Workers, PreCogs und das europäische Prekariat*. [http://republicart.net/disc/prekariat/fotio1\\_de.htm](http://republicart.net/disc/prekariat/fotio1_de.htm) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Fumagalli, Andrea / Lucarelli, Stefano (2007): A model of cognitive capitalism. A preliminary analysis. In: *European Journal of Economic and Social Systems*, 20/1, 117-133.
- Giubboni, Stefano (2013): *European citizenship and social rights in times of crisis*. Centro Einaudi: Working Paper-LPF 2.
- Gough, Julian (2012): The eurozone: whatever happened to convergence? [http://www.worldeconomics.com/Papers/The%20Eurozone%20Whatever%20Happened%20to%20Convergence\\_47bca62d-68c0-42cc-8b9f-bb9add2a7160.paper](http://www.worldeconomics.com/Papers/The%20Eurozone%20Whatever%20Happened%20to%20Convergence_47bca62d-68c0-42cc-8b9f-bb9add2a7160.paper) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Guarnizo, Luis Eduardo / Smith, Michael Peter (2009): Global mobility, shifting borders and urban citizenship. In: *Tijdschrift voor economische en sociale geografie* 100/5, 610-622.
- Habermas, Jürgen (2012): *The Crisis of the European Union. A Response*. Cambridge: Polity Press.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: Verso.
- Heise, Arne / Lierse, Hanna (2011): *Budget consolidation and the European social model. The effects of European austerity models on social security systems*. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07891.pdf> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Hintze, Martin (2012): *Auf ins gelobte Land*. <http://www.manager-magazin.de/politik/artikel/a-870988.html> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Holland, Dawn / Paluchowski, Pawel (2013): *Geographical labour mobility in the context of the crisis*. London: National Institute of Economic and Social Research.
- Hugendick, David (2012): „Touristen anzünden“. <http://www.zeit.de/kultur/2012-08/touristenhass-kommentar> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Isin, Engin F. (2008): *Theorizing acts of citizenship*. In: Engin F. Isin / Greg M. Nielsen (Hg.): *Acts of Citizenship*. London: Palgrave Macmillan, 15-43.
- Isin, Engin F. (2014): *Acts, affects, calls*. <http://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/engin-isin/acts-affects-calls> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Kasperek, Bernd / Tsianos, Vassilis S. (2013): *Out of control? Schengen und die Krise*. In: Sebastian Friedrich / Patrick Schreiner (Hg.): *Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa*. Münster: Edition Assemblage, 65-78. Online verfügbar unter [http://www.academia.edu/3577574/Out\\_of\\_Control\\_Schengen\\_und\\_die\\_Krise.\\_Vassilis\\_S.\\_Tsianos\\_and\\_Bernd\\_Kasperek](http://www.academia.edu/3577574/Out_of_Control_Schengen_und_die_Krise._Vassilis_S._Tsianos_and_Bernd_Kasperek) (letzter Zugriff am 27.10.2014).
- Krätke, Stefan (2004): *City of Talents? Berlin's regional economy, socio-spatial fabric and 'worst practice' urban governance*. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 28/3, 511-529.
- Lang, Barbara (1998): *Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils*. Frankfurt a.M.: Campus.

- Lanz, Stephan (2007): Berlin aufgemischt: abendländisch – multikulturell – kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt. Bielefeld: transcript.
- Lanz, Stephan (2012): Gastarbeiterstadt, multikulturelle Stadt, kosmopolitische Metropole? Transformationen einwanderungspolitischer Diskurse und Strategien in Berlin. <http://heimatkunde.boell.de/2012/11/18/gastarbeiterstadt-multikulturelle-stadt-kosmopolitische-metropole-transformationen> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Lanz, Stephan (2013): Be Berlin! Governing the city through freedom. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 37/4, 1305-1324.
- Living in the Crisis Collective (2014): *Living in the Crisis*. Milano: Edizioni Sfumature.
- Marshall, Thomas Humphrey (1950): *Citizenship and Social Class and Other Essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Martí i Puig, Salvador (2011): 15M. The indignados. In: Jabet Bryne (Hg.): *The Occupy Handbook*. New York: Back Bay Books, 209-217.
- Mayer, Margit (2013): First world urban activism. Beyond austerity urbanism and creative city politics. In: *City* 17/1, 5-19.
- Megaloudi, Fragkiska (2013): Growing police brutality in Greece: the hidden face of the crisis. [http://www.huffingtonpost.co.uk/fragkiska-megaloudi/growing-police-brutality-in-greece\\_b\\_2636529.html](http://www.huffingtonpost.co.uk/fragkiska-megaloudi/growing-police-brutality-in-greece_b_2636529.html) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Mezzadra, Sandro (2013a): As Europe is provincialized. A reply to Etienne Balibar. <http://www.opendemocracy.net/sandro-mezzadra/as-europe-is-provincialized-reply-to-etienne-balibar> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Mezzadra, Sandro (2013b): Le geografie della crisi e dello sviluppo capitalistico. Appunti preliminari e ipotesi di ricerca. <http://www.euronomade.info/?p=465#rf1-465> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Mezzadra, Sandro (2013c): Seizing Europe. Crisis management, constitutional transformations, constituent movements. In: Oscar Garcia Agustin / Christian Ydesen (Hg.): *Post-Crisis Perspectives. The Common and its Powers*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, 99-118.
- Moreau, Marie-Ange (2011): *Before and After the Economic Crisis. What Implications for the European Social Model?* Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Morgan, George / Ren, Xuefei (2012): The creative underclass. Culture, subculture, and urban renewal. In: *Journal of Urban Affairs* 34/2, 127-130.
- Negri, Antonio (1979): *Dall'operaio massa all'operaio sociale: intervista sull'operaismo*. Milano: Multipla Edizioni.
- Negri, Antonio (2008): *Dalla Fabbrica alla Metropoli. Saggi Politici*. Roma: Datanews.
- Novy, Johannes (2013): "Berlin does not love you". Notes on Berlin's "tourism controversy" and its discontents. In: Matthias Bernt / Britta Grell / Andrej Holm (Hg.): *The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism*. Bielefeld: transcript, 223-238.
- Nunns, Alex (2012): Greece: More than a demonstration, less than a revolt. <http://www.redpepper.org.uk/greece-more-than-a-demonstration-less-than-a-revolt/> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Peck, Jamie (2007): The creativity fix. <http://www.eurozine.com/articles/2007-06-28-peck-en.html> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Roos, Jerome (2011): In Greece, crisis and violence stir a collective trauma. <http://roarmag.org/2011/07/greece-crisis-violence-collective-trauma/> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Roos, Jerome (2012): Spanish police brutalize student protestors in Valencia. <http://roarmag.org/2012/02/spain-valencia-students-protest-brutality-violence/> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Rossi, Ugo (2013): Ascesa e crisi dell'Europa meridionale nell'era neoliberale. In: *Orizzonti Meridiani* (Hg.): *Briganti o emigranti. Sud e movimenti tra conricerca e studi subalterni*. Verona: Ombre Corte, 39-51.
- Schumacher, Juliane (2012): Berlin macht Arbeit. <http://www.taz.de/!96651/> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Slobodian, Quinn / Sterling, Michelle (2013): Sacking Berlin. How hipsters, expats, yummies and smartphones ruined a city. [www.thebaffler.com/salvos/sacking-berlin](http://www.thebaffler.com/salvos/sacking-berlin) (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Smith, Neil (2007): Gentrification in Berlin and the revanchist state. <http://policing-crowds.org/urbanization/urban/neil-smith-gentrification-in-berlin-and-the-revanchist-state> (letzter Zugriff am 21.10.2014).

- Sourel, Konstantina / Youn, Elise (2009): Urban restructuring and the crisis. A symposium with Neil Brenner, John Friedmann, Margit Mayer, Allen J. Scott, and Edward W. Soja. In: *Critical Planning* 16, 35-58.
- Squatting Europe Kollektive (2013): *Squatting in Europe. Radical Spaces, Urban Struggles*. New York: Minor Compositions.
- Standing, Guy (2011): *The Precariat. The New Dangerous Class*. London: Bloomsbury Academic.
- Stockhammer, Engelbert (2014): The Euro crisis and contradictions of neoliberalism in Europe. <http://www.postkeynesian.net/downloads/wpaper/PKWP1401.pdf> (letzter Zugriff am 21.10.2014).
- Tonkiss, Fran (2013): Austerity urbanism and the makeshift city. In: *City* 17/3, 312-324.
- Trott, Ben (2014): From the precariat to the multitude. In: *Global Discourse* 3/3-4, 406-425.
- Vercellone, Carlo (2005): The hypothesis of cognitive capitalism. Working Paper presented at Birkbeck College and SOAS.
- Vercellone, Carlo (2007): From formal subsumption to general intellect. Elements for a Marxist reading of the thesis of cognitive capitalism. In: *Historical Materialism* 15, 13-36.
- Zanini, Adelino / Fanini, Ubaldo (Hg.) (2001): *Lessico Postfordista. Dizionario di Idee della Mutazione*. Milano: Feltrinelli.
- Zeit Online (2014): EU-Kommission verlangt ehrliche Migrationsdebatte. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/eu-kommission-laszlo-andor-leitfaden-migration-sozialleistungen> (letzter Zugriff am 21.10.2014).

